

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

40 Jahre
Statistisches
Landesamt

1988

Januar
Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Seite

Einleitung	30
I. Grundlegende Entwicklungstendenzen in der Programmgestaltung der amtlichen Statistik	36
II. Rechtliche Fundierung der statistischen Erhebungen und Datenschutz	50
III. Charakteristika der automatischen Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt	52
IV. Gestaltung des Informationsangebots und Öffentlichkeitsarbeit	58
V. Entwicklung und Stand der statistischen Programme in den einzelnen Aufgabenbereichen	66
A. Bevölkerung	66
B. Erwerbstätigkeit	69
C. Rechtspflege	70
D. Bildung und Kultur	71
E. Gesundheitswesen	74
F. Unternehmen und Arbeitsstätten	76
G. Land- und Forstwirtschaft	77
H. Versorgung und Entsorgung	82
I. Produzierendes Gewerbe	83
J. Bautätigkeit und Wohnungen	88
K. Handel und Gastgewerbe, Außenhandel	89
L. Verkehr	91
M. Löhne und Gehälter	92
N. Sozialleistungen	95
O. Preise und Verbrauch	97
P. Öffentliche Finanzen	99
Q. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, gesamtwirtschaftliche Analysen, Prognosen	105
VI. Entwicklung und Stand der nichtstatistischen Aufgaben	114
A. Durchführung von Wahlen einschließlich Wahlstatistik	114
B. Aufgabenübertragungen der obersten Landesbehörden	116
C. Krankenhausautomation	120

41. Jahrgang
Heft 2
Februar 1988
Sonderausgabe

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

40 Jahre Statistisches Landesamt

Entwicklung und Stand des Aufgabenprogramms

Mitarbeiter: Otmar Form (VI B), Joachim Gebauer (IV), Ingo Hawliczek (V J), Klaus-Jochen Hesse (V C u. E), Günter Ickler (V A u. B), Gertraud Kernich-Möhringer (V D), Rudolf Lamping (V P), Werner Laux (V G), Rudolf Lehmann (IV), Hans Libowitzky (V Q), Klaus Maxeiner (III), Hans-Henning Meincke (V I, K u. L), Dr. Klaus Nold (I), Hans-Michael Rademaker (II), Dr. Karl-Heinz Speth (V F u. H), Dr. Manfred Unglaub (V N u. VI A), Albrecht Wachweger (V M u. O), Wolfgang Zanke (VI C).

Vorwort

So wie Rheinland-Pfalz ein junges Land ist, das erst nach dem Krieg geschaffen wurde, besitzt auch sein Statistisches Landesamt nicht die Historie und Tradition anderer Ämter. Es hat jedoch aus einfachsten Verhältnissen heraus eine steile Entwicklung genommen und erfüllt heute eine Vielzahl von Aufgaben, die über das Programm eines Statistischen Landesamtes hinausgehen. Das 40jährige Bestehen der Behörde ist Anlaß, Entwicklung und Stand des Aufgabenprogramms darzulegen.

Für die Erledigung statistischer Massenarbeiten bedurfte es stets technischer Hilfsmittel. Das Statistische Landesamt hatte daher das erste staatliche Rechenzentrum im Land und erwarb sich das Know-how auch für andere automatisierbare Aufgaben. Hier fand die Verwaltungsautomation ihren Ursprung, und es gingen vielfältige Impulse, Entwicklungen und Unterstützungen sowie die systematische Vermittlung des informationstechnologischen Wissens von hier aus. Das Statistische Landesamt hat dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu verbessern und die Arbeitsabläufe zu beschleunigen. Der Service-Behörde ist dies weiterhin ein besonderes Anliegen.

Die vorliegende Veröffentlichung der Abteilungsleiter und Referenten des Amtes zeigt die Schwerpunkte der Entwicklung des Aufgabenprogramms auf. Alle, die sich um das Statistische Landesamt und die sachgerechte Erfüllung seiner Aufgaben, auch unter meinen Vorgängern, verdient gemacht haben, können mit Stolz auf die Leistungen und das damit Erreichte zurückblicken. Ihnen allen und in Sonderheit meinen Mitarbeitern, die für die Beiträge dieses Heftes verantwortlich zeichnen, gilt mein Dank.

Dr. Karl Heinz Weis

Bad Ems, im Februar 1988



Prof. Dr. Albert Zwick
1948 – 1956



Dr. Walter Nellessen
1957 – 1978

Einleitung

Kurz nachdem im Dezember 1946 eine provisorische Regierung die politische Führung des Landes Rheinland-Pfalz treuhänderisch übernommen hatte, erging am 15. Januar 1947 der Erlaß, daß die bisherigen Statistischen Ämter der Provinzialämter Rheinland/Hessen-Nassau in Koblenz und Hessen-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zu einem Amt vereinigt werden und eine räumliche Zusammenführung sobald wie möglich erfolgen soll.

Die räumliche Vereinigung der beiden Ämter konnte jedoch erst vollzogen werden, nachdem ein Gebäude zur Verfügung stand. Da sich in Koblenz, wo bis zum Sommer 1950 die Landesregierung residierte, kein geeignetes Gebäude fand, wurde das Staatliche Kurhotel Römerbad in Bad Ems zum Dienstgebäude bestimmt. Am 9. Januar 1948 übersiedelte die Dienststelle Kapellen-Stolzenfels nach Bad Ems, am 16. Februar 1948 folgte die Dienststelle Neustadt an der Weinstraße. Damit war das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems gegründet.

Das neue Statistische Landesamt hatte damals 127 Bedienstete. Es nahm unter den bescheidensten Verhältnissen seine Arbeiten auf, da es in dem neugebildeten Land Rheinland-Pfalz, anders als die traditionellen Statistischen Landesämter anderer Bundesländer, zunächst die notwendigsten technischen Arbeitsmittel

beschaffen und das technische Personal bei einem Industrieunternehmen ausbilden lassen mußte.

Die schnelle Vermehrung der Aufgaben und damit des Personals machten 1956 die Übernahme des Hauses Vier Türme und 1958 die des Nachbarhauses des Römerbades, des vormaligen Hotels Prinz von Wales, erforderlich. Gleichwohl mußten verschiedene Abteilungen weiterhin in angemieteten Häusern untergebracht werden. Mit dem Kauf des an das Römerbad anschließenden Hauses Panorama und des dazugehörigen Nachbargartens Ende des Jahres 1979 waren auf einem größerem Grundstück die Möglichkeiten für eine Erweiterung und eine grundlegende Umgestaltung des Hauptdienstgebäudes gegeben. Gebaut wurden eine Tiefgarage und ein modernes Rechenzentrum im Innenhof. Gleichzeitig erfolgten Abbruch und Neubau des Hauses Panorama mit seiner historischen Fassade im ursprünglichen Stil. In einer mehrjährigen Bauphase schloß sich die Umgestaltung und Sanierung des Römerbades zu zweckmäßigem Büroraum mit modernen technischen Kommunikationseinrichtungen und neuer Kantine im veränderten Eingangsbereich an.

Am Jubiläumstag hatte das Statistische Landesamt 680 Bedienstete, darunter etwa 130 Zeitangestellte zur Durchführung der Volkszählung 1987.



Dr. Karl Heinz Weis
seit 1979

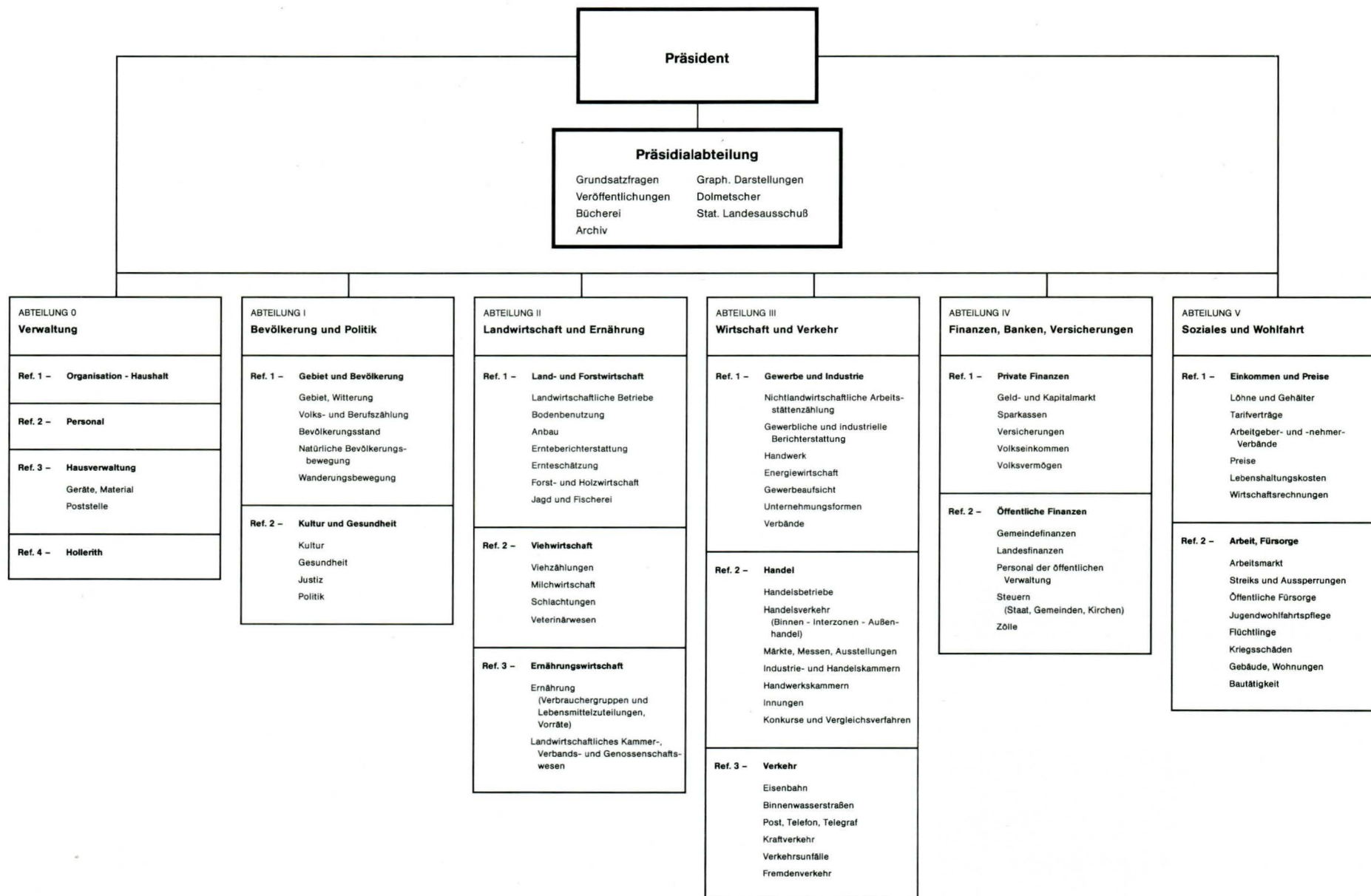
Die Präsidenten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

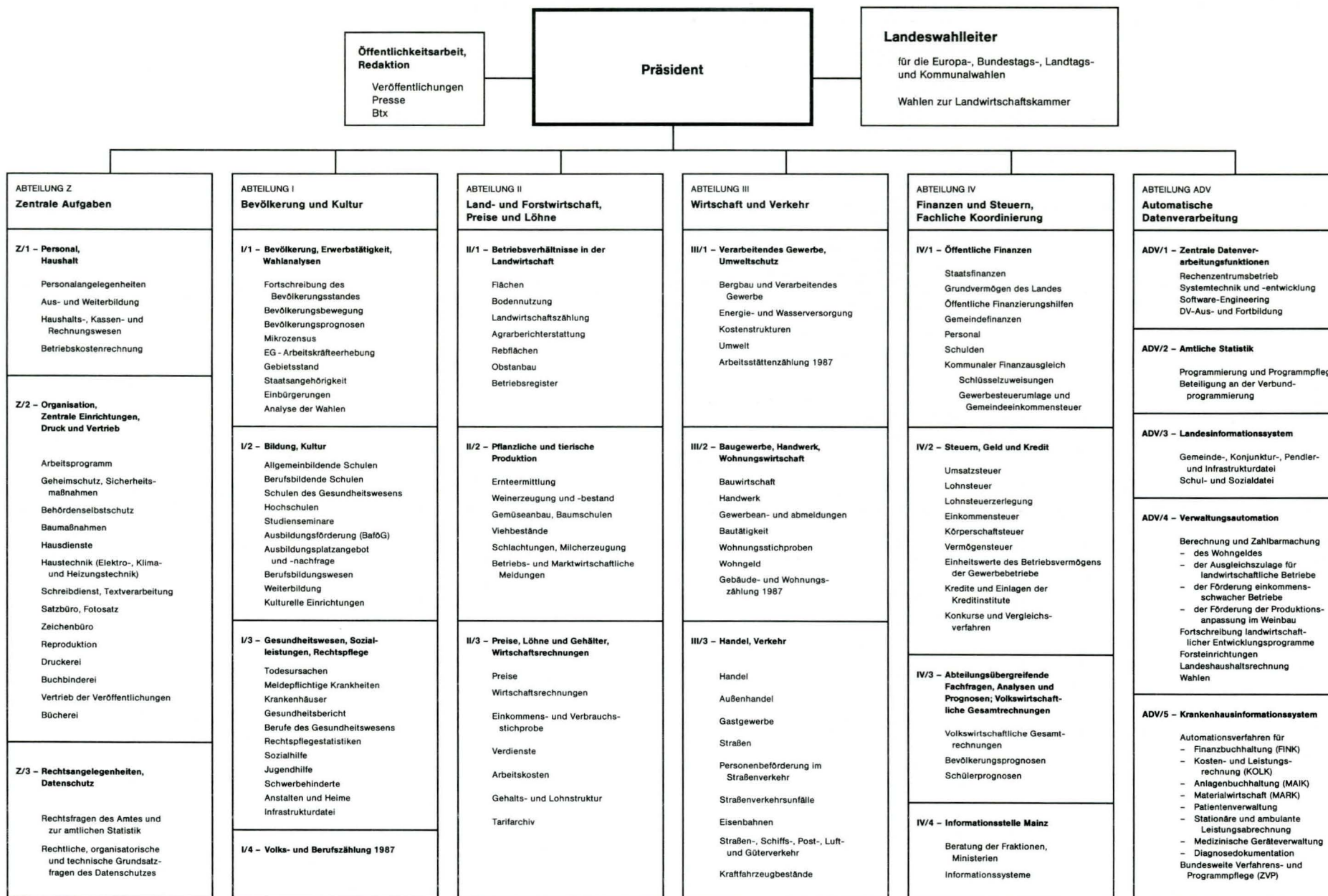
Die Ausweitung des Personals trotz ständiger Rationalisierung und technischer Neuerungen vermittelt jedoch nur eine begrenzte Vorstellung von der Aufgabenentwicklung. Hierzu bedarf es vielmehr der Kenntnis der Leistungsfähigkeit der eingesetzten informationstechnischen Geräte und der Rechnerkapazität, die notwendig sind, um die derzeitigen Aufgaben zu erledigen. Waren einst etwa 20 Bedienstete um die technischen Abläufe mit einer Hollerith-Anlage bemüht, so umfaßt die Automationsabteilung jetzt 190 Mitarbeiter und Großrechenanlagen. Auch die Fachabteilungen sind über Bildschirm an die zentralen Datenbanken angeschlossen, wo sie die notwendigen Informationen für ihre Analysen in Sekundenschnelle abrufen können. Durch die Ausstattung mit modernen Computern sind nahezu alle früher manuell erledigten Arbeiten automatisiert und werden, soweit möglich, über Datenträgeraustausch abgewickelt. Der Weg von der ersten Lochkarten-Maschine des Amtes zu den heutigen Großrechnern entspricht, was das Leistungsvermögen anlangt, dem Übergang von der Reisegeschwindigkeit mit der Pferdekutsche zum Düsenjet. Hinter dieser rasanten Entwicklung verbirgt sich eine Veränderung der qualitativen und quantitativen Leistungen, die in den Gründerjahren nicht für möglich gehalten worden wäre ¹⁾.

1) Über die von der Statistik registrierten Veränderungen, die sich seit Gründung des Landes vollzogen haben, unterrichtet die Veröffentlichung „40 Jahre Rheinland-Pfalz — eine statistische Bilanz“. Sie wurde anlässlich des 40jährigen Bestehens des Landes Rheinland-Pfalz vom Statistischen Landesamt herausgegeben.

Die Aufgaben des Statistischen Landesamtes ergeben sich im wesentlichen aus seiner Stellung als zentrale Landesbehörde für die amtlichen Bundes- und Landesstatistiken sowie als Dienststelle des Landeswahlleiters. Allgemein formuliert handelt es sich um die Datengewinnung und -bereitstellung über wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Vorgänge und Entwicklungen. Im einzelnen hat das Statistische Landesamt

1. Bundes- und Landesstatistiken
 - a) methodisch und organisatorisch vorzubereiten oder bei deren Vorbereitung mitzuwirken,
 - b) zu erheben und in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung aufzubereiten,
 - c) auszuwerten und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen;
2. die Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der statistischen Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug zu beraten und in deren Auftrag solche Daten statistisch aufzubereiten;
3. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen;
4. Prognose- und Modellrechnungen für Planungs- und Entscheidungszwecke durchzuführen;
5. statistische Informationssysteme zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Landes mitzuwirken;
6. die Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der statistischen Verwen-







Dienstgebäude Römerbad

- dung von verfügbaren statistischen Daten zu beraten und zu unterstützen;
7. die Behörden des Landes bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung, Bereitstellung oder Auswertung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrage von obersten Landesbehörden auf dem Gebiet der amtlichen Statistik Forschungsaufträge auszuführen und Gutachten zu erstellen;
 8. statistisches Material des In- und Auslandes zum Zwecke der Auskunftserteilung zu sammeln;
 9. sonstige ihm übertragene Aufgaben wahrzunehmen.

Zu den Aufgaben gehören neben der amtlichen Statistik die Erledigung von Automationsaufgaben für die Verwaltung und die Krankenhäuser. Da der Präsident des Statistischen Landesamtes zugleich Landeswahlleiter ist, erfolgt hier auch die Vorbereitung und Durchführung der Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Der Informationsbehörde obliegt eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Dem Statistischen Landesamt ist ein *Statistischer Landesausschuß* beigegeben, dem es insbesondere obliegt, das Statistische Landesamt bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen zu beraten sowie Vorschläge und Anregungen zur Vereinfachung und Verbesserung der Statistik zu unterbreiten. Dem Statistischen Landesausschuß gehören je ein Vertreter der obersten Landesbe-

hörden und der Datenschutzkommission an sowie je ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Landwirtschaftskammer, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften), der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten im Lande sowie der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz. Den Vorsitz im Statistischen Landesausschuß führt der Präsident des Statistischen Landesamtes.

Am Anfang lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf Bestandsaufnahmen, um Grunddaten und Informationen für die Lösung dringender Tagesprobleme zu gewinnen. Elementare Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln (Lebensmittelzuteilungen, Vorräte) und Wohnraum, waren Massenprobleme, die statistischer Nachweise bedurften. Ein Vergleich der Schwerpunkte von damals und heute läßt – wie die Organisationspläne zeigen – in gewissem Umfang Kontinuität durch Fortentwicklung traditioneller Aufgaben, zumeist aber neue Aufgaben und Instrumente erkennen. Damals noch unbekannte Aufgaben und Verfahren bilden heute Schwerpunkte, eine starke Veränderung der Aufgaben durch den Einzug der Automation in die Verwaltung die Organisation des Landesamtes. Hollerith war die technische Unterstützung der Vergangenheit, Informationssysteme und Datenbanken sind die Arbeitshilfen der Gegenwart.



Dienstgebäude Panorama

Über allem aber stand und steht eine Gruppe hervorragender Mitarbeiter, die diese Entwicklungen gestaltet haben. Ihnen gilt besonderer Dank für ihre Leistungen.

Auf den folgenden Seiten gibt zunächst Dr. Klaus Nold in einem ersten Kapitel aus seiner persönlichen Sicht einen Überblick über die für die Programmgestaltung der amtlichen Statistik in den vergangenen 40 Jahren maßgebenden Entwicklungstendenzen. Eine derartige Abhandlung schließt natürlich eine Bewertung der Auswirkungen ein, die diese Entwicklungstendenzen auf die Programmgestaltung der amtlichen Statistik gehabt haben. Da Dr. Nold an dem Verlauf der Ereignisse in diesem Zeitabschnitt – von den allerersten Anfängen abgesehen – selbst teilgenommen hat, ist es unvermeidlich, daß seine Darstellung von seinen beruflichen Erfahrungen mitgeprägt wird. Es ist also sehr wohl möglich, daß man von einem anderen Blickwinkel aus die Akzente unter Umständen anders setzen wird. Wenn man aus der Geschichte lernen will, ist es notwendig, sie von unterschiedlichen Standpunkten aus zu betrachten. Dieses Kapitel stellt daher nur einen Beitrag zur Gesamtgeschichte dar.

In den folgenden drei Kapiteln werden die den Ablauf der Statistiken bestimmenden Grundregeln und Verfahren abgehandelt. Hier berichtet zunächst Hans-Michael Rademaker über die Rechtsgrundlagen der Statistiken und den Datenschutz. Es folgt eine Darstellung der Entwicklung und Verfahren der automatischen Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt und der besonderen Ausprägung, die sie hier erfahren hat, von Klaus Maxeiner. Es schließt sich ein Beitrag von Joachim



Dienstgebäude Vier Türme

Gebauer und Rudolf-Eckart Lehmann an, der der Gestaltung des Informationsangebots und der Öffentlichkeitsarbeit gewidmet ist.

In einem fünften Kapitel werden die statistischen Programme in den einzelnen Aufgabengebieten, ihre Entwicklung und ihr gegenwärtiger Stand, erläutert, wobei sich die Gliederung an das für die Darstellungen dieser Art eingeführte Schema hält. Die Abfassung dieser Beiträge lag in den Händen der Leiter und Referenten der Fachabteilungen.

Da dem Amt im Laufe der Jahre in zunehmendem Maße nichtstatistische Aufgaben übertragen wurden, die nur von einer Behörde wahrgenommen werden können, die über ein leistungsfähiges Rechenzentrum verfügt, haben diese Aufgaben inzwischen einen Umfang angenommen, der es notwendig macht, ihnen in dieser Darstellung ein eigenes Kapitel zu widmen. An den Anfang dieses sechsten Kapitels wurde ein Beitrag von Dr. Manfred Unglaub über die Wahlen gestellt, die seit jeher im Statistischen Landesamt, dem Sitz des Landeswahlleiters, vorbereitet und durchgeführt werden. Es folgt eine systematische Abhandlung von Otmar Form über die dem Amt von den einzelnen Ressorts übertragenen Aufgabengebiete, wobei sich die Darstellung auf die bedeutenderen und von der Art der Aufgabenstellung her interessanteren Arbeiten konzentriert. Da sich die Projekte der Krankenhausautomation wegen ihres Umfangs und ihrer Vielschichtigkeit nicht mehr in diesen Rahmen einpassen lassen, wurden sie von Wolfgang Zanke in einem abschließenden eigenen Beitrag dargestellt.

I. Grundlegende Entwicklungstendenzen in der Programmgestaltung der amtlichen Statistik

1. Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Wiederaufbau der deutschen Verwaltung und damit auch des amtlichen statistischen Dienstes vollzog sich in der französischen Zone wesentlich langsamer als in der britischen und amerikanischen Zone. Nachdem die deutsche Verwaltung zunächst ausschließlich in den Händen der kommunalen Dienststellen gelegen hatte, wurden 1946 die drei Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz neu gebildet und 1947 mit den Generaldirektionen für die wichtigsten Verwaltungszweige zoneneinheitliche Instanzen eingesetzt. Für die Durchführung der Erhebungen der amtlichen Statistik bestanden am Anfang zwei Ämter in Koblenz und in Neustadt a. d. Weinstraße, die im Februar 1948 zusammengeführt werden konnten.

Zu diesem Zeitpunkt war die Organisation der deutschen Verwaltung in den beiden anderen westlichen Zonen bereits sehr viel weiter fortgeschritten. Sie hatten sich Anfang 1947 zu einer Bizone zusammengeschlossen und Mitte 1947 mit dem Aufbau einer Wirtschaftsverwaltung für dieses „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ begonnen, deren wichtigstes Organ, der Wirtschaftsrat, am 21. Januar 1948 das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets erließ. Die Länder der französischen Zone wurden in dieses Vereinigte Wirtschaftsgebiet erst im März 1948 einbezogen. Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 und dem Zusammentreten des Bundestages am 7. September 1949 entstand dann die Bundesrepublik Deutschland als ein neues staatliches Gebilde, dessen Verfassung auch die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der amtlichen Statistik gesetzt hat.

2. Das Prinzip der Arbeits- und Kostenteilung zwischen Bund und Ländern bei der Erstellung der Statistiken

Erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung der statistischen Programme hatte das aus dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik resultierende Prinzip der Arbeits- und Kostenteilung zwischen Bund und Ländern bei der Erstellung der Bundesstatistiken. Nach dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke, das unter dem 3. September 1953 erlassen und inzwischen mehrfach revidiert wurde, müssen die Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet werden; unter bestimmten einschränkenden Bedingungen genügt auch der Erlass einer Rechtsverordnung. Da die Durchführung der Bundesgesetze Sache der Länder ist, kann sich das Statistische Bundesamt darauf beschränken, die Bundes-

statistiken methodisch und organisatorisch vorzubereiten und die Ergebnisse nach den für Bundeszwecke wichtigen Kriterien zusammenzustellen und auszuwerten, während die Erhebung der zu erfassenden Angaben und ihre Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern erfolgt, wobei das Statistische Bundesamt natürlich durch entsprechende Maßnahmen sicherstellen muß, daß die Erhebung und Aufbereitung nach der für die jeweilige Statistik maßgebenden Programmkonzeption erfolgt und die Ergebnisse für die einzelnen Länder vergleichbar sind. Die Erhebung und Aufbereitung der Angaben für Bundesstatistiken unmittelbar durch das Statistische Bundesamt ist nur in bestimmten Ausnahmefällen möglich. Die Kosten der Bundesstatistiken tragen grundsätzlich der Bund und die Länder für die bei ihnen anfallenden Arbeiten.

Diese Regelung hat insbesondere in den 50er und 60er Jahren vielfach zu erheblichen Konflikten zwischen dem Statistischen Bundesamt auf der einen und den Statistischen Landesämtern auf der anderen Seite geführt, die ihre Ursachen darin hatten, daß das System der Bundesstatistiken sehr weit gespannt und tief gefächert ist und die Bundesstatistiken daher bei einer entsprechenden Ausgestaltung den Informationsbedarf der Länder und zum Teil auch der Gemeinden mit abdecken können. Der Wunsch der Länder nach einer stärkeren Betonung der regionalen Gliederungskriterien kollidierte aber häufig mit dem Bedarf an fachlich stärker differenzierten Angaben, der an das Statistische Bundesamt vor allem von den Bundesministerien und denjenigen Instituten herangetragen wurde, die in erster Linie an Ergebnissen für das Bundesgebiet als einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet interessiert sind. Von den Statistischen Landesämtern wurde bei dieser Diskussion um die Gestaltung der Aufbereitungsprogramme angeführt,

- (1) daß sie den bei weitem überwiegenden Teil der Kosten für die Durchführung der Bundesstatistiken tragen müssen und daher auch einen Anspruch darauf hätten, aus diesen Statistiken ihren Informationsbedarf zu decken;
- (2) daß die Durchführung von eigenen Landesstatistiken zur Bereitstellung von regionalstatistischen Angaben völlig unrationell sei und daher nicht in Betracht kommen könne.

Die volle Berücksichtigung der fachlichen und regionalen Gliederungswünsche war nicht nur durch die Begrenzung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den meisten Fällen ausgeschlossen, sondern sie hätte die Abwicklung der Statistiken auch wegen des großen Umfangs der Aufbereitungsprogramme nicht unerheblich verzögert. Außerdem bestand auf beiden Seiten ein gewisses Unbehagen daran, die Aufbereitungsprogramme zu überdimensionieren, da die für das Bundesgebiet benötigten Angaben aufgrund des damaligen Stands der maschinellen Aufbereitung in jedem Fall zunächst einmal für die Länder zu ermitteln waren¹⁾.

1) Einen Beitrag zu der hier angesprochenen Problematik aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes enthält der Bericht des Statistischen Bundesamtes für die 5. Tagung des Statistischen Beirats am 25. und 26. März 1958; S. 14 ff. und S. 19 f.

Die Kompromißlösungen, die vielfach nach heftigen Auseinandersetzungen gefunden wurden, fielen meistens zugunsten des Informationsbedarfs des Bundes aus, da der Bereitstellung von fachlich hinreichend gegliederten Ergebnissen für Bund und Länder in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Bildung dieser Körperschaften der Vorrang vor einer stärkeren regionalen Gliederung eingeräumt wurde. Nach der Verbesserung der Möglichkeiten der automatischen Datenverarbeitung und der Einrichtung von statistischen Datenbanken Anfang der 70er Jahre gehören diese Konflikte der Vergangenheit an.

3. Die Erstellung eines statistischen Gesamtbildes als Leitlinie für den Ausbau des statistischen Erfassungssystems

Die im Rahmen der amtlichen Statistik durchgeführten Erhebungen sind aus dem Informationsbedarf der staatlichen Verwaltungsdienststellen erwachsen und werden durch ihn auch heute noch in wesentlichen Teilen bestimmt. Da an den modernen Staat, wie er sich in den demokratischen Gesellschaftsordnungen herausgebildet hat, immer größere Anforderungen, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gestellt werden, mußten auch die staatlichen Instanzen, die sich mit diesen Aufgaben befassen, immer stärker ausgebaut werden. Die zu treffenden staatlichen Maßnahmen sind unter diesen Bedingungen so komplex geworden, daß sie die im einzelnen verfolgten Ziele nur erreichen können, wenn ihnen eingehende Untersuchungen unter Zugrundelegung umfassender Informationen vorausgehen, wie sie nur durch die amtliche Statistik bereitgestellt werden können.

Neben dem Staat und seinen Organen haben sich jedoch in den demokratischen Gesellschaften vielfältige wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen entwickelt, wie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, die die Interessen der Gruppierungen, die sie tragen, vertreten und die staatlichen Maßnahmen mit zustimmenden und kritischen Stellungnahmen sowie Vorschlägen für eine Änderung, Erweiterung oder Einschränkung der staatlichen Maßnahmenkataloge begleiten. Alle diese Aktivitäten sind natürlich nur möglich, wenn die quantitativen Auswirkungen der diskutierten Maßnahmen anhand von statistischem Material belegt werden können.

Einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der statistischen Programme hatte auch die Entwicklung, die die Wirtschaftswissenschaft unter dem Einfluß der „General Theory“ von J.M. Keynes genommen hatte. Während „die theoretische Analyse der Zusammenhänge zwischen den für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses relevanten Variablen (Güterpreise, Gütermengen, Einkommen usw.) bis in die ersten beiden Dezennien unseres Jahrhunderts fast ohne jede Beziehung zur Wirtschaftsbeobachtung entwickelt wurde und die Wirtschaftsbeobachtung ihr Material nach Gesichtspunkten

sammelte und aufbereitete, die in keiner Verbindung zu den aus der theoretischen Analyse resultierenden Fragestellungen standen“, hatte die „General Theory“, „obwohl sie selbst keinen unmittelbaren Beitrag ökonomischen Charakters enthält, ein die statistische Forschung beflügelndes Klima geschaffen, wie kaum ein anderes Werk eines Theoretikers“ zuvor. So setzte sich seit den 30er Jahren immer mehr die Erkenntnis durch, „daß Wirtschaftstheorie ohne Messung heute ebenso eine Unmöglichkeit ist wie Wirtschaftsstatistik ohne Verbindung zur ökonomischen Theorie“. ¹⁾ Zu den bedeutendsten Ergebnissen der durch diese Verbindung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsstatistik inspirierten Untersuchungen gehört die Entwicklung von Modellen für eine Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und darauf fußend das Leontief'sche Input-Output-Modell.

Neben den auf den Informationsbedarf der einzelnen Verwaltungen zurückzuführenden statistischen Erhebungen gehörten zum System der amtlichen Statistik aber schon immer Erhebungen, durch die unabhängig von aktuellen Fragestellungen für eine breite Öffentlichkeit statistisches Material über die demographischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes nachgewiesen wird. Ein typisches Beispiel hierfür bilden die Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählungen. Der hierin zum Ausdruck kommende Grundgedanke, „daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der verhältnismäßig wenig unmittelbar ‚verwaltet‘ wird, die Statistik nicht nur unmittelbaren Verwaltungszwecken zu dienen habe, sondern ein fundiertes Gesamtbild der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Entwicklung und Zusammenhänge liefern müsse“ ²⁾, erhielt durch die Notwendigkeiten, die sich aus der Aufstellung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergaben, eine neue und umfassendere Bedeutung, so daß er beim Wiederaufbau der amtlichen Statistik zur Leitlinie für die Gestaltung der statistischen Programme wurde. Der Anstoß zu einer ersten Ermittlung des Bruttosozialprodukts kam vom European Recovery Program (ERP), das zur Organisation des Marshallplans im September 1947 ins Leben gerufen wurde und Angaben über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der an dem Programm beteiligten Länder benötigte. Die im Rahmen dieses Programms zu bewältigenden Aufgaben wurden im April 1948 von der neu eingerichteten Organization for European Economic Cooperation (OEEC) übernommen.

Aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liefern die einzelnen statistischen Erhebungen die Bausteine für die Konstruktion eines Gesamtsystems. Dadurch wird sehr schnell sichtbar,

- (1) welche Lücken dieses System besitzt und welche Erhebungen sich offensichtlich mit Randproblemen befassen;
- (2) inwieweit die einzelnen Erhebungen aufeinander abgestimmt sind, woraus sich Vorschläge zum Ausbau oder aber auch zur Einschränkung bestimmter Erhebungen ergeben;
- (3) inwieweit die bei den einzelnen Statistiken verwandten Definitionen und Gliederungssysteme übereinstimmen.

1) Erich Schneider: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsbeobachtung. Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 36, 1952; S. 109, 115, 118.

2) Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972. Stuttgart und Mainz 1972; S. 55.

Die Ausrichtung der statistischen Erhebungen auf die Erstellung eines statistischen Gesamtbildes machte es zunächst erforderlich, das durch die statistischen Erhebungen bisher bereitgestellte Datenmaterial unter bestimmten Sachverhalten zu überprüfen¹⁾. Die über die Wirtschaftsstruktur und den Wirtschaftsablauf benötigten und vorliegenden Angaben, ein für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung besonders wichtiger Komplex, wurden dabei in vier Bereiche eingeteilt:

- (1) die Produktionsgrundlagen, die Produktionsvorgänge und die Produktionsergebnisse (oder das Angebot an Gütern),
- (2) die Entstehung, Verteilung und Verwendung der Einkommen,
- (3) der Verbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag (oder die Nachfrage nach Gütern),
- (4) die Preise (ein die Bereiche [1] und [3] übergreifender Bereich).

Der von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die Programmgestaltung ausgehende Einfluß hat nicht nur das Gesamtsystem der amtlichen Statistik wesentlich verbessert, sondern er hat auch erheblich zur Rationalisierung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme beigetragen²⁾. Die Entwicklung dieser Konzeption und ihre praktische Realisierung verdankt die amtliche Statistik vor allem und in erster Linie dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Gerhard Fürst, und seiner späteren Nachfolgerin im Amt, Hildegard Bartels. Das Vorhaben wäre allerdings wohl kaum gelungen, wenn die Durchführung der amtlichen Statistik nicht in den Händen eines zentralen statistischen Dienstes mit eigenen Behörden gelegen hätte. Für die jüngste Zeit ist leider festzustellen, daß der Gedanke des statistischen Gesamtbildes als Leitlinie für die Programmgestaltung viel von seiner Integrationskraft verloren hat.

4. Der instrumentale Charakter der Statistiken und die Rolle der Total- und Stichprobenerhebungen

Schon bei den für ganz bestimmte Verwaltungszwecke organisierten Statistiken können in vielen Fällen nicht die Angaben erfragt werden, die man wissen möchte, weil man davon ausgehen muß, daß die in dieser Form gestellten Fragen von den Berichtsstellen nicht beantwortet werden können oder daß die gemachten Angaben mit erheblichen Fehlern behaftet sein werden. Die Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Krankenanstalten erfaßt zum Beispiel die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Krankenanstalten unter Zugrundelegung des Kontenrahmens in einer Tiefengliederung, in der sie an sich gar nicht benötigt werden. Dieses Erfassungsschema ist gleichwohl notwendig, um die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Krankenan-

stalten nach der für die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten maßgeblichen Systematik darstellen zu können und damit zu einer Aussage über die Einnahmen und Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen insgesamt zu kommen. Als ein weiteres Beispiel lassen sich die Investitionserhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe anführen, die unter anderem die Material- und Warenbestände am Anfang und Ende des Jahres für die verschiedenen Material- und Warenarten weniger um ihrer selbst willen erfassen, sondern zur Ermittlung der Vorratsinvestitionen.

Diese Tendenz hat sich noch erheblich verstärkt, nachdem die statistischen Erhebungen auf die Erstellung eines statistischen Gesamtbildes ausgerichtet und damit als Komponenten eines umfassenden Gesamtsystems betrachtet wurden. Dadurch wird natürlich die Rationalität des Gesamtsystems erheblich gesteigert, denn je „roher“ die erfaßten Tatbestände sind, für desto vielfältigere Zwecke können sie verwandt und in die verschiedensten Auswertungssysteme eingefügt werden. Die statistischen Erhebungen haben dadurch einen instrumentalen Charakter erhalten: Sie liefern gewissermaßen Bausteine, die unter verschiedenen Auswertungsgesichtspunkten genutzt werden können, ohne daß es notwendig wäre, für neue Problemstellungen gleich neue Statistiken in Gang setzen zu müssen.

Bei der Gestaltung des Gesamtsystems der Statistiken ist jedoch nicht nur zu prüfen, welche Tatbestände in welcher sachlichen Gliederung zu erfassen sind, sondern auch in welchem Turnus die Erhebungen wiederholt werden müssen und bis zu welcher regionalen Ebene Ergebnisse bereitzustellen sind. Denn wegen der relativ hohen Kosten, die für die Durchführung der statistischen Erhebungen zu veranschlagen sind, muß man versuchen, den Katalog der kurzfristig zu erhebenden Daten möglichst klein zu halten und die Zeitspannen zwischen den Strukturserhebungen, die fachlich und regional tief gegliederte Informationen liefern, möglichst weit zu strecken. Auch für die hier zu treffenden Entscheidungen bietet die Idee des statistischen Gesamtbildes eine zuverlässige Leitlinie: Ziel soll ein System von sich ergänzenden und aufeinander abgestimmten Erhebungen sein, wobei die Ergebnisse aus den längerfristigen Strukturserhebungen mit Hilfe der aktuellen Daten aus kurzfristigen Erhebungen fortgeschrieben oder zumindest für einen aktuellen Stand geschätzt werden können.

Die Anforderungen an die sachliche und regionale Gliederung der zu erfassenden Tatbestände bestimmen zugleich die Möglichkeiten für den Einsatz von Stichprobenerhebungen, die gegenüber den Totalerhebungen den großen Vorzug haben, daß aus der Gesamtheit der zu dem Erhebungsbereich gehörenden Fälle nur eine Teilmasse (Stichprobe) zu erfassen ist, „die ein verkleinertes, aber sonst wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt“³⁾. Die Teilmasse stimmt aber bezüglich der Merkmale ihrer Einheiten fast nie mit der Gesamtmasse überein; sie ist vielmehr mit einem Stichprobenfehler behaftet, der sich aus den Zufälligkeiten bei der Ziehung der Stichprobe ergibt. Bei der Planung und Auswertung von Stichprobenerhebungen muß daher der Fehlerbereich, das heißt die Spanne, in der die

1) Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972; a. a. O. S. 80 ff.

2) Vgl. hierzu Gerhard Fürst: Wandlungen in der Aufgabenstellung der amtlichen Statistik. Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 47, 1963; S. 212 f.

3) Karl-August Schäffer: Stand und Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik. Wirtschaft und Statistik, N. F. 12. Jg., 1960; S. 635.

Stichprobenergebnisse von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen können, berücksichtigt werden. Der Fehlerbereich, der sich mathematisch berechnen läßt, ist der Natur der Sache nach um so größer, je stärker die Einheiten der Teilmasse sachlich und regional untergliedert werden. Deshalb können Stichprobenerhebungen nicht in Betracht kommen, wenn Ergebnisse in einer tiefen sachlichen und regionalen Gliederung bereitgestellt werden sollen, wie dies etwa bei Strukturerhebungen der Fall ist. Die Domäne der Stichprobenerhebungen sind vielmehr Statistiken,

- (1) die für die Jahre, die zwischen den nur in größeren Zeitabständen durchgeführten Strukturerhebungen liegen, zumindest für größere Räume, wie das Bundesgebiet und zum Teil auch die Gebiete der Länder, stärker differenziertes Zahlenmaterial liefern sollen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Mikrozensus, der die zwischen den Volkszählungen liegenden Zeiträume überbrücken soll;
- (2) die anhand eines begrenzten Katalogs von aktuellen Daten über die wirtschaftliche Entwicklung von Wirtschaftsbereichen unterrichten sollen, in denen die mittleren und kleineren Unternehmen von erheblicher Bedeutung sind, so daß bei Totalerhebungen jeweils eine Vielzahl von Fällen zu erfassen ist. Als Beispiel hierfür seien die monatlichen und vierteljährlichen Erhebungen im Handel und Handwerk angeführt.

Daneben werden Stichprobenverfahren vornehmlich angewandt, um bei Totalerhebungen durch Zusatzprogramme stärker differenziertes Zahlenmaterial für größere Gebietseinheiten zu gewinnen oder um bei sehr umfangreichem sekundärstatistischem Ausgangsmaterial die Aufbereitung zu verbilligen und zu beschleunigen oder um die Ergebnisse aus den Totalerhebungen nachzuprüfen.

Bei dem Auf- und Ausbau des Systems der statistischen Erhebungen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde den Stichprobenerhebungen, die in der amtlichen Statistik vorher nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt hatten, überall dort, wo dies möglich war, der Vorzug vor den Totalerhebungen gegeben. Der in der Öffentlichkeit häufiger, zuletzt wieder bei der Diskussion um die Volkszählung 1987, zu hörende Vorwurf, die amtliche Statistik würde die Einsatzmöglichkeiten von Stichprobenerhebungen nicht hinreichend berücksichtigen, geht völlig an der Realität vorbei. Tatsächlich bestehen die größten Lücken im Informationsangebot der amtlichen Statistik bei der Nachweisung von Ergebnissen für kleinere regionale Einheiten, und diese lassen sich nun einmal nur durch Totalerhebungen schließen. Wenn gemäß Art. 106 Abs. 3 Nr. 2 des Grundgesetzes die Einheit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt werden soll, dann setzt dies voraus, daß gesicherte statistische Unterlagen über die Beschaffenheit der Lebensverhältnisse in den einzelnen Regionen des Bundesgebietes verfügbar sind, denn nur dann können die bestehenden Unterschiede quantifiziert und Maßnahmen für eine Angleichung getroffen werden.

Die hier kurz skizzierte Konzeption für die Gestaltung des statistischen Erfassungssystems hat natürlich den

Nachteil, daß jede zum Gesamtsystem gehörende Statistik als solche unersetzbar ist und die Erhebungen so miteinander verzahnt sind, daß eine große Abhängigkeit besteht. Als die Volkszählung 1980 auf das Jahr 1987 verschoben wurde, hatte dies zur Folge,

- (1) daß allen Auswertungssystemen, die davon ausgehen, daß in etwa zehnjährigen Abständen neue Ergebnisse über die Bevölkerungsstruktur in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt werden, die Datengrundlage entzogen wurde. Die Zeitspanne für die Volkszählungen wurde schließlich nicht willkürlich gewählt, sondern aufgrund der Erkenntnis, daß die aus der Volkszählung abzuleitenden Relationen über die Bevölkerungsstruktur über diesen Zeitraum hinweg im allgemeinen verwendbar bleiben werden;
- (2) daß die auf der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Statistik der Wanderungsbewegung fußende Bevölkerungsfortschreibung und ebenso der Mikrozensus weitgehend in der Luft hingen.

Wenn gegen die Verschiebung der Volkszählung um sieben Jahre und die Kampagne, die gegen diese Zählung ganz allgemein geführt wurde, von seiten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und ihren Vertretern in den Universitäten, den wissenschaftlichen Instituten, den staatlichen und kommunalen Verwaltungen, den Verbänden und den Großunternehmen nicht ein sehr viel heftigerer und energischerer Widerstand geleistet wurde, so läßt sich dies vermutlich nur daraus erklären, daß empirische Untersuchungen im Bereich der deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht die Bedeutung haben, die ihnen an sich in einem derart hoch entwickelten Land zukommt. Allen denjenigen aber, die sich bei ihren statistischen Modellkonstruktionen auf einen relativ sicheren Datenfluß verlassen hatten und die sich nun im Stich gelassen fühlten, verblieb nur, sich an die sarkastische Empfehlung Schumpeters zu halten: „If you can quantify it, quantify it. If you cannot quantify it, quantify it just the same.“ Die statistischen Aussagen über die Gegenwart und die Zukunft sind dadurch nicht gerade sicherer geworden.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß ein Netz von miteinander verzahnten Statistiken, wie alle komplizierten Gebilde, recht anfällig für Störungen ist, wobei die Störungen keinesfalls immer nur von Gruppierungen ausgehen, die sich wie die wild agitierenden „Volkszählungsgegner“ gebärden.

5. Einbindung der Bundesstatistik in die Programmsysteme der internationalen Organisationen

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist auf internationaler Ebene durch eine verstärkte Kommunikation und Zusammenarbeit der Staaten untereinander gekennzeichnet. Im Vordergrund standen dabei zunächst die Aktivitäten der UNO und ihrer Unterorganisationen. Für die amtliche Statistik sind hier die Tätigkeiten des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen und der Konferenz der Europäischen Statistiker bei der ECE (Economic Commission for Europe), einer regionalen Unterorganisation der UNO, von besonderer Bedeutung. Die

Bemühungen dieser Institutionen gehen vornehmlich dahin, vergleichbare statistische Ergebnisse für die Staaten zu beschaffen und sie in entsprechenden Veröffentlichungen nachzuweisen. Aus dieser Aufgabenstellung erwuchs die Forderung nach einer stärkeren Harmonisierung der statistischen Programme, der bei den Erhebungen verwandten Begriffe und der für die Aufbereitung maßgebenden Systematiken. Diese Bemühungen trafen sich insofern mit dem neuen Ziel einer Ausrichtung der Bundesstatistiken auf ein statistisches Gesamtbild¹⁾. Sehr fruchtbar erwies sich die internationale Zusammenarbeit aber auch bei der Diskussion neuer Methoden und Auswertungskonzeptionen. So konnte zum Beispiel bei dem Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik das von der OEEC entwickelte Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen²⁾ als eine wichtige Grundlage bei der Festlegung des Gesamtrahmens herangezogen werden.

Als sehr viel weitreichender erwies sich der Einfluß, der nach der Gründung der EWG im Jahre 1958 von dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften ausging. Das hat seinen Grund darin, daß die Europäische Gemeinschaft (EG) nicht nur Empfehlungen zur Gestaltung der statistischen Programme aussprechen, sondern durch den Erlaß von Richtlinien die Mitgliedstaaten verpflichten kann, die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung der von der EG für notwendig gehaltenen Statistiken zu schaffen. Darüber hinaus kann sie durch den Erlaß von Rechtsverordnungen in allen Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht setzen und durch Entscheidungen für bestimmte Einzelfälle verbindliche Regelungen treffen (z. B. Festlegung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems)³⁾. Auch das Statistische Amt der EG ist zunächst primär daran interessiert, vergleichbare statistische Ergebnisse für alle Mitgliedstaaten zu erhalten, vor allem natürlich auf den Gebieten, auf denen die EG aufgrund ihrer Aufgabenstellung besondere Aktivitäten entfaltet. Wegen der großen Unterschiede in den statistischen Programmen der Mitgliedstaaten setzt dies jedoch eine Harmonisierung der Erhebungskataloge, Begriffe und Systematiken voraus, die sehr viel weiter gehen muß, als dies bei den Koordinierungsmaßnahmen des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen notwendig ist, weil die statistischen Ergebnisse für die EG-Behörden eine unmittelbare Entscheidungsgrundlage bilden und daher an die Qualität der Ergebnisse, insbesondere was ihre Vergleichbarkeit anbelangt, sehr viel höhere Anforderungen gestellt werden.

Eine durchgreifende Anpassung der statistischen Erfassungssysteme läßt sich natürlich überwiegend nur

mit Hilfe entsprechender Empfehlungen und Richtlinien erreichen, da die EG nicht neben den nationalen Statistiken ein eigenes Programm von EG-Statistiken entwickeln konnte, sondern versuchen mußte, die Unterschiede zwischen den nationalen Statistiken langsam abzubauen. Da dieser Prozeß naturgemäß eine längere Zeit in Anspruch nimmt, muß die EG immer dann, wenn für aktuelle politische Maßnahmen statistische Ergebnisse benötigt werden, die aus den nationalen Statistiken nicht in der gewünschten Form entnommen werden können, Rechtsverordnungen zur Beschaffung dieses Datenmaterials erlassen.

Die von der EG durch Empfehlungen oder Richtlinien initiierten oder durch Rechtsverordnungen unmittelbar in Gang gesetzten Statistiken bilden vielfach eine sehr begrüßenswerte Ergänzung der jeweiligen nationalen Erfassungssysteme. Dies gilt aus deutscher Sicht zum Beispiel für die auf eine entsprechende Richtlinie der EG zurückgehende Einführung der Investitionserhebungen im produzierenden Gewerbe⁴⁾. Zum Teil fügten sich die durch Rechtsverordnungen der EG angeordneten Statistiken allerdings nur sehr schlecht in das bestehende deutsche Erfassungssystem ein. Hinzu kommt, daß für zentrale Bürokratien, die nur einen sehr entfernten Bezug zum praktischen Verwaltungsvollzug haben, die Kosten, die durch die von ihnen veranlaßten Maßnahmen verursacht werden, eine Größe darstellen, die in ihren Kalküls nur eine recht geringe Rolle spielt. Aus dieser Denkweise dürften sich die vielfach überzogenen Erhebungskataloge und Aufbereitungsprogramme der EG-Statistiken erklären.

6. Der Einfluß politischer Programme auf das System der amtlichen Statistik

Wie bereits dargelegt, ist das System der statistischen Erhebungen aus dem Informationsbedarf der einzelnen Verwaltungsbereiche erwachsen und erst in neuerer Zeit durch den Gedanken der Erstellung eines statistischen Gesamtbildes geprägt worden. Da es sich auf alle Lebensbereiche erstreckt, können auch umfassende politische Programme, die jeweils aus dem Geist ihrer Zeit geboren werden, zur Verwirklichung ihrer Zielsetzungen auf ein umfassendes Informationsangebot zurückgreifen, wobei maximal eine gewisse Ausgestaltung des bestehenden statistischen Instrumentariums erforderlich ist. Es treten jedoch immer wieder politische Programme auf den Plan, die zumindest von ihren energischsten Vertretern als revolutionär verstanden werden und zur Erreichung der für notwendig gehaltenen Ziele eine Reorganisation der jeweils betroffenen Verwaltungsbereiche erfordern, mit dem Ergebnis, daß es in jedem Fall zu einer Expansion der zur Realisierung dieser Programme aufgerufenen Behördenhierarchien kommt, deren Aktivitäten dann in aller Regel auch den Bereich der amtlichen Statistik sehr stark beeinflussen. Von besonders weitreichender Bedeutung waren dabei in den letzten 40 Jahren das Programm zur Neuorientierung des Bildungswesens, das Mitte der 60er Jahre auf verschiedenen Ebenen einsetzte, und das Umweltschutzprogramm, das die Bundesregierung im September 1971 vorlegte.

Das öffentliche Bildungswesen in Deutschland sah sich in den 60er Jahren einer heftigen Kritik ausgesetzt,

1) Vgl. hierzu Günter Hamer: Aufgaben und Probleme der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland aus ihren internationalen Kooperationsverpflichtungen. Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 65, 1981; S. 50.

2) A Standardised System of National Accounts. Hrsg.: OEEC. Paris 1952. (Die deutsche Ausgabe wurde im folgenden Jahr vom Statistischen Bundesamt herausgegeben).

3) Vgl. hierzu Marion Entgelter: Das Recht der Europäischen Gemeinschaften und seine Auswirkungen auf die amtliche Statistik. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1985; S. 265 ff.

4) Günter Hamer: Aufgaben und Probleme der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland aus ihren internationalen Kooperationsverpflichtungen; a. a. O. S. 52.

die in der Behauptung gipfelte, es bestehe in der Bundesrepublik ein „Bildungsrückstand“, wenn nicht sogar ein „Bildungsnotstand“, der unter Umständen zu einer „Bildungskatastrophe“ führen könne. Durch die im Verhältnis zu zurückliegenden Epochen geradezu revolutionäre Dynamik der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung seien die traditionellen Verhaltensweisen und Einrichtungen auch im Bereich von Schule und Hochschule in Frage gestellt worden. Es sei die vordringlichste Aufgabe der Kulturpolitik, diese Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und dem jeweiligen Status des Bildungswesens zu beheben. Voraussetzung hierfür seien jedoch einwandfreie statistische Informationen, wie sie von der amtlichen Statistik bisher nicht bereitgestellt würden¹⁾. Das statistische Idealbild waren personenbezogene Verlaufsstatistiken, in denen der Werdegang der Kinder am besten vom Schuleintritt bis zum Verlassen der Schule oder Hochschule systematisch verfolgt wird.

Diese Bewegung zur Reform des Bildungswesens wurde bald so stark, daß sich ihr der Gesetzgeber nicht entziehen konnte. Durch das 21. und 22. Grundgesetzänderungsgesetz vom 12. Mai 1969 wurden der Ausbau und Neubau von Hochschulen, die Bildungsplanung und die überregionale Forschungsförderung zu Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder erklärt (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1, Art. 91 b GG) und dem Bund die Kompetenz zum Erlaß von Rahmenvorschriften im Hochschulbereich übertragen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG). Auf dieser neuen Grundlage wurde im Juli 1970 eine Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingesetzt, deren Aufgabe es unter anderem sein sollte, Vorschläge für die gemeinsame Errichtung und Fortentwicklung überregionaler Informationssysteme für das Bildungswesen und die Forschungsförderung zu erarbeiten²⁾. Im folgenden Jahr wurde dann durch das Hochschulstatistikgesetz ein umfassendes Programm für einen ganzen Katalog von weitreichenden statistischen Erhebungen im Hochschulbereich festgelegt und durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz eine neue Statistik der Ausbildungsförderung eingeführt. Im Jahre 1976 wurde durch das Ausbildungsplatzförderungsgesetz eine neue Berufsbildungsstatistik angeordnet. Aber auch die Schulstatistiken, die auf Anordnungen der zuständigen Länderminister beruhen und durch besondere Ausschüsse der Konferenz der Kultusminister koordiniert werden, wurden ganz erheblich ausgebaut, wobei zur schnelleren Erfassung und Nachweisung der für notwendig gehaltenen Angaben nach und nach ein ganzes System von Schul-, Schüler- und Lehrerdateien eingerichtet wurde.

Ein typisches Kennzeichen für diesen Auf- und Ausbau der Statistik im Bildungsbereich – und der Grund, warum der Einfluß politischer Programme auf das

Systems der amtlichen Statistik hier in einem eigenen Kapitel abgehandelt – war der Bruch mit der bewährten Arbeitsteilung zwischen denjenigen Stellen, vornehmlich in der öffentlichen Verwaltung, die den Bedarf an statistischen Informationen vorgeben, und den Statistischen Ämtern, die aufgrund dieser Anforderungen die Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme im einzelnen festlegen. Die Planungsstäbe und Planungsgremien, die in großer Zahl neu eingerichtet wurden, griffen vielmehr in starkem Maße in die Vorbereitung und den Ablauf der Erhebungen ein, was den Statistiken nicht immer sehr gut bekommen ist, vor allem dann nicht, wenn man glaubte, auf den Fachverstand und die Erfahrungen der statistischen Praktiker verzichten zu können. Vielfach fehlte auch eine klare Konzeption, nach der die Gestaltung der statistischen Programme hätte ausgerichtet werden können, so daß man, um sicher zu gehen, Maximalprogramme entwarf. Die hohen Kosten, die mit einer Realisierung dieser Programme verbunden waren, wurden als „unvermeidbar“ hingestellt. Was sich als tatsächlich unvermeidbar erwies, war die Kürzung des im ganzen überzogenen Reformprogramms. So wurde durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 eine Reihe der im Hochschulstatistikgesetz angeordneten Erhebungen aufgehoben, bei anderen Erhebungen der Katalog der zu erfassenden Tatbestände eingeschränkt oder der Erhebungsturnus verlängert³⁾.

Der Auf- und Ausbau eines Systems von Umweltstatistiken, der durch das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 in Gang gesetzt wurde, erfolgte unter weit weniger überspannten Erwartungen, was vermutlich damit zusammenhing, daß das Thema Umweltschutz selbst zwar sehr emotionsgeladen ist, die hier zu findenden Lösungen jedoch eine sehr nüchterne Betrachtungsweise erfordern. Da es bei den Umweltstatistiken zunächst darum geht, die Beeinträchtigungen der Umwelt, die Verursacher der Umweltschäden sowie die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Behebung von Umweltschäden zu erfassen, stand am Anfang die sich vornehmlich an die Natur- und Ingenieurwissenschaften richtende Frage, wie und wo diese Tatbestände zu messen sind⁴⁾. Da der Schutz der Umwelt nur durch Kontrollen seitens der öffentlichen Verwaltung unter Zugrundelegung von rechtlich festgelegten Vorgaben erreicht werden kann, spielt die Auswertung der von der öffentlichen Verwaltung in diesem Rahmen erfaßten Werte eine besondere Rolle. Einen weiteren Ansatzpunkt boten die bereits bestehenden Erhebungen über die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die durch das 1974 erlassene Umweltstatistikgesetz wesentlich ausgebaut wurden. Neu eingeführt wurden Erhebungen über die Abfallbeseitigung. Auch hier wurde allerdings der Rahmen des Notwendigen überspannt, da schon 1980 durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz der Umfang der Erhebungen wieder eingeschränkt wurde. Daneben wurde versucht, durch Sonderaufbereitungen und Sonderauswertungen des aus bestehenden Erhebungen der amtlichen Statistik bereitgestellten Zahlenmaterials Unterlagen für den Umweltschutz zu gewinnen. Die oft gar nicht so schwierige Berücksichtigung umweltstatistischer Gesichtspunkte in den ursprünglich für andere Zwecke konzipierten Statistiken stieß in der Praxis allerdings leider oft auf Unverständnis. So ist es bis heute nicht möglich

1) Walter Müller: Welche Forderungen müssen die Bildungspolitiker an die Statistik stellen? Allgemeines Statistisches Archiv, 50. Bd., 1966; S. 3 f.

2) Bericht des Statistischen Bundesamtes für die 19. Tagung des Statistischen Beirats am 12. und 13. Mai 1971; S. 53.

3) Zur Entstehung des Hochschulstatistikgesetzes und seiner Bereinigung durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz: Karl Schwarz: Durchführung des Hochschulstatistikgesetzes; Brigitte Reimann: Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften in Kraft getreten. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1974, S. 565 ff. und Jg. 1980, S. 435.

4) Hildegard Bartels: Statistik als Hilfsmittel der Umweltpolitik. Allgemeines Statistisches Archiv, 59. Bd., 1975; S. 11 ff.

gewesen, eine Veranschlagung der Mittel in den öffentlichen Haushalten zu erreichen, die die Voraussetzungen dafür schaffen würde, daß im Rahmen der Haushaltsrechnungsstatistiken die Ausgaben und Einnahmen des Bundes, der Länder und der kommunalen Körperschaften für den Umweltschutz vollständig und in einer aussagefähigen Gliederung nachgewiesen werden können. Von der Realisierung des angestrebten umweltstatistischen Systems, vergleichbar dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾, ist man offensichtlich noch sehr weit entfernt. Auch hier zeigt sich, daß die durch groß angelegte politische Programme ausgelösten Konzeptionen für neue statistische Systeme zwar oft mit großen Ansprüchen auftreten, ihre Implementierung dann jedoch mit einem zu geringen Nachdruck und ohne eine durchgreifende Detailplanung betrieben wird.

7. Rationalisierung der statistischen Programme – Statistikbereinigung

Die Tätigkeit des Staates und seiner Organe wird von einem Teil der Öffentlichkeit mit großer Skepsis betrachtet. In Frage gestellt werden dabei nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Effizienz der von den öffentlichen Dienststellen durchgeführten Maßnahmen. Besonders schlecht schneiden dabei die Erhebungen der amtlichen Statistik ab, da der Außenstehende meistens kaum in der Lage ist, den Nutzen einer Statistik zu erkennen und zu beurteilen. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß von Zeit zu Zeit in den Parlamenten und hier vor allem in den Haushaltsausschüssen, aber auch bei den Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Ämter der Ruf laut wird: Die Flut von Statistiken muß eingedämmt werden. Nun ist eine Gesamtüberprüfung der statistischen Programme in bestimmten Zeitabständen an sich eine ganz normale Angelegenheit, denn da die einzelnen statistischen Erhebungen in der Regel auf Gesetzesinitiativen der einzelnen an bestimmten statistischen Ergebnissen interessierten Ressorts beruhen, ist es sehr wohl möglich, daß einzelne Bereiche der amtlichen Statistik überdimensioniert werden, so daß sich das ganze System nicht mehr in einem vernünftigen Gleichgewicht befindet. Was stören muß, ist lediglich der Zungenschlag, der vielfach bei der Inszenierung dieser Überprüfungsaktionen zu vernehmen ist.

Die Bundesrepublik war noch keine 20 Jahre alt und der Auf- und Ausbau des Systems der amtlichen Statistik noch in vollem Gange, als der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Beauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung Ende 1964 ersuchte, ein Gutachten darüber zu erstatten, welche Statistiken eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden könnten. Mit der Erstellung des Gutachtens wurde Anfang 1966 der erst 1964 in den Ruhestand verabschiedete frühere Präsident des Statistischen Bun-

desamtes Gerhard Fürst beauftragt. Wer erwartet hatte, daß das Gutachten²⁾ Möglichkeiten für spektakuläre Streichungen unnötiger Statistiken aufzeigen würde, sah sich enttäuscht. Dazu boten sich zu diesem Zeitpunkt, in dem das Programm der amtlichen Statistik nach sorgfältiger Vorbereitung gerade erst Gestalt angenommen hatte, so gut wie keine Ansatzpunkte. Das Gutachten war jedoch keineswegs umsonst gewesen; sein heute noch gültiger Wert liegt darin, daß es erstmals ein Grundscheina und ein umfassendes Instrumentarium für die Überprüfung des gesamten Gebiets der amtlichen Statistik lieferte.

Die nächste Überprüfungsaktion wurde bereits sieben Jahre später Mitte 1974 durch den Antrag des Landes Baden-Württemberg für eine Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung der Bundesstatistik eingeleitet. Die Bundesregierung kam dieser Aufforderung nach und setzte im Frühjahr 1975 einen „Abteilungsleiterausschuß Statistik“ ein, mit der Aufgabe, „die bestehenden und geplanten Bundesstatistiken auf ihre gegenwärtige oder künftige Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage zu überprüfen und das Gesamtprogramm der Statistik zu straffen“³⁾. Diese Vorgehensweise verhielt nichts Gutes, denn in einem interministeriellen Arbeitskreis ist der Ressortstreit darüber, wo was gekürzt werden soll, bereits vorprogrammiert. Sinnvoller wäre es gewesen, diese Aufgabe einem kleinen Stab von Experten aus der amtlichen Statistik zu übertragen, die einen guten Überblick über das gesamte System besitzen und seine Vorzüge und Schwächen, die Dringlichkeit des Informationsbedarfs und die Höhe der Erhebungs- und Aufbereitungskosten genau kennen. Der „Abteilungsleiterausschuß Statistik“ begann seine Tätigkeit mit einer Bestandsaufnahme, für die die einzelnen Statistiken in umfangreichen Fragebogen zu beschreiben waren, eine Maßnahme, die bei allen Fachleuten auf große Verwunderung stieß, denn was soll man von einer Expertenkommission halten, die sich die für ihre Aufgaben notwendigen Kenntnisse erst über eine groß angelegte Fragebogenaktion beschaffen muß. Auf der Ebene der Länder wurde von der Innenministerkonferenz ein Kontaktgremium zum „Abteilungsleiterausschuß Statistik“ eingerichtet, das sich aus Beamten der Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter zusammensetzte, die sich – von Ausnahmen abgesehen – bisher nur gelegentlich und am Rande mit statistischen Fragen befaßt hatten. Unter diesen institutionellen Voraussetzungen war es nur natürlich, daß es fünf Jahre dauerte, bis am 14. März 1980 das Erste Statistikbereinigungsgesetz verabschiedet wurde. Das Ergebnis war insgesamt gesehen recht bescheiden, so daß man schamvoll auf eine Schätzung der dadurch erzielten Kosteneinsparungen verzichtete. Gleichwohl ist anzuerkennen, daß die ärgsten Auswüchse, die bei der von der allgemeinen Planungseuphorie in der ersten Hälfte der 70er Jahre beflügelten Ausweitung der statistischen Programme entstanden waren, wieder beschnitten wurden, und daß darüber hinaus das komplizierte System der miteinander verschachtelten statistischen Erhebungen recht wenig zu Schaden kam, was am Anfang keineswegs von vornherein ausgeschlossen werden konnte.

1) Helmut Baltes und Werner Nowak: Umweltstatistik – ein Instrument der Umweltplanung. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1974; S. 238, 245.

2) Gerhard Fürst: Überprüfung des Programms der Bundesstatistiken, soweit sie in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bearbeitet werden, einschl. der koordinierten Länderstatistiken; Gutachten im Auftrag des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung; vorgelegt im Juli 1967; als Manuskript gedruckt.

3) Brigitte Reimann: Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften in Kraft getreten; a. a. O. S. 433.

Die Statistikbereinigung wurde mit dem Erlaß der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984 fortgesetzt, durch die eine Reihe von Statistiken eingeschränkt oder ausgesetzt wurde. Die Änderungsvorschriften der Statistikbereinigungsverordnung beruhen überwiegend auf der entsprechenden Verordnungsermächtigung des Bundesstatistikgesetzes, die jedoch auf drei Jahre befristet ist. Da sich die Überzeugung durchsetzte, daß die zunächst auf drei Jahre befristeten Regelungen auf Dauer beibehalten werden sollten, wurden sie in das am 19. Dezember 1986 verabschiedete Zweite Statistikbereinigungsgesetz aufgenommen, das daneben allerdings auch andere notwendig gewordene Änderungen enthält. Die Statistikbereinigung dürfte damit vorläufig zu einem Abschluß gekommen sein, da die weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der amtlichen Statistik primär darauf gerichtet sein müssen, die statistischen Rechtsgrundlagen an die Erfordernisse des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 anzupassen, wobei natürlich auch bestimmte Programmkorrekturen unvermeidlich sein werden.

8. Die Auswirkungen der technischen Entwicklung in der Datenverarbeitung auf die Programmgestaltung

Für die Aufbereitung der statistischen Ausgangsdaten wurden schon in den ersten Jahren nach der Wiederaufnahme der Erhebungen der amtlichen Statistik maschinelle Verfahren angewandt. Grundlage hierfür bildete die Lochkartentechnik, bei der die zu erfassenden Angaben in die einzelnen Felder von Lochkarten übernommen werden. Die Verarbeitung der Lochkarten erfolgte dann mit Hilfe von Sortier- und Tabelliermaschinen. Schon Ende der 50er Jahre waren die Tabelliermaschinen so ausgestattet, daß sie in den Tabellenköpfen und -vorspalten die textlichen Bezeichnungen mit ausdrucken konnten und die maschinell angeschriebenen Tabellen damit unmittelbar als Arbeitsunterlagen weitergegeben werden konnten. Da die maschinelle Aufbereitung der manuellen Aufbereitung in der Regel erheblich überlegen ist, sowohl was die Kosten als auch die Darbietung der Ergebnisse anbelangt, wurde die manuelle Aufbereitung im Laufe der Zeit fast ganz verdrängt; sie wird heute nur noch in Ausnahmefällen angewandt, und zwar bei Erhebungen, bei denen die Zahl der Erhebungseinheiten, der Erhebungstatbestände und der Merkmalskombinationen gering ist, da die manuelle Aufbereitung unter diesen Bedingungen vielfach noch mit niedrigeren Kosten abgewickelt werden kann. Das Verfahren, nach dem die statistischen Ausgangsdaten bei einer maschinellen Aufbereitung, die sich der Lochkartentechnik bedient, zu statistischen Ergebnissen „verdichtet“ werden, ist aber prinzipiell das gleiche wie bei einer manuellen Aufbereitung, so daß die Art des Aufbereitungsverfahrens für die Programmgestaltung nicht von großer Bedeutung war.

Das änderte sich schlagartig, als Anfang der 60er Jahre die elektronischen Großrechenanlagen zum Einsatz kamen und die Ausgangsdaten auf Magnetbändern und Magnetplatten gespeichert wurden. Einschnei-

dende Vorteile hatte diese Modernisierung der maschinellen Ausstattung zunächst vor allem für die Verfahrensabläufe. Die aufwendige manuelle Vorprüfung der Ausgangsdaten konnte aufgrund der nun neu eingeführten maschinellen Plausibilitätskontrollen auf ein Minimum eingeschränkt und die Bereitstellung der Ergebnisse durch die Schätzung von Angaben für die Non-response-Fälle beschleunigt werden. Außerdem verbesserten sich die Ausgangsbedingungen für die Durchführung von Stichprobenerhebungen von Grund auf; ohne die elektronische Datenverarbeitung hätten die Stichprobenerhebungen sicherlich nicht die Stellung im Gesamtsystem der amtlichen Statistik, die sie heute einnehmen. Insofern hatte die Einführung der elektronischen Rechenanlagen von Anfang an einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die statistische Programmgestaltung.

Die elektronische Datenverarbeitung eröffnete darüber hinaus ganz neue Möglichkeiten für die Bereitstellung der Ausgangsdaten im Datenträgeraustausch und für die Auswertung des aus den verschiedenen Erhebungen anfallenden Zahlenmaterials durch eine Zusammenführung der für die einzelnen Erhebungseinheiten erfaßten Angaben. In dem Maße, in dem die Behörden der öffentlichen Verwaltung sich zur Abwicklung ihrer Arbeiten elektronischer Datenverarbeitungsanlagen bedienten, entfielen die Duplikate, die sie bisher für Sekundärstatistiken von ihren Arbeitsunterlagen angefertigt und an das Statistische Landesamt geliefert hatten (z. B. Duplikate von Steuerbescheiden für die Erstellung von Steuerstatistiken). Die für statistische Zwecke benötigten Angaben konnten nunmehr aus den bestehenden Dateien auf Datenträgern zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wurden nicht nur die Kosten für diese Statistiken auf einen Bruchteil ihrer bisherigen Höhe gesenkt, sondern auch das Informationsangebot erheblich erweitert.

Ähnliche Fortschritte sind durch eine Zusammenführung der für die gleichen Erhebungseinheiten (Unternehmen, Betriebe, Personen usw.) durch verschiedene Erhebungen erfaßten Angaben zu erzielen, denn bei der Möglichkeit einer Zusammenführung braucht jeder Tatbestand nur einmal erfaßt zu werden, was ausgeschlossen ist, wenn die unter verschiedenen Gesichtspunkten konzipierten Erhebungen voneinander isoliert durchgeführt werden und der gleiche Tatbestand in allen Fällen zu berücksichtigen ist. Außerdem schafft eine derartige Zusammenführung von Einzelangaben die Voraussetzungen dafür, daß die amtliche Statistik für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen ein sehr viel differenzierteres Material bereitstellen kann. Hierauf wurde vom Statistischen Bundesamt bereits anläßlich der Tagung des Statistischen Beirats im Jahre 1958 hingewiesen¹⁾. Mit der Aufgabe der Pläne für die Einführung eines Personen- und Gruppenkennzeichens Mitte der 70er Jahre sind jedoch die Überlegungen zur Einrichtung von Dateien, die über die einzelnen Bereiche der Statistik hinausgehen, nicht weiterverfolgt worden. Bei den derzeitigen Vorstellungen über die Notwendigkeiten des Datenschutzes ist es wenig wahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit wieder aufgegriffen werden.

Datenträgeraustausch und Zusammenführung von Einzelangaben müssen überdies auch in ihrem Zusam-

1) Bericht des Statistischen Bundesamtes für die 5. Sitzung des Statistischen Beirats am 25. und 26. März 1958; S. 14.

menhang gesehen werden. Die von der öffentlichen Verwaltung im Datenträgeraustausch gelieferten Angaben genügen in vielen Fällen nicht, um die Einheiten, auf die sie sich beziehen, für statistische Zwecke hinreichend zu kennzeichnen. Für die Steuerverwaltung ist zum Beispiel der Wirtschaftszweig, dem der einzelne Steuerpflichtige zuzuordnen ist, nicht von besonderem Belang. Für die Darstellung der Umsatzsteuerpflichtigen in der Umsatzsteuerstatistik ist die richtige wirtschaftssystematische Zuordnung der Unternehmen jedoch entscheidend, vor allem wenn man bedenkt, daß die Umsatzsteuerstatistik die einzige Statistik ist, die in zweijährigen Abständen umfassende Ergebnisse über die Umsätze der Unternehmen in der gesamten gewerblichen Wirtschaft, gegliedert nach Wirtschaftszweigen, Größenklassen, Rechtsformen und Verwaltungsbezirken, zur Verfügung stellt und deshalb wie kaum eine andere Statistik ausgewertet wird. Eine richtige wirtschaftssystematische Zuordnung der Umsatzsteuerpflichtigen ist jedoch nur möglich, wenn hierfür die Informationen aus den Bereichserhebungen der amtlichen Statistik herangezogen werden. Die Barrieren, die von einem völlig überzogenen Datenschutz inzwischen errichtet wurden, gestatten dies aber nicht mehr. Dadurch wird der Datenschutz zwar nicht verbessert – er war in der amtlichen Statistik schon immer sichergestellt –, sondern nur eine Statistik in ihrem Aussagewert untergraben, so daß die Frage berechtigt ist, ob sie in dieser Form noch weiter durchgeführt werden soll. Aber diese Tatsache, die hier nur als Beispiel für zahllose andere Fehlentwicklungen angeführt wird, ist selbst den mit der Auswertung der Statistiken betrauten Stellen offensichtlich nicht bekannt, sonst wäre die Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums, die Umsatzsteuerstatistik wegen ihrer großen Bedeutung auf einen jährlichen Turnus umzustellen, wohl kaum zu verstehen.

Wenn man von der Einrichtung statistischer Informationssysteme absieht, die im nächsten Kapitel behandelt werden soll, hat die amtliche Statistik von den Möglichkeiten, die sich durch die weitere Entwicklung der automatischen Datenverarbeitung ergeben haben, nur zögernd Gebrauch gemacht. Das zeigt sich vor allem daran, daß die Aufbereitung der Ausgangsdaten weiterhin überwiegend nach bundeseinheitlichen Programmen erfolgt, die sich an die traditionellen Muster halten und für die die erforderlichen Maschinenprogramme arbeitsteilig von einem oder mehreren Statistischen Landesämtern erstellt werden. Diese Aufbereitungsprogramme orientieren sich weitgehend an den zu veröffentlichenden oder als Arbeitsunterlagen weiterzureichenden Übersichten, was es notwendig macht, die erhobenen Angaben unter den verschiedensten Gesichtspunkten zu gliedern. Solange die statistischen Ausgangsdaten auf Lochkarten übernommen und die statistischen Ergebnisse mit Hilfe von Tabelliermaschinen angeschrieben wurden, war eine solche Programmgestaltung zwangsläufig vorgegeben, da die Statistik mit der Tabellierung der Ergebnisse praktisch abgeschlossen wurde und die Tabellen daher Informationen für alle interessanten Auswertungsmöglichkeiten darbieten mußten. Ein einheitliches Aufbereitungsprogramm für Bund und Länder kann aber beide Seiten nur befriedigen, wenn es ein überdimensionales Ausmaß annimmt, da der Informationsbedarf der beiden Verwaltungsebenen sehr unterschiedlich strukturiert ist. Wegen der Viel-

zahl der Merkmalskombinationen, die es berücksichtigen muß, ist die Erstellung der bundeseinheitlichen Maschinenprogramme mit erheblichem Aufwand verbunden. Sie sind dadurch unflexibel, weil jede Anpassung an neue Fragestellungen einen Eingriff in eine ganze Reihe von Tabellen erfordert und dadurch relativ teuer ist. Im Rahmen der bundeseinheitlichen Aufbereitung sollten daher die Erhebungstatbestände nur nach rein sachlogischen Kriterien, die sich aus den Aufbereitungsmerkmalen ergeben, gegliedert und die Gliederungsmöglichkeiten dabei so weit ausgeschöpft werden, daß alle für eine Prüfung des Materials und für Nachschlagezwecke erforderlichen Angaben anfallen. Die damit nicht abgedeckten Aufgaben der bisherigen Aufbereitungstabellen übernehmen Auswertungstabellen, die auf den speziellen Informationsbedarf des Bundes und der einzelnen Länder zugeschnitten werden können; für die kostengünstige Erstellung dieser neuen Auswertungstabellen hält die automatische Datenverarbeitung heute ein entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung.

Die Beibehaltung der bisherigen bundeseinheitlichen Aufbereitungsprogramme führt außerdem immer wieder zu Schwierigkeiten in der termingerechten Bereitstellung der Ergebnisse für das Bundesgebiet, wenn sich in der Abwicklung der Arbeiten bei einzelnen Statistischen Landesämtern Verzögerungen ergeben. Die Lieferung der Länderergebnisse an das Statistische Bundesamt sollte von dem Stand der Aufbereitung in den einzelnen Statistischen Landesämtern unabhängig sein. Es ist zum Beispiel durchaus möglich, daß der zahlenmäßige Anteil oder das Gewicht der Non-response-Fälle in einem Land so groß ist, daß die maschinelle Aufbereitung von Landesergebnissen noch nicht in Betracht kommen kann, wobei zu berücksichtigen ist, daß auf Landesebene die weitere regionale Untergliederung der Ergebnisse oft im Vordergrund des Interesses steht. Dagegen kann aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes der bisherige Berichtseingang in diesem Land für einen Abschluß der Statistik mit einer Einschätzung der Non-response-Fälle durchaus ausreichend sein. Die Angaben aus den einzelnen Statistiken sollten deshalb in den Statistischen Landesämtern in Dateien gespeichert werden, aus denen sie vom Statistischen Bundesamt per Datenfernübertragung jederzeit abgerufen werden können, wobei der Abruf der Daten nach dem für die Bereitstellung der Bundesergebnisse maßgebenden Aufbereitungsplan erfolgt.

Die sich mit der Einführung der elektronischen Großrechenanlagen ergebende Möglichkeit, Maschinentabellen anzuschreiben, die bei der Erstellung von Tabellenwerken als Druckvorlagen dienen können, ist ein Moment, das die Kosten für die Herstellung von statistischen Veröffentlichungen erheblich gesenkt hat. Leider wurde hier der Einsatz eines an sich sinnvollen Instruments überstrapaziert, indem derartige Druckvorlagen nicht nur für Tabellen mit einem gleichförmigen Aufbau (etwa Gemeindetabellen oder Tabellen mit einer sehr tiefen wirtschaftssystematischen Gliederung) gefertigt wurden, sondern auch für Tabellen mit einem sehr vielschichtigen Aufbau. Es läßt sich vielfach eine Tendenz feststellen, in den Veröffentlichungen die Aufbereitungsprogramme nur in leicht variiert Form abzudrucken, was dazu geführt hat, daß die Veröffentlichungen einen

viel zu großen Umfang angenommen haben, immer weniger überschaubar sind und wahre Zahlenfriedhöfe bilden, in denen die wichtigen Angaben oft in einer Fülle von nebensächlichen und zum Teil völlig überflüssigen Ergebnissen nahezu unauffindbar bleiben. Selbst ausgesprochene Fachleute können daher zum Beispiel mit den sogenannten Quellenbänden oft nicht mehr arbeiten, da das Nachschlagen und die Aggregation der benötigten Angaben einfach zu viel Zeit erfordert und die Ergebnisse zum Teil unsicher sind. Die Veröffentlichungen erfordern in jedem Fall eine sehr sorgfältige Selektion des Materials. Eine durchgehende Straffung der Veröffentlichungen ist aber auch deshalb geboten, weil die für ganz spezielle Fragestellungen benötigten statistischen Informationen besser und billiger aus den statistischen Datenbanken abgerufen werden können. Darüber hinaus sind schon heute die Voraussetzungen dafür gegeben, hohen Qualitätsanforderungen genügende Tabellenwerke mit geringen Kosten herauszubringen, da für die maschinelle Anschreibung der Druckvorlagen Schrifttypen in einer großen Variationsbreite zur Verfügung stehen.

9. Die Einrichtung von statistischen Informationssystemen

In der ersten Hälfte der 70er Jahre begannen das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter damit, statistische Informationssysteme einzurichten, um die neuen technischen Möglichkeiten im Rahmen der Datenverarbeitung, die eine erhebliche Verbesserung und Verbilligung in der Bereitstellung von statistischen Informationen erlauben, zu nutzen. Bei dem für Rheinland-Pfalz konzipierten Landesinformationssystem¹⁾ handelt es sich um ein System von aufeinander abgestimmten Datenbanken, in die alle zur Deckung eines bestimmten Informationsbedarfs relevanten Angaben aus den verschiedenen Materialquellen eingespeichert werden, wobei die Angaben bei allen maschinell bearbeiteten Statistiken und Verwaltungsaufgaben in aller Regel unmittelbar aus den jeweiligen Datenträgern überspielt werden können. Ziel dieses Systems ist die zweckgerichtete Spezifizierung der Informationen, die dazu lediglich in ihrer sachlichen, zeitlichen und räumlichen Abgrenzung zu kennzeichnen sind. Die Informationsmöglichkeiten werden dadurch in einem bisher nicht gekannten Umfang verbessert:

- (1) Die für einen bestimmten Zweck benötigten Angaben brauchen nicht mehr aus den verschiedenen Veröffentlichungen und Aufbereitungstabellen zusammengestellt zu werden, sondern können ad hoc präsentiert werden.
- (2) Da in die Datenbanken normierte Angaben eingespeichert werden, sind sie unmittelbar vergleichbar und beliebig kombinierbar.
- (3) Analytische und prognostische Berechnungen, die eine umfangreiche und vielfältige Kombination der Daten voraussetzen, lassen sich schneller und billiger durchführen; in manchen Fällen dürften sie praktisch erst durch den Einsatz einer Datenbank realisiert werden können.

ger durchführen; in manchen Fällen dürften sie praktisch erst durch den Einsatz einer Datenbank realisiert werden können.

Wenn beim Aufbau des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz, wie in den meisten anderen Ländern, die Einrichtung einer Gemeindedatenbank an den Anfang gestellt wurde, so hatte dies seinen Grund darin, daß die Gemeindedatenbank unter Kosten-Nutzen-Aspekten besonders günstig zu beurteilen war, da sie gezielt dort ansetzte, wo ein erheblicher Informationsbedarf bestand, der mit den bisherigen Methoden der statistischen Aufbereitung praktisch nicht gedeckt werden konnte. Erst mit der Inbetriebnahme des Landesinformationssystems wurde es möglich, regional tiefer gegliederte Ergebnisse, an denen auf Landesebene ja in erster Linie Interesse besteht, ad hoc für die verschiedensten Problemstellungen zu liefern. Damit konnten die Bundesstatistiken, deren Aufbereitungsprogramme primär darauf gerichtet sind, sachlich tiefgegliedertes Material für die Auftraggeber auf Bundesebene bereitzustellen, erstmals auch für die Bedürfnisse auf Landesebene voll nutzbar gemacht werden, was natürlich insgesamt gesehen, wenn man den Aufwand und den Nutzen der statistischen Erhebungen miteinander vergleicht, zu einer Kostendegression beigetragen hat.

Die durch die statistischen Informationssysteme der Länder geschaffenen Voraussetzungen für eine bessere Präsentation regionalstatistischer Ergebnisse hatten unter anderem zur Folge, daß die Möglichkeiten für eine Erweiterung des Angebots an regional tiefgegliederten Angaben generell überprüft wurden²⁾. Dabei zeigte sich, daß insbesondere für Untersuchungen über die Infrastruktur der Gemeinden oder größerer Versorgungsgebiete das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial nicht unerhebliche Lücken aufwies, was in Rheinland-Pfalz zum Anlaß genommen wurde, in regelmäßigen Abständen besondere Infrastrukturhebungen durchzuführen. Um die Infrastruktur eines bestimmten Raumes beurteilen zu können, sind Untersuchungen über den Versorgungsgrad und die Erreichbarkeit der Infrastruktureinrichtungen erforderlich, wofür inzwischen entsprechende Erreichbarkeitsmodelle konzipiert wurden. Als wichtig erwies sich weiterhin, daß die in der Gemeindedatenbank gespeicherten Angaben für alle nichtadministrativen Raumeinheiten aggregiert werden konnten.

Der Hauptnachteil einer Gemeindedatenbank ist darin zu sehen, daß die Unterschiede in der Größe der Gemeinden außergewöhnlich hoch sind. Vom Informationsgehalt her gesehen, geht die räumliche Untergliederung für die ausgesprochen ländlichen Gebiete sehr viel weiter als für die größeren Städte, ein Informationsungleichgewicht, das sich nur dadurch beseitigen läßt, daß man die Angaben für die Städte nach Stadtteilen aufteilt. Die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen haben jedoch – wenn man von den Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählungen einmal absieht – bisher nur wenig Erfolg gehabt.

Ähnlich wie in den anderen Ländern richtete sich der weitere Ausbau des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz nach dem in entsprechenden Materialanforderungen zum Ausdruck kommenden Informationsbedarf. Nachdem der Informationsbedarf für regionale

1) Klaus Nold: Das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz. In: Statistische Informationssysteme (Hrsg.: Hans-Joachim Zindler); Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, H. 15. Göttingen 1979.

2) Hildegard Bartels: Ausbau der Regionalstatistik. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1971; S. 455 ff.

Strukturanalysen über die Gemeindedatenbank weitgehend abgedeckt werden konnte, wurde in einem zweiten Schritt eine Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen installiert, deren Zweck es ist, fortlaufend Informationen über die Entwicklung in allen durch kurzfristige statistische Erhebungen erfaßten Bereichen zur Verfügung zu stellen. Einen eigenen Komplex im Rahmen des Landesinformationssystems bilden daneben die in den Jahren 1977 bis 1982 eingerichteten Dateien für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, aus denen der vielfältige und durch ständig neue und wechselnde Fragestellungen gekennzeichnete Informationsbedarf der Landesregierung in diesem Bereich gedeckt werden soll. Darüber hinaus wurden in das Landesinformationssystem noch weitere Dateien, die für ganz spezielle Zwecke notwendig wurden, integriert. Über das Landesinformationssystem wird weiterhin die Erstellung von Auswertungstabellen aus denjenigen statistischen Materialquellen abgewickelt, deren Ergebnisse nur selten für regionale Strukturanalysen herangezogen werden, so daß sie entweder überhaupt nicht oder nur in einem beschränkten Umfang in die Gemeindedatenbank eingespeichert wurden.

Während die Länder und Städte ihre statistischen Informationssysteme mehr oder minder stark auf regionale bzw. kleinräumige Strukturanalysen und darauf fußende Planungen und Prognosen ausgerichtet haben, sieht es das statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) zunächst als seine vordringlichste Aufgabe an, bessere Bedingungen für Auswertungen und Analysen zu schaffen, die sachlich stark differenziertes Material für möglichst lange Zeiträume voraussetzen und für die das Bundesgebiet als ein in sich geschlossener Lebens- und Wirtschaftsraum die am besten geeignete räumliche Bezugseinheit darstellt¹⁾. Aus diesem Aufgabenzuschnitt des STATIS-BUND ergibt sich auch, daß der Dialogverkehr mit Benutzern außerhalb des Statistischen Bundesamtes eine größere Rolle spielt, als dies bei den meisten statistischen Informationssystemen der Länder der Fall ist.

Anders als beim STATIS-BUND stand beim Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz die Verbesserung der Datenübermittlung als der primäre Zweck im Vordergrund. Von Anfang an wurde jedoch bei der Abwägung von Kosten und Nutzen des Systems mit in Rechnung gestellt, daß sich Analysen und Prognosen, die in aller Regel umfangreiche und vielfältige Datenkombinationen bedingen, nach der Einspeicherung größerer Mengen an schematisierten Daten, wie sie für den laufenden Betrieb benötigt werden, in ganz erheblichem Maße verbilligen und beschleunigen lassen. Wegen des dringenden Bedarfs an Prognoseergebnissen, insbesondere über die Bevölkerung und die daraus abzuleitenden Größen, wie Haushalte, Angebot und Bedarf an Arbeitskräften, Schüler und Lehrbedarf, Angebot und Bedarf an Auszubildenden, wird das Landesinformationssystem schon seit Anfang der 70er Jahre zum Auf- und Ausbau eines Systems von regionalen Prognosen genutzt. Es handelt sich hier um ein ganz neues Auf-

gabengebiet der amtlichen Statistik. Noch bis in die jüngste Zeit wurde die Ansicht vertreten, „daß Statistik eine sinnvoll gegliederte Erfassung und Darstellung von Massenerscheinungen ist, die erst einmal stattgefunden haben müssen, ehe sie statistisch festgestellt werden können“²⁾. Daher könne die Durchführung von Prognosen keine echte Aufgabe der Statistik sein; die Statistik müsse sich vielmehr darauf beschränken, die für Prognosen benötigten Ausgangsdaten bereitzustellen. Schon Fürst räumt allerdings ein, daß dies nicht für Prognosen über die Bevölkerung und die daraus abzuleitenden Größen gelten könne, weil hier die Statistik alle wesentlichen Elemente für die den Prognosen zugrunde zu legenden Annahmen in der Hand habe.

10. Die Verschärfung des Datenschutzes und seine Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik

Als das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 Teile des Volkszählungsgesetzes 1983 als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärte, hatte das nicht nur zur Folge, daß die ursprünglich für das Jahr 1980 geplante Volkszählung abermals um mehrere Jahre verschoben wurde. Von weit größerer Bedeutung waren vielmehr die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in der Urteilsbegründung aufstellte, da sie die Voraussetzungen für die Gestaltung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme sowie der Arbeitsabläufe bei der Durchführung der Statistiken nachhaltig veränderten. Das Urteil hatte darüber hinaus weitgreifende Auswirkungen auf das Arbeitsklima in den Statistischen Ämtern und ihre Funktionsfähigkeit. Im Gesamtergebnis wird dadurch die Anpassungsfähigkeit der amtlichen Statistik an die weitere Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft erschwert, der Aufwand für die Durchführung der Erhebungen erhöht und die Qualität der Statistiken in einer ganzen Reihe von Fällen vermindert.

Die Auswirkungen, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die in diesem Zusammenhang von den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder abgegebenen Erklärungen auf die praktische Arbeit der amtlichen Statistik gehabt haben, kann man nur ermessen, wenn man sich verdeutlicht, in welchem Maße die Erfordernisse der statistischen Geheimhaltung der Arbeiten der Statistischen Ämter schon immer bestimmt haben. Der Vorrang, der der statistischen Geheimhaltung seit eh und je eingeräumt wird, erklärt sich aus der besonderen Aufgabenstellung der amtlichen Statistik.

Der in einer modernen Gesellschaftsordnung lebende Bürger sieht sich ständig genötigt, mehr oder minder umfangreiche Angaben über seine Person zu machen, so gegenüber den Institutionen, die er in seinem Leben durchläuft (Schule, Militär, Hochschule, Betrieb), gegenüber den Gemeinden, in denen er seinen Wohnsitz nimmt, gegenüber den Personen, Unternehmen und öffentlichen Körperschaften, deren Dienste er in Anspruch nimmt (Ärzte, Rechtsanwälte, private Versicherungsunternehmen, Banken, Sozialversicherungen), gegenüber den Behörden, die ihn zu bestimmten Leistungen heranziehen (staatliche Finanzämter, kom-

1) Manfred Füll und Volkhard Polte: Zur Datenbasis und Datendokumentation des Statistischen Informationssystems des Bundes; Zur fachlichen Weiterentwicklung des Statistischen Informationssystems. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1982, S. 347 ff. und Jg. 1985, S. 351 ff.

2) Gerhard Fürst: Wandlungen in der Aufgabenstellung der amtlichen Statistik; a. a. O. S. 219.

munale Steuerämter), gegenüber den Behörden, von denen er Leistungen verlangen kann (Sozialämter, Jugendämter). Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Die Angaben, die von ihm verlangt werden, reichen in vielen Fällen weit in die Intimsphäre hinein und sind als „Persönlichkeitsprofile“ geeignet, den Bürger unter vielfältigen Gesichtspunkten zu kategorisieren oder „sozial abzustempeln“, um eine Formulierung aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts zu gebrauchen¹⁾. Aufgrund der allgemeinen Bürokratisierung wurden diese Angaben fast überall auf Datenträger übernommen und können jederzeit abgerufen werden. Der Bürger muß sich also damit abfinden, daß eine Vielzahl von Personen detaillierte Informationen über ihn besitzt. Er ist sich auch durchaus der Tatsache bewußt, daß seine Angaben nicht in irgendwelchen Datenspeichern verschwinden, wo sie eine quasi anonyme Existenz führen. Ganz im Gegenteil, was interessiert, sind ausschließlich die Einzelangaben mit Namen und Anschrift und nicht etwa irgendwelche aggregierten Größen. Man kann sich dieser Preisgabe von persönlichen Angaben praktisch auch nicht entziehen. Sofern die Angaben nicht aufgrund einer eigenen Initiative erfolgen (z.B. Eröffnung eines Bankkontos, Abschluß einer Versicherung), sondern für die Heranziehung zu Zahlungen an staatliche und kommunale Körperschaften gemacht werden müssen, steht hinter der Aufforderung zur Ausfüllung der Veranlagungsformulare staatlicher Zwang, der auch ausgeübt wird. Die Geheimhaltung der Angaben, die ja nicht nur auf Datenträgern gespeichert sind, sondern darüber hinaus in Formularen der verschiedensten Art erscheinen, die unter bestimmten Gliederungsgesichtspunkten abgelegt oder abgeheftet sind, wird durch eine entsprechende Verpflichtung des Personenkreises, der zu den Einzelangaben Zugang hat, gewährleistet. Es wäre natürlich wirklichkeitsfremd, anzunehmen, daß damit eine Geheimhaltung der Einzelangaben in jedem Fall absolut sichergestellt werden könnte. Das würde Kontrollen erfordern, die den Ablauf der Arbeiten in den betreffenden Institutionen weitgehend lahmlegen würden. Der Bürger vertraut im allgemeinen darauf, daß die Geheimhaltung seiner Angaben gewahrt wird, wobei er von der vernünftigen Annahme ausgeht, daß die Vorteile, die jemand aus der vorsätzlichen Weitergabe seiner Angaben ziehen kann, in gar keinem Verhältnis zu den Risiken stehen, die er dabei eingeht. Die Gefahr einer Verletzung des Geheimhaltungsschutzes ist deshalb, gemessen an den Risiken, denen man zwangsläufig im Verlauf seines Lebens ausgesetzt ist, gering zu veranschlagen. Das gleiche gilt für den Schaden, der aus einer derartigen Verletzung des Geheimhaltungsschutzes erwachsen kann.

Ähnlich wie die Institutionen, auf die im vorangegangenen Abschnitt kurz eingegangen wurde, um die sich aus der besonderen Aufgabenstellung der Statistischen Ämter ergebenden Konsequenzen besser verdeutlichen zu können, erfassen die Statistischen Ämter in aller Regel auch Einzelangaben. Hier endet aber die Gemeinsamkeit, denn die Erfassung und Verarbeitung dieser Einzelangaben erfolgt in der amtlichen Statistik

unter völlig anderen Voraussetzungen und Zielrichtungen:

- (1) Die Einzelangaben sind in der amtlichen Statistik nicht das Ziel des Vorgehens, sondern lediglich Ausgangsdaten zur Ermittlung von aggregierten Größen. Zu diesen Ergebnissen einer Statistik kann man natürlich nur gelangen, wenn die für alle Erhebungseinheiten eines Erhebungsbereichs erfaßten Angaben unter Zugrundelegung verschiedener Gliederungskriterien summiert werden.
- (2) Daraus ergibt sich als weiteres Charakteristikum der amtlichen Statistik, daß die Namen und Anschriften der Erhebungseinheiten (Betriebe, Unternehmen, öffentliche Körperschaften, Personen usw.) nur benötigt werden, um die Erhebungsbogen zuzustellen und die Rücksendung der ausgefüllten Erhebungsbogen gegebenenfalls anzunehmen, wenn man einmal von den wenigen Erhebungen absieht, die sich nur mit Hilfe von Zählern durchführen lassen und bei denen Name und Anschrift der „Auskunftspflichtigen“ zur Kontrolle des Erhebungsablaufs mit erfaßt werden sollten. Bei den im vorangegangenen Abschnitt behandelten Institutionen sind alle für eine Person erfaßten Angaben dagegen nur zusammen mit ihrem Namen und ihrer Anschrift verwendbar.
- (3) Da die Statistiken Massenerscheinungen abbilden sollen, brauchen sie sich mit den Einzelangaben nicht näher zu befassen, es sei denn, es handelt sich um Fälle, die die aggregierten Ergebnisse in stärkerem Maße beeinflussen. Die Statistischen Ämter sind daher personell nicht so ausgestattet, daß sie eine intensivere Prüfung der Einzelangaben vornehmen könnten. Während der Finanzbeamte zum Beispiel die Einkommensteuererklärungen sorgfältig prüft, da er ja aufgrund dieser Angaben einen Steuerbescheid ausfertigen muß, werden die Erhebungsbogen in der amtlichen Statistik nur einer mehr oder minder flüchtigen Eingangskontrolle unterzogen, um festzustellen, ob der Erhebungsbogen ablochreif ist. Erst wenn bei den späteren maschinellen Plausibilitätskontrollen unerklärliche Abweichungen von den der Plausibilitätskontrolle zugrunde gelegten Richtwerten nachgewiesen werden, erhalten die „Auskunftspflichtigen“ höfliche Rückfragen mit der Bitte, noch einmal zu prüfen, ob ihnen bei der Ausfüllung des Erhebungsbogens nicht Fehler unterlaufen sind. Eine derartige Vorgehensweise ist natürlich nur möglich, wenn die Statistischen Ämter darauf vertrauen können, daß die „Auskunftspflichtigen“ zutreffende Angaben machen, und das kann nur erwartet werden, wenn die „Auskunftspflichtigen“ davon überzeugt sind, daß die Statistischen Ämter ihre Angaben absolut und gegen jedermann geheimhalten.
- (4) Zu den einzelnen statistischen Erhebungen besteht eine gesetzlich vorgeschriebene Auskunftspflicht, und diejenigen, die dieser Auskunftspflicht nicht nachkommen, können mit einem Bußgeld belegt werden. Die Kritiker der amtlichen Statistik, und hier vor allem ein Teil der Datenschutzbeauftragten, haben diese Regelungen zum Anlaß genommen, um den Statistischen Ämtern vorzuwerfen, sie würden sich zu sehr auf die „bußgeldbewehrte Auskunftspflicht“ verlassen und sich deshalb nicht um eine

1) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 65. Bd., Nr. 1. Tübingen 1984; S. 48.

Aufklärung der Bürger bemühen, ein Fehlverhalten, das darauf zurückzuführen sei, „daß sie sich in ihrer Arbeit immer noch nicht oder aber zu wenig an den Kriterien eines modernen Dienstleistungsbetriebes orientieren“ würden¹⁾. Diese Behauptungen haben keinerlei Bezug zu den tatsächlichen Verhältnissen und gehen vermutlich von der auf eigenen Erfahrungen beruhenden Annahme aus, daß Beamte die Rechtsmittel, die man ihnen im Rahmen des Verwaltungsvollzugs in die Hand gibt, auch ausschöpfen. Das mag sein, nur käme man damit in der amtlichen Statistik nicht sehr weit, da sie – worauf unter (3) bereits kurz hingewiesen wurde – auf das Vertrauen und den guten Willen der „Auskunftspflichtigen“ angewiesen ist und Zwangsmaßnahmen sicherlich nicht vertrauensbildend sind. Die Statistischen Ämter benutzen den Hinweis auf die Auskunftspflicht in ihren Mahnschreiben deshalb immer nur, um die „Auskunftspflichtigen“ davon zu überzeugen, daß sie um die Ausfüllung der Erhebungsbogen nicht herumkommen, und Bußgeldverfahren werden in aller Regel nur eingeleitet, wenn die Auskunft zu einer periodischen Erhebung strikt verweigert wird.

Aus der besonderen Aufgabenstellung der amtlichen Statistik und aus den Bedingungen, unter denen die Statistischen Ämter arbeiten müssen, ergibt sich, daß die amtliche Statistik im Gegensatz zu allen anderen Behörden an Einzelangaben selbst überhaupt nicht interessiert ist, und daß sie ihre Aufgaben nur wahrnehmen kann, wenn sie darauf vertrauen kann, daß die von ihr gestellten Fragen richtig beantwortet werden, was voraussetzt, daß die statistische Geheimhaltung von der Öffentlichkeit als eine Art Gütesiegel anerkannt wird. „Das Werbemittel der Statistik ist allein die Geheimhaltung.“²⁾ Diese Erkenntnis hat die Bewußtseinshaltung der Angehörigen des statistischen Dienstes in einem Maße geprägt, daß die Statistischen Ämter sich in der Vergangenheit immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sahen, sie bewachten ihre Zahlen wie einen Goldhort und würden daher differenzierte Analysen erschweren, wenn nicht gar verhindern. Nun ist in der Tat zuzugeben, daß die Angehörigen des amtlichen statistischen Dienstes jedem, der statistische Ergebnisse anfordert, die nicht den statistischen Veröffentlichungen entnommen werden können, mit großem Mißtrauen begegnen, ganz gleich ob die Anforderungen von staatlichen oder kommunalen Dienststellen, privaten Forschungsinstituten oder aus dem Universitätsbereich kommen. Die erste Reaktion dem Fragesteller gegenüber wird fast immer durch den gewissermaßen im Unterbewußtsein verankerten Argwohn bestimmt, er wolle etwas „herausbekommen“, auch wenn eine derartige Unterstellung von vornherein völlig abwegig ist. Die Tabellen, die aufgrund dieser Materialanforderungen herausgegeben werden, werden peinlich genau daraufhin überprüft, ob nicht in den Tabellenfeldern Zahlen nachgewiesen werden, die unter Umständen einem „Auskunftspflichtigen“ zugeordnet werden könnten, wobei in jedem Fall eine Löschung der Angaben erfolgt, wenn in dieser Hinsicht

auch nur der geringste Zweifel besteht. Diese Praxis, die die Bereitstellung von differenzierteren statistischen Ergebnissen in einem hohen Maße einschränkt und wegen des großen Prüfaufwandes verzögert und verteuert, ist auch in den Statistischen Ämtern selbst oft kritisiert worden. Die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, die diese innerbetriebliche Kritik immer wieder ausgelöst hat, gehören inzwischen der Vergangenheit an, nachdem selbst diese exzessive Auslegung der statistischen Geheimhaltungsvorschriften vom Bundesverfassungsgericht und den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder für nicht ausreichend angesehen wurde. Das Arbeitsklima, das aufgrund dieser Entwicklung in den Statistischen Ämtern herrscht, wird von Außenstehenden wohl kaum richtig eingeschätzt, sonst wäre es nicht zu verstehen, wie in das neue Statistikgesetz vom 22. Januar 1987 – um nur ein Beispiel zu nennen – ein § 16 Abs. 6 aufgenommen werden konnte. Denn Angehörige des statistischen Dienstes, die statistisches Material, das auch Einzelangaben enthält, an Hochschulen oder sonstige wissenschaftliche Einrichtungen weiterleiten, weil sie davon überzeugt werden konnten, daß „die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können“, wird es in dieser Generation sicherlich nicht geben. Aber dies sei hier nur als kleine Randnotiz angemerkt.

Für die unmittelbare Programmgestaltung der amtlichen Statistik von besonderer Bedeutung ist die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Katalog der Erhebungstatbestände klar und eindeutig in den statistischen Gesetzen festzulegen ist, damit dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprochen wird³⁾. Nun kann bei dem Entwurf der statistischen Gesetze der statistische Informationsbedarf nur insoweit berücksichtigt werden, wie er sich für diesen Zeitpunkt darstellt. Je detaillierter die Erhebungskataloge in die statistischen Gesetze aufgenommen werden, desto schneller sind sie überholt. Nehmen wir einen derartig einfachen und problemlosen Tatbestand wie die Zahl der Beschäftigten eines Betriebs. Als Gliederungsmerkmale kommen hier in Betracht der Umfang der Beschäftigung, die Stellung im Betrieb, der Funktionsbereich, die Berufsgruppe, die Verdienstkategorie, die Altersgruppe, das Geschlecht und die Nationalität. Wenn man einmal vom Geschlecht absieht, gibt es für jedes Gliederungsmerkmal die verschiedensten Gliederungsmöglichkeiten. Bei der gesetzlichen Festlegung des Erhebungstatbestandes „Beschäftigte“ ist also genau zu prüfen, nach welchen Kriterien die Zahl der Beschäftigten gegliedert und welche Gruppen bei den einzelnen Gliederungsmerkmalen gebildet werden sollen. Dabei muß natürlich der voraussichtliche zukünftige Informationsbedarf abgeschätzt werden, was wegen der in dieser Hinsicht bestehenden Unsicherheit zwangsläufig dazu führt, daß die Erhebungskataloge mehr Positionen umfassen, als aufgrund des aktuellen Informationsbedarfs notwendig wäre. Da jede Umgestaltung des Erhebungskatalogs einer Statistik eine entsprechende gesetzliche Änderung erforderlich macht und Gesetzesänderungen immer eine längere Zeit in Anspruch nehmen, vor allem wenn ihnen nicht gerade eine hohe Priorität eingeräumt wird, lassen sich die statistischen Programme nur schwer und mit erheblichen Verzögerungen an neue Entwicklungen anpassen. Man wird sich damit abfinden müssen, daß die statistischen Pro-

1) Reinhold Baumann: Datenschutz und Statistik – Gegner oder Verbündete? In: Datennotstand und Datenschutz; die amtliche Statistik nach dem Volkszählungsurteil. (Hrsg.: Statistisches Bundesamt). Stuttgart und Mainz 1985.

2) Gerhard Fürst: Das Vertrauen in die Geheimhaltung statistischer Angaben. Wirtschaft und Statistik, N.F. 2. Jg., 1950; S. 284.

3) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 65. Bd., Nr. 1; a. a. O. S. 44.

gramme nicht mehr ad hoc so ausgestaltet werden können, daß sie kurzfristig für aktuelle Problemstellungen notwendiges Zahlenmaterial bereitstellen.

Auch aus der Sicht der amtlichen Statistik eher günstig zu beurteilen ist der Teil des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts, der die Weiterleitung von Einzelangaben aus der Volkszählung an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen sowie an die Gemeinden und Gemeindeverbände für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärte, wenn auch die sich daraus ergebende abermalige Verschiebung der Volkszählung sehr zu bedauern war und der Verzicht auf den Abgleich der Angaben zur Volkszählung mit den Melderegistern den Aussagewert der an die Volkszählung anknüpfenden statistischen Bevölkerungsfortschreibung nachhaltig beeinträchtigen wird, da die Melderegister ja die Grundlage für die statistische Bevölkerungsfortschreibung bilden. Trotz dieser schwerwiegenden Nachteile wurde mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts endlich erreicht, daß der seit langem festzustellenden Tendenz, die statistischen Geheimhaltungsvorschriften langsam aufzuweichen, ein Riegel vorgeschoben wurde. Das heißt nun aber nicht, daß die Geheimhaltung als solche nicht gewahrt worden wäre und dadurch irgend jemand einen Schaden erlitten hätte. Aber es kommt ja nicht allein darauf an, was in der Realität tatsächlich passiert, sondern auch auf das Erscheinungsbild, das sich einer breiten Öffentlichkeit darbietet. Unter diesem Aspekt waren den Statistischen Ämtern die Bestimmungen in den statistischen Gesetzen, die in bestimmten Fällen eine Weiterleitung von Einzelangaben – wenn auch unter sehr restriktiven Voraussetzungen – gestatten, schon immer ein Dorn im Auge.

Dabei beruhen diese Weiterleitungsbestimmungen nicht nur auf einem ebenso vernünftigen wie harmlosen Verlangen der Stellen, die ihre Aufnahme in die statistischen Gesetze veranlaßt hatten; sie hatten vielmehr im allgemeinen überhaupt nicht die Weiterleitung von Einzelangaben im echten Wortsinne zum Ziel, wenn man einmal von wenigen sehr speziellen Fällen wie den Viehzählungen absieht. Sie sollten die Statistischen Ämter nur in den Stand versetzen, den an differenzierten statistischen Analysen interessierten Stellen in der öffentlichen Verwaltung und der Wissenschaft vollständiges Zahlenmaterial zu liefern, denn bei einer starken Untergliederung der statistischen Ergebnisse, insbesondere nach regionalen Kriterien, erscheint in den statistischen Tabellen eine Fülle von Angaben, die sich nur auf eine oder zwei Darstellungseinheiten (Betriebe, Unternehmen, Personen usw.) beziehen, oder an denen eine Darstellungseinheit einen sehr hohen Anteil hat, und die deshalb aus Geheimhaltungsgründen zu löschen sind. Gliedert man zum Beispiel die Angaben für die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten in Rheinland-Pfalz, die durch monatliche Erhebungen erfaßt werden (Beschäftigte, Lohn- und

Gehaltssumme, Umsatz, Energieverbrauch), nach Wirtschaftszweigen und Kreisen, so ist bei einer ganzen Reihe von Kreisen die Zahl der Wirtschaftszweige, für die Ergebnisse nachgewiesen werden dürfen, höchstens halb so groß wie die Zahl der Wirtschaftszweige, für die die Ergebnisse geheimgehalten werden müssen. Mit derartigen Tabellen kann man natürlich nicht arbeiten. Nach der für den Außenstehenden völlig irreführenden juristischen Terminologie werden jedoch die in den Tabellen erscheinenden Angaben, die sich auf eine Darstellungseinheit beziehen, als Einzelangaben definiert, wobei allerdings der Geheimhaltungsschutz in dem oben angegebenen Umfang auf die Tabellenpositionen zu erweitern ist, bei denen einer der Beteiligten oder ein Experte in der Lage ist, die geheimzuhaltenden Angaben zu ermitteln¹⁾.

Obwohl es in der Praxis also bei der Anwendung der Weiterleitungsbestimmungen fast ausschließlich um die Weiterleitung von Tabellen geht, in denen sich auch Einzelangaben befinden, und nicht um die Weiterleitung von Einzelangaben im echten Wortsinne (z. B. Listen, in denen alle oder Teile der in einer Statistik erfaßten Tatbestände für einen nach bestimmten Kriterien abgegrenzten und gegliederten Kreis von Fällen aufgeführt werden), werden diese Unterschiede in den statistischen Abhandlungen, die sich mit Geheimhaltungsfragen befassen, für den Außenstehenden nicht deutlich genug herausgearbeitet²⁾. Auf die Weiterleitung von Tabellen, die auch Angaben enthalten, die sich auf einzelne Darstellungseinheiten beziehen, stellt erstmals § 16 Abs. 4 des neuen Statistikgesetzes vom 22. Januar 1987 ab. Es wäre zu empfehlen, es bei dieser sehr engen Einschränkung der Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung zu belassen und im übrigen auf jede weitergehende Weiterleitung von Einzelangaben zu verzichten.

11. Resümee

Die sehr wechselvolle Geschichte der amtlichen Statistik begann nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Aufbauphase, für die in der Erinnerung der Beteiligten vor allem der große Schwung kennzeichnend war, mit dem alle Aufgaben in Angriff genommen und gelöst wurden. Es war sicherlich die erfolgreichste Periode. Sehr günstig wirkten sich dabei in dieser Zeit noch die Impulse aus, die von der Einbindung der Bundesstatistik in die Programmsysteme der internationalen Organisationen ausgingen. Einen neuen Auftrieb erhielt die amtliche Statistik später durch die Einführung der elektronischen Rechenanlagen und die Einrichtung von Informationssystemen, durch die die Ausgangsbedingungen für die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der Statistiken zum Teil grundlegend verbessert werden konnten.

Die übermäßige Expansion der Statistiken in einzelnen Bereichen seit Anfang der 70er Jahre, die zum Teil durch großangelegte politische Programme ausgelöst wurde, muß aufgrund der überspannten Zielsetzungen im nachhinein eher als Fehlentwicklung beurteilt werden. Auch die schon bald darauf folgende Statistikberei-

1) Vgl. hierzu Reinhardt Busch: Zur Frage der Auskunft- und Geheimhaltungspflicht in der amtlichen Statistik. *Wirtschaft und Statistik*, N.F. 6. Jg., 1954; S. 119 ff.

2) Vgl. hierzu Klaus Szameitat: Zu den Rechtsgrundlagen der Bundesstatistiken; Gerhard Bürgin: Zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 1955, S. 291 und Jg. 1980, S. 505 ff.

nigung, die von der vernünftigen Forderung ausging, daß die statistischen Programme von Zeit zu Zeit einer Revision unterzogen werden müssen, um Unausgewogenheiten im Gesamtsystem der amtlichen Statistik zu bereinigen, erfolgte zum Teil unter Prämissen, die mit der Aufgabenstellung, die man sich gesetzt hatte, nicht in Einklang zu bringen waren.

Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts und die groteske Kampagne gegen die Volkszählung 1987 schließlich waren ein Schlag, der die amtliche Statistik völlig unvorbereitet traf, denn die Wahrung der statistischen Geheimhaltung war immer eine der hehrsten Aspirationen gewesen, hinter der alle anderen Notwendigkeiten und Zielsetzungen zurückzutreten hatten.

II. Rechtliche Fundierung der statistischen Erhebungen und Datenschutz

Lange Zeit beschränkte sich die Gesetzgebung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik – von wenigen Verfahrensregelungen abgesehen – im wesentlichen darauf, die für die Nutzanwendung benötigten Erhebungsmerkmale festzulegen. Nicht selten wurden die zu erfassenden Sachverhalte lediglich durch Oberbegriffe eingegrenzt. So umschreibt das Mikrozensusgesetz von 1975 einen zum Grundprogramm gehörenden Tatbestandskomplex nur mit „Fragen zur Gesundheit“. Es war sodann die Aufgabe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, im Wege der – zumeist teleologischen – Gesetzesauslegung die von den Auskunftspflichtigen zu fordernden Einzelangaben zu ermitteln und entsprechende Erhebungsbogen zu gestalten. In dem angeführten Beispiel erstreckte sich das tatsächliche Fragenprogramm von der Art und Dauer der (jeweils schwerwiegendsten) Krankheit über die Art der Behandlung (stationäre Krankenhausbehandlung, ambulante Behandlung durch Allgemeinarzt, Facharzt, Poliklinik), die Bettlägerigkeit zu Hause und die Dauer der Arbeitsunfähigkeit bis hin zu körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen.

Das Gegengewicht zu der seinerzeit noch recht unkompliziert verlaufenden staatlichen Informationsgewinnung bildete das in seinen wesentlichen Grundzügen bereits im Bundesstatistikgesetz von 1953 verankerte Statistikgeheimnis. Erst in den 70er Jahren und damit mehr als zwei Jahrzehnte später folgten die allgemeinen Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder. Schneller noch als die sich ständig verfeinernden gesetzlichen Schutzvorkehrungen gegen einen Mißbrauch personenbezogener Daten entwickelten sich jedoch die Möglichkeiten der automatischen Datenverarbeitung und deren Verwendung im öffentlichen Bereich. Zugleich wuchs die zunehmend kritische Aufmerksamkeit der Bevölkerung, die in der Auseinandersetzung um die schließlich gescheiterte Volkszählung 1983 ihren einstweiligen Höhepunkt fand. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht überraschen, daß das Bundesverfassungsgericht mit seinem sogenannten Volkszählungsurteil (BVerfGE 27, 1 ff.) eine nicht nur für die amtliche Statistik bedeutende Grundsatzentscheidung fällte. Die wichtigsten Aussagen enthalten die ersten beiden Leitsätze:

„1. Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung

und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 GG umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

2. Einschränkungen dieses Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muß. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber ferner den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.“

Besonders betont wird außerdem das Verbot der Zweckentfremdung. Die zu statistischen Zwecken erhobenen und nach der gesetzlichen Regelung dafür bestimmten Daten dürfen, solange sie noch personenbezogen oder -beziehbar sind, nicht für Zwecke des Verwaltungsvollzuges weitergegeben werden.

Die nach dem Scheitern der Volkszählung 1983 notwendig gewordene Phase der Neuorientierung führte zunächst zu einer zweimaligen Aussetzung des Mikrozensus. Durch das Gesetz vom 10. Juni 1985 wurde die Erhebung auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt, die mit größter Sorgfalt und Genauigkeit sämtliche Auflagen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt und von daher eine hohe Regelungsichte aufweist. Der Inhalt der im Gesetz schon sehr präzise beschriebenen Erhebungsmerkmale (z. B. Geschlecht; Familienstand) wird durch die Rechtsverordnung vom 14. Juni 1985 exakt festgelegt (männlich, weiblich; ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden). Darüber hinaus gibt es folgende neue, das Statistikgeheimnis flankierende Schutz- und Sicherungsbestimmungen:

– Von den Erhebungsmerkmalen, die zur statistischen Auswertung bestimmt sind, werden die Hilfsmerkmale, die lediglich der Durchführung der Statistik dienen (z. B. Name und Anschrift), unterschieden. Sie sind – ihrer untergeordneten und für die weitere statistische Arbeit belanglosen Funktion entsprechend – schnellstmöglich zu trennen und zu löschen.

- Die Interviewer, die die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten müssen, dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Personen, die durch diese Verpflichtung aus beruflichen oder anderen Gründen einer Interessenkollision ausgesetzt wären (z.B. Polizeivollzugsbeamte und Staatsanwälte), dürfen nicht zu Interviewern bestellt werden. Ebenso ist es untersagt, die Erhebungsbeauftragten in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft) einzusetzen.
- Die Auskunftspflichtigen haben die Möglichkeit, die Fragen für sich allein oder gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern, gegenüber dem Interviewer oder schriftlich zu beantworten. Sie sind unter anderem über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, die Erhebungs- und Hilfsmerkmale, deren Trennung und Löschung sowie die Rechte und Pflichten der Interviewer zu unterrichten.
- Die Reidentifizierung bereits anonymisierter bzw. aggregierter Daten ist untersagt und mit Strafe bedroht.

Da der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit den Gesetzgeber verpflichtet, zur Beschaffung der erforderlichen statistischen Informationen das jeweils mildeste Mittel einzusetzen, ist die amtliche Statistik zu einer permanenten Methodenforschung aufgefordert. Eine Pflicht zur Auskunftserteilung kann nach Inhalt und Umfang nur soweit aufrechterhalten werden, als dies zur Gewinnung aussagefähiger Ergebnisse unverzichtbar ist. Das Mikrozensusgesetz schreibt deshalb die Durchführung von Testerhebungen mit freiwilliger Auskunftserteilung vor, denen – dem Forschungszwecke entsprechend – alternative Verfahren (z.B. mündliche, fernmündliche oder schriftliche Befragung) zugrunde zu legen sind.

Das fünf Monate später in Kraft getretene Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 enthält neben den bereits erwähnten verfahrenssichernden Bestimmungen die zusätzliche Auflage, daß die örtlichen Erhebungsstellen räumlich, organisatorisch und personell von den übrigen mit Aufgaben des Verwaltungsvollzuges befaßten Stellen zu trennen sind. Dieser vom Bundesverfassungsgericht als „informationelle Gewaltenteilung“ bezeichnete Maßnahmenkatalog wird durch die Landesverordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 24. Juni 1986, welche den Gemeinden die örtlichen Volkszählungsaufgaben überträgt, im einzelnen festgelegt.

Weitere Konsequenzen aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts zieht das Zweite Statistikbereinigungsgesetz vom 12. Dezember 1986 mit der Aufhebung der in einigen Gesetzen (u.a. Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung, Viehzählungsgesetz, Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz) enthaltenen Regelungen, nach denen die Weiterleitung statistischer Einzeldaten für Zwecke des Verwaltungsvollzuges bzw. nicht definierte Zwecke zugelassen war. Die Frage, ob eine Weiterleitung der für statistische Zwecke erhobenen, aber noch personenbezogenen Daten für nichtstatistische Zwecke auch dann nicht mit dem Grundsatz

der Trennung von Statistik und Vollzugsaufgaben zu vereinbaren wäre, wenn das Gesetz eine solche Weitergabe ausdrücklich vorsehe, hatte das Bundesverfassungsgericht zwar ausdrücklich offengelassen, in seinen weiteren Ausführungen aber in erheblichem Maße problematisiert.

Einen wichtigen Schritt zur Anpassung statistischer Rechtsgrundlagen an die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts bildet der Erlass des von Grund auf novellierten Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987. Als das „Grundgesetz“ der amtlichen Bundesstatistik enthält es diejenigen Bestimmungen, die im Regelfall für alle durch Bundesrecht angeordneten Statistiken gelten. Dementsprechend breit ist die Wirkung seiner neu geschaffenen oder strenger gestalteten datenschutzrechtlichen Vorkehrungen. Die Rechtssetzungsregeln, mit denen sich der Gesetzgeber für künftige einzelstatistische Vorhaben eine Selbstbindung auferlegt hat, verlangen nach wie vor, daß alle Bundesstatistiken grundsätzlich durch Gesetz angeordnet werden. Die bisher bereits eng begrenzte Möglichkeit, Erhebungen mit Auskunftspflicht durch Rechtsverordnung anzuordnen, wird auf Wirtschafts- und Umweltstatistiken beschränkt. Bevölkerungsstatistiken, die nicht die Beteiligung am Wirtschaftsleben, sondern den Bürger in seiner Eigenschaft als natürliche Person berühren, dürfen auf dieser Basis nur mit freiwilliger Auskunftserteilung angeordnet werden.

Die im Mikrozensus- und im Volkszählungsgesetz gleichsam vorweggenommenen Vorschriften, die ihrem Wesen nach übergreifende Bedeutung haben, werden in erweiterter und allgemeingültiger Form in das Bundesstatistikgesetz übernommen. Zu nennen sind hier wiederum die Regelungen über Erhebungs- und Hilfsmerkmale (begriffliche Definition, zulässige Verwendung, Trennung und Löschung), Erhebungsbeauftragte, die verschiedenen Möglichkeiten der Auskunftserteilung, die Unterrichtung der Betroffenen sowie das Verbot der Reidentifizierung und seine Strafbewehrung.

Die als Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung zugelassenen Möglichkeiten zur Weiterleitung von Einzelangaben werden erheblich reduziert. Im Unterschied zum Bundesstatistikgesetz von 1980 enthält die Neufassung keine „Rahmenbestimmung“ mehr, nach der die Übermittlung von statistischen Daten auch für Zwecke des Verwaltungsvollzuges durch besondere gesetzliche Vorschrift zugelassen werden kann. Statistische Einzeldaten dürfen nunmehr weitergeleitet werden

- zur Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, an oberste Bundes- oder Landesbehörden als Zahlenangaben in statistischen Ergebnistabellen, soweit dies durch die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift erlaubt ist;
- für ausschließlich statistische Zwecke an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit dies in einem einzelnen Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind, wenn durch Landesgesetz

eine Trennung der kommunalstatistischen Stellen von anderen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist;

- für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können, also faktisch anonym sind.

Bereits diese Übersicht macht deutlich, unter welchen Voraussetzungen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Einzeldaten an andere Institutionen weiterleiten können. Die übermittelten Daten, auch die bereits faktisch anonymisierten, sind von den Empfängern geheimzuhalten und dürfen nur für die genannten Zwecke, also losgelöst vom Einzelfall, verwendet werden.

Mit dem Landesstatistikgesetz vom 27. März 1987 entsprach der Landesgesetzgeber den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts, die für alle Statistiken und damit auch für die Bereiche der Landes- und Kommunalstatistik von wesentlicher Bedeutung sind. Da die zur Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung erforderlichen Maßnahmen im wesentlichen davon abhängen, welche Behörden mit der Durchführung der amtlichen Statistiken im Lande beauftragt werden, regelt das Gesetz die Zuständigkeiten selbst, soweit dies nach dem gegenwärtigen Stand des gesamtstatistischen Erhebungsprogramms möglich ist. Für die Durchführung von EG-, Bundes- und Landesstatistiken wird eine Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Statistischen Landesamtes begründet, das als zentrale Fachbehörde, wie auch die übrigen Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, über eine Organisation verfügt, die den Schutz der für statistische Zwecke erhobe-

nen Daten in besonderer Weise gewährleistet. Daneben wird den Gemeindeverwaltungen für eine Reihe von Statistiken, insbesondere des Agrarbereichs, die Funktion der Erhebungsstelle übertragen, die die im einzelnen festgelegten örtlichen Aufgaben wahrzunehmen hat sowie räumlich, organisatorisch und personell von anderen, mit Aufgaben des Verwaltungsvollzuges befaßten Stellen zu trennen ist. Die bereits seit langem bestehende Mitwirkung der Gemeinden, die den Betroffenen die Erfüllung ihrer Auskunftspflicht erheblich erleichtert, erhält damit ihre dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung genügende Grundlage.

Von der – leicht überschaubaren – Zusammenstellung dieser Bestimmungen an zentralem Orte kann eine akzeptanzfördernde, das Vertrauen in die Geheimhaltung der statistischen Daten stärkende Wirkung erwartet werden. Aus dem gleichen Grunde sowie zur Vereinfachung und Erleichterung der Rechtsanwendung verweist das Landesstatistikgesetz für die dem föderativen Gesamtsystem der amtlichen Statistik zugehörigen Bereiche der Landes- und der Kommunalstatistik weitgehend auf die verfahrensrechtlichen Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes.

Auch die kommunalstatistischen Aktivitäten der Gemeinden und Gemeindeverbände werden dem Abschottungsgebot unterworfen. Das Gesetz schafft hier zugleich die Voraussetzungen für eine Weiterleitung von Einzelangaben aus der Volkszählung 1987 an kommunale Gebietskörperschaften.

Zu erwähnen bleibt noch die Landesverordnung über den Statistischen Landesausschuß vom 26. Oktober 1987. Um der Bedeutung des Datenschutzes für die amtliche Statistik und der auch vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobenen Funktion der zu seiner Kontrolle berufenen Institutionen gerecht zu werden, wird die Zusammensetzung dieses Gremiums um einen Vertreter der Datenschutzkommission Rheinland-Pfalz erweitert.

III. Charakteristika der Automatischen Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt

A. Ältestes Rechenzentrum des Landes

Auch das *Rechenzentrum* im Statistischen Landesamt ist 40 Jahre alt und damit das älteste Rechenzentrum im öffentlichen Bereich des Landes Rheinland-Pfalz. Dies als Charakteristikum hervorzuheben ist nicht ganz unproblematisch, denn „alt“ im allgemeinen und in der Technologie im besonderen ist normalhin negativ besetzt. Dem läßt sich jedoch entgegenhalten, daß „40 Jahre alt“ auch heißt 40 Jahre Erfahrung, reiche Erfahrung also über alle Computergenerationen hinweg – von der ersten Anlage der Deutschen Hollerith-Maschinen-Gesellschaft, im Jahre 1947 im Statistischen Landesamt installiert, bis zur heutigen modernen Technologie der Firmen IBM, Hitachi (BASF/Comparex), Siemens, Con-

trol Data Corporation, deren sich die ADV des Statistischen Landesamtes nun bedient.

Bei jenen im Januar 1947 von der Deutschen Hollerith-Maschinen-Gesellschaft, der heutigen IBM-Deutschland, durch das Amt angemieteten Maschinen handelte es sich um Loch-, Prüf-, Sortier- und Tabelliermaschinen. Bis 1952 erfuhr diese Anlage eine Erweiterung auf drei Tabelliermaschinen IBM 450 und drei Sortiermaschinen IBM 080. 1951 konnte bereits eine alphanumerische Tabelliermaschine IBM 404 installiert werden, die im Gegensatz zu den bis dahin eingesetzten Tabelliermaschinen keine starre Schreibwerkseinteilung besaß, wodurch die Erstellung von Reinschrifttabellen für die Veröffentlichungen möglich wurde.

Bestand der Ausbau der maschinellen Datenverarbeitungsanlagen in den ersten Jahren im wesentlichen in einer rein quantitativen Vermehrung, so war ab 1954 eine Steigerung der Leistungskapazität durch die Umstellung auf höherwertige Maschinentypen zu verzeichnen. Statt der nur numerische Angaben registrierenden und sowohl numerische als auch alphabetische Angaben schreibenden Tabelliermaschinen auf mechanischer Basis wurden jetzt mit Hilfe von Elektronenröhren arbeitende Anlagen verwendet. Die Umstellung des in der Hauptsache aus zwei alphabetschreibenden Tabelliermaschinen IBM 421 und einer elektronischen Statistikmaschine IBM 101 bestehenden Maschinenparks wurde erst 1958 nach Erweiterung um einen elektronischen Rechenstanzer IBM 604 abgeschlossen. Diese Maschinenkonfiguration war neben der Durchführung von Fallzählungen auch für maschinelle Prüfungen zu verwenden. Die Durchführung einfacher Signier- und Plausibilitätskontrollen bot der statistischen Aufbereitungstechnik erstmals die Chance, das Zahlenmaterial vor der Tabellierung zu überprüfen und zu bereinigen.

Rechtzeitig zur Volkszählung 1961 kam die elektronische Datenverarbeitungsanlage IBM 1401 auf den Markt, deren Ausrüstung für die statistische Aufbereitungstechnik besonders geeignet war. Im Jahre 1961 wurde die erste Anlage, eine zweite ein Jahr darauf eingesetzt. Damit war das Statistische Landesamt auch die erste staatliche Behörde in Rheinland-Pfalz, die Massenarbeiten auf dem Verwaltungssektor mit einer *Elektronischen* Datenverarbeitungsanlage (Computer der zweiten Generation) durchführte.

Anfang der 60er Jahre waren die Computer der zweiten Generation technisch soweit entwickelt, daß ein breiter Einsatz der Automatischen Datenverarbeitung in kommerziellen und administrativen Bereichen unter wirtschaftlichen Bedingungen möglich wurde. Gegenüber der in ihrer Einsetzbarkeit und Leistungsfähigkeit äußerst beschränkten Datenverarbeitung der 50er Jahre erwiesen sich diese Anlagen in hohem Maße universell verwendbar. Die Programmierung dieser Anlagen erfolgte noch in einer der Maschinensprache sehr angenäherten Form. Verglichen mit den heutigen Anwendungen wiesen die damals mit der Automatischen Datenverarbeitung abgewickelten Aufgaben allerdings immer noch eine geringe Komplexität auf.

Eine Änderung ergab sich mit der Durchführung der statistischen Großzählungen im Jahre 1970 und der Übernahme von Verwaltungsautomationsaufgaben. Dieses erweiterte Aufgabenspektrum hatte zur Folge, daß die Kapazität der beiden im Statistischen Landesamt installierten Rechner nicht mehr ausreichte. Anfang 1968 wurde deshalb ein neuer Computer installiert. Hierbei handelte es sich um eine Maschine der sogenannten dritten Generation IBM 360/30. Gesteuert wurde dieses System anfangs über das Betriebssystem TOS (Tape Operating System), später durch DOS (Disk Operating System). Die Programmierung erfolgte in der maschinennahen Sprache Assembler, und zwar nicht zuletzt mit Blick auf die bundesweite Verbundprogram-



Die erste Maschinenkonfiguration 1947. Die amtliche Statistik war Wegbereiter für die moderne Computertechnik.

mierung statistischer Fragestellungen. Zur Steuerung der auf der Anlage abgewickelten „Jobs“ wurde erstmals eine spezielle Job-Control-Sprache (JCL) benutzt.

Infolge des weiter anwachsenden Arbeitsprogramms und der Verwendung eines Beleglesers zur Datenerfassung bei der Volks- und Berufszählung 1970 mußte Mitte 1970 eine zusätzliche Datenverarbeitungsanlage der dritten Generation installiert werden. Neue Anforderungen brachte der Übergang von der Lochkarten- zur Magnetbandverarbeitung mit sich, insbesondere auch im Hinblick auf die aufzubauende Bandarchivierung von inzwischen rund 20 000 Magnetbändern.

Im Mai 1971 erteilte die Landesregierung den Auftrag zur Errichtung eines integrierten Landesinformationssystems (LIS). Die erste Ausbaustufe, der Aufbau einer Datenbank auf Magnetbändern, konnte 1972 beendet werden. Verbunden mit dem Ausbau der statistischen Datenbank war eine Erweiterung der Maschinenkapazität notwendig, so daß im Oktober 1972 eine technisch weiterentwickelte Datenverarbeitungsanlage mit einer Speicherkapazität von anfangs 384 K die bis dahin eingesetzten zwei Computer ablöste. 1973 ging eine Datenfernübertragungseinrichtung zum Zwecke der Datenübertragung nach Mainz zur LIS-Außenstelle des Statistischen Landesamtes in Betrieb.

Diese tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur und Organisation der Datenverarbeitung gingen einher



Ein Blick in das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes, eines der drei modernen Großrechenzentren des Landes.

mit der Einführung der problemorientierten Programmiersprache COBOL, dem Übergang zu der Verarbeitung von Daten im Direktzugriff und einer Ablösung des Betriebssystems DOS durch OS/MFT. Anfang 1977 wurde im Rechenzentrum das Betriebssystem OS/MFT durch das Betriebssystem OS/VS1 mit neuen Komponenten ersetzt.

Mit zunehmender Komplexität und Universalität der Hardware und System-Software zeichnete sich Mitte der 70er Jahre ein Trend zu immer umfangreicheren DV-Anwendungen ab. So wurden neben dem Ausbau des Landesinformationssystems zu einem vielfältig nutzbaren Planungs- und Informationsinstrument in der Zeit von 1973 bis 1978 die Bund-/Länder-Verfahren der Krankenhausautomation entwickelt. Im Bereich der Verwaltungsautomation kam es zum Einsatz zahlreicher Automationsverfahren wie beispielsweise des maschinellen Forsteinrichtungsverfahrens, des maschinellen Wohngeldverfahrens und einer Reihe von Verfahren zur maschinellen Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Alle diese Verfahren haben gemeinsam, daß sie nicht mehr den Charakter von Insellösungen haben, sondern stark verzweigte Aufgabengebiete mit umfangreichen Verbindungen umfassen. Darüber hinaus sind

diese Aufgaben dadurch gekennzeichnet, daß große Datenbestände, zum Teil auf unterschiedlichen Datenträgern vorliegen oder mittels Datenfernübertragung im Rechenzentrum eintreffen, in verschiedenen Formaten und verschiedensten Organisationsformen verarbeitet werden. Infolge des erweiterten Aufgabenspektrums wurde in den letzten zehn Jahren die maschinelle Ausstattung sukzessive verbessert. Parallel zu der Erweiterung der Speicherkapazität (nun insbesondere Plattenspeicher) wurden moderne Speicherorganisationsformen eingeführt, die den Anteil der DV-Projekte mit direktem Speicherzugriff erhöhten, und es wurde die vorhandene ADV-Anlage um eine zweite Zentraleinheit zu einer sogenannten Duplex-Konfiguration erweitert (heute: IBM 4381/Compares 7/72). Parallel hierzu fand der Übergang auf ein leistungsfähigeres Betriebssystem statt (MVS/SP).

Trotz permanenter Anpassung der Maschinenkonfiguration, dem technologischen Wandel und den qualitativen sowie quantitativen Aufgabenänderungen/-erweiterungen folgend, ist die Anlage des Statistischen Landesamtes im unteren Bereich der Großrechner angesiedelt. Im Zusammenhang mit der mehrere Jahre dauernden Aufbereitung des Großzählwerks



Volks-/Berufs-/Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung steht eine neuerliche Erweiterung der Maschinenkonfiguration unmittelbar bevor.

Jahrzehntelange solide Aufbauarbeit bildet so ein stabiles Fundament auch für eine stetige Weiterentwicklung in der Zukunft.

B. Charakteristika der vier Arbeitsfelder der Automatischen Datenverarbeitung

1. Amtliche Statistik

- Breitgefächertes Aufgabenspektrum: Mit rund 4 000 aktiven Programmen für 250 unterschiedliche Statistiken wird heute das gesamte Aufgabenpaket der amtlichen Statistik maschinell aufbereitet.
- Arbeitsschwankungen: Durch statistische Erhebungen in mehrjährigem Rhythmus und mittelfristig angelegte Großzählungen ergeben sich zusätzliche Arbeitsbelastungen und Arbeitsspitzen.
- Programmierverbund: Dieser enorme Arbeitsumfang kann praktisch nur in bundesweiter Arbeitsteilung zwischen allen Bundesländern und dem Statistischen Bundesamt geleistet werden; etwa 60 Organi-

satoren und Programmierer arbeiten bundesweit ständig für die sogenannte Verbundprogrammierung.

Zur Erhaltung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Programmierverbundes sind allgemeine organisatorische Regeln, Standardisierungsregeln sowie Hardware- und Software-Regelungen (Programmier-Richtlinien) getroffen.

Die allgemeinen organisatorischen Regelungen betreffen die Verteilung der anstehenden Programmierarbeiten, die Aufteilung größerer Projekte in Projektstufen, die Berücksichtigung landesspezifischer Gegebenheiten, die Abwicklung des Programmänderungsdienstes (Fehlermeldesystem, Fehlerbereinigerungsverfahren), das Terminüberwachungssystem, den Versand von Datenträgern.

Die Standardisierungsregeln tragen dazu bei, die Verständigung in der Zusammenarbeit mit den statistischen Fachabteilungen zu erleichtern und der Programmierung eindeutige Vorgaben über die gewünschte Qualität und Form der zu erstellenden Ergebnisse zu liefern. Zur Standardisierung statistischer Verfahrensschritte zählen: Grundsätze für die Anlage von Plausibilitätsprogrammen und der zugehörigen Arbeitsabläufe,

die Regeln zur einheitlichen Spezifizierung von Plausibilitätskontrollen sowie zur Anlage von Fehlerlisten und Durchführung von Korrekturen, die Regeln zur einheitlichen Spezifizierung statistischer Tabellen.

Die Hardware- und Software-Regelungen (Programmier-Richtlinien) bestimmen zunächst in allgemeinen Vorschriften eine einheitliche Mindestkonfiguration der Maschinenausstattung, die in der Verbundprogrammierung vereinbarten Programmiersprachen und Maschinenbefehle, Betriebssysteme sowie betriebssystem-unabhängige Ein-/Ausgabe-Makro-Instruktionen. Weiterhin werden symbolische Einheitenbezeichnungen für Ein- und Ausgabe und für Band- und Plattendateien sowie Vorschriften über die Anlage von Programmakten zur Gewährleistung einer einheitlichen und umfassenden Dokumentation festgelegt. Die Richtlinien für die Verbundprogrammierung enthalten ferner zwingende Vorschriften über die Diagrammtechnik zur Darstellung der logischen und zeitlichen Zusammenhänge des Programms (Programmablaufplan) und zur Unterteilung des Programms in Hauptplan und Unterpläne. Weitere detaillierte Programmervorschriften regeln die Befehlsfolge am Programmanfang und -ende, die Registerbenutzung, die Identifikation des Programms durch den Programmnamen, die Speicherbelegung und -löschung, Angaben zur Folgekontrolle und zur Sortierfolge sowie Maßnahmen für Wiederanlaufverfahren (Checkpoint-Schreibung) bei zeitaufwendigen Programmen. Viele dieser Vereinbarungen sind bereits zu einem Zeitpunkt getroffen worden, als die praktische Anwendung der EDV-Technik noch vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung unbekannt war. So erfolgte beispielsweise die Aufstellung von Regeln für die Symbole in Ablaufdiagrammen noch vor den Festlegungen des Deutschen Normenausschusses (DIN 66 001), welche heute in der Statistischen Verbundprogrammierung der Diagrammtechnik zum Zeichnen der Programmablaufpläne zugrunde gelegt werden.

In der Statistischen Verbundprogrammierung kommt neben der ursprünglich vereinbarten ASSEMBLER-Programmiersprache die problemorientierte Sprache COBOL zur Anwendung. Mit COBOL wurden zwar Erleichterungen für die Programmierung mit einer wirksameren Programmerstellung geschaffen. Die dadurch erreichte Produktivitätssteigerung hat sich jedoch nicht als so entscheidend herausgestellt, daß die Programmierzeit wesentlich reduziert werden konnte. Der Grund liegt in der universellen, d. h. auf alle möglichen Anwendungsgebiete bezogenen Einsetzbarkeit der höherwertigen Programmiersprachen, die aber nicht gezielt — gerade wegen des Charakters der Universalität — auf die Probleme der statistischen Anwendungsbereiche wie Dateienverwaltung im Sinne von Zusammenführen, Mischen, Übernahme von Daten aus Leitdateien, Signier- und Plausibilitätsprüfungen am Einzelmateriale mit Fehlerkorrektur, statistische Auswertungen in Gestalt von Tabellen eingehen können.

Mit dem Ziel einer Produktivitätsverbesserung der Programmierung hat sich der Verbund daher mit der Entwicklung von Spezialsprachen für statistische Auf-

bereitung beschäftigt. Die inzwischen vorliegende Konzeption über Statistische Problemlösungsverfahren geht davon aus, die zu lösende statistische Aufgabenstellung in einer weitgehend statistikbezogenen Weise zu beschreiben. Die Problembeschreibung wird durch ein geeignetes Übersetzungsprogramm in lauffähige Maschinenprogramme aufgelöst. Der statistikorientierten, beschreibenden Darstellung des Problemlösungsverfahrens kommt im Interesse der Produktivität wie der Fachnähe starke Bedeutung zu, denn sie soll eine übersichtliche Problembeschreibung ermöglichen, was nicht nur für die Erstellung solcher Problemlösungen vorteilhaft ist, sondern auch den Wartungsaufwand verringert.

Nach jahrelangen Vorarbeiten kann in diesem Jahr mit dem praktischen Einsatz dieser entscheidenden Neuerung des statistischen Programmierverbundes begonnen werden.

2. Landesinformationssystem (LIS) ¹⁾

- Zugang für Parlament und Regierung: Die Zielsetzung des Landesinformationssystems war von Anfang an darauf gerichtet, Parlament und Regierung in gleicher Weise mit allen Informationen des LIS zu versorgen. Parlament und Regierung benötigen Planungsdaten für Regional-, Landes- und Fachplanung, sie benötigen Entscheidungsunterlagen zur Beurteilung alternativer Möglichkeiten und sie benötigen Daten zur Kontrolle der Wirksamkeit politischer Aktivitäten. Durch Vermittlung von 13 Mio. Einzelinformationen konnte das LIS im Jahre 1987 entsprechende Hilfestellungen leisten.
- Pilotentwicklung: Mit der Entscheidung der Landesregierung vom Mai 1971, ein Landesinformationssystem auf der Basis von IMS (Informations-Management-System) aufzubauen, wurde seinerzeit im öffentlichen Bereich (bundesweit und europaweit) eine Erstentwicklung eingeleitet, die erfolgreich realisiert werden konnte und sich im laufenden Betrieb gut bewährt hat.

3. Verwaltungsautomation ²⁾

- Aufgabenvielfalt: Zahlreiche Verwaltungsaufgaben aller Ressortbereiche, von der Forsteinrichtung über die Grundvermögensdatei des Landes bis zur Zuchtwertschätzung, um beispielhaft einige zu nennen, verlangen die Befassung mit unterschiedlichsten Fachdisziplinen und die Lösung entsprechend heterogener Automationsprobleme.
- Politische Bedeutung: Der Verwaltungsautomation — zu denken etwa an Europa-, Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen, an die Berechnung der Schlüsselzuweisungen, an die Ermittlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer — kommt ein hoher politischer Stellenwert zu.
- Finanzverantwortung: Bescheidungen in Millionenhöhe, beispielsweise für alle Wohngeldempfänger des Landes, für Härteausgleichsempfänger, für Ausgleichszulagen nach dem EG-Bergbauernprogramm, für einkommensschwache landwirtschaftliche Betriebe, zur Förderung im Weinbau verdeutlichen die Finanzverantwortung dieses Arbeitsfeldes.

1) Zur Aufgabenbeschreibung vgl. Abschnitt IV.

2) Zur Aufgabenbeschreibung vgl. Abschnitt VI B.

4. Krankenhausautomation¹⁾

- Bundesweite kooperative Projektentwicklung: Der Aufbau des Krankenhausinformationssystems war eingebettet in eine bundesweite kooperative Verfahrensentwicklung, die durch die finanzielle Förderung seitens des Bundesministers für Forschung und Technologie und durch die zwischen Bund und Ländern abgestimmte inhaltliche Verfahrenskonzeption dazu beitrug, daß den Krankenhäusern kostengünstige und inhaltlich abgesicherte DV-Verfahren angeboten werden konnten.
- Bundesweite zentrale Verfahrens- und Programmpflege (ZVP): Die für alle Bund-/Länder-Verfahren in Bad Ems angesiedelte zentrale Verfahrens- und Programmpflege führt zu einer Minimierung der Folgekosten, da die ansonsten in jedem Land entstehenden Kosten auf alle Bundesländer und die Kirche verteilt werden können.
- Landesweiter Produktionsverbund: Der Einsatz der Verfahren im Rahmen der landeseinheitlichen Hintergrund- und Vorort-Produktion für (mit einer Ausnahme) alle kommunalen und staatlichen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz hat eine Kostendegression zur Folge, die allen beteiligten Krankenhäusern zugute kommt.

C. Entwicklungs-, Ausbildungs-, Service-Rechenzentrum

1. Entwicklungs-Rechenzentrum

Während die Rechenzentren in den ersten Jahren überwiegend Produktionsstätten waren – Datenverarbeitung wörtlich genommen gab dem Ganzen den Namen –, mußten sie sich im letzten Jahrzehnt mehr und mehr zu Entwicklungsstellen – zu Softwarehäusern – wandeln, wenn sie den Anforderungen genügen wollten. Die Kostenrelation zwischen Maschinenkosten einerseits und Entwicklungskosten (Softwarekosten) andererseits wurde bei Rechenzentren, die mit den heutigen Anforderungen Schritt halten wollten, auf den Kopf gestellt. Nahmen früher im Normalfall die Maschinenkosten 80 %, die Softwarekosten 20 % im Anspruch, ist es heute fast umgekehrt: rund 80 % Softwarekosten, 20 % Hardwarekosten. Diese allgemein feststellbare Entwicklung gilt in der Tendenz auch für das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes. Damit hatte und hat das Statistische Landesamt permanent das Problem der Finanzierung der Entwicklungskosten. Neben eigenen Anstrengungen des Landes, etwa zur Finanzierung des Projektes Landesinformationssystem und zahlreicher Projekte der Verwaltungsautomation, konnte durch bundesweite Kooperation – und damit Kostenteilung – der Finanzbedarf einigermaßen im Rahmen gehalten werden.

- Das Paradebeispiel ist der Statistische Verbund, in dem alle Länder und das Statistische Bundesamt in Arbeits- und damit Kostenteilung die Programmentwicklung und -pflege gemeinsam bewältigen.
- Etwas ähnliches hat das Statistische Landesamt, wie erwähnt, selbst auf dem Sektor der Krankenhausautomation initiiert.

Ohne die bundesweite Arbeits- und Kostenteilung hätte das Statistische Landesamt sicher der Notwendigkeit und dem Anspruch, Entwicklungs-Rechenzentrum zu sein, nicht genügen können.

2. Ausbildungs-Rechenzentrum

Auf dem Datenverarbeitungssektor war der Arbeitsmarkt von Anfang an angespannt. Einige hunderttausend Datenverarbeiter werden angeblich in der Bundesrepublik Deutschland gesucht. Was die Bezahlung angeht, konnte und kann das Statistische Landesamt mit der freien Wirtschaft nicht konkurrieren. So bleibt als einziger Ausweg die hausinterne Ausbildung. Seit 20 Jahren bildet das Statistische Landesamt auf diese Weise junge Abiturientinnen und Abiturienten sowie Beamte des gehobenen Dienstes zu Programmierern heran. Die Ausbildung dauert jeweils zwei Jahre – ein Jahr überwiegend theoretische Ausbildung, ein Jahr praktische Ausbildung. Das Wissen wird durch permanente Klausuren und eine schriftliche und mündliche Abschlußprüfung belegt. Die Absolventen sind danach als Nachwuchsprogrammierer gut einsetzbar. So verfügt das Statistische Landesamt heute mit 100 Analytikern und Programmierern über eine beachtliche Entwicklungskapazität.

3. Service-Rechenzentrum

Die „Kunden“ des Rechenzentrums erwarten heute zu Recht einen sogenannten „Full-Service-Betrieb“, d. h. von der fachlich inhaltlichen Seite, der Problemanalyse bis zur Programmentwicklung und der eigentlichen Produktion – ausdrücklich auch bezogen auf die Vorortsysteme, die mit dem Rechenzentrum verbunden sind – muß eine Betreuung aus einer Hand angedient werden. Die dahingehenden ständigen Bemühungen des Rechenzentrums des Statistischen Landesamtes werden allseits anerkannt.

Die technologische Entwicklung hat in den letzten 40 Jahren auf breiter Front neue Formen der Erledigung öffentlicher Aufgaben bewirkt – computergestützte Aufgabenerledigung (Verwaltungsautomation/Informationssysteme).

Behördenübliches Handeln, behördliche Unflexibilität früherer Zeit und Erfüllung der Servicefunktion eines Rechenzentrumsbetriebes können in Konflikt geraten. „Wir brauchen Bürokratien, um unsere Probleme zu lösen. Aber, wenn wir diese Bürokratien haben, hindern sie uns daran, das zu tun, wofür wir sie eigentlich brauchen“ (Ralf Dahrendorf).

Behördliches Handeln, Verwaltungsstrukturen, Verwaltungsvorschriften, Ablauf- und Aufbauorganisation den neuen Formen computergestützter Aufgabenerledigung permanent anzupassen ist notwendig, damit „Serviceleistungen“ über „behördliche Unflexibilität“ obsiegen.

¹⁾ Zur Aufgabenbeschreibung vgl. Abschnitt VI.C.

IV. Gestaltung des Informationsangebots und Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung des Informationsangebots und Öffentlichkeitsarbeit weisen als Aufgabenstellungen starke Überschneidungen auf. Geht es darum, den Informationsfluß vom Datenproduzenten, dem Statistischen Landesamt, zu den Datenkonsumenten zu gewährleisten, so ist die funktionale Zielsetzung die der Informationsbereitstellung und des Datentransports. Steht dabei auch die informative Substanz im Vordergrund, so ist doch die Frage des „Wie“ mitbestimmend für das Erscheinungsbild des Statistischen Landesamtes, für die Präsentation seines Aufgabenbereichs und seiner Arbeitsergebnisse gegenüber der Öffentlichkeit.

Bis zum Beginn der 70er Jahre, als das Informationsangebot überwiegend von Veröffentlichungen getragen wurde, war seine Bindung an die Öffentlichkeitsarbeit besonders eng. Danach waren es vor allem zwei Entwicklungen, die die Aufgabenschwerpunkte der Gestaltung des Informationsangebots und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit deutlicher voneinander trennten:

- Der Aufbau von statistischen Datenbanken und der Einsatz der Datenfernverarbeitung schufen einen neuen Kanal für den Informationsfluß und traten als Mittel für den Datentransport neben die Veröffentlichungen bzw. ersetzten diese zum Teil.
- Mit der Vorbereitung der Volkszählung 1983, dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts und der Volkszählung 1987 ist die Tätigkeit der amtlichen Statistik in besonderer Weise in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gekommen. Damit verbunden waren Vorbehalte hinsichtlich des Datenschutzes, aber auch ein wachsendes Interesse an der Statistik



Die Veröffentlichungen des Amtes werden im eigenen Verlag hergestellt. Hier eine Mitarbeiterin am Fotosatzgerät.

überhaupt, die dem Statistischen Landesamt Aktivitäten im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in bisher nicht gekanntem Umfang abverlangten und weiter abverlangt werden.

Der aufgezeigten Trennung soll die Gliederung dieses Abschnitts folgen, der zunächst auf die Gestaltung des Informationsangebots eingeht. Dabei wird unterschieden zwischen Veröffentlichungen einerseits (in denen der Datenproduzent von sich aus Informationspakete zusammenstellt und anbietet) und der Datenvermittlung aus Informationssystemen andererseits (die es dem Datenkonsumenten erlaubt, aus einem umfassenden Angebot an Grundbausteinen die für seine speziellen Zwecke benötigten Informationen gezielt herauszugreifen und nach eigenem Bedarf zusammenzustellen). Sodann werden die Presse- und die Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt.

A. Veröffentlichungen

Ursprünglich lag der Schwerpunkt der statistischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Auswertung und Veröffentlichung von statistischen Tabellen mit Schaubildern und textlichen Analysen. Das Statistische Landesamt erfüllte und erfüllt damit den gesetzlichen Auftrag, „Bundes- und Landesstatistiken auszuwerten und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen“ (Landesstatistikgesetz vom 27. Mai 1987).

Das Veröffentlichungsprogramm umfaßt entsprechend dem Erhebungsturnus der einzelnen Statistiken kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Veröffentlichungen. Dazu kommen – meist nach Vorliegen von Großzählungsergebnissen – einmalige Publikationen und Querschnittsveröffentlichungen.

Die Statistischen Berichte dienen der Veröffentlichung der jeweils neuesten Ergebnisse von periodischen Statistiken und der ersten Resultate von nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Erhebungen, deren Aufbereitung sich ihres großen Umfangs wegen über einen längeren Zeitraum erstreckt. Gegenwärtig umfaßt das Veröffentlichungsprogramm über 90 Reihen Statistischer Berichte. Die Reihen-Nummern der Statistischen Berichte sind zwischen den Statistischen Landesämtern abgestimmt, wodurch ein Ländervergleich wesentlich erleichtert wird.

Die Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz erscheinen seit 1958 und enthalten neben Aufsätzen, die in erster Linie der Darstellung und Kommentierung aktueller statistischer Ergebnisse gewidmet sind, regelmäßig wiederkehrende Übersichten mit wichtigen, kurz-

fristig erfaßten Angaben über die Bevölkerung und die Wirtschaft. Den April- und Oktoberheften sind jeweils Beilagen mit den wichtigsten Kreisergebnissen aus allen Gebieten der Statistik beigelegt.

Das Statistische Jahrbuch bildet das grundlegende Nachschlagewerk über alle Sachgebiete der Statistik. Es gibt nach dem jeweils neuesten Stand ein statistisches Gesamtbild des Landes, wobei das gesamte zur Verfügung stehende Material verarbeitet wird, gleichgültig wann und von welcher Stelle es erhoben und aufbereitet worden ist. Da das Statistische Jahrbuch aufgrund seiner Anlage, insbesondere auch durch die Aufnahme von Entwicklungsreihen, seinen Zweck als Nachschlagewerk für einen längeren Zeitraum erfüllt, wird es in zweijährigem Turnus herausgegeben.

Seit 1953 erscheint jährlich das Handbuch der Finanzstatistik mit umfangreichem aktuellem Material über die Finanzen von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden.

„Rheinland-Pfalz heute“ ist eine vierfarbige Broschüre, die seit 15 Jahren mit jährlich wachsender Auflage herausgegeben wird. Auf 20 Seiten gibt sie einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten der amtlichen Statistik für Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus enthält sie ausgewählte Daten für kreisfreie Städte, Landkreise und das Bundesgebiet. Eine Sonderseite ist jeweils einem aktuellen Thema gewidmet. Das Heft wendet sich in erster Linie an die nicht ständig mit Statistik befaßten Bürger.

Die Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ bringt seit Bestehen des Statistischen Landesamtes in Einzelbänden die Ergebnisse der in längeren Zeitabständen durchgeführten großen Erhebungen sowie für größere Zeiträume zusammengefaßte Ergebnisse laufender Statistiken. Sie umfaßt inzwischen 324 Bände. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Themen dieser Reihe auf die Wahlergebnisse und die Landwirtschaft.

Neben den Reihen, deren Aufgabe die unmittelbare Publikation statistischer Ergebnisse ist, werden Verzeichnisse verschiedener Art herausgegeben, deren Zusammenstellung in Verbindung mit der Durchführung bestimmter statistischer Arbeiten erfolgt: Amtliches Gemeindeverzeichnis, Alphabetisches und Systematisches Gemeindeschlüsselverzeichnis, Verzeichnisse der Wohnplätze, der allgemeinbildenden Schulen, der berufsbildenden Schulen, der Krankenhäuser und Heime sowie das Verzeichnis der Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister.

Das Statistische Landesamt ist seit jeher bemüht gewesen, bei der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse alle technischen Möglichkeiten zu nutzen. Folgerichtig ist seine Beteiligung als Anbieter in den Neuen Medien, in Bildschirmtext. Es bietet jedem Btx-Teilnehmer die Möglichkeit, vom Wohnzimmer aus und rund um die Uhr statistische Daten über Rheinland-Pfalz quasi wie aus einem elektronischen Nachschlagewerk abzurufen.

Wichtigster Bestandteil des Btx-Angebots des Statistischen Landesamtes ist die Beteiligung an dem von

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 17. Mai 1987

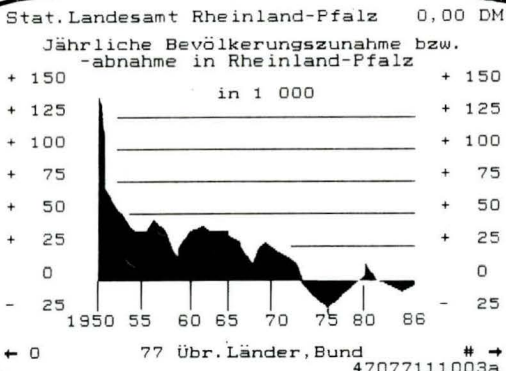
Landesergebnis

	1987	1983
Wahlberechtigte	2 866 516	2 811 399
Wahlbeteiligung	77,0 %	90,4 %
Gültige Stimmen	2 177 314	2 515 393

	1987		1983	
Gültige Stimmen	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
CDU	981 412	45,1	1 308 090	51,9
SPD	844 241	38,8	995 795	39,6
GRÜNE	128 653	5,9	113 809	4,5
F.D.P.	158 964	7,3	88 289	3,5
Übrige	64 044	2,9	11 410	0,5

← 0

Sitzverteilung #
4707757a

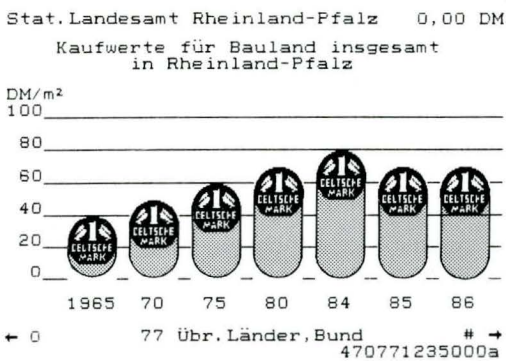


Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

VG Schweich Kr. Trier-Saarburg Stand 31.12.1986

PLZ	Gemeinde	Fläche in km²	Einwohner 1981	Einwohner 1986
5559	Naurath(Eifel)	5,18	351	344
5559	Pölich	3,20	318	283
5559	Riol	6,31	745	913
5559	Schleich	1,59	232	230
5558	Schweich	31,25	5 071	5 480
5559	Thörnich	2,49	193	166
VG Schweich		154,35	19 823	21 963

← 0 # → 47077217001a



Seit zwei Jahren ist das Statistische Landesamt in den Neuen Medien, in Btx, als Anbieter vertreten. Im Verbund mit den übrigen Statistischen Landesämtern wird u.a. ein Programm „Amtliche Statistik“ angeboten.

allen Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes getragenen Programm „Amtliche Statistik“, das sich zur Zeit im Aufbau befindet. Die Btx-Seiten der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes werden einheitlich aufgebaut, so daß unmittelbar vergleichbare statistische Ergebnisse für jedes einzelne Land und das Bundesgebiet abgerufen werden können. Seit einigen Monaten sind im Btx-Programm des Statistischen Landesamtes auch Gemeindedaten abrufbar. Für jede einzelne Gemeinde des Landes ist über die Nr. *4707721 # ein statistisches Minimalprogramm direkt abrufbar. Dieses Minimalprogramm im Postrechner enthält den Namen der Gemeinde, die Zugehörigkeit zu Landkreis und Verbandsgemeinde, die Postleitzahl, die Katasterfläche sowie den Bevölkerungsstand 1961 und 1986. Daneben werden vier Musterseiten mit Ergebnissen aus allen Gebieten der amtlichen Statistik angeboten. Dieses Spezialprogramm kann unter der Nr. *47077220 # angefordert werden. Die Bestellung wird über das Landesinformationssystem ausgeführt.

Eine unerwartet große Resonanz haben die Btx-Sonderdienste bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl. Die Wahlergebnisse mit Vergleichszahlen der vorherigen Wahl über Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, gültige Stimmen und Verteilung der Stimmen in Prozent werden für die Wahlkreise, die kreisfreien Städte, ausgewählte kreisangehörige Städte und die Landkreise unmittelbar nach Freigabe durch den Landeswahlleiter in das Btx-System eingespeichert. Die Ergebnisse sind damit – neben Landesergebnis, Sitzverteilung und gewählten Abgeordneten – sofort unmittelbar bundesweit abrufbar.

B. Datenvermittlung aus Informationssystemen

1. Zielsetzungen

Im Mai 1971 erteilte die Landesregierung dem Statistischen Landesamt den Auftrag zur Errichtung des Landesinformationssystems (LIS). Sie erwartete durch den Einsatz damals neuer technischer Hilfsmittel wie Datenbanken und Datenfernverarbeitung eine Verbesserung der Informationsgewinnung: „Aufgabe des Landesinformationssystems (LIS) soll sein, die für Zwecke der Analyse und Prognose von den gesetzgebenden Körperschaften, der Regierung und Verwaltung, der Wirtschaft und Wissenschaft benötigten Daten ... zu speichern, diese Daten soweit wie möglich vergleichbar und kombinierbar und für unterschiedliche Untersuchungszwecke nutzbar zu halten, sie schnell in beliebiger Kombination zur Verfügung zu stellen und kurzfristig Aufbereitungen und Berechnungen auf spezielle Anforderungen hin, insbesondere von Parlament und Regierung, durchzuführen.“¹⁾

Der Auftrag der Landesregierung entsprang dem zunehmenden Datenbedarf, der für konkrete Planungs- und Verwaltungsaufgaben auch gezielte Informationsgewinnung voraussetzte. Die aber war durch das System der Veröffentlichungen von Daten allein nicht zu gewährleisten. Für den Datenkonsumenten bestand der

Datenzugriff vor Errichtung des LIS in der Sammlung und Auswertung von Quellenbänden und Statistischen Berichten, die, damals wie heute, überwiegend getrennt für einzelne Erhebungen (je Statistik und Erhebungsjahr eine Veröffentlichung) herausgegeben wurden. Als weiterer Weg, zu Informationen zu gelangen, bot sich die direkte Ansprache der Fachreferate des Statistischen Landesamtes, die ihrerseits nicht in Veröffentlichungen enthaltene Angaben lieferten, soweit sie den Tabellenprogrammen der einzelnen Statistiken zu entnehmen waren.

Eine Zusammenstellung und Verarbeitung von Zahlen entsprechend der Fragestellung des Konsumenten war für die schnelle, gezielte Informationsvermittlung nicht gegeben. Statistische Daten konnten vielfach deshalb nicht in größerem Umfang für politische, planerische und wissenschaftliche Zwecke verwendet werden, weil das Heraussuchen der Daten aus verschiedenen Veröffentlichungen und rechnerische Auswertungsarbeiten überwiegend Sache des Datenkonsumenten waren, von ihm jedoch nicht in angemessener Zeit bewältigt werden konnten.

Die Datenbasis war wenig flexibel, da sie durch aufwendig zu programmierende Tabellenprogramme, zumeist im Rahmen der Verbundprogrammierung der Statistischen Ämter erstellt, in der Regel über Jahre festgeschrieben war. Sonderaufbereitungen aus dem Erhebungsmaterial mußten angesichts begrenzter, auf laufende Erhebungs- und Aufbereitungsaufgaben ausgerichteter personeller und maschineller Kapazitäten des Statistischen Landesamtes auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Diese Mängel zu beheben war die Aufgabe des Landesinformationssystems mit einem regional tief gegliederten Datenangebot aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, mit dessen Hilfe statistische Angaben schnell in beliebiger sachlicher und regionaler Kombination ausgewertet und ausgegeben werden können. Die schnelle Verfügbarkeit der Daten befreit den Datenkonsumenten von dem Zwang, die eigene Informationsversorgung durch Halten und Verwalten von Veröffentlichungsbibliotheken zu sichern. Bei dem Aufbau des LIS gehörte es zur Grundidee, solche Bibliotheken durch ein Handbuch, eine Sammlung von wenigen, wesentlichen Katalogen als Grundlage für die Auswahl von Informationen, zu ersetzen. Das Auswertungsinstrumentarium des LIS bewirkt zudem einen Dienstleistungseffekt, der den Datenkonsumenten vom aufwendigen manuellen Hantieren mit großen Zahlenmengen befreit und ihm mehr Zeit für die Umsetzung von Analyseergebnissen in seine planerischen Aufgabenstellungen läßt.

Mit der Einrichtung von Informationsstellen als Kontaktstellen, besetzt mit Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes als Ansprechpartner für Informationswünsche sowie Berater der LIS-Benutzer und ihnen gegenüber für die Abwicklung von Auswertungsaufträgen verantwortlich, vollzog sich eine Annäherung zwischen Datennachfrage und -angebot, die beiden Seiten Vorteile bringt: Schnelle, problembezogene Informationsvermittlung einerseits, Rückmeldungen über den aktuellen Datenbedarf und intensivere Nutzung der mit großem Aufwand erhobenen und aufbereiteten statistischen Daten andererseits.

1) Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Landesinformationssystem, Teil II: Datenfernverarbeitung, Bad Ems 1973, S. 9.

Entwicklungsbegleitende Gremien (zunächst der Beirat „Landesinformationssystem“ mit verschiedenen, auf einzelne Aufgabenstellungen bezogenen Arbeitsgruppen, heute der Statistische Landesausschuß), in denen die Hauptnutzer des Landesinformationssystems vertreten sind, sichern diesen einen direkten Einfluß auf die Ausgestaltung der Datenbasis und der Instrumentarien zur Verarbeitung und Ausgabe von Daten.

2. Die Datenbasis

Das inhaltliche Angebot der LIS-Datenbank stützt sich überwiegend auf Angaben aus der amtlichen Statistik, die – in der regionalen Aggregation zu Gemeindeergebnissen – in die Datei für regionale Strukturanalysen münden. Die Datenhaltung in Datenbankstruktur bietet sich besonders für regional tief gegliedertes Zahlenmaterial an, dessen mit zunehmender Gliederungstiefe sich multiplikativ ausweitender Umfang eine Vermittlung über Veröffentlichungen nur in Ausnahmefällen zuläßt, und dessen gezielte Handhabung durch den Auswertenden nur durch die Rechenhilfen des Datenbankinstrumentariums möglich ist. Aus diesem Grunde wurde die Gemeindedatei für regionale Strukturanalysen als erster Bestandteil der LIS-Datenbasis vorgesehen, deren Kernstück sie bis heute geblieben ist.

Bei seiner Einrichtung bot das LIS ca. 5 000 statistische Tatbestände für alle Gemeinden des Landes. Ständig zunehmende Nachfrage, die Anpassung an aktuelle Fragestellungen der Datenkonsumenten, aber auch der Wunsch, die einfache Handhabung von Daten durch LIS-Auswertungsprogramme auf einen möglichst großen Datenbestand auszudehnen, führten zu einer immer intensiveren Nutzung von Zahlen aus der amtlichen Statistik wie auch von sogenannten externen Daten, die aus anderen Quellen stammen, zum Teil auch von Benutzern des LIS eingebracht werden. Die Gemeindedatei umfaßt heute ca. 50 000 Merkmale für jede Gemeinde des Landes Rheinland-Pfalz. Das ist ein Bestand von über 100 Millionen Einzelinformationen.

Daneben wurden und werden Sonderdateien eingerichtet. Sie dienen der Aufnahme von Zahlenmaterial, das in seiner Speicherstruktur nicht in das Schema der Gemeindedatei paßt oder – wie im Falle von externen Daten, die von Benutzern eingebracht werden – besonderen Auswertungen vorbehalten ist. Solche Sonderdateien sind die Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen mit konjunkturrelevanten Zeitreihen auf Landes- und Bundesebene, die Pendlersonderdatei mit Angaben über Pendlerströme nach Herkunfts- und Zielorten, die Schuldatei mit Einzeldaten über Klassen, Schüler und Lehrer, die Arbeitsmarktdaten, die Zeitreihen für Arbeitslosenzahlen und -quoten in der regionalen Gliederung nach Arbeitsamtshaupt- und -nebenstellen enthält, Datenbestände über Fördermaßnahmen (bewilligte öffentliche Finanzierungshilfen) der Ministerien für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie für Wirtschaft und Verkehr, Erreichbarkeitsdaten zum Straßennetz in Rheinland-Pfalz für Erreichbarkeits- und Versorgungsgradanalysen. Im Zuge des weiteren LIS-Ausbaus ist die Ergänzung um eine spezielle Datei für Wanderungsströme nach Herkunfts- und Zielgebieten vorgesehen.

Die genannten Sonderdateien stellen eine Verbreiterung des Informationsangebotes dar. Eine andere Form dient der vertieften Untersuchung thematischer Aspekte und der Flexibilisierung der Gemeindedatei des LIS: Einzelfalldateien für Sonderauswertungen. Sie sind eine Vorstufe der direkt abrufbaren Datenbasis; sie enthalten – wie die Bezeichnung erkennen läßt – Angaben auf der Ebene von Einzelfällen und damit Informationen, die zum Teil den schnell abrufbaren Datenbeständen der Gemeindedatei aufgrund der regionalen Aggregation nicht mehr entnommen werden können. Einzelfalldateien werden nach Beendigung der allgemeinen Aufbereitung der einzelnen Statistiken aus dem dann vorhandenen plausiblen Zahlenmaterial erstellt und in eine Form gebracht, die für das bestehende Auswertungsinstrumentarium verwertbar ist, also keinerlei Neuprogrammierung erfordert. Damit eröffnet sich nicht nur die Möglichkeit von Sonderaufbereitungen (unter der Federführung der fachlich zuständigen Abteilungen des Statistischen Landesamtes); Einzelfalldateien dienen insbesondere der Flexibilisierung der Gemeindedatei, da aus ihnen schnell Gemeindeergebnisse nach wechselnden Auswertungsgesichtspunkten erstellt und in den direkt abrufbaren Datenbestand integriert werden können. Das Konzept wurde bislang mit der sogenannten landwirtschaftlichen Betriebsdatei für die Agrarberichterstattung verwirklicht. Eine sukzessive Ausdehnung auf andere Bereiche der amtlichen Statistik ist vorgesehen.

3. Datenverarbeitung und Datenausgabe

Verarbeitung von Daten ist im folgenden nicht im allgemeinen EDV-technischen Sinne, sondern enger gefaßt als Instrumentarium zur Handhabung der umfangreichen LIS-Datenbasis zu verstehen, mit dessen Hilfe man Informationen gezielt herausgreifen, auswerten und dem Wunsch des Datenkonsumenten entsprechend ausgeben kann.

Der Komplex der Abrufprogramme umfaßt die direkten Zugriffsmöglichkeiten auf die LIS-Informationen, soweit sie in Datenbankstruktur gehalten werden. Die mit ihnen zunächst verbundenen Zielsetzungen waren Schnelligkeit im Datenabruf und hohe Kapazität des Datenausstoßes. Mit wachsender Inanspruchnahme des LIS wurde bald erkannt, daß neben Schnelligkeit und hoher Kapazität auch Möglichkeiten zur Verdichtung von vielen Einzelinformationen zu direkt für den LIS-Benutzer verwertbaren Indikatoren gefragt waren. Der Einbau von Rechenprogrammen und anderen Hilfen zur Datenumformung sorgt heute für die Zusammenfassung von Merkmalsbeständen und ihre Umsetzung in aussagekräftige Meß- und Beziehungszahlen, die Aggregation von Gemeindedaten zu Untersuchungs- und Planungsräumen wechselnden Zuschnitts und die Selektion von – für eine bestimmte Fragestellung – wesentlichen Informationen anhand von Bedingungen, die unwesentliche Daten ausschalten.

Für statistische Analysen steht das bewährte Programmpaket SPSS (Statistical Package for the Social Sciences) zur Verfügung, das vom Anbieter laufend ergänzt und erweitert wird. Zur Zeit bietet es 30 Unterprogramme auf der Basis mathematisch-statistischer

Verfahren, die für die Ermittlung und den Test von Zusammenhängen zwischen statistischen Größen herangezogen werden können. Dank seiner vielfältigen Möglichkeiten zum Einlesen, Umformen und Kombinieren von Dateien und dank der Ausstattung mit einem Report- und einem Tabellengenerator ist SPSS auch ein geeignetes Instrument für die Auswertung von Sonderdateien sowie für die kombinierte Analyse von LIS-Daten und benutzereigenen Zahlen.

Die Analyse von Erreichbarkeitsdaten geschieht über das extern entwickelte Programmsystem NAPS (Netzorientiertes Analyse- und Planungssystem). Mehrere Programmodule besorgen die Handhabung von Straßennetzdaten und deren EDV-technische Verknüpfung mit Strukturdaten aus der Gemeindedatei. Ein Routensuch-Algorithmus ermittelt die räumlich und/oder zeitlich kürzesten Verbindungen zwischen ausgewählten Punkten des Straßennetzes, in der Regel zwischen Gemeinden. Diese kürzesten Verbindungen bieten die Handhabe für die räumliche Zuordnung von Angebot und Nachfrage im Infrastrukturbereich oder auf dem Arbeitsmarkt über die Grenzen von Verwaltungsgebieten hinweg und erlauben so die Errechnung von wahrscheinlichen Versorgungsgraden und Kapazitätsauslastungen sowie die Abgrenzung von Einzugsbereichen.

Eine breite Palette grafischer Darstellungsmöglichkeiten steht dem LIS seit Beginn der 80er Jahre mit dem Grafik-Programmpaket GDDM (Graphical Data Display Manager) zur Verfügung. Es schließt den Bereich der Präsentationsgrafik ein und erlaubt die Umsetzung statistischer Daten in Linien- und Balkendiagramme (auch in dreidimensionaler Form als sogenannte „Wolkenkratzerdiagramme“), Kreis- und Polardiagramme, Histogramme und Bevölkerungspyramiden. GDDM bietet auch das grafische Werkzeug zur Erstellung von Computerkarten, die zur Zeit für Verbandsgemeinden, Kreise, Mittelbereiche, Regionen und für Wahlkreise ausgegeben werden können.

Der weitere Ausbau der grafischen Datenverarbeitung zielt vor allem auf die Ausgestaltung der kartografischen Darstellungen. Es ist vorgesehen, Grenzpolygone und für die grafische Darstellung geeignete Ortsmittelpunkte aller 2303 Gemeinden in Rheinland-Pfalz einzuspeichern, um mit Hilfe grafischer Aggregation sowie mit frei wählbaren Fenstern (Kartenausschnitten) und Maßstäben die Darstellung zu flexibilisieren.

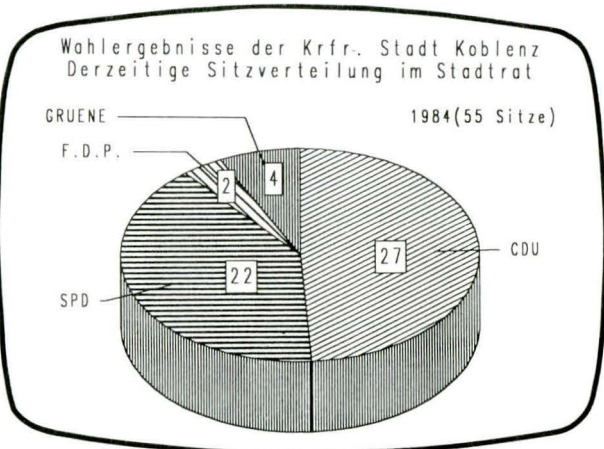
Der Bereich „Datenausgabe“ ist die Nahtstelle zwischen Informationsangebot und -nachfrage. Mit den Informationsstellen des Landesinformationssystems – eine im Statistischen Landesamt selbst, die zweite in Mainz am Sitz der Landesregierung – stehen den Datenkonsumenten Kontaktstellen für Datenwünsche und Beratung zur Verfügung, wobei vom Statistischen Landesamt aus alle Datenkonsumenten betreut werden, während die Außenstelle in Mainz in erster Linie das Parlament, die Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände sowie Landesbehörden, Planungsgemeinschaften, Kommunalverwaltungen und andere Benutzer bedient, die in der Nähe der Landeshauptstadt angesiedelt sind. Die Datenausgabe geschieht überwiegend über Datensichtgeräte und Drucker in den Informationsstellen, das Zahlenmaterial wird vom Statistischen Lan-

desamt aus meist auf dem Postwege, in Mainz telefonisch oder über Boten weitergereicht.

Neben den Ausgabemedien Bildschirm und Drucker bietet das LIS seit seiner Einrichtung die Möglichkeit, Datenbankabzüge auf Magnetbändern zu vermitteln. Der stark zunehmenden Verbreitung von Personalcomputern wird seit kurzem durch die Weitergabe von Daten auf Disketten Rechnung getragen. Seit Ende 1987 sind alle Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes über Terminals direkt an die Datenbanken des LIS angeschlossen, was für die Datenkonsumenten eine Erhöhung der Zahl der Kontaktstellen und der Datenvermittlungskapazitäten bedeutet.

Eine erhebliche Beschleunigung und Vereinfachung der Datenvermittlung ist für 1988 vorgesehen, wenn eine ganze Reihe von Benutzern eigene Terminals mit Direktzugriff auf die Gemeinde- und Konjunkturdatei sowie die Pendlersonderdatei des LIS erhält (nur diese werden in einer für den Direktzugriff durch den Benutzer geeigneten Datenbankstruktur gehalten). Einbezogen sind zunächst die Staatskanzlei und die Ressorts der Landesregierung, die Bezirksregierungen und die regionalen Planungsgemeinschaften. Einzelne Kammern und Verbände haben ebenfalls Interesse an LIS-Terminals bekundet, das auch bei den Hochschulen des Landes vorhanden ist. Dieser Maßnahme kommt das Bestehen

LANDESINFORMATIONSSYSTEM RHEINLAND-PFALZ			
GEBIETSKÖRPERSCHAFT	Fläche insges.	Landw.	Wald
	ha	vH	vH
RHEIN-LAHN-KREIS	78236	41,5	44,9
LAHNSTEIN	3685	14,8	59,1
BAD EMS	1537	14,8	59,8
BECHSELN	441	43,9	43,2
DAUSENAU	983	19,7	65,6
FACHBACH	223	20,3	52,3
FRUECHT	553	40,1	49,7
KEMMENAU	376	36,3	52,6
MIELLEN	205	15,2	63,0
NIEVERN	432	37,9	44,4
ARZBACH	993	13,2	76,2
DACHSENHAUSEN	1017	39,0	52,1



Die Datenbank des Landesinformationssystems (LIS) hält für jede Gemeinde von Rheinland-Pfalz über 50000 Informationen in Sekundenschnelle abrufbereit.

eines landesweiten Kommunikationsnetzes zugute, über das in letzter Konsequenz nach und nach alle Endbenutzer dieses Netzes, zu denen auch die Kreis- und Kommunalverwaltungen gehören, in die Lage versetzt werden, LIS-Daten für planerische Zwecke einzusetzen, so daß neben der beschleunigten Datenvermittlung auch eine Ausweitung des Benutzerkreises erfolgt.

Die programmtechnischen Voraussetzungen für diese Erweiterung des LIS-Angebotes sind inzwischen geschaffene, einfach handhabbare Abrufmöglichkeiten. Sie sind in Stufen der unterschiedlichen Komplexität möglicher Fragestellungen angepaßt: Thematisch festgelegte oder – für speziellen, mit einzelnen Benutzern abgesprochenen Bedarf – über mehrere thematische Bereiche zugeschnittene Standardtabellen können mit der Eingabe von wenigen, höchstens aber vier Parametern (Tabellennummer, Zeitkomponente, Gebiet, Ausgabemedium) abgerufen werden. Daneben ist die „freie“ Tabellengestaltung vorgesehen, die die Standardauswahl an Tatbeständen durch Merkmale und Rechenformeln für Anteilswerte und andere Meß- und Beziehungszahlen ersetzt, die der Benutzer auswählt, dann aber auch am Bildschirm spezifizieren muß, wobei ihm eine Menuesteuerung mit Hilfen und Erläuterungen zur Verfügung steht. Diese Verfahren liefern auch auf den jeweiligen Benutzerbedarf abgestimmte regionale Querschnittsvergleiche. Komplexere Fragestellungen, die ohne tiefergehende Kenntnisse des Abrufinstrumentariums vom Benutzer nicht bewältigt werden können, werden auf Wunsch zentral im Statistischen Landesamt bearbeitet und danach direkt und ohne Zeitverlust an die Datensichtstation des Auftraggebers übermittelt. Das letztgenannte Verfahren wird auch für die Auswertung aller Sonderdateien angewandt, die nicht in Datenbankstruktur, sondern in Form von sequentiellen Dateien gehalten werden.

Zweite wesentliche Voraussetzung für den benutzerseitigen Direktzugriff ist die Sicherstellung des Datenschutzes. Ein im Statistischen Landesamt erstelltes Programm prüft alle in die Datenbank einzulagernden Regionalergebnisse vor der Einspeicherung daraufhin, ob aufgrund geringer Fallzahlen, der Dominanz eines Falles (angenommen ein Betrieb trägt zu einem sehr hohen Prozentsatz zu einer Gebietssumme von Beschäftigten, Umsätzen usw. bei, so ist er dominant und seine individuellen Verhältnisse werden wegen vernachlässigbarer Anteile der übrigen dort vertretenen Betriebe nachvollziehbar) oder durch Rückrechnungen innerhalb sachlicher und regionaler Gliederungen Individualdaten erkennbar werden. Ist dies der Fall, werden die kritischen Werte bei der Einspeicherung mit einem Sperrvermerk versehen. Für Benutzer mit Terminalanschluß außerhalb des Statistischen Landesamtes sind diese Angaben nicht abrufbar.

4. Ausblick

Ein Schwerpunkt der LIS-Weiterentwicklung liegt zweifelsohne in der Ausweitung des Informationsbestandes, und zwar in einer möglichst flexiblen Anpassung an die sich ändernden Problemstellungen der Konsumenten. Da Erweiterungen des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik als Maßnahme weitge-

hend ausscheiden – sie sind bis in kleinste Einzelheiten an ein zeitraubendes Gesetzgebungsverfahren gebunden –, bleibt hier die intensivere Nutzung der in der amtlichen Statistik bereits vorhandenen Daten. Weite Bereiche sind der Datenvermittlung durch Datenbankinstrumentarien noch nicht erschlossen und bleiben aus diesem Grunde zum Teil ungenutzt, was – angesichts grundsätzlich vorhandener technischer Voraussetzungen für ihre Nutzung – bei den Datenkonsumenten oft auf Unverständnis stößt. Der Aufbau eines Systems von einheitlich formatierten Einzelfalldateien als Grundlage für Sonderaufbereitungen, insbesondere aber als Quelle für die flexible Anpassung der im Direktabruf verfügbaren Bestände, bedeutet hier einen Schritt in die richtige Richtung.

Daneben ist die Einbeziehung externer Daten in das LIS fortzuführen, und zwar sowohl in der Form, daß Benutzer eigene Daten einbringen, gegebenenfalls auch on-line oder über Datenträger, um sie im Zusammenhang mit LIS-Daten auswerten zu können, als auch in der Form einer allgemeinen Verbreiterung des Angebotes für alle Konsumenten durch Nutzbarmachung von Quellen außerhalb der amtlichen Statistik. Dabei ist an Informationsbestände der Arbeitsverwaltung ebenso zu denken wie an Zahlenmaterial, das im kommunalen Bereich anfällt, und an Angaben aus Raumplanungs- oder Umweltkatastern, die im Entstehen begriffen sind.

Die angestrebte Ausweitung des LIS-Benutzerkreises, insbesondere die Verbreiterung von Terminals, hat Konsequenzen für die weitere Ausgestaltung des Abruf- und Auswertungsinstrumentariums unter Berücksichtigung alternativer Ausgabeformen und stellt erhebliche Anforderungen an die Dokumentation des Gesamtsystems. Spezialwissen über Datenbankinhalte und Abrufverfahren sollte außerhalb des Amtes nicht verlangt werden, damit nicht unnötige Nutzungshemmnisse entstehen. Bei vielen Nutzern sind auch nur geringere Kenntnisse der statistisch-methodischen Grundlagen für Datenauswertung und -interpretation zu erwarten. Um die Beratungskapazität des Statistischen Landesamtes, gestützt auf die Mitarbeiter der Fachabteilungen und der Informationsstellen, nicht zum begrenzenden Faktor für die Datenvermittlung werden zu lassen, sind Maßnahmen erforderlich, die die Transparenz des Informationsangebots und die Sicherheit im Umgang mit Daten (im Hinblick auf Abruf und Interpretation) gewährleisten.

Dazu gehört die Dokumentation der abrufbaren Tatbestände in Datenbestandskatalogen, die – wie bisher – als Benutzerhandbuch, daneben aber auch on-line zur Verfügung stehen und in ihrer maschinellen Form dem Terminalbesitzer Suchalgorithmen zum Auffinden der von ihm benötigten Tatbestände bieten. Um weitere Kreise des Nutzerpotentials zu erreichen, auch solche, die weder über Terminalanschlüsse verfügen noch ein Benutzerhandbuch in Händen haben, sollte man sich verstärkt der Öffentlichkeitsarbeit bedienen und dabei auch die Möglichkeiten neuer Medien wie Btx heranziehen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder betreiben über Bildschirmtext bereits einen Bestelldienst für Veröffentlichungen und für Daten aus ihren Informationssystemen. Hier sind Überlegungen anzustellen, in welcher Tiefe und Form das Angebot der Infor-

mationssysteme vor einem größeren Publikum ausbreitet werden kann (was, im Interesse der Öffentlichkeitsarbeit, der Bevölkerung auch auf diesem Wege Sinn und Zweck statistischer Erhebungen näher bringt).

Für Datenkonsumenten, die länderübergreifendes Datenmaterial benötigen, sollte es auch ermöglicht werden, wenigstens im Bereich der amtlichen Statistik (d. h. im Kreis der Informationssysteme der Statistischen Ämter) synoptische Datenbestandskataloge anzubieten, die themenbereichsbezogen die Verfügbarkeit von Daten im Querschnitt der Systeme aufzeigen. Eine Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter ist mit der Erstellung eines solchen synoptischen Kataloges befaßt, der nach seiner Fertigstellung in gedruckter Form, für Terminalbesitzer auch als maschinelles Angebotsverzeichnis und gegebenenfalls auch über Btx bereitgehalten werden kann.

Benötigt wird auch eine Dokumentation der Grundlagen für eine sachgerechte Dateninterpretation. Diesem Aspekt wurde im LIS mit einem Definitionskatalog Rechnung getragen, der Abgrenzung und Inhalt verwendeter Begriffe erläutert. Auch er ist den Besitzern von Terminalanschlüssen in maschinell geführter Form zugänglich zu machen, so daß Begriffsinhalte für Tatbestände, die per Suchalgorithmus aus Datenbestandskatalogen ausgewählt wurden, auf Knopfdruck auf dem Bildschirm angezeigt bzw. auf einen Drucker ausgegeben werden können. Dazu bedarf es allerdings einer Überarbeitung des dem Definitionskatalog zugrunde liegenden Konzeptes: Er ist in seinem Aufbau stärker zu schematisieren, über den reinen Begriffsinhalt hinaus um Hinweise zur Datenquelle und, da viele Quellen vordergründig synonyme Tatbestände enthalten, um vergleichende Querverweise zu ergänzen. Ausdrucke solcher Erläuterungen könnten auch regelmäßig allen zentral im Statistischen Landesamt bearbeiteten Datenlieferungen beigefügt werden.

Angesichts der Vielschichtigkeit der methodisch-systematischen Grundlagen aller verwendeten Datenquellen hat ein solches System der Interpretationshilfen selbstverständlich Grenzen, die in Zweifelsfragen eine fachstatistische Beratung unentbehrlich machen. Für solche Fälle kann den Terminalbesitzern auf Knopfdruck auch eine fachlich kompetente Kontaktstelle des Statistischen Landesamtes angezeigt werden.

Nicht zuletzt sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, für den Informationsfluß zu den Konsumenten neben der zentralen Informationsbereitstellung im Statistischen Landesamt und dem Direktzugriff auf LIS-Daten über benutzereigene Datenstationen weitere Kanäle bereitzustellen. Wie oben im Abschnitt „Veröffentlichungen“ dargelegt, werden regionalisierte Daten aus der amtlichen Statistik bereits über Btx angeboten. Allerdings sind diese Angaben zur Zeit noch als fertige Datenseiten im Zentralspeicher der Btx-Zentrale eingelagert, ein Verfahren, das sich insgesamt restriktiv auf die Angebotsmenge auswirkt. Der Ausbau der LIS-Gemeindedatei als Btx-fähige Datenbank, die über den Zentralrechner der Bundespost angesprochen werden kann, würde diese Restriktionen beseitigen und zu einer erheblichen Ausweitung der Zahl der Nutzer beitragen.

C. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

1. Aufgaben

In einer bisher einmaligen Informations- und Werbekampagne haben die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes versucht, die Akzeptanz der Großzählungen 1987 in der Bevölkerung zu erhöhen. Diese Aktion hat wichtige Impulse für die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Landesamtes gegeben. Der gewonnene Aufmerksamkeitsgrad und die Erfahrungen bei der Volkszählung bieten die Chance zu einer weiteren Verbesserung und Verstärkung der allgemeinen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Amtes.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Landesamtes hat eine dreifache Funktion. Sie vermittelt die Arbeitsergebnisse des Amtes einer breiten Öffentlichkeit, sie begleitet die Vorbereitung von statistischen Erhebungen, um deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, und sie wirkt schließlich nach innen, das heißt, sie informiert Amtsleitung und Mitarbeiter über die Resonanz der Statistik in der Bevölkerung.

In den letzten Jahren, insbesondere seit der Vorbereitung der später ausgesetzten Volkszählung 1983, haben sich die Akzente zunehmend auf die Begleitung von Vorbereitung und Durchführung von statistischen Erhebungen verschoben. Ziel ist es, durch systematische und dauernde Aufklärung im Bewußtsein der Allgemeinheit das Verständnis für die Aufgaben der amtlichen Statistik und die Unentbehrlichkeit statistischer Unterlagen für ein modernes Staatswesen wachzurufen, den allgemeinen Zweck einer Statistik und deren Bedeutung für den Befragten einleuchtend darzulegen und schließlich Mißtrauen gegenüber einer Befragung zu zerstreuen und das Vertrauen in die Geheimhaltung der Einzelangaben zu stärken. Insbesondere soll die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Interesse und Verständnis der Befragten für allgemeine Zählungen wie die Volkszählung wecken und an die Bereitschaft aller Bürger zur Mitarbeit appellieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 ausdrücklich die Notwendigkeit zur verlässlichen Aufklärung der Auskunftspflichtigen betont.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Landesamtes kann nicht isoliert betrachtet werden, sie versteht sich als Pendant zu den Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes auf überregionaler Ebene. Das Statistische Bundesamt konzentriert sich auf die überregionalen Medien, das Statistische Landesamt auf die regionalen und lokalen Redaktionen in seinem Bereich. Die Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern ist im Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes“ institutionalisiert.

Im folgenden sollen die beiden erstgenannten Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erläutert werden und die Instrumente, die hierzu geschaffen wurden. Die Öffentlichkeitsarbeit „nach innen“ bleibt in diesem Beitrag außer Betracht. Unter Pressearbeit werden alle Aktivitäten verstanden, die der Bevölkerung statistische Informationen mit Hilfe der Medien vermitteln.

Zur Öffentlichkeitsarbeit zählen alle Möglichkeiten des Amtes, den Bürger direkt anzusprechen. Die Übergänge zwischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind fließend (wenn beispielsweise dem Bürger bei Telefonaktionen in einer Zeitungs- oder Rundfunkredaktion die Möglichkeit gegeben wird, direkt Fragen an Vertreter des Statistischen Landesamtes zu stellen).

2. Pressearbeit

Voraussetzung einer wirkungsvollen, breitstreuenden Pressearbeit ist der Zugang zu den Medien und über die Medien zur Bevölkerung. Organisatorische Grundlage hierzu ist der sogenannte Presseverteiler, der die Adressen der Redaktionen von Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigenblättern, Mitteilungsblättern, Hörfunk, Fernsehen und der Presseagenturen enthält, soweit diese aus und über Rheinland-Pfalz berichten. Der Presseverteiler ist entsprechend den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Medien gegliedert in lokale und regionale Presse, in täglichen, wöchentlichen und monatlichen Versand, in Allgemeinverteiler und Spezialverteiler für Fachredaktionen bzw. für Fachzeitschriften.

Die wichtigsten Ergebnisse aus den insgesamt etwa 270 im Statistischen Landesamt durchgeführten Einzelstatistiken werden als Pressemitteilungen an die Medien gegeben. Entscheidend für den Erfolg einer Pressemitteilung sind ihr Nachrichtenwert und eine ansprechende Formulierung. Jährlich werden vom Statistischen Landesamt etwa 300 bis 350 Pressemitteilungen herausgegeben, darunter etwa 30 für die örtliche Presse. Institutionalisiert wurde der Pressedienst im Dezember 1970. In den ersten Jahren enthielt er jährlich 100 bis 150 Pressemitteilungen. In einer für 1985 durchgeführten Untersuchung konnte eine Abdruck- und Sendequote von etwas über 60 % festgestellt werden. Mit dem durch die Volkszählung hervorgerufenen allgemein zunehmenden Interesse an statistischen Fragen dürfte sich diese Abdruckquote 1987 tendenziell noch verbessert haben.

Während sich die Pressemitteilungen in erster Linie an die regionalen Medien wenden, ist der sogenannte Regionalstatistische Pressedienst des Amtes für die lokale Presse bestimmt, namentlich für die Lokalredaktionen der Tageszeitungen, die Regionalstudios von Funk und Fernsehen und für die Pressestellen der Verwaltung. Im Regionalstatistischen Pressedienst werden statistische Ergebnisse für einzelne Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise angeboten. Eine Ausgabe besteht in der Regel aus einem Rahmentext und ein oder zwei Tabellenrahmen. Diese Rahmen werden EDV-mäßig programmiert und mit Hilfe der Daten aus dem Landesinformationssystem für alle gewünschten regionalen Einheiten ausgedruckt. Hier erreicht die Abdruckquote annähernd 100 %, da die einzelnen Lokalredaktionen bzw. Verwaltungspressestellen die Meldungen in einem von ihnen selbst festgelegten Umfang erhalten.

Weitere Instrumente der Pressearbeit, die regelmäßig vom Statistischen Landesamt eingesetzt werden, sind Pressekonferenzen sowie telefonische und Live-Interviews in Funk und Fernsehen. Unentbehrlicher Bestand-

teil ist der persönliche Kontakt zu den Redaktionen, der ganz entscheidend die Effektivität der Pressearbeit beeinflusst.

Außer den Medien kann Pressearbeit weitere Partner als Multiplikatoren ansprechen. Für das Statistische Landesamt sind dies in erster Linie Verbände, Organisationen, Behörden, Bildungseinrichtungen u. ä., die als Nutzer der Statistik eigenes Interesse an einer hohen Qualität der statistischen Ergebnisse haben und daher gerne bereit sind, auch bei der Akzeptanz von Statistiken in der Bevölkerung mitzuarbeiten. Sehr hilfreich war die Mitarbeit dieser Stellen bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Volkszählung 1987. Durch aufklärende Texte, Abdruck von Fragebogen, Mithilfe bei der Werbung von Zählern haben kommunale Spitzenverbände, Kammern, Sportbund, Mieter- und Hauseigentümerverbände, kirchliche Stellen und viele andere ganz erheblich zum Gelingen der Zählung beigetragen. Hier konnte insbesondere eine effektive Zielgruppenarbeit geleistet werden.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Unter Öffentlichkeitsarbeit werden alle Maßnahmen verstanden, mit denen der Bürger direkt angesprochen werden kann. Die Öffentlichkeitsarbeit unterscheidet sich insoweit wesensmäßig von der Pressearbeit, als hier der journalistische Filter – positiv (Umsetzen des oft verwendeten Fachdeutsch in leichter verständliche Formulierungen) wie negativ (einseitige, subjektive Auswahl) – wegfällt. Die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergänzen die allgemeine Pressearbeit, namentlich wenn ausgewählte Zielgruppen angesprochen werden sollen, sie können diese aber – schon aus finanziellen Gründen – nicht ersetzen. Öffentlichkeitsarbeit ist stets teurer als Pressearbeit, da hier neben der eigentlichen Produktion der Meldung auch die Verteilung bis hin zum einzelnen Bürger geleistet werden muß.

Ein Kernpunkt der Öffentlichkeitsarbeit ist die Gestaltung des Informationsangebots. Das gilt weniger für Spezialpublikationen einzelner Statistiken für Experten oder für das Landesinformationssystem, umso mehr aber für Veröffentlichungen, die für jedermann bestimmt sind und Auflagen bis über 40 000 erreichen, wie der farbige Prospekt „Rheinland-Pfalz heute“. Je ansprechender eine derartige Veröffentlichung ist, umso stärker trägt sie zum allgemeinen Image der Statistik und ihrer Produzenten bei.

Die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit haben ein wesentlich weiteres Spektrum als die der Pressearbeit. Im folgenden sollen einige Möglichkeiten genannt werden: das persönliche Gespräch mit dem Bürger, die Einrichtung von Informationstelefonen aus besonderen Anlässen (VZ-Telefon), Vorträge, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Auslage von Broschüren bei Veranstaltungen und Messen, Plakate, Aushänge in Schaukästen, eigene bezahlte Werbung, Freistempler, Einsatz von Promotion (Aufkleber, Buttons u. ä.), einheitliches Erscheinungsbild, Verwendung von Symbolen (Abakus bei der Volkszählung), Besucherdienst (Informationsmappe, Dia-Vorträge, Broschüre über das Amt). Die Liste kann beliebig fortgesetzt werden.

Öffentlichkeitsarbeit ist auch in der eigenen Verwaltung zu leisten. Durch Informationen über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit können die Mitarbeiter motiviert werden, eigene Beiträge zu der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Dies geschieht durch

regelmäßigen Umlauf der Presseausschnitte über das Landesamt und durch Hinweise auf anstehende Hörfunk- und Fernsehtermine. Damit kann nicht zuletzt auch bewirkt werden, daß sich die Mitarbeiter stärker mit ihrer eigenen Aufgabe identifizieren.

V. Entwicklung und Stand der statistischen Programme in den einzelnen Aufgabenbereichen

A. Bevölkerung

1. Volkszählungen

Wesentliche Datenquellen aller Statistiken über die Bevölkerung sind die in größeren zeitlichen Abständen durchgeführten Volkszählungen. Diese werden ergänzt durch die Stichprobenerhebung des Mikrozensus sowie einige laufende Erhebungen, insbesondere die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik.

Seit Bestehen des Statistischen Landesamtes fanden Volkszählungen in den Jahren 1950, 1961, 1970 und zuletzt im Mai 1987 statt. Die Vereinten Nationen und die Europäische Gemeinschaft empfehlen regelmäßige Volkszählungen in etwa zehnjährigem Turnus. Während die drei erstgenannten Großzählungen ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden konnten, kamen bei der letzten Zählung erhebliche Probleme auf. Die ursprünglich für 1981 geplante Erhebung scheiterte an den Meinungsverschiedenheiten über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern. Nach dem Volkszählungsgesetz 1983 war dann der 27. April 1983 als Erhebungsstichtag vorgesehen. Durch einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts wurde das geplante Vorhaben jedoch zwei Wochen vor dem Stichtag ausgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht erkannte in seinem Urteil vom Dezember 1983 die Notwendigkeit der vorgesehenen Datensammlung an, wie sie durch eine Volkszählung ermöglicht wird. Die Durchführung der Erhebung wurde jedoch unter dem im Urteil geprägten Begriff der „informationellen Selbstbestimmung des Bürgers“ von einer Reihe von Maßnahmen im Bereich der Zählerorganisation und der Weiterleitung der erhobenen Daten abhängig gemacht. Insbesondere erklärte das Gericht den damals vorgesehenen Abgleich der Erhebungsbogen der Volkszählung mit den Melderegistern der Gemeinden für unzulässig. Nach langen und ausführlichen Diskussionen auch über das Erhebungsverfahren konnte am 8. November 1985 ein neues Volkszählungsgesetz verkündet und die Zählung nach einer für die amtliche Statistik bislang einmaligen Informationskampagne mit dem Erhebungsstichtag 25. Mai 1987 durchgeführt werden.

Volkszählungen sollen in erster Linie Bevölkerungszahlen in sehr tiefer regionaler Gliederung liefern. Eine Vielzahl von Gesetzen knüpft an die amtlich festgestellten Einwohnerzahlen an, die exakt nur im Rahmen einer solchen Vollerhebung zu ermitteln sind. Die Fortschrei-

bung der Bevölkerung, die auch für den Zeitraum zwischen zwei Zählungen Einwohnerzahlen bereitstellen soll, ist stets mit Fehlern behaftet, die umso höher sind, je größer der Zeitraum seit der letzten Erhebung ist.

Über den Bevölkerungsstand hinaus vermitteln Volkszählungen als eine totale Bestandsaufnahme in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zahlreiche weitere Daten über die Bevölkerung. Zu dem Standardprogramm gehören u.a. Angaben über Alter, Geschlecht, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit.

Ferner fallen Angaben zur Familien- und Haushaltsstruktur sowie zum Erwerbsleben und über Art und Dauer der Ausbildung an. Auch die Pendelwanderungen sowie die für den Weg zur Arbeits- und Ausbildungsstätte benutzten Verkehrsmittel und der benötigte Zeitaufwand gehören seit der Zählung von 1961 zu den erfragten Merkmalen. Bei der Volkszählung 1970 wurde aus Kostengründen ein Teil der Fragen nicht an alle Einwohner, sondern nur an 10 % gerichtet.

2. Mikrozensus

Volkszählungen stellen zugleich auch die Auswahlgrundlagen für den Mikrozensus, einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, dar. Nur die genaue Kenntnis der Gesamtheit, aus der die Stichprobe gezogen wird, ermöglicht eine hinreichend exakte Hochrechnung von der Stichprobe auf die Gesamtheit.

Nach einer Vorbereitungszeit von fünf Jahren wurde im Oktober 1957 die erste Mikrozensuserhebung durchgeführt. Bis 1974 wurde bei 1 % der Haushalte einmal jährlich und bei 0,1 % der Haushalte dreimal jährlich die Mikrozensusgrunderhebung durchgeführt, die 1962 durch Zusatzerhebungen mit wechselnder Thematik ergänzt wurde. Seit 1975 wird nur noch jährlich eine 1 %-Stichprobe durchgeführt, die in den Jahren 1983 und 1984 als Folge des Verfassungsurteils zur Volkszählung ausgesetzt wurde.

Die wichtigsten Daten, die der Mikrozensus zu den Merkmalen der Bevölkerungsstruktur beisteuert, betreffen die Haushalte und die Familien. Aber auch für Informationen über die Erwerbstätigkeit stellt der Mikrozensus eine bedeutende Datenquelle dar. Eine alle zwei Jahre vorgeschriebene Zusatzbefragung vermittelt instruktive Informationen über die Wohnsituation der Haushalte.

Als Repräsentativstatistik stellt der Mikrozensus ein flexibles Instrumentarium dar, das schnell und kostengünstig bei Verzicht auf eine hohe regionale Gliederungstiefe mit einem variablen Erhebungsprogramm wesentliche Daten bereitstellen kann. Durch den Einsatz von Interviewern können hierbei auch schwierige Sachverhalte ermittelt werden.

Volkszählung und Mikrozensus sind damit eine sinnvolle Kombination zur Ermittlung von Daten im Bereich der Bevölkerung. Die nur gelegentlichen Volkszählungen beanspruchen einen hohen organisatorischen Aufwand. Ihre Ergebnisse stehen zudem relativ spät zur Verfügung. Aber nur eine Volkszählung läßt Informationen in sehr tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zu. Der Mikrozensus kann als Stichprobe nur Landesergebnisse liefern.

Das Bundesverfassungsgericht fordert in seinem Volkszählungsurteil 1983 im Rahmen der Weiterentwicklung der Methoden der amtlichen Statistik immer wieder erneut zu prüfen, inwieweit neue Erhebungstechniken zum Einsatz kommen können. Dabei soll stets das für die Befragten mildeste Mittel verwendet werden. Als Ausfluß dieses Urteils sah das Mikrozensusgesetz 1985 zusätzliche freiwillige Testerhebungen mit einem Auswahlsatz von 0,25 % für die Jahre 1985 bis 1987 vor. Es sollte geprüft werden, ob künftig ganz oder teilweise auf die Auskunftspflicht verzichtet werden kann. Die Festlegung der Verfahren und die Auswertung der Testerhebungen oblag einem Wissenschaftlichen Beirat, der sich aus Hochschullehrern und Vertretern der empirischen Sozialforschung zusammensetzt. Marktforschungsinstitute wirkten beratend mit.

Die Auswertungen der Testerhebungen zeigen deutlich, daß sich die Antwortausfälle sehr ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilen. Damit ergeben sich Probleme bei der Hochrechnung der in der Stichprobe ermittelten Ergebnisse auf die Gesamtheit aller Haushalte. Die Teilnahmequoten waren auch regional sehr unterschiedlich.

3. Fortschreibung der Bevölkerung

Um auch für den Zeitraum zwischen den Volkszählungen Angaben über die Einwohnerzahlen der Gemeinden zu erhalten, wird die bei der Volkszählung festgestellte Bevölkerung anhand der registrierten Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Fortzüge fortgeschrieben. Das Volkszählungsgesetz vom 27. Juli 1950 sah vor, daß die durch die Volkszählung gewonnenen Bevölkerungszahlen der Gemeinden und die Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen der Bevölkerung der Länder mindestens jährlich auf den neuesten Stand einheitlich fortgeschrieben werden. Die Volkszählung 1950 bildete damit die Grundlage für die Bevölkerungsfortschreibung, für die zunächst die Richtlinien des Verbandes der deutschen Städtestatistiker von 1949 und 1951 maßgebend waren.

Seit 1957 erfolgt die Fortschreibung aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom

4. Juli 1957 für das Land, die Regierungsbezirke und Kreise monatlich, für die Gemeinden jeweils zum 30. Juni und 31. Dezember.

Ein besonderes Problem für die Fortschreibung stellen stets Personen mit mehreren Wohnsitzen dar. Dieser Personenkreis soll einerseits statistisch an jedem Wohnort erfaßt werden, da entsprechender Wohnraum mehrfach beansprucht wird und die infrastrukturellen Einrichtungen mehrerer Gemeinden in Anspruch genommen werden. Andererseits muß aber, um Doppelzählungen bei der Ermittlung der Gesamtbevölkerung zu vermeiden, eine der Wohnungen besonders deklariert werden. Für die Abgrenzung der Bevölkerungszahlen war in der amtlichen Statistik bis 1983 der Begriff der Wohnbevölkerung maßgebend. Personen mit mehreren Wohnungen zählten grundsätzlich in der Wohnung zur Wohnbevölkerung, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen.

Demgegenüber unterscheiden die bei den Meldeämtern geführten Einwohnermelderegister nach Haupt- und Nebenwohnung, wobei Personen mit mehreren Wohnungen bis 1983 ihre Hauptwohnung frei wählen konnten.

Die mit dem Volkszählungsgesetz 1983 durch einen Melderegisterabgleich beabsichtigte Harmonisierung zwischen der amtlichen Statistik und dem Meldewesen durfte durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht erfolgen.

Mit Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes am 1. November 1983 wurden die Bevölkerungsbegriffe in der amtlichen Statistik und im Meldewesen einander angeglichen. Zu- und Fortzüge sowie Geburten und Sterbefälle werden seitdem unter Zugrundelegung des objektivierten Begriffs der „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ nach § 12 des neuen Melderechts erfaßt und bei der Fortschreibung der Bevölkerung entsprechend berücksichtigt. Hauptwohnung ist hiernach die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt. Personen, die seit dem 1. November 1983 noch nicht umgezogen sind, wurden jedoch in der Statistik weiterhin nach dem alten Wohnbevölkerungsbegriff geführt.

Um nun auch für diese sogenannten Altfälle eine Harmonisierung zwischen der amtlichen Statistik und dem Meldewesen herbeiführen zu können, erfolgt eine landesweite Bereinigung der Melderegister, in deren Rahmen die betroffenen Personen mit mehreren Wohnungen angeschrieben werden und die bis zum 30. April 1988 abgeschlossen sein soll.

Die Volkszählung und die Registerbereinigung werden voraussichtlich weitgehend übereinstimmende Bevölkerungszahlen bringen, da in beiden Fällen identische Bevölkerungsbegriffe zugrunde gelegt werden.

4. Statistiken der Bevölkerungsbewegung

Die laufenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur werden durch die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik erfaßt. Zur Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung melden seit 1950 die Standesämter monatlich Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen an das Statistische Landesamt. Maßgebend hierfür war das Personenstandsgesetz vom 3. November 1937. Von den Justizbehörden werden die gerichtlichen Ehelösungen mitgeteilt.

Voraussetzung zum Führen einer Wanderungsstatistik war die in der Reichsmeldeordnung vom 6. Januar 1938 vorgeschriebene Meldepflicht. Seit 1950 ermittelt die Wanderungsstatistik über die Meldeämter monatlich die zu- und fortgezogenen Personen.

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik wurden 1957 durch das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 neu geregelt.

Um eine Analyse der Bevölkerungsvorgänge zu ermöglichen, werden die Eheschließungen nach Alter, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit und bisherigem Familienstand der Ehepartner, die Geburten nach Legitimität, Ehedauer, Kinderzahl, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit der Eltern sowie dem Alter der Mutter aufgegliedert. Die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen erfaßt alle rechtskräftigen Scheidungen und Ehelösungen wegen Nichtigkeit oder Aufhebung der Ehe. Erhebungsmerkmale sind Alter der Geschiedenen, Eheschließungsjahr, Zahl der gemeinsamen minderjährigen Kinder, die Staatsangehörigkeit der Ehegatten und der Antragsteller. Zur Berechnung von Sterbetafeln wird die Sterblichkeit nach Alter und Familienstand laufend beobachtet.

Die Wanderungsstatistik ermittelt über die Einwohnermeldeämter monatlich die zu- und fortgezogenen Personen und gliedert sie nach Herkunfts- und Zielgebieten, Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

Durch die Automation in der Verwaltung sind inzwischen alle gemeindlichen Melderegister in Rheinland-Pfalz an das Einwohnerinformationssystem (EWOIS) im Landesrechenzentrum angeschlossen, das die Daten der Wanderungsfälle zentral an das Statistische Landesamt übermittelt.

Seit 1972 sind bei der Geborenenstatistik außer den bisher erfaßten Tatbeständen zusätzlich Körpergewicht, Körperlänge und erkennbare Fehlbildungen zu erheben. Diese statistischen Feststellungen haben für die Erforschung der Ursachen von Totgeburten sowie der Säuglingssterblichkeit große Bedeutung. Sie verbessern darüber hinaus die internationale Vergleichbarkeit der Statistik der Säuglingssterblichkeit. Die Beobachtung der erkennbaren Fehlbildungen bei Neugeborenen ermöglicht es, bei auftretenden Häufungen frühzeitig entsprechende Untersuchungen über deren Ursachen in die Wege zu leiten.

5. Ausländer, Einbürgerungen

Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer, einschließlich der Staatenlosen. Ausländer werden bei der Fortschreibung gesondert berücksichtigt. Dabei wird jedoch lediglich nach Deutschen und Nichtdeutschen unterschieden. Demgegenüber wird bei den Merkmalen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung nach den einzelnen Staatsangehörigkeiten differenziert.

Seit 1973 veröffentlicht das Statistische Landesamt jährlich die Zahlen des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters. Zwischen 1967 und 1971 lagen statistische Daten über Ausländer aus Karteiauszählungen vor, die die Ausländerbehörden nach einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vorzunehmen hatten. Angaben über die ausländischen Mitbürger liefern außerdem die Volkszählung und im zweijährigen Turnus der Mikrozensus.

Im Rahmen der Einbürgerungsstatistik werden neben der Art der Einbürgerung erwerbs- und bildungsstatistische Merkmale erfaßt, um für Belange des Staatsangehörigkeitsrechts, der Einbürgerungspolitik und der Verwaltung bessere Datengrundlagen zu erhalten. Die Einbürgerungen erfolgen überwiegend nach den Bestimmungen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 1979, und des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 1979.

6. Gebietsstand

Zu den Aufgaben des Statistischen Landesamtes gehört auch die Feststellung des Gebietsstandes, die 1957 gesetzlich angeordnet wurde. Hierunter fällt die Registrierung von Namens- und Grenzänderungen der Gemeinden. Das beim Statistischen Landesamt geführte Namensverzeichnis gibt die amtlich verbindlichen Schreibweisen an.

Bei Änderungen des Gebietsstandes werden die Einwohnerzahlen jeweils auf die neuen Abgrenzungen umgerechnet. Besondere Bedeutung kam der Feststellung des Gebietsstandes im Rahmen der territorialen Verwaltungsreform zu, die in den Jahren 1968 bis 1972 durchgeführt wurde.

7. Bevölkerungsvorausschätzungen

Angaben über die voraussichtliche zukünftige Entwicklung der Bevölkerung sind für eine gesicherte Planung in vielen Bereichen von Interesse. Der Bedarf an Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern, um nur einige Beispiele zu nennen, wird entscheidend durch Umfang und Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Gerade in Anbetracht des derzeitigen Bevölkerungsrückgangs und der absehbaren erheblichen Altersstrukturveränderungen kommt einer Bevölkerungsprognose besondere Bedeutung zu.

Das Statistische Landesamt begann 1974 mit der Ausarbeitung eines Modells für eine regionale Bevölkerungsprognose. Grundsätzlich jährlich wurden neue Vorausberechnungen der Bevölkerung auf Kreisebene vorgelegt, die die jeweils aktuellste Entwicklung der Eingabeparameter berücksichtigten.

Nach einer grundlegenden Überarbeitung des Modells konnten erstmals auf Basis des Jahres 1985 auch Ergebnisse für Verbandsgemeinden vorgelegt werden. Bei einer derart weitgehenden regionalen Untergliederung muß jedoch auf die Berücksichtigung eines Wanderungsansatzes verzichtet werden. Prognoseergebnisse unter Berücksichtigung der Wanderungsbewegung sind nur bis auf Kreisebene möglich.

B. Erwerbstätigkeit

1. Volks- und Berufszählungen

Die seit Bestehen des Statistischen Landesamtes in den Jahren 1950, 1961, 1970 und 1987 durchgeführten Volkszählungen umfaßten jeweils auch eine Berufszählung, durch die ein umfassender Überblick über die Erwerbstätigkeit vermittelt wird. Als Totalerhebung können sie Ergebnisse in tiefer regionaler und sachlicher – insbesondere berufssystematischer – Untergliederung für alle Erwerbstätigen bereitstellen. Die Erhebungsmerkmale umfassen insbesondere die Art der Erwerbstätigkeit, den Beruf, die Stellung im Beruf und den Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte.

Durch die Verbindung mit der Volkszählung lassen sich die berufsstatistischen Merkmale der Berufszählung mit anderen personenbezogenen demographischen und bildungsstatistischen Merkmalen kombinieren. Dabei wird das Erwerbspersonenkonzept zugrundegelegt, das die Erwerbspersonen differenziert nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen betrachtet.

2. Mikrozensus

Die wichtigste Datenquelle über den Bereich des Erwerbslebens für den Zeitraum zwischen den Großzählungen stellt seit 1957 der Mikrozensus dar (vgl. Abschnitt A). Wie die Volks- und Berufszählung betrachtet der Mikrozensus die Beteiligung am Erwerbsleben von der Person aus, im Gegensatz zu Erhebungen, die beim Betrieb oder Unternehmen und den darin Beschäftigten ansetzen. Im Unterschied zu speziellen Bereichsstatistiken bezieht sich der Mikrozensus auf die Gesamtheit aller Erwerbstätigen. Als 1 %-Stichprobe ermöglicht er jedoch nur begrenzt regionale Ergebnisaufweise und Auswertungen in tieferer fachlicher Untergliederung.

Die in der Stichprobe erhobenen Daten werden an die Eckzahlen der Bevölkerungsfortschreibung angepaßt, deren Ergebnisse jedoch mit zunehmendem Abstand von der Volkszählung immer stärker fehlerbehaftet sind. Erfahrungsgemäß sind die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen überhöht, so daß auch die nach dem Mikrozensus ausgewiesene Gesamtzahl an Erwerbstätigen im Niveau zu hoch liegt.

Durch den Einsatz von Interviewern ist im Mikrozensus auch die Bearbeitung schwierigerer Fragestellungen möglich. Neben den jährlich erhobenen Merkmalen, zu denen unter anderem die geleisteten Arbeitsstunden, die Stellung im Beruf sowie Angaben zur Krankenversicherung und zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören, gibt es Zusatzerhebungen mit besonderen Fragestellungen, die nicht in jedem Jahr durchgeführt werden. Dazu gehören Fragen zu den beruflichen Verhältnissen, insbesondere zu den Tätigkeitsmerkmalen, Fragen zur Aus- und Weiterbildung, zur Pendlereigenschaft usw. Der Mikrozensus hat sich zu einem beweglichen Instrument entwickelt, das kurzfristig aus wechselnden Erhebungsprogrammen Daten bereitstellen kann.

Die durch die Aussetzung des Mikrozensus in den Jahren 1983 und 1984 entstandene erhebliche Lücke im Datenangebot über Erwerbstätige konnte zu einem kleinen Teil durch die EG-Arbeitskräftestichprobe ausgefüllt werden. Diese Erhebung findet seit 1968 regelmäßig in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft mit einem Auswahlsatz von 0,4 % statt. In Deutschland wird sie gleichzeitig mit dem Mikrozensus durchgeführt. Ein Teil der Fragen gehört ohnehin schon zum Erhebungsprogramm des Mikrozensus. Die darüber hinausgehenden Themen beziehen sich auf die Aus- und Fortbildung sowie auf die Erwerbsbeteiligung ein Jahr vor der laufenden Erhebung.

Vierteljährliche 0,1 %-Erhebungen des Mikrozensus wurden seinerzeit hauptsächlich mit dem Ziel eingeführt, über Veränderungen in der Erwerbstätigkeit auch kurzfristig Anhaltspunkte zu bekommen. Nach Einführung der Beschäftigten- und Entgeltstatistik für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in den Jahren 1974/75 standen jedoch Daten in hinreichender wirtschaftssystematischer und regionaler Untergliederung vierteljährlich zur Verfügung, so daß auf die unterjährigen Mikrozensususerhebungen verzichtet werden konnte.

3. Beschäftigtenstatistik

Grundlage der Beschäftigtenstatistik ist das mit Wirkung vom 1. Januar 1973 eingeführte integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung. Das Verfahren verlangt von den Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Meldungen über demographische, wirtschaftliche und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände, die Auswertungen für Personen und für Beschäftigungsfälle ermöglichen. Bei den Meldungen handelt es sich um Anmeldungen, Abmeldungen, Unterbrechungsmeldungen und Jahresmeldungen für Beschäftigte, die am Jahresende in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis standen. Die Speicherung der Daten erfolgt bei der Bundesanstalt für Arbeit, die sie nach Anonymisierung an das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter weitergibt. Nach Anlaufschwierigkeiten kann die Beschäftigtenstatistik seit 1977 zuverlässige Daten zur Verfügung stellen.

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gehören in der Regel alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der Auszubildenden. Unberücksichtigt blei-

ben Beamte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige und alle geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer. Damit erfaßt die Beschäftigtenstatistik insgesamt rund 75% aller Erwerbstätigen. Der Grad der Ausschöpfung ist jedoch in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen sehr unterschiedlich. Er beträgt beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft lediglich knapp 20 % und über 90 % im verarbeitenden Gewerbe.

Die vierteljährlich vorgelegten Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik sollen der laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung dienen. Von Bedeutung sind hier in erster Linie Angaben über Beschäftigte in wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung. Jahresangaben werden für Strukturuntersuchungen und zur Analyse der Arbeitsmarktentwicklung benötigt. Sie enthalten neben den kurzfristigen Informationen auch Angaben über Beschäftigungszeiten und Entgelte.

Während die Bundesanstalt für Arbeit Auswertungen für die Zwecke der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vornimmt, kommt der amtlichen Statistik neben der Erstellung von Tabellen insbesondere die Aufgabe der Koordinierung mit den Beschäftigten- und Entgeltangaben aus anderen Quellen zu.

4. Betriebsstatistiken

Während die Volks- und Berufszählung und der Mikrozensus erwerbsstatistische Daten bei der Person erfragen, gibt es zahlreiche Erhebungen zur Erwerbstätigkeit, die beim Betrieb bzw. dem Unternehmen ansetzen. Hierzu zählt beispielsweise auch die Beschäftigtenstatistik. Die umfassendste Betriebsstatistik über Beschäftigte ist die Arbeitsstättenzählung, die mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft ein Strukturbild der gesamten Volkswirtschaft ermöglicht. Diese Erhebung, die jeweils zusammen mit einer Volkszählung in den Jahren 1950, 1961, 1970 und 1987 durchgeführt wurde, ermöglicht die Darstellung wichtiger Strukturdaten der wirtschaftlichen Institutionen in tiefer wirtschaftssystematischer und regionaler Untergliederung.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Bereichsstatistiken, die auch Angaben zur Erwerbstätigkeit bereitstellen. Diese Erhebungen finden teilweise jährlich, zum Teil in mehrjährigen Abständen, aber auch unterjährig statt. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst, die jährliche Totalerhebung im Bauhauptgewerbe und der Industriebericht für Kleinbetriebe erwähnt. In den weiteren Abschnitten dieser Veröffentlichung werden alle Bereichsstatistiken angesprochen.

Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung, des Mikrozensus sowie der Bereichszählungen und der Beschäftigtenstatistik werden für laufende Schätzungen der Gesamterwerbstätigkeit herangezogen. Darüber hinaus werden derzeit Modelle zur Schätzung der Erwerbstätigen auf Kreisebene entwickelt.

5. Arbeitsmarktstatistiken

Die von der amtlichen Statistik bereitgestellten Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit werden durch Zahlen der Arbeitsverwaltung ergänzt. Das Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland veröffentlicht monatlich in einer Abgrenzung nach Arbeitsamts- und Dienststellenbezirken Zahlen zur Lage und Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Hierunter fallen in erster Linie die Anzahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen.

C. Rechtspflege

Die im Statistischen Landesamt erstellten Rechtspflegestatistiken lassen sich in zwei Gruppen untergliedern. Es sind dies zum einen die Justizgeschäftsstatistiken und zum anderen die eigentlichen Rechtspflegestatistiken oder – wie sie in früheren Jahren genannt wurden – Kriminalstatistiken. Zu den letztgenannten zählen die Strafverfolgungs-, die Strafvollzugs- und die Bewährungshilfestatistik.

1. Strafverfolgungsstatistik, Strafvollzugsstatistik, Bewährungshilfestatistik

Strafverfolgungsstatistik

Die Strafverfolgungsstatistik ist eine der ältesten Rechtspflegestatistiken. Sie wurde bereits 1882 als Reichsstatistik eingeführt. Ergebnisse für Rheinland-Pfalz liegen seit 1947 vor. Rechtsgrundlage war zunächst die Landesverordnung vom 12. Januar 1954. Sie wurde durch die derzeit geltende Allgemeine Verfügung des Justizministeriums vom 9. Januar 1975 ersetzt. In der Strafverfolgungsstatistik werden alle rechtskräftig abgeurteilten Personen erfaßt. Die methodischen Grundlagen haben sich nicht wesentlich verändert. Die Statistik wurde zwar den Strafrechtsänderungen angepaßt. Diese bezogen sich jedoch in erster Linie auf Änderungen in den Deliktgruppen und den Strafzumessungen. Damit ist eine Vergleichbarkeit im Zeitablauf im wesentlichen gegeben. Erhebungsmerkmale sind insbesondere die Straftat, die gerichtliche Entscheidung bzw. die erkannte Strafe sowie Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der verurteilten Personen. Im Gegensatz zu früheren Jahren werden Name, Beruf, Schulbildung und Wohnort der Abgeurteilten nicht mehr erfaßt.

Strafvollzugsstatistik

Die Strafvollzugsstatistik, die 1961 eingeführt wurde, besteht aus zwei Erhebungsteilen. Die monatlichen Meldungen geben Auskunft über die Zahl der Justizvollzugsanstalten und deren Belegkapazität sowie den Bestand und die Zu- und Abgänge der Gefangenen und Verwahrten. Darüber hinaus werden in einer Jahresstatistik zum Stichtag 31. März persönliche und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen ermittelt. Rechtsgrundlage für beide Erhebungen ist die Vollzugsgeschäftsordnung, derzeit gültig in der Fassung vom 1. Oktober 1985.

Die Strafrechtsreformen führten auch zu einigen Änderungen im Strafvollzug. Zunächst wurden Zuchthäuser und Gefängnisse unter der Bezeichnung Justizvollzugsanstalten zusammengefaßt. Dies hatte zur Folge, daß eine Reihe kleinerer Anstalten aufgelöst und die Belegungskapazität der verbleibenden Einrichtungen vergrößert wurde. Die Bildung einer Vollzugsgemeinschaft mit dem Land Hessen bewirkte, daß die in Rheinland-Pfalz verurteilten Frauen in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt eingewiesen werden. Der Anteil der weiblichen Strafgefangenen in Rheinland-Pfalz ist dementsprechend bisher vergleichsweise gering. 1976 wurden zusätzliche Anstalten für bestimmte Zwecke (Jugendstrafanstalten und Einrichtungen für den offenen Vollzug) eingerichtet. Dadurch ist ein Vergleich der Entwicklung bei Belegung und Belegungskapazität nur bedingt möglich.

Die methodischen Grundlagen für die jährliche Stichtagserhebung sind im Zeitablauf weitgehend gleichgeblieben. In dieser Strafvollzugsstatistik werden die Strafgefangenen unter anderem nach Alter, Geschlecht, Strafe, Straftat und Vorstrafen erfaßt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wird seit 1977 auf die Angabe der Religionszugehörigkeit der Gefangenen verzichtet.

Bewährungshilfestatistik

Ziel der Strafaussetzung zur Bewährung ist einerseits, die Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen zu verringern, und andererseits, den Rest einer Strafe auszusetzen und damit dem Straffälligen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. In beiden Fällen geschieht dies unter Hilfestellung durch einen hauptamtlichen Bewährungshelfer. In der Bewährungshilfestatistik, die seit 1963 erhoben wird, werden daher die Bewährungshelfer und die ihnen übertragenen Unterstellungen nachgewiesen. Rechtsgrundlage ist die Allgemeine Verfügung des Ministeriums der Justiz vom 7. Februar 1975, zuletzt geändert am 25. Juli 1977. Bis zum Jahre 1975 wurden die Ergebnisse nur auf Landesebene erstellt. Seitdem ist auch eine Darstellung nach Landgerichtsbezirken möglich.

In vierteljährlichen Meldungen werden die Unterstellungen je Bewährungshelfer sowie die Bestandsveränderungen durch Zu- und Abgänge erfaßt. Weitere Erhebungsmerkmale sind Alter, Geschlecht und Familienstand des Probanden, Straftat, Grund der Unterstellung sowie die Beendigungsgründe.

2. Justizgeschäftsstatistiken

Die deutsche Gerichtsbarkeit gliedert sich in fünf Zweige; nämlich in die ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafgerichte einschl. der Staats- und Amts-anwaltschaften), die Verwaltungs-, die Sozial-, die Arbeits- und die Finanzgerichtsbarkeit. Die Statistiken über die Tätigkeit der Gerichte wurden bis 1967 außer für den Bereich der Verwaltungsgerichte von den Justizbehörden selbst erstellt.

Seit 1968 wird der Geschäftsanfall der zivilen Gerichtsbarkeit vom Statistischen Landesamt erfaßt. Rechtsgrundlage war die Allgemeine Verfügung des

Ministeriums der Justiz vom 28. November 1967. Im Jahre 1970 wurde mit Verfügung vom 11. Februar 1970, neu gefaßt durch Rundschreiben des Ministeriums der Justiz vom 22. April 1983, die Justizgeschäftsstatistik bei den Strafgerichten eingeführt. Es folgten 1976 die Zählkartenerhebungen bei den Staatsanwaltschaften (AV des MdJ vom 21. Oktober 1975, neu gefaßt durch Rundschreiben des MdJ vom 22. April 1983), 1982 bei den Verwaltungsgerichten (Rundschreiben des MdJ vom 28. August 1981) und 1983 beim Finanzgericht (Rundschreiben des MdJ vom 4. August 1982). Im Jahre 1977 führte die Reform des Ehe- und Familienrechts zu einer Umorganisation der Zivilgerichte. Ehe- und Familiensachen wurden ausschließlich den neu eingerichteten Familiengerichten zugewiesen. Dieser Änderung folgte eine Erweiterung der Statistik der Zivilsachen dahingehend, daß auch der Geschäftsanfall bei den Familiensachen nachgewiesen wird. Rechtsgrundlage ist die Allgemeine Verfügung des Ministeriums der Justiz vom 1. Juli 1977, neu gefaßt durch Rundschreiben vom 13. August 1981.

Die Zählkartenerhebung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit löste die bis dahin im Statistischen Landesamt manuell erstellte Verwaltungsgerichtsstatistik ab. Ergebnisse dieser Statistik liegen seit 1950 vor. Da sich der Erhebungsmodus jedoch grundlegend geändert hat, ist ein Vergleich beider Statistiken nicht möglich.

Die Justizgeschäftsstatistiken werden in erster Linie vom Ministerium der Justiz zur Personalbedarfsplanung und Pensenberechnung benötigt. Erfaßt werden alle erledigten Verfahren nach der Dauer, den beteiligten Personen, der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens. Eine monatliche Meldung über den Bestand anhängiger Verfahren, die Neuzugänge und die Erledigungen gibt einen genauen Überblick über die Belastung der Gerichte. Da die Justizgeschäftsstatistiken auch eine wichtige Grundlage für die Rechtstatistik darstellen, werden die Erhebungen schnellstmöglich an neue Rechtssituationen angepaßt (z. B. die Einführung der Prozeßkostenhilfe in Zivilsachen oder die Änderungen im Scheidungsrecht). Im wesentlichen hat sich an den methodischen Grundlagen nichts geändert, so daß eine Vergleichbarkeit im Zeitablauf seit Einführung der Justizgeschäftsstatistiken gegeben ist.

D. Bildung und Kultur

Aufgrund der Kulturhoheit der Länder beschränkt sich die Zuständigkeit des Bundes für den Bildungsbereich im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung auf die Ausbildungs- und Forschungsförderung sowie – nach einer Änderung des Grundgesetzes – im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben auf Hochschulfragen. Somit liegt es beim Land, Regelungen für die Schulstatistiken zu treffen, während für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken der Bund zuständig ist.

1. Allgemein- und berufsbildende Schulen

Erste Statistik über Schulen war in Rheinland-Pfalz eine Erhebung über die Volksschulen (einschl. Hilfs-

schulklassen) im Schuljahr 1947/48. Zum Schuljahr 1948/49 folgten die Mittelschulen und die höheren Schulen. Bis zum Kurzschuljahr 1966/67 wurden statistische Daten über allgemeinbildende Schulen regelmäßig zum 15. Mai jedes Jahres erhoben. Seit der mit den Kurzschuljahren 1966 und 1966/67 erreichten Verlegung des Schuljahresbeginns von Ostern auf den 1. August finden die Erhebungen über allgemeinbildende Schulen in Abhängigkeit vom Termin der Sommerferien jeweils zwischen August und Oktober statt.

An berufsbildenden Schulen wurde erstmals zum 15. Mai 1949 eine Erhebung durchgeführt, in die Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen einbezogen waren. Danach folgten jeweils im Herbst Befragungen an den berufsbildenden Schulen, wobei seit 1950 neben Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldaten auch Zahlen über die Ingenieurschulen vorliegen. 1953 wurden die neu eingeführten Berufsaufbauschulen in die Statistik aufgenommen, ab 1963 die beruflichen Gymnasien und ab 1969 die Fachoberschulen. Mit der Überführung vor allem der Ingenieurschulen in Fachhochschulen gingen diese Bildungseinrichtungen 1970/71 letztmals in die Schulstatistik ein. Wie bei den allgemeinbildenden Schulen werden auch an den berufsbildenden Schulen die statistischen Daten jeweils nach den Sommerferien im Herbst jedes Jahres erfragt.

In den Zahlen der Schulstatistik spiegeln sich die Veränderungen im Schulwesen wider. Neben der Einführung neuer Schulformen im berufsbildenden Bereich wurde auch mit einer Reihe von Landesgesetzen eine Umstrukturierung bei den allgemeinbildenden Schulen herbeigeführt. Das Landesgesetz über die öffentlichen Mittelschulen (Realschulgesetz) vom 8. März 1963 legte fest, daß die Mittelschulen als einzigen Schultyp nur noch die sechsklassigen Realschulen umfassen. Das Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz) vom 6. November 1974 schrieb die neue Struktur des rheinland-pfälzischen Schulwesens mit der Grundbildung in der Primarstufe und dem darauf aufbauenden dreigliedrigen Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium fest, in dem die Klassenstufen 5 und 6 die Orientierungsstufe bilden. Mit der Novellierung dieses Gesetzes 1985 wurde diese Grundstruktur bestätigt, daneben aber auch die Integrierte Gesamtschule als weitere Schulart eingeführt. Darüber hinaus bestehen in Rheinland-Pfalz seit 1979 auch Freie Waldorfschulen.

Dieser hier nur grob dargestellten Entwicklung im Schulwesen folgte die Statistik nicht nur durch begriffliche Anpassung. Auf die daraus resultierenden wechselnden Problemstellungen im Bildungsbereich reagierte sie mit entsprechend geänderten Fragestellungen, auf die zunehmende Bedeutung des Bildungswesens und den Beginn der Bildungsplanung mit ihrem differenzierten Datenbedarf seit den 70er Jahren mit einer Ausweitung der erhobenen Merkmale. So werden inzwischen nicht mehr nur Daten über Schulen, Klassen, Schüler und Lehrer in zum Teil sehr tiefer Untergliederung erfragt, sondern unter anderem auch Angaben über die Einzugsbereiche der allgemeinbildenden Schulen, über Schulentlassungen, Sport-, Religions- und Ethikunterricht, die Zuordnung von Klassen und

Schülern der schulartübergreifenden Orientierungsstufe und nicht zuletzt auch über die Kurseinteilung in der reformierten Oberstufe (Mainzer Studienstufe) an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen.

Den wechselnden und zugleich steigenden Anforderungen an die Schulstatistik war das bis Mitte der 70er Jahre praktizierte Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren nicht mehr gewachsen. So wurde mit den Arbeiten für die Einrichtung einer Statistikdatei Schulen begonnen. 1979 wurden in einem ersten Arbeitsschritt Dateien mit Lehrerdaten eingerichtet. Inzwischen sind alle maschinell erfaßten Daten aus dem Schulbereich in einem Dateiensystem gespeichert und können in beliebiger Kombination abgerufen werden. Mit diesem Instrumentarium ist die Voraussetzung dafür geschaffen, flexibel auf Veränderungen im Schulbereich und wechselnde Anforderungen reagieren zu können.

Die Statistiken an den allgemein- und berufsbildenden Schulen erfolgten in der Anfangszeit aufgrund von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz bzw. im Auftrag des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums. Das Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974 bildete erstmals eine Rechtsgrundlage für die Durchführung von statistischen Erhebungen an den Schulen. Diese Rechtsgrundlage wurde 1985 bei der Novellierung des Schulgesetzes modifiziert. Seit dem Schuljahr 1986/87 werden die Schulstatistiken aufgrund einer nach § 88 des Schulgesetzes erlassenen Anordnung des Kultusministeriums durchgeführt. Problematisch ist seither nur noch die Statistik über die Schulen des Gesundheitswesens, die zunächst im Rahmen der Statistik der berufsbildenden Schulen (Fachschulen) erhoben wurde. Nachdem das Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz von 1974 die Schulen für Heilhilfsberufe aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes ausschloß, wurden die Schulen des Gesundheitswesens in der Folgezeit gesondert erfaßt und ausgewiesen. Wegen der fehlenden Rechtsgrundlage für die Durchführung der Statistik erfolgt die Erhebung nunmehr auf freiwilliger Basis.

2. Hochschulen und Studienseminare

Die erste Erhebung im Hochschulbereich fand 1947 statt. Mit der semesterweise durchgeführten kleinen Hochschulstatistik wurde die Zahl der Studenten und Studienanfänger nach Fachrichtung, Geschlecht und Staatsangehörigkeit erfragt. Die große Hochschulstatistik erfaßte mit Individualfragebogen jeweils im Wintersemester Angaben über die Studenten, Studienfächer und angestrebte Abschlußprüfungen, über die Finanzierung des Studiums und die berufliche Stellung der Eltern. Eine erste Erhebung über das Hochschulpersonal wurde 1952/53, über Hochschulprüfungen 1952 durchgeführt. Einbezogen waren seinerzeit die Universität Mainz mit dem angeschlossenen Auslands- und Dolmetscherinstitut Gernersheim und die Theologische Fakultät in Trier. 1967 wurden in die Hochschulstatistiken auch die Pädagogischen Hochschulen aufgenommen, die nach dem Landesgesetz über die Auflösung der Pädagogischen Hochschulen und die Errichtung

einer Erziehungswissenschaftlichen Hochschule (Übergangsgesetz) vom 10. Juli 1969 in die Erziehungswissenschaftliche Hochschule übergangen. Zuvor hatten die zunächst Lehrerbildende Anstalten, dann Pädagogische Akademien genannten Einrichtungen zur Ausbildung des Volksschullehrernachwuchses und die Seminare für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen sowie für Sportlehrer in eine gesonderte Statistik Eingang gefunden.

Mit dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 wurde für die Erhebungen über Studenten, Prüfungen, Hochschulpersonal, Räume und Finanzen an allen anerkannten Hochschulen in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft eine bundeseinheitliche Regelung geschaffen. Die Neufassung dieses Gesetzes vom 21. April 1980 brachte keine einschneidenden Änderungen für die Hochschulstatistiken. Nach Inkrafttreten des Hochschulstatistikgesetzes wurde mit dem Aufbau der danach vorgesehenen Statistiken begonnen. Die Studentenstatistik erfragt in jedem Semester in einer Individualerhebung Angaben zur Person, zur Hochschulzugangsberechtigung, zum Studiengang und zum Studienverlauf. Die daraus gewonnenen Daten werden nicht nur zur Darstellung der aktuellen Situation sowie für Zwecke der Planung im Hochschulbereich verwendet, sondern im Statistischen Bundesamt über einen längeren Zeitraum für Studienverlaufsauswertungen zusammengeführt, die der Analyse des Studiengang- und Hochschulwechsels sowie der Studiendauer dienen. Die Zahlen der abgelegten Prüfungen an Hochschulen werden auf zweifache Art ermittelt. Mit einer Individualerhebung wird semesterweise festgestellt, wieviele Personen Prüfungen ablegten, wobei besonders die dabei ebenfalls erfragten Angaben zum Studienverlauf und Studienabschluß interessieren. Daneben wird ebenfalls in jedem Semester bei den Prüfungsämtern die Zahl der Prüfungsfälle nach Studiengängen und Geschlecht in der Differenzierung nach Deutschen und Ausländern erfragt. Über das Hochschulpersonal werden jährlich bei den kleinsten institutionellen Einheiten der Hochschulen Zahlen über das gesamte Personal und die Stellen nach Dienstbezeichnungen ermittelt. In einem sechsjährigen Turnus wird darüber hinaus das wissenschaftliche und künstlerische Personal mit einer Individualerhebung über den Ausbildungsverlauf, die Habilitation, die Stellung an der Hochschule und den fachlichen Schwerpunkt der Tätigkeit an der Hochschule befragt. Jährlich zu erfassen sind die Habilitationen nach Fächern und Geschlecht der Habilitanden. Ebenfalls jährlich wird der Raumbedarf der Hochschulen ermittelt. Das gleiche gilt für die Istaussgaben und -einnahmen im Rahmen der Finanzstatistik.

Derzeit werden diese Statistiken an den drei Universitäten Mainz, Trier und Kaiserslautern und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz mit den Abteilungen Koblenz und Landau durchgeführt sowie an den Theologischen Hochschulen in Trier und Vallendar, der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, der neu gegründeten Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz, der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz mit ihren

sieben Abteilungen sowie den beiden Fachhochschulen in freier Trägerschaft und den Verwaltungsfachhochschulen.

Außerdem erfolgt nach dem Hochschulstatistikgesetz seit 1972 jährlich eine Befragung der Abiturienten und der Schüler in den Abschlußklassen an Fachoberschulen mit Individualfragebogen nach ihren Studien- und Berufswünschen.

Die Ausbildung der Lehrer mit erstem Staatsexamen an den Studienseminaren wurde erstmals mit einer bundesweiten Erhebung im Dezember 1954 in die Bildungsstatistik aufgenommen. Damals war die zweijährige seminaristische Ausbildung der Studienreferendare nach Abschluß des Hochschulstudiums nur für das Lehramt an höheren Schulen erforderlich. 1963 wurden auch die berufspädagogischen Seminare (ab 1974: Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen) in die Statistik einbezogen. Mit den entsprechenden Landesverordnungen über die Ausbildung und pädagogische Prüfung bzw. Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen (1967), an Grund- und Hauptschulen (1976) und an Sonderschulen (1978) kamen auch die Studienseminare für diese Lehrämter dazu. Die zunächst jährlichen Statistiken über den Lehrernachwuchs wurden ab 1977 auf halbjährliche Erhebungen umgestellt. Alter, Geschlecht und Fächer der Seminarteilnehmer sowie die abgelegten Prüfungen und die Zahl des Personals an den Studienseminaren sind hier von Interesse.

3. Berufsbildung

Daten über Auszubildende, Prüfungen in der beruflichen Bildung, Ausbilder und Ausbildungsberater liegen erstmals in einer Bundesstatistik für das Jahr 1977 vor, und zwar nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976. In den ersten Jahren wurden die Daten über die Berufsbildung bei den Spitzenverbänden aufgrund der Statistiken der Kammern vorwegaufbereitet und im Statistischen Bundesamt zusammengefaßt. Lediglich die Daten über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst wurden vom Statistischen Landesamt erhoben. Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz wurde 1980 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Die Berufsbildungsstatistik wurde in diesem Jahr deshalb auf freiwilliger Basis durchgeführt. Seit 1981 ist das Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz) vom 23. Dezember 1981 Rechtsgrundlage für die Berufsbildungsstatistiken. Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde die Aufbereitung der Daten schrittweise von den Spitzenverbänden auf die Statistischen Landesämter verlagert. Von den Kammern bzw. den für die Berufsbildung zuständigen Stellen aller Ausbildungsbereiche (Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Hauswirtschaft im städtischen Bereich und Freie Berufe) werden in jedem Jahr zum Stichtag 31. Dezember Daten über Auszubildende, neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse, Abschluß- und Fortbildungsprüfungen und über Ausbildungsberater in der Gliederung nach Ausbildungs- bzw. Fortbildungsberufen erfaßt.

Neben dieser Bundesstatistik über die Berufsbildung gibt es seit 1976 in Rheinland-Pfalz zwei weitere Statistiken, die über das Angebot von bzw. die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen Auskunft geben. Sie wurden von der Landesregierung in Auftrag gegeben, als abzusehen war, daß aufgrund zunehmender Schulabgängerzahlen Probleme mit der Versorgung der Schulabsolventen mit Ausbildungsstellen entstehen würden. Das zu erwartende Angebot an Ausbildungsplätzen wird jährlich im Mai mit einer Befragung der Betriebe ermittelt, wobei wegen des nicht vollständigen Rücklaufs die Ergebnisse auf der Basis der Zahlen aus der Berufsbildungsstatistik hochgerechnet werden. Die voraussichtliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird mit einer ebenfalls jährlich im Mai durchgeführten Befragung der Schulabgänger ermittelt. Die Gegenüberstellung der Ergebnisse beider Statistiken dient der Einschätzung der zu erwartenden Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt und ist damit Basis für die Entscheidung über Maßnahmen zur Behebung von extremen Versorgungsschwierigkeiten.

4. Sonstige Bildungsstatistiken

Aufgrund einer Vereinbarung mit dem Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V. wurde von 1954 bis 1980 aus den Verbandsunterlagen eine Statistik über die Volkshochschulen erstellt, die neben der Zahl der Volkshochschulen und ihrer Außenstellen die Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen nach Sachgebieten und in regionaler Gliederung nachwies. Abgelöst wurde diese Statistik von einem Nachweis der Tätigkeit aller staatlich anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung (1986: sieben Einrichtungen). Seit 1978 werden die Daten aus den vom Landesbeirat für Weiterbildung durchgeführten Erhebungen über die Veranstaltungen, Unterrichtsstunden, das hauptamtliche Personal, die Teilnehmer und die Einnahmen der Landesorganisationen vom Statistischen Landesamt veröffentlicht.

Entsprechend einem Beschluß des Schulausschusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder erfolgte zum 31. Dezember 1955 eine Bestands-erhebung über die Turn- und Sportstätten sowie die Mitgliederzahlen in Turn- und Sportvereinen. Die Erhebung über die Turn- und Sportstätten wurde zum 31. Dezember 1965 wiederholt. Mit der Einrichtung einer Infrastrukturdatei im Rahmen des Landesinformationssystems werden seit 1975 Daten über Sportstätten in mehrjährigem Abstand für die Infrastrukturdatei erhoben. Die Mitgliederzahlen in Sportvereinen werden alle zwei Jahre aus den Veröffentlichungen des Landes-sportbundes Rheinland-Pfalz in das Statistische Jahrbuch übernommen.

Auswertungen aus den bei anderen Stellen vorliegenden Daten werden auch bei der Statistik über die Ausbildungsförderung (Daten der Oberfinanzdirektion) vorgenommen sowie bei den Statistiken über Filmtheater (Daten der Filmwirtschaft), Theater und Orchester, Büchereien (Daten der Landesfachstelle für Büchereiwesen), der Presse (Daten des Statistischen Bundesamtes) und der Lehrerfort- und -weiterbildung.

E. Gesundheitswesen

Die Statistiken des Gesundheitswesens liefern zum einen Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und zum anderen Daten über die Einrichtungen und das Personal der Gesundheitsversorgung. Nicht alle Gesundheitsstatistiken werden durch das Statistische Landesamt bearbeitet. So verfügen beispielsweise auch die Verbände der Kranken-, der Renten-, der Unfallversicherung und der Krankenhäuser, die Ärztekammern sowie sonstige Organisationen über eigene Statistiken, welche zur Beurteilung der Situation im Gesundheitswesen herangezogen werden. Das Statistische Landesamt erhält einen Teil dieser Geschäftsstatistiken, um die wichtigsten Ergebnisse in seinen Veröffentlichungen berücksichtigen oder bei entsprechenden Anfragen bereitstellen zu können.

1. Statistiken der meldepflichtigen Krankheiten

Tuberkulosestatistik

Seit 1947 werden dem Statistischen Landesamt von den Gesundheitsämtern Angaben über die meldepflichtigen Krankheiten zugeleitet, wobei die Erkrankungen an Tuberkulose gesondert ausgewiesen werden. Rechtsgrundlage war seinerzeit die Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934. Die Tuberkulosestatistik basiert heute auf § 5a des Bundesseuchengesetzes, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Zweiten Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986. Durch das Zweite Statistikbereinigungsgesetz erfolgte eine Konkretisierung der für die Tuberkulosestatistik zu erhebenden Tatbestände. Danach sind die Erkrankung oder der Tod an Tuberkulose (aktive Form) statistisch zu erfassen, wobei die Erkrankten nach Geschlecht, Alter, Diagnose und Ausländereigenschaft nachzuweisen sind.

Die ausgefüllten statistischen Zählblätter werden dem Statistischen Landesamt von den Tbc-Fürsorgestellen der Gesundheitsämter übermittelt, welche ihrerseits die Meldungen von den behandelnden Ärzten oder sonstigen meldepflichtigen Personen erhalten. Neben dem jährlich aus den Zu- und Abgängen ermittelten Bestand an Tuberkulosekranken interessiert vor allem die Zahl der Zugänge des jeweiligen Berichtsjahres in der Gliederung nach den oben aufgeführten Erhebungsmerkmalen.

Statistik der Geschlechtskrankheiten

Die Rechtsgrundlage für die Durchführung einer Statistik der Geschlechtskrankheiten wurde durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 geschaffen. Der neu eingefügte § 11a ordnete die erstmalige statistische Erfassung aller Fälle einer ansteckungsfähigen Erkrankung an einer Geschlechtskrankheit ab 1970 an. Die von den behandelnden Ärzten zu erstellenden Statistikblätter werden über das zuständige Gesundheitsamt dem Statistischen Landesamt zur Aufbereitung zugeleitet. Sie enthielten ursprünglich folgende Erhebungs-

merkmale: Geschlecht und Alter des Erkrankten, Art der jetzigen Erkrankung, Familienstand der geschlechtskranken Person, eventuelle Behandlung durch einen weiteren Arzt sowie eventuelle frühere Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten. Durch Artikel 9 der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984 wurde jedoch die Erfassung der drei letztgenannten Merkmale ab dem Erhebungsjahr 1985 ausgesetzt. Durch Artikel 11 des Zweiten Statistikbereinigungsgesetzes wurde dann auf ihre Erhebung endgültig verzichtet. Im Rahmen der jährlichen Ergebnisdarstellung erfolgt auch eine Regionalisierung der Daten, wobei die Nachweisungen nach dem Sitz der Praxis des meldenden Arztes kreisweise gegliedert werden.

Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten

Die Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten, die auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tuberkulosestatistik seit 1947 erhoben wird, umfaßt den Nachweis einer Reihe von Krankheiten, die nach §§ 3 und 8 des Bundesseuchengesetzes dem zuständigen Gesundheitsamt anzuzeigen sind. Erhebungstatbestände sind Erkrankungen und Todesfälle an übertragbaren Krankheiten (§ 3 Abs. 1 bis 3), die Ausscheider von Erregern (§ 3 Abs. 4) sowie die Ausbrüche von Krankheiten in Krankenhäusern und anderen Anstalten (§ 8).

Die Gesundheitsämter stellen die von den Meldepflichtigen – in aller Regel den behandelnden Ärzten – abgegebenen Meldungen zusammen und übermitteln die für die Statistik erforderlichen Angaben über die Bezirksregierungen an das Statistische Landesamt. Die Erstellung der Bundesstatistik der meldepflichtigen Krankheiten ist vierteljährlich vorzunehmen. Im Rahmen der Jahresaggregation gehen bei allen Erkrankungsfällen auch Alter und Geschlecht der betroffenen Personen in die Nachweisungen ein.

2. Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

Diese Statistik wurde zum 1. Juli 1976 eingeführt, insbesondere um Informationen über die Auswirkungen der Reform der die Schwangerschaftsabbrüche betreffenden gesetzlichen Bestimmungen (§§ 218 und 218a des Strafgesetzbuches) zu erhalten. So setzte der Bundestag eine Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ein, mit welcher die statistischen Auswertungsprogramme abgestimmt wurden.

Nach Artikel 4 des Fünften Strafrechtsreformgesetzes vom 18. Juli 1974, geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. Mai 1976, ist über die unter den Voraussetzungen des § 218a StGB vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche eine Bundesstatistik zu führen. Jeder Abbruch ist von dem Arzt, der den Eingriff vorgenommen hat, mittels eines einheitlichen Erhebungsvordruckes dem Statistischen Bundesamt zu melden. Im Gegensatz zu den mei-

sten anderen Gesundheitsstatistiken werden hier also weder das zuständige Gesundheitsamt noch das Statistische Landesamt in den Meldeweg bzw. die Ergebniserstellung eingeschaltet. Die Meldungen enthalten als Erhebungsmerkmale zum einen Daten zur Person der Schwangeren, wie z. B. deren Alter, Familienstand und Zahl der vorangegangenen Schwangerschaften, zum anderen Angaben zum Schwangerschaftsabbruch, insbesondere Begründung (Indikation), Schwangerschaftsdauer, Art des Eingriffs und eventuelle Komplikationen.

Die Aufbereitung des Zahlenmaterials erfolgt vierteljährlich mit dem Nachweis von Jahresergebnissen. Das Statistische Bundesamt übermittelt die Ergebnistabellen den Statistischen Landesämtern (Landesergebnisse sowie Zahlen ausgewählter Großstädte), wobei die Regionalisierung nicht nach dem Wohnort der Schwangeren, sondern dem Ort des Abbruchs, z. B. Sitz des Krankenhauses, erfolgt.

3. Todesursachenstatistik

Innerhalb der vom Statistischen Landesamt erhobenen Statistiken des Gesundheitswesens nimmt die Todesursachenstatistik in ihrer Bedeutung eine zentrale Stellung ein. Sie wurde in Rheinland-Pfalz nach dem Kriege erstmals für das Jahr 1948 durchgeführt. Nach dem Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 hat der die Todesbescheinigung ausstellende Arzt die Todesursache im Leichenschauschein zu vermerken. Die Leichenschauscheine werden von den regional zuständigen Gesundheitsämtern dem Statistischen Landesamt zur Auswertung zugeleitet. Sind mehrere Todesursachen angegeben, so wird für die Statistik nur das Grundleiden berücksichtigt, welches den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat (unikausale Statistik).

Die Verschlüsselung der Todesursachen erfolgt heute nach den Regeln der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen“ (ICD) der Weltgesundheitsbehörde (WHO). Diese Systematik erlaubt eine internationale Vergleichbarkeit der Zahlen. Die ICD wurde zur Signierung der Todesursachen erstmals für die Statistik des Jahres 1968 verwendet (ICD 1968), und zwar in der Fassung der 8. Revision. Bis dahin war das Deutsche Verzeichnis der Todesursachen (DAS) von 1958 zugrunde gelegt worden. 1979 wurde die ICD 1968 durch eine überarbeitete Fassung, die derzeit noch gültige 9. Revision, ersetzt. Ein zeitlicher Vergleich der Ergebnisse der Todesursachenstatistik der Jahre vor 1968 mit denen ab 1968 ist teilweise nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Das gleiche gilt für den Übergang von der ICD 8 auf die ICD 9.

Durch die Todesursachenstatistik werden alle Gestorbenen im Standard-Aufbereitungsprogramm jährlich nach Todesursachen, Geschlecht, Altersgruppen und in kreisweiser Gliederung (Wohnsitzprinzip) dargestellt. Durch eine Sonderaufbereitung können zusätzlich noch die Merkmale Familienstand, Konfession und Nationalität der Verstorbenen nachgewiesen werden.

4. Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Diese Statistik besteht in Rheinland-Pfalz seit dem Jahre 1950. Rechtsgrundlage sind die §§ 1, 2, 20 und 79 der oben erwähnten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934. Die Daten werden dem Statistischen Landesamt jährlich von den einzelnen Gesundheitsämtern geliefert. Diese führen Unterlagen über die im Gesundheitsbereich tätigen Personen wie Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Masseure, Krankengymnasten, Krankenpflegepersonal und sonstige Medizinalpersonen.

Neben anderen Quellen standen den Gesundheitsämtern bis vor einigen Jahren insbesondere die entsprechenden Angaben der Meldebehörden zur Fortschreibung ihrer Bestandslisten zur Verfügung. Das aufgrund des Melderechtsrahmengesetzes erlassene rheinland-pfälzische Meldegesetz vom 22. Dezember 1982 sieht jedoch – ähnlich wie in den meisten anderen Bundesländern – die Erfassung der Berufsangabe nicht mehr vor. Seitdem ist den Gesundheitsämtern die korrekte Nachweisung der Personen in Gesundheitsberufen nicht mehr möglich, so daß die Statistik in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden kann. Sie wird sich daher in Zukunft auf die Darstellung der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, über die deren Kammern Unterlagen zur Verfügung stellen können, sowie auf die im öffentlichen Gesundheitsdienst und die in Krankenhäusern tätigen Personen beschränken müssen. Für letztere können die Angaben aus der Krankenhausstatistik übernommen werden. Die Erfassungslücken betreffen künftig also vor allem das nichtärztliche Gesundheitspersonal außerhalb der Krankenanstalten. Die Ergebnisdarstellung erfolgt für alle erfaßten Personen in der Gliederung nach dem Geschlecht, wobei auch eine kreisweise Darstellung vorgenommen wird. Die Ärzte werden außerdem nach Tätigkeitsbereichen, zum Beispiel niedergelassene Ärzte, Krankenhausärzte usw., und nach ihren Fachgebieten ausgewiesen.

5. Krankenhausstatistik und sonstige Statistiken im Bereich des Gesundheitswesens

Krankenhausstatistik

Die jährliche Krankenhausstatistik beruht auf einem Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 sowie auf § 49 der vorerwähnten Dritten Durchführungsverordnung aus dem Jahre 1935. Nach Kriegsende wurde diese Statistik im Jahre 1950 durch das Statistische Landesamt aufgenommen. Hierfür erstellen die Krankenhäuser jährlich einen Statistikbogen. Er enthält insbesondere Angaben über die Trägerschaft und die Zweckbestimmung der Häuser, über die Bettenzahl nach Fachabteilungen, die Zahl der behandelten Kranken und der Pflegetage sowie die Personalausstattung, wobei die ärztlichen und nichtärztlichen Kräfte in tiefer fachlicher Gliederung erfragt werden.

Auswertungen

Außer den vorgenannten Bundesstatistiken werden vom Statistischen Landesamt seit Jahren im Auftrage des zuständigen Ministeriums eine Reihe von Ge-

schäftsstatistiken geführt. Zu nennen ist hier unter anderem der Jahresgesundheitsbericht, in welchem die wichtigsten gesundheitspolitischen Zahlen der Gesundheitsämter ausgewiesen werden und mit dessen Zusammenstellung das Statistische Landesamt seit 1965 betraut ist. Auch sei hier die statistische Auswertung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz erwähnt, die von 1968 bis 1983 jährlich und seitdem alle drei Jahre erfolgte.

F. Unternehmen und Arbeitsstätten

Wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in einzelnen Bereichen sowie in der Gesamtwirtschaft zu erfassen und Daten, welche sowohl Grundlage als auch Kontrollinstrument wirtschaftspolitischer, aber auch unternehmerischer Entscheidungen sind, zu liefern. Das Zahlenmaterial dient neben staatlichen Stellen vor allem Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden und Unternehmen für Analysen und Prognosen. Erhebungen wie beispielsweise die Arbeitsstättenzählung zeigen als Rahmenerhebung das gesamte wirtschaftliche Gefüge einschließlich aller Dienstleistungen, also auch die Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in ihren vielfältigen Verflechtungen, auf. Die meisten Erhebungen beschränken sich indes auf einzelne Wirtschaftsbereiche mit der Zielsetzung, möglichst differenzierte Zusammenhänge aufzuhellen, wobei die Kostenstrukturstatistiken mit ihrem umfassenden Frageprogramm als wichtige Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dieses Zahlenbild zu vervollständigen haben.

1. Arbeitsstättenzählungen

Arbeitsstättenzählungen werden aus Gründen der Arbeitsvereinfachung stets in Verbindung mit den Volkszählungen, auf der gleichen Rechtsgrundlage durchgeführt, und zwar in Übereinstimmung mit internationalen Empfehlungen in etwa zehnjährigen Abständen, zuletzt allerdings 1987 infolge der umstrittenen Volkszählung mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung. Vorausgegangene Erhebungstermine waren die Jahre 1970, 1961 und 1950.

Diese Statistik vermittelt das umfassendste Struktur- und Funktionsbild einer Volkswirtschaft. Nur der Agrarsektor bleibt ausgespart, allerdings mit der Einschränkung, daß Produktionen ohne eigene Futtergrundlage zu dem gewerblichen Bereich zählen. Der Nachweis nach dem Standort und der zugehörigen Branche steht im Vordergrund. Dabei erfolgte im Zuge der weltweiten Wirtschaftsverflechtungen eine immer stärkere Ausrichtung der Wirtschaftszweigsystematik auf internationale Belange. Die Arbeitsstättenzählung dient zugleich als Abgrenzungsgrundlage für nachgehende Bereichszählung und ist sowohl für den Aufbau und die Ergänzung von Unternehmens- und Betriebskarteien wie auch für Konzentrationsmessungen unentbehrlich. Mit ihren Ergebnissen über Zahl und Größe der Betriebe und Unternehmen (letztere auch in der Differenzierung nach Rechtsformen), deren fachliche und regionale Verflech-

tungen sowie über Beschäftigte, seit 1970 auch über die Löhne und Gehälter, gibt sie ein Gesamtbild der Struktur der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Das unterschiedliche Lohn- und Gehaltsniveau dient als entscheidendes Kriterium zur Abgrenzung der Aktionsprogramme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Arbeitsstättenzählung ist für einige Bereiche, insbesondere für Teile des Dienstleistungssektors, die einzige Informationsquelle. In Verbindung mit der Volkszählung ist der Nachweis von Angaben bis zu Ortsteilen, Straßenblöcken und Blockseiten möglich, so daß der Informationsgewinn für Zwecke der Raumordnung, der räumlich orientierten Fachplanung und der Städtebaupolitik unersetzlich ist.

Einmalig war 1950 der Umsatz der Arbeitsstätte als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung ermittelt worden, jedoch ging dies über das Programm einer einfachen Rahmenerhebung hinaus. Später galt es vor allem, die Differenzierung der Beschäftigten den Zeiterfordernissen stärker anzupassen, so durch Ausgliederung der Ausländer und der Teilzeitkräfte. Zugleich sollte bei der Erhebung für 1987 durch den Nachweis der Eintragung in die Handwerksrolle eine eigenständige Handwerkszählung entfallen. Ebenso erhofft man sich wichtige Erkenntnis über die Existenzdauer der Arbeitsstätten, wozu die Frage nach dem Eröffnungsjahr nebst ergänzenden Standortfragen neu aufgenommen wurden.

2. Kostenstrukturstatistiken

Die Kostenstrukturstatistiken werden, mit Ausnahme des produzierenden Gewerbes, über freiwillige Auskunftserteilung auf repräsentativer Grundlage in mehrjährigem Turnus abwechselnd für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche (ohne Landwirtschaft) seit dem Jahre 1950 durchgeführt. Für das produzierende Gewerbe besteht zwar seit 1976 eine jährliche Berichtspflicht, jedoch wurde auch hier an dem repräsentativen Auswahlverfahren zur Entlastung der Berichtspflichtigen weiter festgehalten. Erhebungs- und Darstellungseinheit ist das Unternehmen bzw. die Praxis im Dienstleistungsbereich. Dabei werden die kombinierten Unternehmen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet. Der Merkmalskatalog umfaßt insbesondere Nachweisungen über den Wert des steuerlichen und wirtschaftlichen Umsatzes, des Warenbestandes, der selbstgestellten Anlagen, den Wareneingang und die Kosten, die nach Kostenarten zu untergliedern sind. So ergänzen diese Erhebungen jene Statistiken, die das Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit, wie zum Beispiel die Produktion, messen. Sie bilden vor allem auch eine Grundlage für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und sonstiger wirtschaftlicher Zusammenhänge.

In Anbetracht der geringen Zahl der jährlich anfallenden Meldungen und im Hinblick auf die Notwendigkeit der einheitlichen Klärung von Zweifelsfragen ist die zentrale Durchführung durch das Statistische Bundesamt geboten. Die Mitwirkung des Statistischen Landesamtes beschränkt sich auf Adressenlieferungen und Abstimmungsfragen.

3. Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren

Die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren zeigt einen Ausschnitt der Fluktuation innerhalb des Unternehmensbereichs insofern, als die gerichtlich abgewickelten Konkurse und Vergleiche berücksichtigt werden. Seit 1949 melden monatlich die für Konkursachen zuständigen Amtsgerichte die in ihrem Bezirk eröffneten und die mangels Masse abgelehnten Konkurse sowie die Vergleichsverfahren. Die Statistik gliedert die Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen sowie der Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Nach Abschluß der eröffneten Verfahren werden die finanziellen Ergebnisse mitgeteilt. Rechtsgrundlage für die Erhebung waren bis 1985 die Allgemeinverfügungen des Justizministeriums. Seit 1986 gilt das Rundschreiben des Justizministeriums, mit dem das Erhebungsverfahren modifiziert wurde. Es werden jetzt anonymisierte Berichtsvordrucke verwendet, die von den Amtsgerichten im Durchschreibeverfahren gefertigt werden.

G. Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaftsstatistik gehört neben der Bevölkerungsstatistik zu den ältesten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Sie hatte ihren Ursprung in der unmittelbaren Bedeutung, die die Erzeugung von Nahrungsmitteln für jeden einzelnen und für die gesamte Gesellschaft besitzt. Dies führte zum Aufbau eines leistungskräftigen statistischen Beobachtungssystems, das ziemlich lückenlos und regelmäßig die Wirtschaftsabläufe registriert und gemessen an anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen als weitgehend vollständig bezeichnet werden kann. Daran hat auch die zwischenzeitlich eingetretene Wandlung der politischen Problemstellung weg von der Ernährungssicherung und hin zur Überschußverwaltung im Prinzip nichts geändert. Mit der Entwicklung des gemeinsamen europäischen Agrarmarktes ging vielmehr eine wachsende Reglementierung einher, die wiederum differenzierte statistische Untersuchungen zur Folge hatte. Die Nachfrage nach statistischen Informationen erstreckt sich dabei nicht nur auf die Höhe und die Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Bestände sondern auch auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den Betrieben, unter denen diese zustande kommen. Bei der Beschreibung des statistischen Programms im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sollen zunächst die Erhebungen über die landwirtschaftliche Produktion behandelt werden. Anschließend daran werden die auf die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe abzielenden Erhebungen vorgestellt.

1. Statistiken über die pflanzliche Erzeugung

Bodennutzungserhebungen

Grundlage für die Ermittlung der pflanzlichen Produktion bilden die Bodennutzungserhebungen. Sie beschränken sich jedoch schon seit jeher nicht nur auf die Feststellung des Anbaues auf dem Ackerland nach Fruchtarten sondern berücksichtigen auch die übrige

Flächennutzung, beispielsweise in Form von Gartenland, Obstanlagen, Rebflächen, Wiesen, Weiden, Wald oder Gewässer. Dabei wurden bis 1978 die mit Hilfe der Bodennutzungsvor- bzw. -hauptehebung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben erhobenen Daten durch Schätzungen für die Flächen außerhalb der Betriebe ergänzt. Im Jahre 1979 erfuhren die seit den Nachkriegsjahren im wesentlichen unverändert gebliebenen Bodennutzungserhebungen eine grundlegende Neugestaltung. Der hohe Aufwand, die nur einseitige Ausrichtung der Feststellungen über die Bodennutzung auf die Belange der Agrarpolitik sowie nicht zuletzt die Erfordernisse der zwischenzeitlich eingeführten, später noch zu behandelnden Agrarberichterstattung waren die Hauptgründe hierfür. Seither bestehen die Bodennutzungserhebungen aus der Flächenerhebung, der Bodennutzungshauptehebung, der Gemüseanbauerhebung, der Obstanbauerhebung und der Baumschulerhebung.

Mit Einführung der Flächenerhebung, die im wesentlichen auf die Erfassung der Flächennutzung außerhalb der Land- und Forstwirtschaft ausgerichtet ist, wurde vor allem Forderungen aus den Bereichen Raumordnung, Landesplanung und Umweltschutz Rechnung getragen. Die Nutzungsarten im außerlandwirtschaftlichen Bereich wurden bis dahin nur grob differenziert und zudem, wie bereits erwähnt, weitgehend nur geschätzt. Außerdem basierte diese Flächenfeststellung nicht auf dem Belegenheits- sondern auf dem Betriebsprinzip mit den damit verbundenen regionalen Verzerrungen. Die neue Flächenerhebung besteht aus einer alle vier Jahre stattfindenden Erhebung der tatsächlichen Nutzung des Bodens, wobei hierfür in Rheinland-Pfalz ausnahmslos auf das bereits weitgehend automatisierte Liegenschaftskataster zurückgegriffen wird, sowie aus einer Erhebung der bauplanungsrechtlich zulässigen Nutzungsarten, die erstmals 1989 und dann ebenfalls alle vier Jahre erfolgen soll. Die bauplanungsrechtlich zulässigen Nutzungsarten sollen von den Gemeinden aus den Flächennutzungsplänen ermittelt werden.

Die neue Bodennutzungshauptehebung gliedert sich in eine jährliche totale Feststellung der betrieblichen Einheiten und deren Betriebsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Waldfläche in Anlehnung an die bisherige Bodennutzungsvorerhebung sowie in eine alle vier Jahre total und zwischenzeitlich repräsentativ durchzuführende Erhebung der Anbauflächen. Bei dieser werden allerdings nicht nur der Anbau auf dem Ackerland sondern auch alle anderen zur Gesamtfläche des Betriebes zählenden Flächenkategorien erfragt. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten dient zur Ermittlung der Grundgesamtheit aller für die Hauptehebung relevanten Betriebe und zur Aufbereitung von Ergebnissen über die Betriebsgrößenstruktur. Verbunden mit der neugestalteten Bodennutzungshauptehebung war auch die Abkehr vom sogenannten Flächendeckungsprinzip. Die Flächen außerhalb der auskunftspflichtigen Betriebe, die bis dahin von den Gemeinden geschätzt werden mußten, blieben fortan außer Betracht. Dies führte zwangsläufig zu gewissen Brüchen in den anbau- und damit auch in den ernststatistischen

Zeitreihen. Auch die untere Erfassungsgrenze wurde geändert und der für die Agrarberichterstattung angeglichen. Es mußte nämlich sichergestellt sein, daß die für die Agrarberichterstattung relevanten Betriebe auch in die Bodennutzungshauptehebung einbezogen werden.

Bei der Gemüseanbauerhebung handelt es sich um die frühere Gemüsehauptehebung. Die bis 1978 noch übliche Gemüsevorerhebung zur Ermittlung der Anbauabsichten ist entfallen, da hierfür kein Bedarf mehr bestand. Die Gemüseanbauerhebung berücksichtigt den Verkaufsanbau von Gemüse und findet, beginnend 1988, alle vier Jahre total und zwischenzeitlich repräsentativ statt. Davor gab es alle drei Jahre eine Totalerhebung. Im Zusammenhang mit der Totalerhebung erfolgt auch eine Feststellung des Anbaues von Zierpflanzen. Neuerdings ist angesichts der besonderen Bedeutung dieses gartenbaulichen Betriebszweiges zusätzlich eine in zweijährigem Abstand durchzuführende repräsentative Zierpflanzenerhebung hinzugekommen. Sie wird erstmals 1990 stattfinden.

Die durch EWG-Richtlinien von 1971 bzw. 1976 für Zwecke der mittelfristigen Prognose über das Produktionspotential von Baumobst begründete und in ihrer heutigen Form festgelegte Obstanbauerhebung wurde mit dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung von 1978 endgültig in das laufende statistische Programm der Bundesrepublik Deutschland übernommen. Die Obstanbauerhebung berücksichtigt den Verkaufsanbau von Baumobst und findet alle fünf Jahre abwechselnd total und repräsentativ statt. Die Obstbaumzählungen, wie sie 1951, 1958 und zuletzt 1965 durchgeführt wurden und die sich auch auf den Streuobstbau und den Anbau in Haus- und Kleingärten erstreckten, sind entfallen.

Die Baumschulerhebung erfaßt neben den Baumschulflächen die Bestände an Obst- und Ziergehölzen sowie Forstpflanzen. Nachdem sie bis einschließlich 1986 jährlich stattfand, erfolgt sie in Rheinland-Pfalz in Zukunft nur noch alle zwei Jahre.

Erhebungen der Rebflächen

Im Weinbau wird die jährliche Entwicklung des Flächenpotentials mit Hilfe der im Jahre 1979 durch EWG-Verordnung eingeführten statistischen Erhebungen der Rebflächen festgestellt. Sie schließen an das EWG-Weinbaukataster 1964, der ersten agrarstatistischen Gemeinschaftserhebung überhaupt, und dessen Fortschreibung an und bestehen aus einer alle zehn Jahre fälligen Grunderhebung und jährlichen Zwischenerhebungen. Im Vergleich zum Weinbaukataster ist jedoch eine erhebliche Vereinfachung des Erhebungsprogramms eingetreten. Die erste Grunderhebung fand für das Weinwirtschaftsjahr 1978/79 gemeinsam mit der im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1979 durchgeführten nationalen Weinbauerhebung 1979/80 statt. Die Daten für die Zwischenerhebungen werden in Rheinland-Pfalz den primär für Zwecke der Anbauregelung im Weinbau eingeführten Anmeldescheinen für Rebpflanzungen und Rebrodungen entnommen.

Ernteerhebungen

Neben den Anbauflächen für Feldfrüchte, Gemüse und Wein bzw. den Baumzahlen beim Obst werden zur Berechnung der jährlichen Erntemengen durchschnittliche Hektar- bzw. Baumerträge herangezogen. Die Ermittlung der Hektar- und Baumerträge erfolgt durch Schätzungen und die auf Wiegen und Messen beruhenden, objektiven Verfahren der Besonderen bzw. Ergänzenden Erntermittlung. Die Schätzungen werden schon seit jeher von ehrenamtlichen Berichterstattern durchgeführt. In Rheinland-Pfalz berichten derzeit rund 1 400 Sachverständige während der Vegetationszeit monatlich über den Wachstumsstand und stellen, wenn sich die Erntezeitpunkte nähern, zunächst Vorschätzungen und schließlich endgültige Schätzungen für ihren Berichtsbezirk auf. Ein Teil von ihnen ist schon seit 25 und mehr Jahren für das Statistische Landesamt tätig. Das Verfahren gilt allgemein als verlässliches und vergleichsweise wenig aufwendiges Instrument der Agrarstatistik. Allerdings bereitet es in jüngerer Zeit zunehmend Schwierigkeiten, eine ausreichende Zahl von Landwirten zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu gewinnen.

Neben der Ernteschätzung wird bei Getreide und Kartoffeln seit den Nachkriegsjahren die Besondere Erntermittlung durchgeführt. Hierzu werden bei einer begrenzten und nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Zahl von Probefeldern bei Getreide jeweils fünfmal ein Quadratmeter geerntet und zur Ertragsbestimmung ausgewertet. Da man davon ausgehen muß, daß ein normales Ernteverfahren nicht exakt das erbringt, was mit den Quadratmeterproben ermittelt wird, erfolgt auf einem Teil der Probefelder auch eine Volldruschernte. Aus der Gegenüberstellung von Probeschnitt- und Volldruscherträgen wird ein Faktor errechnet, mit dem die Ergebnisse der Probeschnitte korrigiert werden. Bei Kartoffeln werden anstelle der Probeschnitte vor der eigentlichen Ernte bei fünf Reihen jeweils 5 m gerodet. Unter Berücksichtigung des Reihenabstandes und eines Durchschnittskorrektivs für Ernteverluste aus früheren Jahren werden die Hektarerträge ermittelt. Die Resultate aus der Besonderen Erntermittlung stellen für das Land die endgültigen Ergebnisse dar. Für Regionaldaten werden die regionalen Schätzungen herangezogen und mit den auf Landesebene festgestellten Unterschieden zwischen Schätzung und Messung korrigiert. Analog zur Besonderen Erntermittlung werden seit geraumer Zeit auch bei anderen Feldfrüchten bzw. im Obst- und Weinbau durch Wiegen in ausgewählten Probetrieben Ergänzende Erntermittlungen durchgeführt.

Erhebungen der Weinbestände und der Weinerzeugung

Im Rahmen der europäischen Weinmarktorganisation wurden 1962 Erhebungen über die Weinbestände zum Stichtag 31. August (bis 1970: 31. Dezember) sowie 1965 Erhebungen über die Weinerzeugung zum 15. Dezember (bis 1970: 31. Dezember) eingeführt. Sie richten sich neben den eigentlichen Weinbaubetrieben auch an alle Betriebe und Personen, die Wein lagern, verarbeiten und handeln. Seit 1984 sieht eine entspre-

chende EWG-Verordnung vor, daß die Meldungen über die Weinbestände und die Weinerzeugung außer zu statistischen auch zu Verwaltungszwecken verwendet werden dürfen. Damit war die Durchführung der Erhebungen durch das Statistische Landesamt aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mehr haltbar. Die Ergebnisse über die Weinbestände und die Weinerzeugung müssen seither auf sekundärstatistischem Wege erstellt werden.

2. Statistiken über die tierische Erzeugung

Viehzählungen

Regelmäßige Erhebungen über die Viehbestände zwecks Abschätzung ihrer artspezifischen Reproduktions- und Erzeugungsleistung gehören schon seit jeher zum Programm der amtlichen Agrarstatistik. Sie sind in Verbindung mit den Erhebungen über die Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern Voraussetzung für eine zuverlässige Beurteilung der Versorgung des Marktes mit tierischen Erzeugnissen und bilden die Grundlage für Angebotsprognosen. Die Viehzählungen bestehen derzeit aus einer jährlichen Dezember-Zählung, bei der alle zwei Jahre total die Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und das Geflügel und in den Zwischenjahren repräsentativ nur die Rinder, Schweine und Schafe erhoben werden. Zusätzlich erfolgen jährlich repräsentative Zwischenzählungen, und zwar im Juni für Rinder und Schafe sowie im April und August für Schweine. Letztere sind seinerzeit vor allem wegen der jahreszeitlichen Schwankungen in der Entwicklung der Schweinebestände eingeführt worden. Die Erhebungen über die Rinder und Schweine bzw. die Schafe im Dezember sind harmonisierte EG-Erhebungen.

Bis 1972 waren drei Schweinezwischenzählungen üblich. Mit der Dezember-Viehzählung 1973 erfolgte außerdem die Einführung des für alle EG-Mitgliedstaaten einheitlichen Erhebungskataloges für Rinder und Schweine, was teilweise erhebliche Änderungen des bis dahin üblichen nationalen Fragenprogramms zur Folge hatte. Auch das Erhebungsverfahren der Viehzählungen hat sich damals insbesondere durch den Übergang von der Zählflächenstichprobe auf die Betriebsstichprobe grundlegend gewandelt. Eine weitere entscheidende Änderung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms war mit der Einführung repräsentativer Dezember-Viehzählungen im jährlichen Wechsel mit Totalerhebungen ab 1981 verbunden. Sie betraf vor allem den Verzicht auf die jährlichen Regionalergebnisse, die immer als traditionelle Zielsetzung der Dezember-Viehzählungen herausgestellt wurden.

Die Geflügelbestände, insbesondere die der Masthühner und Legehennen, unterliegen kurzfristig starken wirtschaftlich bedingten Schwankungen. Die für diese Beurteilung wenig aussagefähigen Feststellungen im Rahmen der Viehzählungen werden daher seit Mitte der sechziger Jahre durch monatliche Erhebungen über Bruteiereinlagen und Kükenerzeugung bei Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ergänzt.

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Die Fleischerzeugung (ohne Geflügelfleisch) wird mit Hilfe von monatlichen Erhebungen über die Anzahl der geschlachteten Tiere (Schlachtungsstatistik) und deren durchschnittliches Schlachtgewicht (Schlachtgewichtsstatistik) berechnet. Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik sind schon seit jeher Sekundärstatistiken. So fallen Schlachtungszahlen für Tiere in- und ausländischer Herkunft im Rahmen der bereits seit dem Jahre 1900 vorgeschriebenen amtlichen Schlachttier- und Fleischschau an. Der Schlachtgewichtsermittlung dienten bis 1976 ausschließlich die Lebendgewichtsfeststellungen auf den öffentlichen Schlachthöfen. Mit dem Rückgang der Lebendviehvermarktung werden seither hierfür auch die nach den Vorschriften der vierten Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz zu erstattenden Meldungen der Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken herangezogen. Im Rahmen dieser Meldungen über Preise für Schlachtvieh und Fleisch außerhalb von notierungspflichtigen Märkten an das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten fallen auch Angaben über Lebend- bzw. Schlachtgewichte an. Die Gewichtsangaben der Lebendviehmärkte werden mit Hilfe von Umrechnungskoeffizienten, den sogenannten Ausbeutesätzen, in Schlachtgewichte umgerechnet. Dies gilt analog auch für die Meldungen nach der vierten Durchführungsverordnung, die allerdings nur vereinzelt noch Angaben über Lebendgewichte enthalten.

Das Geflügelfleischaukommen wird mit einer monatlichen Erhebung in den Geflügelschlachtereien ermittelt. Dabei beschränkt man sich allerdings auf die Betriebe mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

Milchstatistik

Daten über die Milcherzeugung werden monatlich mit Hilfe von Erhebungen und Schätzungen erstellt. Erhoben wird die Lieferung von Kuhmilch an die Molkereien, die allerdings über 90 % der gesamten Milcherzeugung ausmacht. Ferner wird die Gesamterzeugung und die durchschnittliche Milchleistung je Kuh aller der freiwilligen Milchleistungskontrolle angeschlossenen Betriebe erfaßt. Auf der Basis dieser Angaben erfolgt die Schätzung der Milchleistung der nicht unter Leistungskontrolle stehenden Kühe sowie der von den Erzeugern nicht an die Molkereien abgelieferten Milchmengen.

Erhebungen über die Eiererzeugung

Die bisher angewandten Schätzverfahren zur Ermittlung der Eiererzeugung brachten keine zuverlässigen Ergebnisse. Mit Beginn des Jahres 1987 wird daher die monatliche Eierproduktion mit Hilfe von Erhebungen bei Betrieben mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen festgestellt. Die Angaben sollen der besseren Marktberichterstattung und Markttransparenz auf dem Geflügelsektor sowie als Grundlage für Produktionsvoraussagen dienen.

3. Strukturhebungen

Landwirtschaftszählung

Daten über die Struktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der dort lebenden und arbeitenden Menschen liefern die Landwirtschaftszählungen. Sie fanden bisher in den Jahren 1949, 1960, 1971 und 1979 statt, wobei insbesondere die beiden letzten in eine Zeit bedeutsamer und tiefgreifender struktureller Wandlungen in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland fielen. Mit Ausnahme der von 1949 waren die Zählungen organisatorisch in eine Haupterhebung, die sich an alle Betriebe richtete, sowie in Nacherhebungen bei bestimmten Produktionsrichtungen untergliedert. So gab es im Rahmen der 1960iger Zählung eine Gartenbauerhebung, eine Forsterhebung und eine Binnenfischereierhebung. Im Jahre 1971 kam noch eine Weinbauerhebung hinzu. Die Forsterhebung 1971 wurde nur noch auf repräsentativem Wege durchgeführt. Für 1979 beschränkte man sich dann auf Nacherhebungen im Weinbau, im Gartenbau und bei der Binnenfischerei.

Die Zählung von 1971 brachte im Vergleich zu ihren Vorgängern insbesondere für die Haupterhebung eine ganz erhebliche Erweiterung und Ausrichtung des Fragenprogramms auf moderne Problemstellungen. Neben die traditionellen Fragen nach Rechtsform, Bodennutzung, Viehhaltung, Besitzverhältnissen, Arbeitskräften und Maschinenverwendung traten insbesondere solche nach den Erwerbs- und Unterhaltsquellen des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen, nach den außerbetrieblichen Einkünften sowie der sozialen Sicherung. Eine ganze Reihe von Fragenkomplexen sollte der Feststellung dienen, inwieweit Kooperations- und Integrationsformen bereits von den Betrieben praktiziert wurden. Ein Teil dieser Fragen wurde dabei nur an eine repräsentative Auswahl von Betrieben gestellt. Neu war auch die Berechnung eines Betriebseinkommens für jeden Betrieb, des sogenannten Standardbetriebseinkommens. Dies geschah unter modellmäßigen Annahmen auf der Grundlage der einzelbetrieblichen Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung sowie durchschnittlicher insbesondere aus Buchführungsunterlagen abgeleiteter Angaben über Erlöse und Kosten. Das Standardbetriebseinkommen sollte fortan u. a. zur Darstellung der wirtschaftlichen Größe der Betriebe dienen. Durch Kombination mit anderen, den Betrieb kennzeichnenden Angaben, z. B. über Arbeitskräfte und Arbeitszeiten oder Art und Höhe des außerbetrieblichen Einkommens, war erstmals auch eine sozialökonomische Gliederung der Betriebe möglich. Die Berechnung des Standardbetriebseinkommens bildete gleichzeitig auch die Grundlage für eine mit der Landwirtschaftszählung 1971 in die Landwirtschaft eingeführte neue Betriebssystematik anstelle der bisherigen Bodennutzungssysteme.

In Anbetracht der Agrarberichterstattung, die seit 1975 in zweijährigem Abstand betriebsbezogene und mit den Landwirtschaftszählungen vergleichbare Ergebnisse über die Struktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe liefert, hat sich die Aufgabenstel-

lung der Landwirtschaftszählung 1979 insofern gewandelt, als die Haupterhebung nur noch die Aufgabe hatte, die Angaben aus der Agrarberichterstattung 1979 zu ergänzen. Dementsprechend wurden lediglich die Fragen über die Besitz- und Arbeitsverhältnisse auf alle Betriebe ausgedehnt, sowie nur einige wenige Angaben, z. B. über die soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen, zur fachlichen Vorbildung des Betriebsinhaberehepaars und des Betriebsleiters, zu baulichen Einrichtungen sowie zu vertraglichen Bindungen bei Erzeugergemeinschaften, erhoben.

Agrarberichterstattung

Mit der seit 1975 alle zwei Jahre stattfindenden Agrarberichterstattung ist einem dringenden Bedarf nach aktuellen Informationen über die Struktur der Betriebe sowie die betrieblichen und strukturellen Anpassungsvorgänge in der Land- und Forstwirtschaft für die Jahre zwischen den Landwirtschaftszählungen entsprochen worden. Sie soll ferner die Anforderungen abdecken, die sich aus den ab 1975 eingeführten laufenden EG-Strukturerhebungen in der Landwirtschaft ergeben. Das Schwergewicht der Agrarberichterstattung liegt nicht auf der Gewinnung neuer, zusätzlicher Angaben aus den Betrieben, sondern auf der Bereitstellung von betriebsbezogenen Ergebnissen, die sich im wesentlichen durch Kombination und Weiterverarbeitung der im Rahmen und für Zwecke anderer Erhebungen in den Betrieben ohnehin ermittelten Daten ergeben. Sie stützt sich dabei auf das Fragenprogramm von Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung im Dezember und Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft, deren Angaben betriebsweise zusammengeführt werden. Sie bilden als sogenanntes Grundprogramm den Kern der Agrarberichterstattung. Dabei werden Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung in jedem zweiten Berichtsjahr, in den Jahren 1975 bis 1979 war es in jedem Berichtsjahr der Fall, für die Gesamtheit der Betriebe herangezogen. Für die dazwischen liegenden Berichtsjahre erfolgt eine Auswertung nur für eine repräsentative Auswahl von landwirtschaftlichen Stichprobenbetrieben. Da die Arbeitskräfteerhebung immer nur repräsentativ durchgeführt wird, ist hier für alle Berichtsjahre nur eine stichprobenweise Auswertung möglich.

Mit dem Grundprogramm ist regelmäßig ein Ergänzungsprogramm verbunden, das sich auf wenige in den Betrieben zusätzlich zu erhebende Merkmale, wie etwa das außerbetriebliche Einkommen von Betriebsinhaber und Ehegatte und sein Verhältnis zum betrieblichen Einkommen, die Buchführung, die Besitzverhältnisse und Pachtpreise sowie die Erwerbs- und Unterhaltsquellen von Betriebsinhaber und Familienangehörigen, erstreckt. Diese Angaben sollen vor allem die Verwendbarkeit der Agrarberichterstattung auch für betriebswirtschaftliche und sozialökonomische Fragestellungen ermöglichen. Die entsprechenden Fragen sind aus organisatorischen Gründen in die Erhebungsbogen von Bodennutzungshaupterhebung und Arbeitskräfteerhebung integriert. So werden die Angaben über das außerbetriebliche Einkommen und die Buchführung im Zusammenhang mit der Bodennutzungshaupterhebung abwechselnd total und repräsentativ, die übrigen immer nur repräsentativ erfragt.

Um kurzfristig neuartigen Anforderungen an die Agrarstatistik gerecht werden zu können, ergibt sich im Rahmen der Agrarberichterstattung die Möglichkeit durch Rechtsverordnung ein Zusatzprogramm anzuordnen. Im Jahre 1987 wurde angesichts der schwierigen agrarpolitischen Lage erstmals hiervon Gebrauch gemacht, indem Fragen über das Vorhandensein eines Hofnachfolgers sowie dessen Alter, Geschlecht, Ausbildung und Tätigkeit erhoben wurden.

Arbeitskräfteerhebungen

Zur Beurteilung der arbeitswirtschaftlichen Situation und der Einkommensverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft bestanden schon seit jeher neben den Landwirtschaftszählungen repräsentative Arbeitskräfteerhebungen. So gab es in der Zeit von Juli 1956 bis Juni 1958 sowie im Anschluß an die Landwirtschaftszählung 1960 in der Zeit von November 1960 bis Oktober 1961 laufende Monaterhebungen über die Struktur des Arbeitskräftebestandes und die Arbeitsleistung. Mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1964 / 65 wurden für die Landwirtschaft in zweijährigem Turnus Erhebungen für vier Berichtsmonate (Juli, Oktober, Januar und April) vorgeschrieben. Ab 1972 / 73 beschränkten sich diese Erhebungen auf zwei Berichtsmonate (Oktober und April). Schließlich ging man ab 1979 auf jährliche Erhebungen für einen Berichtsmonat (April) über. Für die Forstwirtschaft wurden erstmals für das Wirtschaftsjahr 1963 / 64 eigene Erhebungen geschaffen, die fortan alle zwei Jahre stattfanden und sich auf das Forstwirtschaftsjahr bezogen. Ab 1973 / 74 fanden die Erhebungen nur noch in jedem dritten Wirtschaftsjahr statt. Ab 1987 / 88 erfolgen sie nur noch alle vier Jahre.

4. Ausblick

Die weiterhin wachsenden Probleme auf den Agrarmärkten sowie die in jüngster Zeit festzustellenden Aktivitäten zur Reform der europäischen Agrarpolitik werden mit großer Wahrscheinlichkeit in Zukunft bei den nationalen und supranationalen Dienststellen auf den Gebieten der Markt-, Preis-, Struktur- und Sozialpolitik zu einem verstärkten Bedarf an Statistiken führen. Mit einer besseren und variableren Ausnutzung der vorliegenden Erhebungsdaten sowie einer Überarbeitung der bestehenden Standardprogramme kann man diesem sicherlich in weiten Teilen gerecht werden. Möglicherweise resultieren daraus jedoch auch neue Aufgaben für die Agrarstatistik etwa in Richtung auf Informationen über alternative Wirtschaftsweisen oder Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt.

Auch mit einem anderen Problem muß sich die Agrarstatistik in Zukunft auseinandersetzen. So regeln Rechtsverordnungen der EG zur Stabilisierung einzelner Produktmärkte, wie jüngst auf dem Gebiet der Weinwirtschaft, zunehmend Überwachungs- und Statistikaufgaben in einem Zuge. Dies scheint organisatorisch sicher sinnvoll, ist aber im Gegensatz zu den Verhältnissen in den meisten anderen Mitgliedstaaten mit der geltenden deutschen Rechtsauffassung nicht in Einklang zu bringen. Als Lösung bietet sich dabei eigentlich nur an, sich auf eine Erhebung zu beschränken, die für beide

Zwecke verwendet wird. Dabei muß die Erhebung Aufgabe der Verwaltung sein, die Statistik kann nur noch sekundär aus entsprechend anonymisierten Verwaltungsunterlagen erstellt werden. Die damit verbundenen Folgen sind weitreichend. Zum einen ergibt sich ein erheblicher Regelungsbedarf im Hinblick auf die sachlichen und technischen Zugriffsmöglichkeiten. Zum anderen verliert die Statistik mit dem Erhebungsgeschäft auch die Kontrollmöglichkeiten für die individuellen Angaben, was die Zuverlässigkeit der Ergebnisse erheblich beeinflussen kann.

H. Versorgung und Entsorgung

Im Rahmen der Daseinsvorsorge sind der öffentlichen Hand vor allem infolge des stark gewachsenen Konsums zunehmend Aufgaben der Versorgung und Entsorgung zugewachsen, soweit sie sinnvollerweise nur vom Staat bzw. seinen Institutionen erfüllt werden können. Entsprechend waren schon frühzeitig Statistiken zum Nachweis der Sicherstellung der Grundversorgung eingeführt worden.

Mit der Verabschiedung des Umweltstatistikgesetzes im Jahre 1974 wurde für die Umweltstatistiken ein geschlossenes System, nach den wichtigsten Bereichen differenziert, aufgebaut. Die mit der beabsichtigten Novellierung in Kürze einzuführenden neuen Erhebungen über die Produktion umweltrelevanter Güter im verarbeitenden Gewerbe und die Luftverunreinigungen wie auch die Lärmbelastungen werden zu einem erweiterten statistischen Überblick ökologischer Vorgänge beitragen. Die Erfassung von Daten zur Luftbelastung gehörte bereits zum Forderungskatalog der ursprünglichen Fassung des Umweltstatistikgesetzes, konnte jedoch nicht realisiert werden, weil sich das Bundes-Emissionsschutzgesetz damals noch in der parlamentarischen Beratung befand. Nach der geplanten Erhebung werden ausschließlich die aufgrund des Immissionschutzgesetzes bereits vorhandenen Unterlagen ausgewertet, so daß die Daten über den Zustand der Umwelt um einen wesentlichen Bereich ergänzt werden können, ohne daß dies mit einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft verbunden sein wird.

1. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Die Bereitstellung ausreichender und qualitativ einwandfreier Mengen Trink- und Brauchwasser ist eine wichtige Versorgungsaufgabe, zu der auch eine umweltunschädliche Entsorgung gehört. Die ersten Erhebungen über die Wassergewinnung, -aufbereitung und -ableitung reichen in die 50er Jahre zurück und erstreckten sich neben der öffentlichen Wasserwirtschaft mit einem sechsjährigen Erhebungsrhythmus auch auf die Industrie als Großverbraucher, die ab 1957 alle zwei Jahre zu berichten hatte. Im Zuge der Sicherung der Lebensverhältnisse erhielt im Jahre 1985 diese Aufgabe in Rheinland-Pfalz sogar Verfassungsrang, indem Art. 73a als Sicherstellungsauftrag der natürlichen Lebensgrundlagen in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

Entsprechend waren die Statistiken der Wassergewinnung, -aufbereitung und -ableitung über Fragen

nach der Beschaffenheit und die Abwasserentsorgung bereits mit Inkrafttreten des Gesetzes über Umweltstatistiken ab Januar 1975 erweitert worden, um als bessere Grundlage für politische Entscheidungen dienen zu können. Dabei wurde der Erhebungszyklus für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auf vier Jahre verkürzt, der zweijährige Turnus für die Wirtschaft aber beibehalten. Die Art und der Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung und -ableitung sind von eminenter Bedeutung für den Gewässerschutz. Es gilt, die Abwasserfracht zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers zu minimieren und die Schädlichkeit abzubauen. Entsprechend werden die Kläranlagen nach der Behandlungsart und dem Wirkungsgrad der Behandlung differenziert und der Anfall sowie die Beseitigung des Klärschlammes nachgewiesen. Neben der Menge und Herkunft des Abwassers wird der Anschlußgrad an das Kanalnetz und an die Kläranlagen erfaßt. Die erfragten Daten der beiden Erhebungsbereiche entsprechen sich weitgehend, so daß alle vier Jahre ein Gesamtbild der ökologischen Situation der Wasserwirtschaft gewonnen wird.

2. Abfallaufkommen und -beseitigung

Die Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung liefert Angaben über Art und Ort der Abfallbeseitigungsanlagen, Art und Menge der Abfälle sowie über die Zahl der von der öffentlichen Abfallbeseitigung erfaßten Einwohner. Sie wurde von 1975 bis 1982 in zweijährigem Abstand durchgeführt, wobei die Erhebung 1979 aufgrund einer Rechtsverordnung ein Jahr später erfolgte. Seit 1984 werden die Angaben in dreijährigem Turnus erhoben. Die öffentliche Abfallbeseitigung wird durch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von ihnen beauftragte Dritte vorgenommen. Beseitigungspflichtig sind die Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte.

Zu den zu erfassenden Anlagen der Abfallbeseitigung gehören Deponien, in denen Abfälle oberirdisch abgelagert, Müllverbrennungsanlagen, in denen Abfälle verbrannt und Kompostierungsanlagen, in denen Abfälle auf natürlichem Wege in Kompost umgewandelt werden. Die durch die öffentliche Müllabfuhr eingesammelten Abfallmengen, die Zahl der entsorgten Einwohner und die Größe des Entsorgungsgebiets sind nachzuweisen. Dagegen werden bei den Betreibern öffentlicher Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen die angelieferten Mengen erfragt. Mangels geeigneter Meßeinrichtungen liegen den Berichtspflichtigen oftmals keine exakten Angaben über Gewicht und Volumen der Abfälle vor. Die Berechnung der Abfallmengen orientiert sich dann am Volumen der aufgestellten Abfallbehälter bzw. der eingesetzten Transportfahrzeuge.

Während für die bei öffentlichen Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen angelieferten Mengen ein nach Abfallarten und Anlieferergruppen getrennter Nachweis erfolgt, beschränkt sich die Befragung der Transportunternehmen auf den eingesammelten Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfall und Sperrmüll. Diese Abfallmenge ist von den Auskunftspflichtigen differenziert nach Gemeinden und angefahrenen Beseitigungsanlagen anzugeben. Die Regionalisierung der ein-

gesammelten Abfallmenge auf Gemeindeebene erweist sich in der Praxis als schwierig, da die Abfallbeseitigung oft eine nicht an Gemeindegrenzen orientierte Organisationsstruktur aufweist.

Die Statistik der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern erfaßt Art, Menge und Beseitigung von Abfällen in Betrieben dieser Bereiche. Sie wurde von 1975 bis 1982 in zweijährigem Abstand durchgeführt, wobei auch hier die Erhebung 1979 aufgrund einer Rechtsverordnung um ein Jahr aufgeschoben wurde. Seit 1984 werden diese Angaben alle drei Jahre erhoben.

Von den auskunftspflichtigen Inhabern und Leitern dieser Unternehmen werden Daten zum Abfallaufkommen in der Untergliederung sowohl nach Abfallarten als auch nach Beseitigungswegen erfragt. Außerdem sind von den Betrieben mit eigenen Abfallvorbehandlungs- und -beseitigungsanlagen Angaben zu diesen Einrichtungen gefordert. Der Erhebung liegt ein für die Umweltstatistik entwickelter Abfallartenkatalog zugrunde, dessen systematische Gliederung sich am Katalog der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA-Katalog) orientiert, jedoch durch sinnvolle Zusammenfassungen gestrafft wurde. Besonders den Klein- und Mittelbetrieben, die im wesentlichen durch die öffentliche Müllabfuhr entsorgt werden, erleichtert der Verzicht auf die tiefe Untergliederung des LAGA-Katalogs sowie die Vorgabe spezieller branchenspezifischer Abfallarten die Berichterstattung. Die einer gesonderten Nachweispflicht unterliegenden Abfälle werden getrennt, sowohl regional als auch nach Wirtschaftszweigen, nachgewiesen. Abfälle im Sinne der Erhebung sind alle in einem Betrieb angefallenen Rückstände oder sonstige unerwünschte Stoffe, die nicht zum Produktionsprogramm des Betriebes gehören und deren er sich entledigen will.

3. Investitionen für Umweltschutz

In der Statistik der Investitionen für Umweltschutz werden Zugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen, bei Unternehmen des produzierenden Gewerbes und ihren Betrieben erfaßt. Sie wird seit 1975 jährlich durchgeführt. Umweltschutzinvestitionen sind Zugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädigenden Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen, sowie zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen. Zu den produktbezogenen Investitionen zählen nur solche, die aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften bzw. Auflagen erfolgt sind. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen.

Es wird unterschieden zwischen den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung. Bei der Abfallbeseitigung handelt es sich um Investitionen für Anlagen und Einrichtungen zum Sammeln und Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen. Die Investitionen für Gewässerschutz umfassen Anlagen und Einrichtungen, die zur Verminderung der Abwasserfracht und zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers bestimmt

sind. Der Lärmbekämpfung dienen Anlagen und Einrichtungen zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Geräuschen. Die Investitionen für Anlagen und Einrichtungen der Luftreinhaltung bezwecken die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von luftfremden Stoffen in Abluft bzw. Abgas.

4. Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe

Mit den seit 1975 jährlich zu erfassenden Unfällen bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe wurde eine wichtige Lücke der statistischen Darstellung umweltrelevanter Sachverhalte geschlossen. Gerade Schadensfälle, die zu einer Gewässerverunreinigung führen, können das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigen und zu einer ernsthaften Gefahrenquelle für die Trinkwasserversorgung werden. Aus diesem Grunde ist das Aufzeigen von Schwachstellen im gesamten Sicherungsbereich ein Schwerpunkt dieser Erhebung. Entsprechend stellt die Befragung die Unfallursachen und die Verunreinigung in den Vordergrund. Auskunftspflichtig sind die Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden über die ihnen nach dem Landeswassergesetz angezeigten Schadensfälle.

I. Produzierendes Gewerbe

Das produzierende Gewerbe setzt sich aus den Wirtschaftsbereichen Energie und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe (Industrie und verarbeitendes Handwerk) und Baugewerbe zusammen. Die einzelnen Statistiken, nacheinander unter verschiedenen Zielsetzungen eingeführt, wurden erst ab 1976 im Rahmen der Reform der Industriestatistik auf ein einheitliches System in sich und untereinander konsistenter Statistiken umgestellt.

1. Berichterstattung bis zur Reform der Statistik im produzierenden Gewerbe

Die Anfänge der Industriestatistik gehen in den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. In der bis Mitte der 70er Jahre gültigen Form wurde sie in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1947 bis 1949, bundesweit 1951 eingeführt.

Die Industrieberichterstattung und die Erhebungen über die industrielle Produktion bildeten die Basis der Industriestatistik dieser Zeit. Der monatliche Industriebericht, der die Beschäftigten, Arbeiterstunden und Arbeitsentgelte, den Umsatz, Auftragseingang sowie den Energieverbrauch der Betriebe erfaßt, war von allen industriellen und bergbaulichen Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten zu erstellen. Ausnahmen bildeten einige Wirtschaftszweige, für die – zum Teil verschieden nach Bundesländern – auch Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten einbezogen wurden. Um einmal im Jahr einen Gesamtüberblick über die industrielle Tätigkeit zu bekommen, wurden ab 1952 regelmäßig im September im Rahmen des Industrieberichts für Kleinbetriebe auch die Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten, jedoch mit einem wesentlich eingeschränkten Erhebungsprogramm, erfaßt. Selbst in

Rheinland-Pfalz, das vorwiegend eine klein- und mittelbetriebliche Wirtschaftsstruktur aufweist, machten diese Betriebe Ende der 50er Jahre – gemessen an der Beschäftigtenzahl der Gesamtindustrie – im Durchschnitt weniger als 5 % aus. Bedingt durch zwischenzeitliche Strukturverschiebungen und Konzentrationsentwicklungen hat sich der Anteil bis Mitte der 70er Jahre auf 1,5 % verringert.

Die Meldung war für den Betrieb als örtlich selbständig produzierende Einheit abzugeben. Nicht einzubeziehen waren nichtindustrielle Betriebsteile, überwiegend für Dritte arbeitende baugewerbliche Betriebsteile sowie mit einem Industriebetrieb verbundene öffentliche Versorgungsbetriebe. Bei kombinierten Betrieben, deren Produktion sich auf mehrere Industriezweige erstreckte, mußten die Angaben über Beschäftigte, Umsatz sowie Auftragseingänge und -annullierungen zusätzlich in der Aufteilung nach fachlichen Betriebsteilen gemeldet werden. Die Ergebnisse konnten daher sowohl nach sogenannten hauptbeteiligten als auch nach beteiligten Industriezweigen dargestellt werden. Bei der Aufbereitung nach hauptbeteiligten Industriezweigen wurden die Ergebnisse aller Merkmale des einzelnen Betriebes jeweils nur einem Industriezweig – bei kombinierten Betrieben demjenigen, der den Schwerpunkt der industriellen Tätigkeit des Betriebes bildet – zugeordnet. Bei der Beteiligten-Darstellung sind dagegen die Angaben der fachlichen Betriebsteile kombinierter Betriebe auf die entsprechenden Industriezweige aufgeteilt worden. Die wirtschaftssystematische Gliederung erfolgte nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht (IB-Systematik).

Informationen über die industrielle Produktion brachte die vierteljährliche Produktionserhebung und der monatliche Produktionseilbericht. Während in Rheinland-Pfalz der Produktionseilbericht von den Industriefirmen bereits ab Januar 1949 abzugeben war, wurde die vierteljährliche Produktionserhebung im Januar 1952 eingeführt, womit die bisher im monatlichen Industriebericht enthaltene Frage nach dem Bruttoproduktionswert entfallen konnte. Wie zum monatlichen Industriebericht meldeten auch zur Produktionsberichterstattung im allgemeinen alle Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Im Rahmen der vierteljährlichen Produktionserhebung wurde die gesamte Produktion des abgelaufenen Vierteljahres in der Gliederung des knapp 6 000 Positionen umfassenden Warenverzeichnisses für die Industriestatistik ermittelt. Grundsätzlich war nur die zum Absatz bestimmte Produktion in Menge und Wert, für ausgewählte Erzeugnisse, im wesentlichen Grundstoffe- und Zwischenprodukte, zusätzlich die zur Weiterverarbeitung bestimmte Produktion mengenmäßig zu melden. Bis Ende 1957 gehörten zu der zum Absatz bestimmten Produktion auch die Herstellung von Produkten, die an einen anderen selbständig berichtenden Betrieb der gleichen Firma zur Weiterverarbeitung geliefert wurden. Ab 1958 wurde die Abgrenzung der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion auf das Unternehmen erweitert, so daß hierunter auch diejenigen Mengen von selbsthergestellten Erzeugnissen zu melden waren, die in einem anderen Betrieb des gleichen Unternehmens weiterverarbeitet wurden.

Die Angaben des monatlichen Produktionseilberichts bilden die Grundlage für die Berechnung des Indexes der industriellen Produktion, der einer der wichtigsten Indikatoren für die konjunkturelle Entwicklung darstellt. Wegen seines hohen Anspruchs an die Aktualität der Ergebnisse wird mit Hilfe dieses Eilberichts frühzeitig die Produktion einer Anzahl von ausgewählten Erzeugnissen erfaßt, die für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung von maßgeblicher Bedeutung sind. In den Berichtskreis des Eilberichts einbezogen waren im allgemeinen die zum monatlichen Industriebericht auskunftspflichtigen Betriebe, welche die durch den Eilbericht erfaßten Produkte herstellten. Zur Vermeidung von Doppelbefragungen waren die Betriebe derjenigen Industriezweige, in denen Fachstatistiken durchgeführt wurden, von der Erhebung ausgenommen. Die Auswahl der einzubeziehenden Erzeugnisse erfolgte nach der rund 600 Waren umfassenden Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht.

Die Daten über die Bauwirtschaft stammen aus der Bauberichterstattung, die im Januar 1950 eingeführt wurde und sich in ihrer Organisation und ihrem Erhebungsprogramm eng an die Industrieberichterstattung anschließt. Auch hier wird die kurzfristige Entwicklung mit Hilfe der Daten aus der monatlichen Erhebung, die sich an die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten wendet, abgebildet, die einmal im Jahr im Juli durch eine Totalerhebung ergänzt wird. Im Gegensatz zur Industriestatistik wird das Handwerk einbezogen. Im Monatsbericht werden die Beschäftigten, die Arbeitsstunden und Arbeitsentgelte, der Umsatz und seit September 1953 in Rheinland-Pfalz vierteljährlich auch der Auftragsbestand erfragt. Zum Erhebungsprogramm der Totalerhebung gehörte darüber hinaus der Maschinenbestand. Die Ergebnisse des Monatsberichts wurden mit Hilfe der Eckwerte aus der Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

Da das Handwerk in der Industrieberichterstattung nicht enthalten war, es aber wegen der großen Zahl mittlerer und kleinerer Unternehmen eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung besitzt, erfolgte seit 1960 eine vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Stichprobenbasis, in der die Zahl der Beschäftigten und der Umsatz, getrennt nach Handwerks- und Handelsumsatz, erfragt wurde. Zum Erhebungsbereich zählten die in die Handwerksrolle eingetragenen selbständigen Handwerksunternehmen.

Die ursprünglichen kurzfristigen Konjunkturstatistiken waren in erster Linie auf die Ertragsseite der Unternehmen ausgerichtet. Es fehlten insofern Tatbestände, wie der Materialverbrauch und die sonstigen Vorleistungen, die der Aufwandseite zuzurechnen sind. Diese Daten fielen jedoch auf verhältnismäßig schmäler repräsentativer Grundlage im Abstand von vier Jahren im Rahmen der freiwilligen Kostenstrukturstatistik an, die in der Bundesrepublik erstmalig 1950 in Verbindung mit der Arbeitsstättenzählung durchgeführt und 1959 durch ein besonderes Gesetz geregelt wurde. Die Kostenstrukturstatistik wird bis heute vom Statistischen Bundesamt zentral fortgeführt. Strukturdaten der Aufwandseite lieferten auch die Zusatzerhebung zum Industriebericht 1951/52 sowie die Jahresherhebung über

die Nettoleistung in der Industrie 1954. Danach folgten der EWG-Industriezensus 1962 und der Zensus 1967. Die Rechtsgrundlage sah Wiederholungen in drei- bis fünfjährigen Abständen vor. Dargestellt wurden für Unternehmen und Betriebe neben Rechtsform, Beschäftigten, Lohn- und Gehaltssumme und Umsätze Investitionen, Materialverbrauch sowie Brutto- und Nettoproduktionswerte. Als Ergänzung hierzu fanden 1956, 1963 und 1968 Handwerkszählungen statt, die auch das Dienstleistungshandwerk umfaßten.

Die Investitionen, und zwar der Zugang und Abgang von Sachanlagen, sind erst 1964 in das Jahresprogramm der amtlichen Statistik aufgenommen worden. Die Investitionserhebung erfaßt, wie die in größeren Zeitabständen stattfindenden Zensen, den gesamten Bereich des produzierenden Gewerbes. Neben den Bauten und Ausrüstungsinvestitionen wurden – allerdings zunächst nur für die Industrie – auch der Wert der Material- und Warenbestände und der Bestände an selbsthergestellten fertigen und unfertigen Erzeugnisse (Vorräte) erhoben.

Während Informationen über Energieerzeugung und verbrauch in der Industrie aus der Industrieberichterstattung vorliegen, unterrichten über die öffentliche Energieversorgung die Statistik der öffentlichen Stromversorgung und die Statistik der öffentlichen Gasversorgung. Zu beiden Statistiken erfolgten seit Anfang 1950 getrennte Monats- und Jahresmeldungen. Im Jahresbericht wurden bei den Elektrizitäts- und Gaswerken Angaben über Beschäftigte, Arbeiterstunden und Arbeitsentgelte sowie Menge und Wert des Absatzes, im Monatsbericht der Elektrizitätswerke außerdem Erzeugung und Bezug sowie Abgabe von Strom nach Verbrauchergruppen erfragt. Die Erhebung und Aufbereitung des Monatsberichts der Gaswerke liegt in Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Es handelt sich um Mengenangaben über die Gaserzeugung und den Materialeinsatz.

2. Neuordnung der Statistik im produzierenden Gewerbe

Um das Berichtssystem den nationalen und internationalen Anforderungen anzupassen, waren seit Mitte der 60er Jahre Bemühungen im Gange, die Berichterstattung für das warenproduzierende Gewerbe neu zu ordnen. Mit dem Gesetz über die Statistik im produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 konnten die langjährigen Beratungen über eine Reform der Industriestatistik abgeschlossen werden. Das neue Konzept wurde schrittweise umgesetzt.

Die im Laufe der Jahre unter verschiedenen Zielsetzungen eingeführten Industriestatistiken waren zum Teil weder in sich noch untereinander konsistent. Diskrepanzen zeigten sich u. a. beim Erhebungsbereich, der Erhebungseinheit, der Erfassungsgrenze, der Abgrenzung der Merkmale sowie in den unzulänglich koordinierten Erhebungs- und Darstellungseinheiten und den ihnen zugeordneten Sachverhalten. Auch hinsichtlich der erfaßten Tatbestände blieben Wünsche offen. Reichten die Angaben über Ertragsdaten im allgemeinen aus, waren jene über die Aufwandsgrößen unzu-

länglich. Dazu kommt, daß der deutsche Begriff der Industrie nicht dem internationalen Begriffsinhalt von dem zu untersuchenden Wirtschaftsbereich entsprach. Während man in den übrigen Ländern unter Industrie alle in dem vorgegebenen und von der Systematik abgegrenzten Wirtschaftsbereich tätigen Einheiten versteht, klammerte man in der deutschen Industriestatistik das Handwerk aus und betrachtete es für sich, und zwar auch dann, wenn die Handwerksbetriebe die gleiche Tätigkeit wie die entsprechenden Industriebetriebe ausübten. Wegen anderer Klassifizierungsgesichtspunkte als in der übrigen Wirtschaftsstatistik (Kennzeichnung nach Art der Eintragung des Inhabers oder Leiters des Handwerksbetriebes in die Handwerksrolle) wurde ein Zusammenführen der Industrie- und Handwerksdaten zudem erschwert.

Die wichtigsten Punkte des neuen Systems sind daher die Ausweitung der Berichterstattung auf das gesamte produzierende Gewerbe sowie die Einführung des Unternehmenskonzeptes. In der Statistik des produzierenden Gewerbes werden nunmehr alle Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, des Bergbaus (Wirtschaftsabteilung 1), des verarbeitenden Gewerbes (Wirtschaftsabteilung 2) sowie des Baugewerbes (Wirtschaftsabteilung 3) erfaßt. Die entscheidende Änderung gegenüber dem bisherigen Verfahren besteht darin, daß in alle Statistiken das produzierende Handwerk einbezogen und in gleicher Weise behandelt wird wie die entsprechenden industriellen Einheiten. Die Neuregelung führte dazu, daß in Rheinland-Pfalz über 1 000 Handwerksunternehmen (verarbeitendes Gewerbe und Ausbaugewerbe) in gleicher Weise zu den Statistiken herangezogen werden wie bisher bereits die industriellen Unternehmen.

Grundlage für die einheitliche Abgrenzung und Klassifizierung der Industrie- und Handwerksbetriebe ist die Systematik der Wirtschaftszweige (WZ rev.), Fassung für die Statistik im produzierenden Gewerbe (SYPRO). Es handelt sich um eine gegenüber der alten Zensus- bzw. IB-Systematik ergänzte und auf den neuesten Stand gebrachte Fassung, die die strukturelle Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigt und den internationalen Vergleich erleichtert. Die SYPRO ist aus der revidierten Wirtschaftszweigsystematik für das produzierende Gewerbe abgeleitet, hat aber, wie die IB-Systematik, ein eigenes Nummernsystem, das nur Zweisteller und Viersteller enthält und sich weitgehend an die Nomenklatur der Gütersystematik anlehnt. Die Zuordnung zu den einzelnen Positionen der Systematik erfolgt nach dem Schwerpunktprinzip. Das heißt, daß die statistischen Einheiten dort eingeordnet werden, wo der Schwerpunkt ihrer Wertschöpfung liegt. Bei den Unternehmen des produzierenden Handwerks tritt damit die SYPRO an die Stelle der bisherigen Klassifizierung nach Gewerbebezweigen.

Neben der systematischen Abgrenzung ist vor allem die einheitliche institutionelle Abgrenzung des Berichts-kreises wichtig. In der Wirtschaftsstatistik kommen als Erhebungseinheiten sowohl Unternehmen und Betriebe als auch Unternehmens- und Betriebsteile infrage, wobei die fachlichen Teile in der Regel eine größere Homogenität der wirtschaftlichen Tätigkeit aufweisen als ihre institutionellen Einheiten. Um sowohl fachliche

als auch regionale Gesichtspunkte bei der Datenauswertung ausgewogen zu berücksichtigen, hat man sich für die Statistik im produzierenden Gewerbe zu einem Kompromiß entschlossen. Danach erfolgt die Abgrenzung des Erhebungsbereichs zunächst vom Unternehmen her. Zum Erhebungsbereich gehören alle Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im produzierenden Gewerbe. Bei diesen Unternehmen werden jeweils alle zugehörigen Einheiten, unabhängig von ihrer Größe und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, erfaßt. Für regionale Belange werden die Unternehmen nach Betrieben aufgeteilt, und zwar so, daß bei additionsfähigen Merkmalen die summierten Betriebsergebnisse das Unternehmensergebnis ergeben, umgekehrt aber auch die Unternehmen in ihre einzelnen Einheiten zerlegt werden können. Bei den Strukturhebungen werden die Unternehmen in fachliche Unternehmensteile gegliedert. Bei den kurzfristigen Statistiken erfolgt eine Aufgliederung der Betriebe in fachliche Betriebsteile.

Voraussetzung für das Funktionieren des neuen Systems war die Einrichtung einer einheitlichen Kartei. Jedes Unternehmen und jeder Betrieb erhält eine Identitätsnummer, so daß jederzeit zu ersehen ist, zu welchem Unternehmen ein Betrieb gehört und welche Betriebe ein Unternehmen hat. Die Kartei enthält darüber hinaus Angaben über die Gemeinde, in der das Unternehmen bzw. der Betrieb seinen Sitz hat, den Wirtschaftszweig, die Zahl der Beschäftigten usw. Neben der Steuerung des gesamten Erhebungsverfahrens (Versand und Einzug der Erhebungspapiere, Mahnwesen etc.) dient die Kartei im Produzierenden Gewerbe als Auswertungsinstrument, mit dem Statistiken ungleichen Inhalts und ungleicher Periodizität, die sich auf die gleiche Einheit beziehen, für die betreffende Einheit zusammengeführt und gemeinsam ausgewertet werden können.

Der Aufbau des statistischen Systems im einzelnen zeichnet sich gegenüber den alten Industriestatistiken dadurch aus, daß anstelle eines Nebeneinanders einzelner Erhebungen ein hierarchischer Aufbau mit einer Abstufung von Periodizitäten und Erhebungsmerkmalen tritt. Die Basis bildet die in der Regel alle zehn Jahre stattfindende Arbeitsstättenzählung, die als eine sich über alle Wirtschaftsbereiche erstreckende Erhebung den Rahmen für die sogenannten Bereichsstatistiken bildet. Sie liefert die Anschriften der Gesamtheit der in die Statistik des produzierenden Gewerbes einzubeziehenden Einheiten und läßt eine Aktualisierung der Kartei in mehrjährigen Abständen zu.

Innerhalb des produzierenden Gewerbes stellt der alle vier bis sechs Jahre durchzuführende Zensus die fachlich umfassendste Erhebung dar. Er erstreckt sich auf alle Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, außerdem auf die Betriebe dieser Unternehmen. Beim Zensus 1979 wurde erstmals das Instrumentarium des neuen statistischen Systems eingesetzt. Ein Großteil der Zensusangaben brauchte nun nicht mehr beim Auskunftspflichtigen erfragt zu werden, sondern konnte direkt den laufenden Monats- und Jahreserhebungen (Kostenstruktur- und Investitionserhebungen) entnommen werden. Im 1. Statistikbereinigungsgesetz wurde als Konsequenz aus den bei den vorangegangenen Zensen aufgetretenen Schwierigkei-

ten darüber hinaus die originäre Befragung der Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe gestrichen und durch eine Schätzung der Nettoproduktionswerte über die Lohn- und Gehaltssumme ersetzt.

Kernstück des neuen Systems sind die Jahreserhebungen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Unternehmens- und Investitionserhebungen und die Kostenstrukturhebungen. Die Kostenstrukturhebungen, die in erster Linie der Erfassung und Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen und Erträge dienen, werden – wie erwähnt – zentral vom Statistischen Bundesamt auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Im Gegensatz zu den früheren Erhebungen dieser Art, bei denen die Auskunftserteilung noch freiwillig war, besteht nunmehr Auskunftspflicht, wodurch die Voraussetzung für die Anwendung eines mathematischen Hochrechnungsverfahrens geschaffen wurde. Als Hochrechnungsrahmen dienen die Unternehmenserhebungen, die für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes Angaben über den Wirtschaftszweig, die Beschäftigten, die Umsätze und die Lohn- und Gehaltssummen liefern. Im verarbeitenden Gewerbe werden seit 1977 die Jahresergebnisse für Unternehmen durch die Addition entsprechender Angaben des monatlichen Berichtssystems ermittelt, so daß die jährliche Befragung der Statistischen Landesämter hier auf die Anlage- und Vorratsinvestitionen beschränkt werden konnte. In der Energie- und Wasserversorgung und im Baugewerbe werden noch kombinierte Unternehmens- und Investitionserhebungen durchgeführt. Während die Befragung und Aufbereitung der Ergebnisse im Baugewerbe von den Statistischen Landesämtern vorgenommen werden, erfolgt eine Aufbereitung der Daten der Unternehmens- und Investitionserhebung in der Energie- und Wasserversorgung vom Statistischen Bundesamt. Neu eingeführt wurde eine Jahreserhebung im Ausbaugewerbe, die sich angesichts der kleingewerblichen Struktur dieses Wirtschaftsbereiches auf die wichtigsten Eckdaten beschränkt.

Kernstück des kurzfristigen Berichtssystems ist die monatliche Berichterstattung, die von den Betrieben als örtliche Einheit ausgeht. Dem Unternehmenskonzept folgend umfaßt sie alle Betriebe der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, sofern der Schwerpunkt des Betriebes innerhalb des produzierenden Gewerbes liegt. Sind die örtlichen Einheiten zugleich Hauptverwaltungen von Mehrbetriebsunternehmen, haben sie neben den Angaben für die örtliche Einheit selbst auch Angaben für das Unternehmen als Ganzes einschließlich der nicht getrennt erfaßten Betriebe zu machen. Um das Bild abzurunden, werden wie bisher auch industrielle bzw. handwerkliche Betriebe von Unternehmen außerhalb des produzierenden Gewerbes erhoben, wenn die Betriebe 20 und mehr Personen beschäftigen. Mit diesem Verfahren werden sowohl die Forderung des Bundes nach einer vollständigen Unternehmensberichterstattung als auch die der Länder nach Regionalisierung der Ergebnisse weitgehend erfüllt.

Der Hauptzweck des monatlichen Berichtssystems liegt in der Bereitstellung von Daten für die laufende Konjunkturbeobachtung. Schnelligkeit hat hier Vorrang vor der letzten Genauigkeit der Angaben. Die monatliche Unternehmensberichterstattung im Bergbau und ver-

arbeitenden Gewerbe ersetzt durch Kumulierung der 12 Monatergebnisse die bisherigen eigenständigen jährlichen Unternehmenserhebungen in diesem Bereich. An den Merkmalen des Monatsberichts im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (Beschäftigte, Umsatz, Auftragseingänge, Lohn- und Gehaltssumme, geleistete Arbeiterstunden, Energieverbrauch sowie Heizöl- und Kohlebestände) hat sich nichts geändert. Auch die Aufteilung der Betriebe nach fachlichen Betriebsteilen besteht fort. Eine Änderung ist dagegen beim Produktionseilbericht eingetreten. Die monatlich ermittelte Produktion wurde auf höchstens 1 000 Warenarten ausgeweitet, wodurch bei zunehmender Ausweitung und Differenzierung der Produktionsprogramme die Berechnungsunterlagen der Produktionsindizes verbessert werden konnten. Im Bauhauptgewerbe wird der Monatsbericht ebenfalls nach altem Muster weitergeführt. Neu ist hier, wie bei den Jahreserhebungen, die Einbeziehung des Ausbaugewerbes in die laufende Berichterstattung.

Die vierteljährliche Produktionsstatistik wurde ebenfalls auf das produzierende Handwerk ausgedehnt. Das der Erhebung zugrundeliegende Warenverzeichnis für die Industriestatistik, das rund 6 000 Produktgruppen umfaßt, ist in der Ausgabe 1975 bereits den Erfordernissen der neuen Statistik im produzierenden Gewerbe angepaßt worden. Mit der Neufassung und Umbenennung der Systematik in Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, das nunmehr auch die Land- und Forstwirtschaft einbezieht, wurde sie den inzwischen geänderten Gegebenheiten angepaßt. Neben der zum Absatz bestimmten Produktion wird in der vierteljährlichen Produktionsstatistik stärker als bisher auf die Gesamtproduktion abgestellt.

3. Ausblick

Obwohl die Reform der Industriestatistik mit der Umstellung des Produktionseilberichts und der damit verbundenen Einführung der neuen Eilberichts-Nomenklatur (Ausgabe 1981) ab Januar 1981 abgeschlossen war, werden noch Überlegungen zur Verbesserung des Berichtssystems angestellt, insbesondere, wie das Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren rationeller und mit geringerem Aufwand für die Auskunftspflichtigen gestaltet werden kann.

Eine Möglichkeit besteht z. B. im Übergang von einer originären Erhebung auf ein Schätzverfahren, wie es zur Zeit bei der Statistik für fachliche Unternehmensteile im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erprobt wird. Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe sah in seiner Fassung von 1975 in § 3 Buchstabe B Ziffer III bei den Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten, die zur Kostenstrukturhebung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe meldepflichtig sind, eine Erhebung über fachliche Unternehmensteile vor. Diese Bestimmung wurde in Anlehnung an die Richtlinie 72/221 des Rates der Europäischen Gemeinschaft geschaffen, nach der die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist, Angaben für fachliche Unternehmensanteile an das Statistische Amt der Europäischen Gemein-

schaft zu liefern. Da von vornherein klar war, daß eine solche Erhebung eine hohe zusätzliche Belastung für die Unternehmen bedeuten würde, wurden frühzeitig Überlegungen angestellt, wie sie durch ein fundiertes Schätzverfahren auf der Grundlage der im Monatsbericht für Betriebe erfragten fachlichen Betriebsteile ersetzt werden kann. Erste Vorstellungen von einem solchen Schätzverfahren wurden im Fachausschuß Statistiken im Produzierenden Gewerbe im Januar 1980 vortragen. Inzwischen sind an Hand von Einzeldaten aus dem Monatsbericht für Betriebe und der vierteljährlichen Produktionsstatistik Berechnungen für die Jahre 1978 bis 1982 durchgeführt worden, die es zuließen, die Erhebung für den Bergbau und das verarbeitende Gewerbe sowie für das Baugewerbe durch die Statistikbereinigungsverordnung auszusetzen. Von einer endgültigen Einstellung der Erhebung hat der Gesetzgeber wegen der noch nicht abgeschlossenen Diskussion über die endgültige Arbeitsteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern bei den künftigen Berechnungen zunächst noch abgesehen.

Eine Rationalisierung durch Schätzverfahren anstelle einer originären Erhebung wurde auch beim Zensus im produzierenden Gewerbe 1985 gesehen, obwohl die Aussagekraft der Ergebnisse vor allem für regionale Untersuchungen dadurch erheblich eingeschränkt ist. Mit der Verordnung vom 8. Oktober 1985 wurde die Erhebung daher ausgesetzt. Grundlage des Zensus bildet nunmehr die Kostenstrukturhebung, deren Daten zunächst zur Schätzung der Angaben der nicht in die Stichprobe der Kostenstrukturhebung einbezogenen Unternehmen dient. Die Ermittlung der Nettoproduktionswerte der Betriebe erfolgt mit Hilfe eines gegenüber dem Zensus 1979 verfeinerten Verfahrens, in dem neben dem Produktionsfaktor Arbeit auch der Produktionsfaktor Kapital anteilmäßig berücksichtigt wird. Die Berechnungen, deren Ergebnisse vor allem für die Bereitstellung eines aktualisierten Gewichtungsschemas im Rahmen der Umstellung des Produktionsindex auf eine neue Basis benötigt werden, werden zur Zeit angestellt.

Sowohl die Entlastung der Berichtspflichtigen, als auch eine zeitgemäßere Befragung liegen den Überlegungen zur Verbesserung der Erfassung des Energieverbrauchs im Monatsbericht für Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes zugrunde. Durch Simulationsrechnungen werden zur Zeit die Grundlagen für eine Teilerhebung in diesem Bereiche geschaffen. Mit einer schriftlichen und mündlichen Umfrage soll ferner auf freiwilliger Basis ermittelt werden, welche Energieträger von den Betrieben verwendet werden, und inwieweit die Betriebe in der Lage sind, laufende Angaben über ihren Einsatz zu machen.

Mit einer Umfrage auf freiwilliger Basis über die Möglichkeit der Erfassung der Produktion von Dienstleistungen soll ein Weg gefunden werden, um Informationen über diesen wichtigen und wachsenden Wirtschaftsbereich zu gewinnen. Die Revision des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken zum 1. Januar 1989 sieht bereits eine Erweiterung der Systematik um ein Güterverzeichnis für Dienstleistungen vor.

J. Bautätigkeit und Wohnungen

Während zunächst die Unterbringung der Bevölkerung bei Wohnraummangel durch die Kriegszerstörungen und zusätzlicher Wohnraumbedarf für die Vertriebenen und Flüchtlinge das vordringliche Problem war, wurden erste Informationen über den Wiederaufbau ab Oktober 1949 über die schon vor dem zweiten Weltkrieg bestehende Bautätigkeitsstatistik monatlich eingeholt. Seit 1960 ist diese Statistik durch Bundesgesetz geregelt.

1. Laufende Erfassung der Bautätigkeit

Durch die Bautätigkeitsstatistik werden die erteilten Baugenehmigungen, die Baufertigstellungen und der Bauüberhang erfaßt. Erhebungsgegenstand sind die genehmigungs- und zustimmungspflichtigen Bauvorhaben, durch die Wohn- oder Nutzraum zugeht, abgeht oder baulich geändert wird. Die unteren Bauaufsichtsbehörden übermitteln dem Statistischen Landesamt monatlich die Meldungen. Die erteilten Baugenehmigungen enthalten u.a. Angaben über den Bauherrn, Lage und Art des Gebäudes, Art der Bautätigkeit und Bauweise, den umbauten Raum, die Wohn- bzw. Nutzfläche, die Baukosten sowie die Zahl der Wohnungen und Wohnräume. Mit Inkrafttreten des Zweiten Baustatistischen Gesetzes im Januar 1979 wurde der Merkmalenkatalog insbesondere um städtebauliche Kriterien, Fragen der Energieverwendung und der verwendeten Baustoffe ergänzt. Durch vielfältige Kombinationen erfolgte eine Ausweitung des Tabellenprogramms, so daß die Statistik der Baugenehmigungen umfassend Aufschluß über das Ausmaß der geplanten Baumaßnahmen und die voraussichtliche Entwicklung der Bauwirtschaft geben kann.

Die Baufertigstellungen werden in dem gleichen Umfang wie die Baugenehmigungen erfaßt. Der Aussagewert der monatlichen Ergebnisse wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß die Baufertigstellungen in vielen Fällen den Bauämtern von den Bauherren nicht oder nicht rechtzeitig angezeigt werden. Eine genaue Bestimmung der Fertigstellungen läßt sich nur im Zusammenhang mit der Bauüberhangserhebung für das gesamte Jahr vornehmen. Diese Erhebung wird jeweils zum Jahresende als Bestandsaufnahme der genehmigten aber noch nicht fertiggestellten Baumaßnahmen durchgeführt und schließt damit die Statistik der Baugenehmigungen und der Baufertigstellungen ab.

Um den Abgang von Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen durch Abbruch, Brand usw. genauer registrieren zu können, besteht seit 1979 eine eigenständige Abgangserhebung.

Die Bautätigkeitsstatistik wird ergänzt durch die Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Diese 1952 eingeführte Erhebung erfaßte früher vierteljährlich und seit einigen Jahren jährlich nach den Angaben der Landesbank Rheinland-Pfalz – Landestreuhandstelle – die mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben nach Art, Kostenzusammensetzung und Finanzierungsquellen. Seit 1983 werden die fertiggestellten Sozialwohnungen von der Lan-

destreuhandstelle dem Statistischen Landesamt gemeldet. Diese Jahresstatistik vermittelt detaillierte Ergebnisse über den Zugang öffentlich geförderter Wohnungen.

2. Totalzählungen und Stichproben

Ausgangs- und Endpunkt der Bautätigkeitsstatistik ist die Gebäude- und Wohnungszählung. Während die Bautätigkeitsstatistik auf die periodische Erfassung des Zu- und Abgangs an Gebäuden und Wohnungen (Ereignismasse) gerichtet ist, wird durch die Gebäude- und Wohnungszählung in größeren Zeitabständen der Gesamtbestand an Gebäuden und Wohnungen (Bestandsmasse) aufgenommen. Die erste Gebäude- und Wohnungszählung nach dem Kriege fand zum 13. September 1950 im Rahmen des Weltzensus statt. Sie ermittelte die Gebäude nach Art, Größe, Alter, Kriegsschäden und Eigentumsverhältnissen sowie die Wohnungen und Wohnräume nach Art, Ausstattung, Größe, Belegung und Mietverhältnissen. Darüber hinaus wurde durch eine Nacherhebung zum 22. Juni 1951 bei 2,5 vH der Untermieterparteien die von den Untermietern gezahlten Mieten nach der Zahl, Art, Ausstattung und Größe der Räume und nach den in Anspruch genommenen Vermieterleistungen erfragt.

Infolge der damals stürmischen Entwicklung des Wohnungsbaues waren die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 rasch überholt. Um aktuelle Unterlagen für die politisch besonders bedeutsame Wohnungswirtschaft zu erhalten, wurde bereits 1956 eine neue Zählung angeordnet, die in drei Stadien durchgeführt wurde:

- (1) eine Totalerhebung wohnungs- und bevölkerungstatistischer Daten zum 25. September 1956, deren Programm in den Grundzügen dem der Zählung von 1950 entsprach,
- (2) eine 10%ige in die Totalerhebung eingebaute Repräsentativerhebung mit einigen weitergehenden Fragen,
- (3) eine 1%ige repräsentative Zusatzerhebung im Frühjahr 1957 (Wohnungsstichprobe), in der die gegebenen Wohnverhältnisse im einzelnen sowie die Wohnungswünsche und die finanziellen Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Wünsche durch Interviewer ermittelt wurden. Die 1%ige Erhebung wurde mit annähernd gleichem Programm 1960 wiederholt.

Die Gebäudezählung 1961 mit Stichtag 6. Juni als Teil der Volkszählung bot die nächste Gelegenheit, die Gebäudeeigentümer über die Wohnverhältnisse in ihren Häusern zu befragen. Neu war die Typisierung der Wohngebäude an Hand des Baualters und des baulichen Zustandes, der Wasserversorgung und der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung. Hiermit sollten vor allem die Sanierungsgebiete in den Städten und der Ersatzbedarf an Wohnungen festgestellt werden.

Das Jahr 1965 brachte eine neue 1%ige Wohnungsstichprobe, bei der neben den auch früher erfragten Merkmalen die Förderung mit öffentlichen Mitteln und besonders die Ausstattung der Wohnungen nach der

Art der Heizanlagen und geplanter Umstellungen sowie der Zustand der sanitären Einrichtungen und hierfür geplante Einbauten, die Ausstattung der Küchen und die Abstellmöglichkeiten für private Kraftwagen festgestellt wurden.

Drei Jahre später fand wieder eine totale Gebäude- und Wohnungszählung mit Stichtag 25. Oktober 1968 statt. Der umfangreiche Katalog der Merkmale, der sich bei früheren Zählungen herausgebildet hatte, wurde auch diesmal nahezu vollständig wieder erfragt. Den Zeitverhältnissen folgend wurden zusätzlich die Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer, die Unterbringung junger Ehepaare und die leerstehenden Wohnungen besonders untersucht.

Aus der Entwicklung des Programms der bisherigen Wohnungszählungen und Wohnungsstichproben zeigte sich, daß zu den quantitativen Versorgungsproblemen der ersten Nachkriegsjahre qualitative Gesichtspunkte getreten sind. Auch die schrittweise Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die gesetzlich an nicht ganz befriedigende statistische Kriterien gebunden wurde, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Die 1 %ige Wohnungsstichprobe 1972 führte die Entwicklung weiter und erfaßte daher nicht nur die klassischen Merkmale früherer Erhebungen, sondern suchte auch statistische Unterlagen für das Modernisierungsprogramm des Altwohnungsbestandes und für die Ziele des Städtebauförderungsgesetzes und des Bundesbaugesetzes zu liefern.

Eine für das Jahr 1975 vorgesehene Gebäude- und Wohnungszählung scheiterte aus finanziellen Gründen. Die 1 %ige Wohnungsstichprobe 1978 erfaßte neben den klassischen Gebäude- und Wohnungsfragen in breitem Umfang Daten über das Wohnumfeld.

Der 1983 ausgesetzten und mit Stichtag 25. Mai 1987 nachgeholten Volkszählung wurde eine Gebäude- und Wohnungszählung angeschlossen, wobei – im Vergleich zu früheren Erhebungen – der Fragenkatalog erheblich reduziert ist.

Die Wohnungszählungen und die Bautätigkeitsstatistik ermöglichen eine jährliche gemeindeweise Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Ende der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre wurde sie ergänzt durch Veränderungen, die sich aus der Freigabe bzw. Inanspruchnahme von Wohnungen durch die ausländischen Streitkräfte ergaben. Die 1952 eingeführte und 1960 wieder eingestellte Statistik der Wohnraumvergaben im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau lieferte über die Wohnungsämter Angaben der berechtigten Personengruppen sowie Personen- und Raumzahl. Bis Ende 1956 wurden auch die Vergaben aus dem Altbestand des bewirtschafteten Wohnraumes erfaßt.

K. Handel und Gastgewerbe, Außenhandel

1. Binnenhandels- und Gastgewerbestatistiken

Über den Binnenhandel und das Gastgewerbe, denen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft neben der Land- und

Forstwirtschaft und dem produzierenden Gewerbe eine besondere Bedeutung zukommt, liegt vergleichsweise nur spärliches statistisches Informationsmaterial vor. Während laufende monatliche Umsatzstatistiken als Konjunkturstatistiken auf repräsentativer Grundlage schon relativ frühzeitig durchgeführt wurden, fand die erste umfassende Totalerhebung für diesen Bereich erst 1960 statt. Die Arbeitsstättenzählung 1950, die alle Wirtschaftsbereiche umfaßt, konnte nur wenige Eckdaten liefern.

Die Statistik der Umsätze des Einzelhandels wurde in Rheinland-Pfalz im April 1951 aufgenommen. Sie stützte sich auf die monatlichen Meldungen eines ausgewählten Kreises von Fachgeschäften, Warenhäusern und Konsumgenossenschaften und stellte eine wesentliche Grundlage für die kurzfristige Konjunkturbeobachtung dar. Seit 1957 wurde außerdem einmal jährlich der Wert der Wareneingänge und des Warenbestandes zur Ermittlung des Rohertrages erfaßt. Die laufende Großhandelsstatistik wird seit 1951 bis heute zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Erst im Jahre 1960 wurde die laufende Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik bundesgesetzlich geregelt. Grundlage waren von nun an das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960 und das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960. Mit den Ergebnissen der ersten Handels- und Gaststättenzählung als Totalerhebung in der Nachkriegszeit lag nunmehr eine Grundgesamtheit vor, aus der erstmals eine Zufallsstichprobe nach einem mathematischen Auswahlverfahren gezogen werden konnte und die eine Hochrechnung der Daten der laufenden Berichterstattung ermöglichte. Während im Handel bereits seit vielen Jahren, wenn auch nur für Teilbereiche, kurzfristige statistische Erhebungen bestanden, wurde im Gastgewerbe die Berichterstattung im Anschluß an den Handels- und Gastgewerbebezensus erstmals eingeführt. Erhebungsmerkmale waren ausschließlich Umsatz und Beschäftigte, die zu auf Basis 1962 = 100 bezogene Meßzahlen umgerechnet wurden. Im Gegensatz zu den entsprechenden Erhebungen im Groß- und Einzelhandel sah das Gesetz keine zusätzliche Jahreserhebung für die Erfassung der Wareneingänge und -bestände im Gastgewerbe vor.

Erfolgte mit der zweiten Handels- und Gaststättenzählung von 1968 lediglich eine Neuauswahl für die laufenden Statistiken im Handel und Gastgewerbe und eine Umstellung der Berichterstattung auf die Basis 1970 = 100, wurde mit dem Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe vom 10. November 1978 ein neues statistisches Berichtssystem eingeführt. Durch Zusammenfassung, Vereinheitlichung, Straffung und Ergänzung der Rechtsgrundlagen entstand damit, ähnlich wie im produzierenden Gewerbe, ein aufeinander abgestimmtes System laufender und mehrjähriger Erhebungen. Wichtige Elemente hierfür standen mit den laufenden Monats- und Jahresstatistiken bereits zur Verfügung. Außerdem konnten die Erfahrungen aus den Handels- und Gaststättenzählungen genutzt werden.

Eckpfeiler des neuen Systems sind die Handels- und Gaststättenzählungen, die sich als totale Bestandsaufnahmen auf die Erfassung von wenigen, wichtigen Merkmalen, wie Umsatz, Beschäftigte und Kapazitätsangaben konzentrieren. Ihre Ergebnisse lassen sich in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung darstellen und decken damit insbesondere auch den regionalstatistischen Zahlenbedarf ab. Ausgehend von der damaligen Annahme, daß alle zehn Jahre zu Beginn eines Jahrzehnts eine um die Erfassung des Umsatzes erweiterte Arbeitsstättenzählung durchgeführt wird, sieht das Handelsstatistikgesetz vor, daß der Handelszensus ab 1985 ebenfalls alle zehn Jahre aber in der Mitte eines jeden Jahrzehnts stattfindet. Als Grundlage für den Übergang auf das neue System war eine Handels- und Gaststättenzählung für 1979 vorgesehen. Damit hätte alle fünf Jahre eine Auswahlgrundlage für die Ziehung einer Zufallsstichprobe für die laufende Berichterstattung zur Verfügung gestanden. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß eine Erweiterung des Frageprogramms der Arbeitsstättenzählung um den Umsatz nicht durchsetzbar und nicht einmal eine zehnjährige Periodizität im Einklang mit dem internationalen Vorgehen sichergestellt ist, so daß im Jahre 1990 erstmals eine Lücke im Datenangebot entstehen wird.

Neben der Lieferung von tiefgegliederten Ergebnissen fällt der Handel- und Gaststättenzählung innerhalb des Systems die wichtige Aufgabe zu, die Auswahlgrundlage und den Hochrechnungsrahmen für die repräsentativen Monatsstatistiken, Jahres- und Ergänzungserhebungen in den gebotenen Zeitabständen bereitzustellen, so daß die Stichprobenerhebungen rechtzeitig aktualisiert und die jeweils einbezogenen Unternehmen soweit wie möglich ausgetauscht werden können.

Kernstück des neuen Berichtssystems bilden die repräsentativen Jahreserhebungen, die einen umfassenden Einblick in die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung eingetretenen Veränderungen jährlich vermitteln. Sie sind über den Großhandel und Einzelhandel hinaus auf die Handelsvermittlung und das Gastgewerbe ausgedehnt und inhaltlich vervollständigt worden, insbesondere um einige Merkmale, die früher nur in Handels- und Gaststättenzählungen erhoben wurden. Ferner wurden in Anlehnung an das Produzierende Gewerbe die Investitionen in das Frageprogramm übernommen. In zeitlichen Abständen von fünf bis sieben Jahren werden die Jahreserhebungen mit Ergänzungserhebungen verbunden, die unter anderem der Untersuchung der Sortimentszusammensetzung und der Bezugs- und Absatzwege dienen. Die Ergebnisse der Ergänzungserhebungen sind eine wesentliche Grundlage für die Analyse der Marktverflechtungen in der Volkswirtschaft.

Die monatlichen Erhebungen im Großhandel, Einzelhandel und Gastgewerbe dienen in erster Linie der Konjunkturanalyse. Sie müssen besonders aktuelle Ergebnisse liefern und enthalten deshalb nur Angaben über den Gesamtumsatz und die Beschäftigung. Im Bereich der Handelsvermittlung wurde auf eine monatliche Berichterstattung verzichtet.

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen wurde der Erhebungsumfang der monatlichen, jährlichen, mehr-

jährigen Repräsentativerhebungen im Einzelhandel von 40 000 auf 25 000 Unternehmen und im Gastgewerbe von 15 000 auf 8 000 Unternehmen im Bundesgebiet reduziert. Die Verringerung des Stichprobenumfangs im Einzelhandel von 9 auf 5,7 % und im Gastgewerbe von 7,5 auf 4 % der Grundgesamtheit hatte allerdings zur Folge, daß in Ländern, wie Rheinland-Pfalz, die fachliche Darstellungstiefe der Ergebnisse erheblich eingeschränkt werden mußte. Eine weitere Entlastung brachte die Statistikbereinigungsverordnung, durch die der Turnus der Erhebungen in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert wurde.

2. Fremdenverkehrsstatistik

Der Fremdenverkehr, der in Rheinland-Pfalz infolge seiner reizvollen Mittelgebirgslandschaft eine besondere Rolle spielt, wird seit April 1951 statistisch erfaßt, nachdem durch Probezählungen in den Sommerhalbjahren 1948, 1949 und 1950 die Unterlagen für den Erlaß einer entsprechenden Rechtsgrundlage geschaffen worden waren. Grundlage für die Fremdenverkehrsstatistik war zunächst das Landesgesetz über Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz vom 19. März 1951. Danach waren von den Inhabern und Leitern gewerbsmäßiger Beherbergungsstätten sowie den Privatzimmervermietern monatlich Angaben über Fremdenmeldungen und -übernachtungen und halbjährlich Angaben über die Beherbergungskapazität zu machen. Bereits damals wurden die Gemeinden, Kur- und Badeverwaltungen zur Mitwirkung an den Erhebungen verpflichtet.

Auf Bundesebene wurde die Fremdenverkehrsstatistik in den 50er Jahren zunächst durch Rechtsverordnungen geregelt. Während im rheinland-pfälzischen Landesgesetz keine Einschränkung für die einzubeziehenden Gemeinden vorgenommen wurde, galt die Bundesstatistik nur für solche Gemeinden, in denen die Zahl der Fremdenübernachtungen im Laufe eines Jahres mindestens 25 % der Einwohner betrug, oder die nach Feststellung einer Landesregierung von besonderer Bedeutung für den Fremdenverkehr war. Erst mit dem Bundesgesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960 wurde eine Höchstzahl von 3 000 im Bundesgebiet zu erfassenden Gemeinden genannt.

Erheblicher Nachteil dieses Verfahrens der Berichtskreisauswahl war, daß die einzubeziehenden Gemeinden in regelmäßigen Abständen (rund alle fünf Jahre) nach bundeseinheitlichen Kriterien neu ausgewählt werden mußten und damit jedesmal ein Bruch entstand, der durch Verknüpfung der Zeitreihen überbrückt werden mußte. Dies war einer der Hauptgründe für die Neugestaltung der Fremdenverkehrsstatistik mit dem Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr vom 14. Juli 1980. Das neue Konzept sah anstelle der bisherigen Gemeindeauswahl eine Teilstatistik vor, die sich auf alle Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten bezieht, unabhängig davon, in welcher Gemeinde sie betrieben werden. Bei der Abschneidegrenze knüpfte man an den Erlaubnisvorbehalt des Gaststättengesetzes vom 5. Mai 1970 an. Die Ergeb-

nisse der neuen Statistik gestatten einwandfreie zeitliche, strukturelle und regionale Vergleiche unter den einzelnen Bundesländern. Außerdem ist es unempfindlich gegen Änderungen der Verwaltungsstrukturen. Als gravierender Nachteil erwies sich jedoch, daß bei regionalen Darstellungen unterhalb der Landesebene die typischen Erholungsgebiete mit einem hohen Anteil von Privatzimmervermietungen stark unterrepräsentiert wurden. Dies führte dazu, daß einzelne Länder, insbesondere Rheinland-Pfalz, die Kleinbetriebe und Privatquartiere in den Gemeinden, die von besonderer Bedeutung für den Fremdenverkehr sind, aufgrund landesgesetzlicher Regelung weiterhin erfassen. Wiederholte Bestrebungen, diese Regelung in das Bundesgesetz zu übernehmen, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

3. Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) mit dem Ausland (ohne Währungsgebiet der D-Mark-Ost) dar. Die Ergebnisse dieser Statistik sind, insbesondere seit ab 1970 neben der Ausfuhr auch die Einfuhr nach Bundesländern dargestellt wird, auch für Landeszwecke von besonderer Bedeutung. Während die Angabe des Ursprungsbundeslandes bei der Ausfuhr meist unproblematisch ist, müssen bei der Angabe des Zielbundeslandes bei der Einfuhr größere Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden, weil der Importeur den endgültigen Verbleib der eingeführten Ware häufig nicht mit Genauigkeit angeben kann. Außerdem handelt es sich bei der Einfuhr um die Ergebnisse des Generalhandels, der sich vom Spezialhandel (Ausfuhr) durch den unterschiedlichen Nachweis der auf Lager eingeführten Waren unterscheidet. Von einer vergleichenden Gegenüberstellung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist daher abzuraten.

Die Ein- und Ausfuhr der Waren nach Menge, Wert, Herstellungs- und Verbrauchsländern wurde bereits im Vereinigten Wirtschaftsgebiet nachgewiesen. Das Verfahren ist verbessert und den internationalen Erfordernissen, besonders der OECD und später der EWG angepaßt worden. Da an den Innengrenzen der EWG die zollamtlichen Kontrollen bisher aufrechterhalten wurden, konnte auch der Erhebungsweg über die Zollanmeldestellen weiterhin beschritten werden. Problematisch wird die Weiterführung der Außenhandelsstatistik nach Aufhebung der Zollkontrollen an den EG-Binnengrenzen, die zum 1. Januar 1992 geplant ist. Da auch nach diesem Zeitpunkt noch Ergebnisse über den INTRA-Handel in relativ detaillierter Form benötigt werden, wird zur Zeit geprüft, ob eine Erhebung unmittelbar bei den Außenhandelsfirmen die entstehende Lücke zu schließen vermag. Gewisse Änderungen in der Erfassungsgrundlage der Außenhandelsstatistik ergeben sich aus der bereits zum 1. Januar 1988 vorgesehenen Einführung des sogenannten „Einheitspapiers“ zur Dokumentation des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zwischen den EG-Mitgliedstaaten und Drittländern. Es ist jedoch sichergestellt, daß zumindest bis Ende 1991 die Daten über die Aus- und Einfuhren wie bisher nach den Staaten der EG und nach Bundesländern darstellbar sind.

L. Verkehr

Die Verkehrsstatistik gehört zu den ältesten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Sie wird zum Teil zentral vom Statistischen Bundesamt, zum Teil vom Kraftfahrt-Bundesamt und anderen Stellen bearbeitet. Bei den im Statistischen Bundesamt konzentrierten Aufgaben handelt es sich im wesentlichen um die Güterbewegungsstatistik, die Unternehmensstatistik in der Binnenschifffahrt und die Rohrfernleitungsstatistik. Im Kraftfahrt-Bundesamt werden die Statistiken des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes sowie der Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern erstellt. Teilweise wird im Kraftfahrt-Bundesamt und in der Bundesanstalt für Güterfernverkehr die Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen durchgeführt. Die Statistischen Landesämter sind an der Bereitstellung der Angaben für die Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr, die Statistik der Straßenverkehrsunfälle, die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Luftfahrtstatistik beteiligt. Diese organisatorische Zersplitterung erschwerte in der Nachkriegszeit die Koordinierung.

Die Verkehrsstatistiken wurden in ihrer ursprünglichen Konzeption stark unter funktionalen Gesichtspunkten gesehen und lieferten vor allem Daten über Fahr- und Beförderungsleistungen nach Verkehrszweigen. Erst der Verkehrszensus 1962 brachte auch institutionell gegliederte Ergebnisse, die es ermöglichen, den Beitrag des Verkehrssektors zum Bruttosozialprodukt zu ermitteln.

1. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Die Personenbeförderung im Straßenverkehr wird vom Statistischen Landesamt seit Mitte 1949 erhoben. Rechtsgrundlage bildete zunächst noch das Gesetz über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934. Ab 1957 waren der Berichtskreis, die Periodizität, die Erhebungsmerkmale und andere Grundlagen dieser Statistik durch auf jeweils drei Jahre befristete Rechtsverordnungen geregelt. Mit dem Gesetz über die Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 28. Dezember 1968 wurde eine unbefristete Rechtsgrundlage geschaffen, die mit gewissen Modifizierungen im wesentlichen bis heute Gültigkeit besitzt.

Es gibt neben einer monatlichen Verkehrsstatistik eine jährliche Unternehmensstatistik. Auskunftspflichtig für beide Erhebungen sind – von einigen Ausnahmen abgesehen – alle Unternehmen, die genehmigungspflichtigen Verkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz betreiben. In der monatlichen Verkehrsstatistik werden die Zahl der beförderten Personen, die Personen-Kilometer, die Höhe der Einnahmen sowie die Wagen-Kilometer erfragt. Die jährliche Unternehmensstatistik liefert dagegen Angaben über die Tätigkeit des Unternehmens, Umsätze, Beschäftigte, Fahrzeugbestand und -kapazität sowie Anzahl und Länge der betriebenen Linien.

Wesentliche Änderungen der Personenbeförderungsstatistik, die vor allem eine Entlastung der Aus-

kunftpflchtigen zum Ziel hatten, brachte das 1. Statistikbereinigungsgesetz. Danach wurde die monatliche Berichtspflicht im Rahmen der Verkehrsstatistik auf die Unternehmen mit jhrlichen Befrderungsentgelten in Hhe von drei Millionen DM oder mehr im Linienverkehr beschrnkt. In der neuen Monatsstatistik waren nur Angaben ber den Linienverkehr zu machen. Der darber hinausgehende Linienverkehr und der Gelegenheitsverkehr wurden nur noch vierteljhrlich erhoben und beim Gelegenheitsverkehr auf die Unternehmen mit vier und mehr Bussen beschrnkt. Die Verkehrsleistungen des Gelegenheitsverkehrs waren von den Unternehmen mit weniger als vier Bussen jhrlich zu melden. Das 2. Statistikbereinigungsgesetz brachte weitere Vereinfachungen, wie den vollstndigen Verzicht auf die monatliche Statistik, die Einschrnkung des zu erfassenden Kraftfahrzeugverkehrs auf den Verkehr mit Kraftomnibussen, Obussen und Straenbahnen sowie die generelle Anhebung der Erfassungsgrenze bei Kraftomnibussen auf sechs Busse. Darber hinaus entfällt die jhrliche Erfassung der Befrderungsleistungen der kleinen Unternehmen im Gelegenheitsverkehr.

2. Statistik der Straenverkehrsunfälle

Die Statistik der Straenverkehrsunfälle wurde in Rheinland-Pfalz bereits Anfang 1947 wieder eingeführt. Sie beschrnkte sich zunchst auf die monatliche Zusammenstellung einiger wichtiger Angaben, wurde aber Anfang der 50er Jahre weiter ausgebaut. Im Interesse einer schnellen Berichterstattung sind schon damals die Meldungen der Polizeidienststellen halbmonatlich eingeholt und aufbereitet worden. Bundesweit besteht die Straenverkehrsunfallstatistik ab 1948, zunchst durch Erlass, ab 1955 aufgrund von Rechtsverordnungen, bis mit dem Gesetz zur Durchfhrung einer Straenverkehrsunfallstatistik vom 18. Mai 1961 die ununterbrochene, unveränderte Fortfhrung der Statistik gesichert wurde. Eine Neufassung des Gesetzes erfolgte erst im Jahre 1982 und brachte im wesentlichen nur eine Anhebung der Untergrenze der auszuwertenden Sachschadensunfälle auf 3 000 DM.

Im Jahre 1975 wurde das Aufbereitungsverfahren grundlegend reformiert, ohne jedoch den gesetzlich vorgegebenen Rahmen zu durchbrechen. Wurden frher die ausschlielich fr Verwaltungszwecke konzipierten Verkehrsunfallanzeigen der Polizei durch Übertragen der statistikrelevanten Angaben in Datenerfassungslisten ausgewertet, entwickelten die an den Informationen der Statistik interessierten Stellen gemeinsam mit der Polizei eine Verkehrsunfallanzeige, die von vornherein beiden Zwecken gerecht wird und ein manuelles Übertragen von Daten berflüssig macht. Durch die gleichzeitige Einfhrung eines neuen Erhebungsmerkmals, den Unfalltyp, der den Verkehrsvorgang bzw. die Konfliktsituation charakterisiert, woraus der Unfall entstanden ist, konnten die Mglichkeiten fr die Analyse des rtlichen Unfallgeschehens wesentlich verbessert werden.

3. Binnenschiffahrtsstatistik

Die Binnenschiffahrtsstatistik, die in Rheinland-Pfalz durch die das Land durchquerenden Groowasserstraen Rhein und Mosel eine besondere Rolle spielt, lief

bereits 1947 wieder an, zunchst jedoch nur mit der Erfassung des Gterumschlags in den Rheinhfen. Ab Herbst 1950 erfolgte die Einbeziehung des Schiffsverkehrs. Bundesweit wurden die Binnenschiffahrtsstatistiken in der Nachkriegszeit aufgrund von Bekanntmachungen des Bundesrates von 1907 und 1908 weitergeföhrt. Erst im Jahre 1957 wurde mit dem Gesetz ber die Statistik des Schiffs- und Gterverkehrs auf den Binnenwasserstraen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte eine Rechtsgrundlage fr die Bundesstatistik geschaffen, die bis heute gültig ist.

Erfaßt werden in den Hfen, Lsch- und Ladestellen die Ankunft und Abfahrt von Schiffen (Schiffsverkehr) sowie die von ihnen ein-, aus- und umgeladenen Gter (Gterumschlag). Auskunftpflchtig sind die Schiffsföhrer sowie die Frachtföhrer oder Verfrachter. Die Hafenverwaltungen haben als rtliche Meldestellen die Erhebungsvordrucke auf ihre vollstndige Ausfllung zu überprüfen. Ab 1969 sind die sogenannten Zählkarten in Rheinland-Pfalz so konzipiert worden, daß die Daten im Statistischen Landesamt ohne Übertragung auf Signierlisten direkt maschinell erfaßt werden können. Heute gehen die Hafenverwaltungen in zunehmendem Maße auf eine edv-mäßige Erstellung der Zählkarten ber.

M. Löhne und Gehälter

Der Aufbau der Lohn- und Gehaltsstatistiken entspricht in seinen Grundzügen dem in der statistischen Praxis hufiger anzutreffenden Prinzip, Erhebungen mit umfangreichem Programm, die ins einzelne gehende Ergebnisse liefern, nur in mehrjhrigen Abstnden durchzuföhren, whrend in der Zwischenzeit laufende Erhebungen die Entwicklung der wichtigsten Eckdaten zu erfassen suchen. Diese beiden Typen von Erhebungen werden in der Lohn- und Gehaltsstatistik zum einen durch die Gehalts- und Lohnstrukturhebung sowie die Arbeitskostenerhebung und zum anderen durch die laufenden Verdiensterhebungen repräsentiert. Laufende Verdiensterhebungen finden vierteljhrlich und jhrlich in Industrie und Handel, halbjhrlich im Handwerk und jhrlich in der Landwirtschaft statt.

1. Laufende Verdienststatistiken, Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Die laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel erfolgt in ihrer jetzigen Form seit 1957, besteht in ihren wesentlichen Teilen aber bereits seit März 1950. Nach dem Gesetz ber eine Lohnstatistik vom 18. Mai 1956, geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes ber die Lohnstatistik vom 4. August 1971, findet seit 1957 vierteljhrlich in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober eine Verdiensterhebung in Industrie und Handel statt, die Aufschluß gibt ber die kurzfristige Entwicklung der Effektivverdienste und Arbeitszeiten der Arbeitnehmer in der Industrie, im Baugewerbe, im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungswesen. Bei diesen Erhebungen werden nicht indivi-

duelle Verdienstangaben der einzelnen Arbeitnehmer erfragt, sondern die im Lohnsummenverfahren zusammengefaßten Arbeitszeit- und Verdienstangaben ganzer Arbeitnehmergruppen eines Betriebes. Ermittelt wird das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie der durchschnittliche Bruttostunden- und Wochenlohn und die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter. Angestellte und Arbeiter werden nach Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht gegliedert.

Es handelt sich hierbei um eine repräsentative Erhebung, wobei der Auswahlatz in Rheinland-Pfalz 17,3 % (2 065 Berichtsbetriebe) beträgt. Im produzierenden Gewerbe (außer Hoch- und Tiefbau) bleiben alle Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten, im Hoch- und Tiefbau sowie in den Wirtschaftsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe alle Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten bei der Auswahl unberücksichtigt.

Im Berichtsmonat Oktober 1982 wurde erneut ein großer Teil der erfaßten Firmen gegen bis dahin nicht auskunftspflichtige Betriebe ausgetauscht. Die inhaltliche Vergleichbarkeit der nachgewiesenen Reihen blieb weitgehend erhalten. Die durch den Berichtskreiswechsel in manchen Fällen entstandene Umschichtung der Beschäftigten führte jedoch zu einem Bruch in den Ergebnissen über die Entwicklung der Verdienste. Um diesen möglichst gering zu halten und die Vergleichbarkeit einigermaßen zu gewährleisten, wurden die Durchschnittswerte des früheren Berichtskreises mit Hilfe von Korrekturfaktoren umgerechnet. Ferner ist die Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1979) aktualisiert und den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt worden.

Zur laufenden Lohnstatistik gehört weiterhin die vierteljährliche Berechnung von Indizes der bezahlten Stunden der Arbeiter und der Verdienste von Arbeitern und Angestellten aus den Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel sowie von Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeit und der Tarifsätze. Diese Ermittlungen erfolgen nur für einige größere Bundesländer, nicht jedoch für Rheinland-Pfalz.

Durch die Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 4. August 1971 konnte ab 1971 eine Jahresverdiensterhebung eingeführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die kurzfristige Beobachtung und Beurteilung der Einkommensentwicklung durch die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung abgedeckt, bei der einmalige Zahlungen unberücksichtigt bleiben. Seit Anfang der 70er Jahre fielen einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgratifikationen, Jahresprämien oder zusätzliches Urlaubsgeld immer stärker ins Gewicht, so daß ein weiterer Ausschluß dieser Leistungen nicht mehr vertretbar war.

Die Durchführung der Jahresverdiensterhebung erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und mit dem gleichen Berichtsfirmenkreis wie die vierteljährliche Verdiensterhebung. Erfaßt werden die Bruttojahresverdienste von Personen, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren, ein-

schließlich der Arbeiter und Angestellten, die längere Zeit krank waren. Aus erhebungstechnischen Gründen wird auf die Trennung der Bruttojahresverdienste in laufende und einmalige Zahlungen, auf die Gliederung nach Leistungsgruppen und bei den Angestellten auf den Nachweis nach Beschäftigungsarten verzichtet. Die einmaligen Zahlungen lassen sich jedoch angenähert über einen Vergleich mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung ermitteln.

Zu erwähnen ist noch, daß für den Öffentlichen Dienst wegen der hier eingehaltenen Tarifwahrheit keine Verdiensterhebungen stattfinden. Da hier nur eine Vergütung im Rahmen des Tarifes möglich ist, stehen für diesen Bereich nur Tarifindizes zur Verfügung.

Verdiensterhebung im Handwerk

Die Verdiensterhebung im Handwerk erfolgt ebenfalls aufgrund des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956, und zwar seit 1957 halbjährlich in den Monaten Mai und November. Die Angaben werden nach dem Lohnsummenverfahren auf repräsentativer Grundlage erhoben und dienen zur Darstellung der Entwicklung der laufend gezahlten Verdienste und der Arbeitszeiten der vollbeschäftigten männlichen Arbeiter in neun wichtigen Handwerkszweigen. Die Zahl der in die einzelnen Gewerbebezweige und Betriebsgrößenklassen einzubeziehenden Betriebe wurde nach einem für das Bundesgebiet einheitlichen Auswahlverfahren festgelegt, wobei der Auswahlatz in Rheinland-Pfalz 16 % (1 670 Handwerksbetriebe mit mindestens einem Lohnempfänger) beträgt. Einbezogen werden männliche Arbeiter der Arbeitsgruppen Vollgesellen, Junggesellen und übrige Arbeiter in abhängiger Stellung.

Im Mai 1979 wurde der weitaus größte Teil der seit dem letzten Berichtskreiswechsel im Jahre 1966 betroffenen Firmen gegen bis dahin nicht auskunftspflichtige Betriebe ausgetauscht. Gleichzeitig mit der Neuauswahl der Berichtsbetriebe erfolgten einige methodische Anpassungen an veränderte Erfordernisse. So wurde der zu erfassende Personenkreis auf die männlichen Arbeiter beschränkt, da die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte und der Angestellten im Handwerk von geringerer Bedeutung ist. Weiterhin verzichtete man mit dem Berichtskreiswechsel auf die Gewerbebezweige Herren- und Damenschneiderei. Dafür kam der Zweig Zentralheizungs- und Lüftungsbau neu hinzu, der zuvor teilweise im Bereich Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation enthalten war. Schließlich ist mit der Einführung des neuen Berichtskreises die Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden weggefallen. Es werden nur noch die bezahlten Arbeits- und Mehrarbeitsstunden erfragt.

Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft setzte im März 1957 ein; sie wurde 1974 in das System der Lohnstatistik des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) einbezogen. Das anfänglich auf einer hohen Zahl von Arbeitern in der Landwirtschaft beruhende Auswertungsprogramm ist seit 1977 erheblich reduziert worden. Seit 1980 beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an

dem EG-Programm und führt nur noch die bisherige nationale Erhebung durch, die auf dem Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 basiert. Die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 28. Juli 1982 über von den Mitgliedstaaten durchzuführende Erhebungen über die Verdienste der ständig beschäftigten Arbeiter und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft räumt der deutschen Statistik einige Erleichterungen ein. Allerdings war die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, diese in deutsches Recht umzusetzen, was durch die Änderung des Lohnstatistikgesetzes im Jahre 1985 erfolgte.

Die jährlich im September als Stichprobe stattfindende Verdiensterhebung betrifft in Rheinland-Pfalz 98 Betriebe ab 50 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche mit rund 360 Arbeitern. Die Ergebnisse werden zur Ermittlung der Verdienstsituation (Bruttostundenlöhne nach Qualifikationsgruppen) und der bezahlten Arbeitszeit im Bundesgebiet benötigt.

2. Lohn- und Gehaltsstrukturhebung

Eine Erhebung über die Struktur und die Verteilung der Löhne und Gehälter in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe fand gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 495/78 des Rates zuletzt für den Monat Oktober und das ganze Jahr 1978 statt. Entsprechende Gehalts- und Lohnstrukturhebungen waren 1951 (November), 1957, 1962, 1966, 1972 und 1974 (jeweils Oktober) erfolgt. Die bis dahin getrennt in der Industrie einerseits, im Handel, bei Banken und Versicherungen andererseits durchgeführten Ermittlungen sind erstmals für das Berichtsjahr 1978 zu einer einzigen Gemeinschaftserhebung zusammengefaßt worden. Im Bereich der Industrie erfolgte die Erhebung zuletzt im Jahre 1972, im Groß- und Einzelhandel, bei Banken und Versicherungen zuletzt im Jahre 1974. Außerdem fanden Gehalts- und Lohnstrukturhebungen statt in der Landwirtschaft für die Zeit von November 1949 bis Oktober 1950, von Februar 1953 bis Januar 1954 und von Februar 1962 bis Januar 1963, in der Forstwirtschaft für die Forstwirtschaftsjahre 1950, 1953 und 1962 sowie im Erwerbsgartenbau für Mai 1962. In Rheinland-Pfalz beteiligten sich 1978 bei einem Auswahlatz von 22,2 % knapp 2 000 Betriebe bzw. Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern an der als Stichprobe durchgeführten Erhebung.

Die Gehalts- und Lohnstrukturhebungen ergänzen die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebungen, da das Lohnsummenverfahren für eine Analyse der Gehalts- und Lohnstruktur wenig geeignet ist. Sie liefern tiefgegliederte Angaben über die Struktur der Beschäftigten und die Zusammensetzung ihrer Arbeitsverdienste. Dabei wird insbesondere die Gliederung der Arbeitnehmer nach der Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht berücksichtigt. Für Arbeiter ist ferner die Ermittlung von Arbeitszeiten und Arbeitsverdiensten, getrennt nach Zeit- und Leistungslohn, vorgeschrieben. Gegenüber der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1972 entfielen 1978 einzelne Erhebungstatbestände, und zwar für Arbeiter und Angestellte die Merkmale vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, Lohnsteuerabzug, Arbeitnehmerbei-

trag zur Sozialversicherung und Zahl der zustehenden Urlaubstage. Für Angestellte konnte außerdem das Erhebungsmerkmal abgeschlossenes Hochschulstudium nicht mehr erfragt werden, ferner entfielen die Angaben über Auszubildende. Hingegen wurden zwei zusätzliche Fragen nach Art und Umfang von Schichtarbeit in das Erhebungsprogramm aufgenommen. Die aufgrund des sechsjährigen Turnus für 1984 vorgesehene Gehalts- und Lohnstrukturhebung wurde verschoben und soll voraussichtlich 1990 stattfinden.

3. Arbeitskostenerhebung

Die gemäß EG-Verordnung Nr. 3149/83 des Rates auf repräsentativer Grundlage erfolgte Arbeitskostenerhebung 1984 vereinigte, ebenso wie die von 1981 und 1978, die früher getrennten Erhebungen für das produzierende Gewerbe sowie den Handel und das Bank- und Versicherungsgewerbe. Eine Arbeitskostenerhebung für das produzierende Gewerbe fand erstmals 1957 im Zusammenhang mit der Lohn- und Gehaltsstrukturhebung statt. Von 1959 bis 1964 wurden EG-Erhebungen für einzelne Industriezweige durchgeführt. Seit 1966 gibt es Arbeitskostenerhebungen für das produzierende Gewerbe in dreijährigem Turnus. Arbeitskostenerhebungen im Handel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe erfolgten bisher in den Jahren 1970, 1974, 1978, 1981 und 1984.

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1984 rund 1 700 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in die Erhebung einbezogen, darunter 977 Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Auch diese Statistik ergänzt die laufenden Verdiensterhebungen durch Zahlenmaterial über Art und Umfang der gesamten Arbeitskosten, insbesondere der Personalnebenkosten in der Gliederung nach Arbeitern und Angestellten, Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen. Hauptsächlich Personalnebenkosten sind Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage, Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen und Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Die in tiefer fachlicher Gliederung für die Unternehmen dargestellten Kostenangaben erlauben internationale Personalkostenvergleiche in wirtschaftssystematischer und größenmäßiger Aufteilung. Die Arbeitskostenerhebung vervollständigt die Kostenstrukturhebung im produzierenden Gewerbe, welche die Personalkosten lediglich in der Untergliederung Bruttolöhne und -gehälter, gesetzliche sowie sonstige Personalkosten erfaßt.

Über die für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer angebotenen und tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen ist 1964 eine besondere Statistik geführt worden. Hinzuweisen ist auch auf die Erhebung über die betriebliche Altersversorgung der Jahre 1973 und 1976, die künftig nicht mehr durchgeführt werden soll. Eine Beschränkung auf die bei den Arbeitskostenerhebungen anfallenden Daten zur betrieblichen Altersversorgung wird als ausreichend angesehen.

Tarifarchiv

Abschließend ist hier die Tarifstatistik zu nennen, das heißt die Führung des Tarifarchivs und die Veröffentlichung von Auszügen über Tarifsätze und wichtige Tarif-

regelungen aus den bedeutendsten Tarifverträgen. Die Grundlage für das auf Landesebene zu führende Tarifar-chiv bilden die vom Ministerium für Soziales und Familie und den Tarifparteien übersandten Manteltarife, Rahmentarifverträge, Lohnstarife, Lohnabkommen und tarifli-chen Veränderungsmitteilungen.

N. Sozialleistungen

Nicht alle Statistiken, die Sozialleistungen ausweisen, werden vom Statistischen Landesamt erstellt. Auch die Fachverbände führen für ihren Geschäftsbereich Erhe-bungen durch, so zum Beispiel die Träger der gesetzli-chen Krankenversicherung, der Unfall- und der Renten-versicherung. Einen Überblick über den Umfang der lan-desweit erbrachten Sozialleistungen und ihre Empfän-ger geben die folgenden im Statistischen Landesamt bearbeiteten Statistiken.

1. Statistik der Sozialhilfe

Bereits im Jahre 1948 wurde eine vierteljährliche Sta-tistik der öffentlichen Fürsorge erstellt, und zwar über die laufend unterstützten Personen sowie die Ausgaben und Einnahmen der offenen und geschlossenen Für-sorge. Ab 1956 wurden zusätzliche Tatbestände von besonderem Interesse erfragt.

Das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe bildete ab 1963 die Grundlage für eine Bundesstatistik der Ausgaben für Sozialhilfe und der Empfänger dieser Leistungen. Nachgewiesen werden Hilfen in und außerhalb von Einrichtungen, die sich untergliedern in laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Eine weitere Differen-zierung erfolgt nach Hilfearten und Empfängergruppen. Daneben können auf dem Gebiet der Sozialhilfe Zusatz-statistiken angeordnet werden. Von dieser Möglichkeit wurde letztmalig im Jahre 1981 Gebrauch gemacht, als eine zusätzliche Erhebung über die Hilfe zum Lebens-unterhalt durchgeführt wurde. Berichtspflichtig sind die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger sowie das Landesamt für Jugend und Soziales als über-örtlicher Träger.

Als Aufwand werden in der Sozialhilfestatistik nur Geld- und Sachleistungen erfaßt, also keine persönli-chen Hilfen und Beratungen durch die Träger der Sozial-hilfe. Der Aufwand wird aufgrund der während des Jah-res vom Sozialhilfeträger durchgeführten Buchungen oder statistischen Aufzeichnungen ermittelt. Die Sozial-hilfeempfänger werden mittels Individualzählblatt haus-haltsbezogen erhoben. In der Zeit von 1980 bis 1985 wurden die Hilfeempfänger nur in jedem zweiten Jahr total, in den übrigen Jahren mit einer 20 %-Stichprobe statistisch nachgewiesen. Seit 1986 besteht wieder jährlich eine Totalerhebung, wie sie auch immer für den Aufwand galt.

2. Statistik der Kriegsopferfürsorge

Die Kriegsopferfürsorge wird erst seit 1965 gesondert erfaßt. Die Reform des Kriegsopferrechts durch das

Erste Neuordnungsgesetz vom 27. Juni 1960, welches mit einer Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes verbunden war, gliederte die Kriegsopferfürsorge aus der allgemeinen Sozialhilfe aus. Das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 ordnet eine jährliche Erhebung über Leistungen und Empfänger der Kriegsopferfür-sorge an. Sie umfaßt die Geldleistungen und die Sach-leistungen, nicht aber die persönlichen Hilfen, wie Bera-tung oder Erteilen von Auskünften in sozialen Angele-genheiten. Auch Leistungen, die aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen, die das Bundesversor-gungsgesetz für anwendbar erklärt, erbracht werden, gelten als Kriegsopferfürsorgeleistungen und werden in die Statistik einbezogen, so zum Beispiel Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz und dem Soldatenver-sorgungsgesetz. Über die jährliche Berichtspflicht hin-aus kann die Bundesregierung durch Rechtsverord-nung alle zwei Jahre eine Zusatzstatistik anordnen. Davon machte sie bisher einmal für das Berichtsjahr 1969 Gebrauch, um die Sonstigen Hilfen nach § 27b Bundesversorgungsgesetz in tiefer Gliederung zu ermit-teln.

Berichtspflichtig sind die örtlichen und der überört-liche Träger der Kriegsopferfürsorge. Örtliche Träger sind die Landkreise und die kreisfreien Städte, bei denen in der Regel selbständige oder in die Sozialabtei-lung eingegliederte Fürsorgestellen bestehen. Überörtli-cher Träger ist die Hauptfürsorgestelle im Landesamt für Jugend und Soziales.

Der Empfängernachweis erfolgt durch Auszählung durch die Träger der Kriegsopferfürsorge am Jahres-ende. Sowohl die Empfänger als auch die Leistungen der Kriegsopferfürsorge werden in der Gliederung nach einzelnen Hilfearten, Empfängergruppen und nach Trä-gern nachgewiesen. Da ein Kriegsopferfürsorgeemp-fänger sowohl laufend als auch einmalig gewährte Lei-stungen und ebenso Leistungen einer oder mehrerer Hilfearten erhalten kann, erlaubt die Statistik keine sicheren Feststellungen über die Gesamtzahl der Kriegsopferfürsorgeempfänger oder über die Zahl von Personen, die am Jahresende laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge erhielten.

3. Statistik der Jugendhilfe

Im April 1948 wurde erstmals eine Statistik der Jugendhilfe erstellt. Der halbjährige Turnus wurde zunächst zwei Jahre beibehalten. Dann ging man dazu über, jährlich die Tätigkeit der öffentlichen Jugendhilfe, die Struktur der betreuten Jugendlichen, die Kosten sowie die Einrichtungen nachzuweisen. Seit 15. Januar 1963 besteht eine neue Rechtsgrundlage der Jugend-hilfestatistik, die diese in vier Teile gliedert, nämlich in Erzieherische Hilfen, Maßnahmen der Jugendarbeit, Einrichtungen und tätige Personen sowie Aufwand.

Alle Teile der Jugendhilfestatistik wurden zunächst jährlich erhoben. Seit 1980 werden die Erzieherischen Hilfen und der Aufwand jährlich, die beiden anderen Teile dagegen in vierjährigen Abständen erfaßt. Die Angaben werden von den Jugendwohlfahrtsbehörden

auf Berichtsbogen an das Statistische Landesamt gemeldet. Erhebungsgegenstand ist sowohl die öffentliche als auch die freie Jugendhilfe. Daneben sind auf dem Gebiet der Jugendhilfe sogenannte privatgewerbliche Träger tätig, die hauptsächlich Einrichtungen, wie zum Beispiel Kindergärten, unterhalten. Die Jugendhilfestatistik informiert insoweit umfassend über die Tätigkeit der Jugendämter.

4. Statistik der Behinderten

Seit 1979 wird alle zwei Jahre jeweils zum Stichtag 31. Dezember eine Bundesstatistik über die Behinderten durchgeführt. Rechtsgrundlage war bis zur Erhebung des Jahres 1983 der § 51 des Gesetzes zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (SchwbG). Für die Statistik 1985 galt erstmals die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes in der Bekanntmachung vom 26. August 1986. Der § 53 dieses Gesetzes brachte insofern eine einschneidende Änderung des Erhebungskonzepts, als nur noch die Schwerbehinderten mit gültigem Ausweis nachgewiesen werden. Auf die vorherige Einbeziehung der leichter Behinderten mit einem Grad der Behinderung unter 50 % wurde ebenso verzichtet wie auf die Schwerbehinderten, bei denen die Gültigkeitsdauer des Ausweises abgelaufen ist. Zudem brachte die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes den Verzicht auf das Erhebungsmerkmal Stellung des Behinderten in Erwerbsleben und Beruf. Personen, die zwar die Voraussetzungen für die Anerkennung als Behinderter besitzen, jedoch keinen Antrag auf Anerkennung ihrer Behinderteneigenschaft bei der Versorgungsverwaltung gestellt haben, sind in der Behindertenstatistik nicht enthalten. Die Behindertenstatistik soll Aufschluß über Zahl und Struktur dieses Personenkreises geben, wobei neben Wohnort, Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit insbesondere der Grad der Behinderung sowie die Art und Ursache der Behinderung und eventuell vorliegende Mehrfachbehinderungen erfragt werden. Berichtstellen sind die Versorgungsämter, die Anträge auf Feststellung einer Behinderung entgegennehmen, diese feststellen sowie für die Ausstellung des Behindertenausweises zuständig sind. Die ihnen vorliegenden Daten über die amtlich anerkannten Behinderten werden gespeichert und für die Behindertenstatistik alle zwei Jahre an das Statistische Landesamt weitergegeben, das die Daten prüft und das Landesergebnis der Behindertenstatistik zusammenstellt.

5. Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen

Im System der sozialen Sicherung kommt den Rehabilitationsmaßnahmen eine erhebliche Bedeutung zu. Für die Eingliederung Behinderter und von Behinderung bedrohter Personen in Beruf und Gesellschaft werden jährlich erhebliche Mittel aufgewendet. Um den Mitteleinsatz zu steuern und eine optimale Planung der für Rehabilitationszwecke erforderlichen Einrichtungen zu ermöglichen, ist ein statistischer Nachweis über Rehabilitationsmaßnahmen und die Empfänger dieser Leistungen erforderlich.

Schon in den Jahren 1971 bis 1973 hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation in Zusammenarbeit mit den Rehabilitationsträgern eine Gesamtstatistik der Rehabilitation vorgelegt. Einzelne Rehabilitationsträger hatten für ihren Bereich schon vorher Ergebnisse veröffentlicht. Im Jahre 1974 wurde durch das Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft eine Bundesstatistik der Behinderten und der Rehabilitation angeordnet, die im wesentlichen nach dem Erhebungskonzept der vorgenannten Arbeitsgemeinschaft durchgeführt wurde. Seit 1981 übermitteln folgende Träger der Rehabilitation nicht nur mittels Erhebungsbogen, sondern auch in einem auf die Lieferung maschineller Datenträger abgestellten neuen Erhebungsverfahren inhaltsgleiche Datensätze:

- Gesetzliche Unfallversicherung,
- Gesetzliche Rentenversicherung (einschließlich Altershilfe für Landwirte),
- Kriegsopferversorgung und -fürsorge,
- Arbeitsförderung (Bundesanstalt für Arbeit).

Im Jahr 1982 erweiterte sich der Kreis der Berichtspflichtigen um die gesetzliche Krankenversicherung und die Sozialhilfeträger.

Gegenstand der Rehabilitationsstatistik sind abgeschlossene Rehabilitationsmaßnahmen. Jährlich erfaßt werden Zahl, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnort sowie Stellung der Behinderten im Erwerbsleben und der Beruf. Ferner interessieren Art und Ursache der Behinderung, Art, Ort, Dauer, Verlauf und Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen. Die Daten werden von dem Träger übermittelt, der die Kosten aufgebracht hat und für sie kraft Gesetzes verantwortlich ist. In die Erhebung einbezogen sind sowohl medizinische und berufsfördernde Leistungen als auch Maßnahmen zur sozialen Eingliederung.

Mit Ausnahme der Bundesanstalt für Arbeit liefern die Rehabilitationsträger die Daten direkt an das Statistische Landesamt. Sofern die Rehabilitationsträger einen Verband beauftragt haben, Meldung zu erstatten, werden die Daten dort gesammelt, einer ersten Plausibilitätskontrolle unterzogen und anschließend dem Statistischen Landesamt zugeleitet. Dem jeweils beauftragten Statistischen Landesamt obliegt die regionale Aufteilung und der Datenabgleich mit den übrigen Statistischen Landesämtern in den Fällen, in denen die Angabe des Wohnortes des Rehabilitanden oder des Ortes der Maßnahme fehlt bzw. fehlerhaft ist oder der Ort in einem anderen Bundesland liegt.

Obwohl die Tatbestände der Statistik genau definiert sind, gibt es doch Erfassungsprobleme, wie zum Beispiel Abgrenzungen der Maßnahmenteilen einzelner Träger. Das Bild der Rehabilitationsstatistik ist auch insofern unvollständig, als andere Stellen – neben den schon erwähnten – Träger der Rehabilitation sein können, zum Beispiel kirchliche Verbände wie Caritas oder Diakonie.

O. Preise und Verbrauch

1. Preisstatistik

Aufgabe dieser Statistik ist es, zuverlässige Daten über die Preisentwicklung auf den verschiedenen Märkten, und zwar meist aufgrund einer Repräsentativauswahl, bereitzustellen. Die Zahl der berichtenden Betriebe ist auf Landesebene aber nur bei wenigen Preisstatistiken hinreichend, um ein vollständiges Bild aufgrund einer ausreichend großen Zahl erhobener Preise zu geben. Die Auswertung der meisten Preisstatistiken, vor allem die Berechnung von Preisindizes, erfolgt aus diesem Grund und wegen der oft gleichlaufenden Preisentwicklung nur für das gesamte Bundesgebiet und einige große Bundesländer, nicht jedoch für Rheinland-Pfalz. Die Bundesergebnisse können durchweg auch für Rheinland-Pfalz Gültigkeit beanspruchen, da das Bundesgebiet einen einheitlichen Wirtschaftsraum bildet. Zwischen etwaigen räumlichen Teilmärkten besteht eine enge Kommunikation. Einer regional unterschiedlichen Preisentwicklung sind deshalb enge Grenzen gesetzt, insbesondere auf den Großhandelsmärkten, die sich in der Regel durch hohe Markttransparenz auszeichnen.

Die veröffentlichten absoluten Durchschnittspreise können im allgemeinen nur als Anhaltspunkte für das Preisniveau der betreffenden Waren und Dienstleistungen angesehen werden, da die amtliche Preisstatistik vor allem auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet ist. Deswegen sind, abgesehen von den als Totalerhebungen erfolgenden Statistiken der Kaufwerte für Bauland und landwirtschaftlichen Grundbesitz, ihre wichtigsten Ergebnisse Preisindizes und Preismaßzahlen und nicht etwa Durchschnittspreise. Zuverlässige Angaben über das absolute Preisniveau würden vor allem eine viel größere Anzahl von Einzelpreisen voraussetzen.

Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Die Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise wurde im Juli 1948 mit einer Nacherhebung für die Zeit seit Anfang 1947 aufgenommen. Sie wendet sich an die auf den Großhandelsmärkten als Anbieter und Nachfrager tätigen Firmen oder an die mit der Marktorganisation betrauten Stellen. Erfasst werden die wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren. Aus diesen Angaben werden für Rheinland-Pfalz monatlich ausgewählte Erzeugerpreise publiziert sowie für das Bundesgebiet der Index der Grundstoffpreise, der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, der Index forstwirtschaftlicher Produkte, der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte und der Index der Großhandelsverkaufspreise berechnet.

Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Bei der Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel, die im August 1950 anlief, handelt es sich um eine monatliche Repräsentativerhebung, bei

der in Rheinland-Pfalz in fünf Berichtsgemeinden rund 45 Berichtsbetriebe einbezogen sind. Die Erhebung basiert auf den von Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäften und Handelswerksbetrieben abgegebenen Meldungen über die Verbraucherpreise für wichtige Betriebsmittel und Leistungen. Die Daten werden zentral beim Statistischen Bundesamt aufbereitet und durch die Berechnung eines entsprechenden Indexes ausgewertet.

Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Die seit 1974 jährlich aus einer Totalerhebung aufbereitete Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz gibt Aufschluß über die Höhe der Kaufwerte, ihre regionalen Unterschiede sowie ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ertragsbedingungen.

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Die seit 1962 als Totalerhebung durchgeführte Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland enthält alle veräußerten unbebauten Grundstücke, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Größe 100 m² und mehr beträgt. Die Aufbereitung erfolgt vierteljährlich und jährlich, wobei die vierteljährlichen Zahlen wegen möglicher Nachmeldungen als vorläufig angesehen werden können. Die Ergebnisse werden nach Kreisen und kreisfreien Städten sowie für alle Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern ausgewiesen.

Statistik der Bauleistungspreise

Bei der Statistik der Bauleistungspreise handelt es sich um die Marktpreise (nicht Angebotspreise) der verschiedenen Bauleistungen. Die Erhebung erfolgt vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November, wobei nur solche Bauleistungen ausgewählt werden, die als typisch und repräsentativ für die einzelnen Arten von Bauarbeiten anzusehen sind. Sie bilden den Ausgangspunkt der Berechnung von Preisindizes für das Bundesgebiet, welche die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden aufzeigen. Sie können als Erzeuger-Verkaufspreisindizes betrachtet werden. Aus der Sicht der Käufer dieser Erzeugnisse, also der Bauherren, können sie zugleich als Einkaufspreisindizes gelten.

Beim konventionellen Neubau von Wohngebäuden ist die wichtigste Nachweisung der Baupreisindex für Wohngebäude insgesamt. Er wird ergänzt durch Indizes für die Wohngebäudearten Einfamilien-, Mehrfamilien- und gemischt genutzte Gebäude. Ein besonderer Preisindex für Fertighäuser, der seit 1968 vorliegt, zeigt die Preisentwicklung bei Einfamiliengebäuden, die aus Fertigteilen montiert sind. Für die Wohngebäude insgesamt steht außerdem ein Baupreisindex für Bauleistungen insgesamt zur Verfügung, der über die Bauleistungen am Bauwerk hinaus drei weitere Hauptleistungsgruppen

einbezieht. Für Wohngebäude wird auch die Preisentwicklung bei Instandhaltungsarbeiten nachgewiesen. Entsprechende Indizes liegen für Ein- und Mehrfamiliengebäude jeweils mit Schönheitsreparaturen vor, für Mehrfamiliengebäude auch ohne dieselben. Die Baupreisindizes für die verschiedenen Bauwerksarten werden auch in der Aufgliederung nach den Bauabschnitten, Roh- und Ausbau sowie nach Gewerken berechnet.

Für den Neubau konventionell gefertigter Nichtwohngebäude werden besondere Indizes für Bürogebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie gewerbliche Betriebsgebäude ermittelt. Unter der Bezeichnung sonstige Bauwerke wird die Preisentwicklung im Straßenbau, bei Brücken im Straßenbau, Ortskanälen und Staudämmen indexmäßig nachgewiesen.

Für längerfristige Vergleiche sind die Indizes auf Basis 1980 ausgewählter Bauwerksarten (beschränkt auf die Werte einschließlich Umsatzsteuer) über den Februar 1980 mit ihren Vorgängern, den entsprechenden 1976er Indizes, zu durchlaufenden Reihen verkettet worden, die bis 1958 und für Wohngebäude insgesamt bis 1913 zurückreichen.

Statistik der Verbraucherpreise

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht hier die 1948 eingeführte Statistik der Verbraucherpreise. Nach dem Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1956, das die Rechtsgrundlage für die meisten preisstatistischen Erhebungen ist, werden in Rheinland-Pfalz zur Ermittlung des preisstatistischen Materials für den Preisindex für die Lebenshaltung monatlich über 20 000 Einzelpreise von rund 750 Waren und Dienstleistungen bei einem möglichst gleichbleibenden Kreis von rund 2 300 Berichtsstellen (Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe, Versorgungsunternehmen, Inhaber von Mietwohnungen, Vermieter) erfragt.

Die Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet, die es früher nur für die fünfköpfige Arbeiterfamilie gab, werden jetzt berechnet für

- alle privaten Haushalte,
- Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen,
- Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen,
- Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern,
- die einfache Lebenshaltung eines Kindes.

Alle Indizes werden außer in der Darstellung für die Lebenshaltung insgesamt für eine große Zahl von Gütergruppen verschiedener Aggregationsstufen ermittelt und veröffentlicht, vor allem nach Hauptgruppen des Verwendungszweckes. Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderungen in den durchschnittlich aufzubringenden Beträgen für die Anschaf-

fung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Dem ebenfalls monatlich errechneten Index der Einzelhandelspreise liegt die Umsatzstruktur des Einzelhandels zugrunde.

Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes

Die Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, die früher jährlich im Monat August erfolgte, ist durch Artikel 14 der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984 ausgesetzt worden. Befragt wurden etwa 210 Betriebe auf repräsentativer Grundlage, wobei sich die Preisfeststellungen auf einige wichtige und häufig beanspruchte Leistungen, wie Übernachtung und Vollpension sowie ausgewählte Speisen und Getränke, beschränkten. Die im Rahmen der monatlichen Verbraucherpreisstatistik stattfindenden Preisermittlungen für Leistungen des Gastgewerbes werden nunmehr als ausreichend angesehen.

2. Wirtschaftsrechnungen

Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Die monatlichen Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte sind Anfang 1949 wieder in das statistische Programm aufgenommen worden. Im Jahre 1953 wurden zum ersten Mal für ein Jahr bäuerliche Haushalte einbezogen. Außerdem wurden die Verbrauchsausgaben im Steinkohlenbergbau, im Eisenerzbergbau und in der eisenschaffenden Industrie untersucht. Dazu kamen von 1957 bis 1959 Sondererhebungen für andere Zweige des Bergbaus.

Die Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, deren Rechtsgrundlage das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 ist, umfaßt in Rheinland-Pfalz nur knapp 60 Haushalte. Seit 1964 werden drei statt zuvor zwei Bevölkerungsschichten erfaßt, nämlich eine untere Verbrauchergruppe, repräsentiert durch Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, eine mittlere Verbrauchergruppe, repräsentiert durch Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und eine gehobene Verbrauchergruppe, repräsentiert durch Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen. Erfragt werden die monatlichen Einnahmen und Ausgaben in detaillierter Aufgliederung. Die Erhebung bestimmt wesentlich die Auswahl und das Wägungsschema der Waren und Leistungen des sogenannten Warenkorbs der Preisindizes für die Lebenshaltung. Seit Januar 1986 erfolgt die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen auf der Grundlage einer neuen Systematik.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – die erste fand in den Jahren 1962/63 statt, weitere 1969, 1972, 1978 und 1983 – basiert ebenfalls auf dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater

Haushalte. In die derzeit laufende Erhebung für 1988 sind 0,25 % aller Haushalte auf freiwilliger Basis einbezogen. Die Stichprobe bringt in fünfjährigen Abständen aktuelles Zahlenmaterial über Höhe, Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen nach bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Gruppen der privaten Haushalte und über wichtige Faktoren der Einkommensverwendung. Sie gibt außerdem Aufschluß über die Vermögensbildung und Vermögensstruktur sowie die Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind von erheblicher Bedeutung als Ausgangsdaten zur Ermittlung der Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung.

P. Öffentliche Finanzen

1. Finanzstatistik

Rechtsgrundlage und Gegenstand der Finanzstatistik

Die erste einheitliche Rechtsgrundlage zur Finanzstatistik bildete nach dem Zweiten Weltkrieg das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 in Verbindung mit der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 sowie der Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder der französischen Besatzungszone vom 31. März 1950. Die für die Finanzstatistik notwendige umfassende Rechtsgrundlage wurde durch das Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 geschaffen, in dem die einzelnen Statistiken ihre rechtliche Fundierung fanden.

Grundbestandteile der Finanzstatistik bilden die Staatsfinanzstatistik und die Gemeindefinanzstatistik, die beide im Jahre 1947 wieder aufgenommen wurden. Durch sie werden die Gebietskörperschaften, das sind der Bund, die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände, erfaßt, die den eigentlichen Kernbereich der Finanzstatistik darstellen. Hinzu kommen die staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden. Diese werden seit 1953 statistisch nachgewiesen. Dabei beschränkt sich die Finanzstatistik nicht auf die Erfassung der Ausgaben und Einnahmen. Sie registriert auch die Entwicklung und Zusammensetzung des Personalbestandes (erstmalig 1948) und der Schulden (seit 1946). Dieser traditionelle Erhebungsbereich der Finanzstatistik wurde durch die Reform der Finanzstatistik, die mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 eingeleitet wurde, erheblich erweitert.

Haushaltsrechnungsstatistik des Landes

Ansatzpunkt der Haushaltsrechnungsstatistik des Landes sind die in der Haushaltsrechnung verbuchten Istausgaben und Isteinnahmen in der durch die Haus-

haltssystematik vorgegebenen Gliederung nach Arten und Aufgabengebieten (Funktionen). Anfangs wurden die Daten in einen Erhebungsbogen zur Staatsfinanzstatistik vom Statistischen Landesamt eingetragen. Um die durch bundeseinheitliche Richtlinien festgelegte Zuordnung sicherzustellen, war es oftmals notwendig, bei den zuständigen Ministerien und ihren nachgeordneten Dienststellen zum Zwecke der weiteren Aufgliederung von Einzelposten der Landeshaushaltsrechnung auf verschiedene Verwaltungszweige bzw. Einnahme- und Ausgabearten zurückzufragen. Mit fortschreitender Automatisierung konnten die auf Datenträger gespeicherten Angaben der Haushaltsrechnung für die Erstellung der Statistik ausgewertet werden, zumal das Ministerium der Finanzen mit seinem Runderlaß vom 10. Januar 1968 dem Statistischen Landesamt die Zusammenstellung der Rechnungs-Istergebnisse übertrug. Seit 1978 erfolgt auch eine maschinelle Aufbereitung der Haushaltsrechnungsstatistik des Landes.

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben erfolgte im Haushaltsplan des Landes bis 1969 entsprechend der Reichshaushaltsordnung von 1922. Mit der Reform des Haushaltsrechts wurde für das Land im Jahre 1970 eine neue Haushaltssystematik eingeführt, die eine erhebliche Umstellung des Programms der Haushaltsrechnungsstatistik bedeutete und einen einschneidenden Bruch in der Nachweisung der Ergebnisse zur Folge hatte. Die Bereitstellung von Vergleichsangaben für die Jahre vor der Haushaltsreform ließ sich nur durch mehr oder minder starke Zusammenfassungen ermöglichen, was natürlich zu Lasten einer stärkeren Differenzierung der Ergebnisse gehen mußte.

Vor allem für den großen Bereich der Zweckzuwendungen reichen die durch die Haushaltsrechnungsstatistik bereitgestellten Angaben nicht aus, da sie keine Kontrolle über die für die verschiedensten Zwecke bewilligten Mittel ermöglichen. Deshalb wurde ein System zur Erfassung und Nachweisung der bewilligten öffentlichen Finanzierungshilfen eingerichtet, und zwar ab 1977 für den Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie ab 1982, bei gleichzeitiger Nacherfassung der wesentlichsten Erhebungstatbestände für die Jahre ab 1969, für den Bereich des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Zum Erfassungsbereich zählen grundsätzlich alle speziellen Zuwendungen, wie Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und Investitionen, Vermögensübertragungen, Darlehen und Schuldendiensthilfen, die im Rahmen der Gliederung der Haushaltsausgaben nach Arten in die Hauptgruppen 6 und 8 fallen. Die Statistiken geben Informationen über den Zweck, für den die Mittel bewilligt wurden, über den Empfänger (wirtschaftliche Tätigkeit, Rechtsform, Belegenheit), über den finanziellen Umfang des Objektes und die Leistungen des Landes und anderer Stellen.

Eine zusätzliche Erweiterung erfuhr die Staatsfinanzstatistik ab 1977, als die staatlichen Sachinvestitionen – es handelt sich hierbei um die Baumaßnahmen und den Erwerb von unbeweglichen Sachen – mit einem Sonderprogramm regionalisiert wurden. Seither sind die investiven Ausgaben des Landes bis auf Gemeindeebene darstellbar, wodurch instruktive Informationen für Raumstrukturplanungen bereitgestellt werden können.

Ergänzende Statistiken zur Haushaltsrechnungsstatistik des Landes

Zur kurzfristigen und aktuellen Berichterstattung wird die Jahresrechnungsstatistik durch eine Vierteljahresstatistik ergänzt, in der die Einnahmen und Ausgaben nach Arten dargestellt werden. Zunächst wurde diese Statistik vom Ministerium der Finanzen erstellt, seit dem Rechnungsjahr 1969 vom Statistischen Landesamt, das die auf Magnetband gespeicherten Angaben der monatlichen Titelübersichten auswertet.

Hauptquelle zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben sind die Steuern. Ein zusammenfassendes Bild des Aufkommens aus allen staatlichen Steuern liefert die monatliche Statistik über die kassenmäßigen Steuereinnahmen, die anhand der Meldungen der Oberfinanzdirektion und der Bundeskasse erstellt wird. Sie gliedert die einzelnen Steuerarten nach Gemeinschaftssteuern, deren Verteilung auf Bund und Land sowie nach den reinen Bundes- und Landessteuern.

Durch das Hochschulstatistikgesetz vom 31. August 1971 wurde eine Hochschulfinanzstatistik eingeführt, die im wesentlichen einer Untergliederung der Ausgaben und Einnahmen für die Hochschulen nach Arten und Fächergruppen entspricht und insofern überwiegend eine Zusatzerhebung zur Staatsfinanzstatistik darstellt.

Haushaltsrechnungsstatistik der Gemeinden

In der Gemeindefinanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände wie in der Staatsfinanzstatistik nach Arten und funktional abgegrenzten Verwaltungszweigen erfaßt. Dem Erhebungsbogen, der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden anhand ihrer Haushaltsrechnung hierzu auszufüllen ist, lag bis 1974 ein im Anschluß an die Gemeindehaushaltsverordnung von 1935 entwickelter finanzstatistischer Kennziffernplan zugrunde, der vom rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern verbindlich als Haushaltsplanmuster für alle Gemeinden und Gemeindeverbände vorgeschrieben war. Der Umfang des Erhebungsprogramms war bis 1974 nach der Größe der Gemeinden gestaffelt. Mit der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts, die in Rheinland-Pfalz gegenüber den meisten anderen Ländern um ein Jahr auf 1975 hinausgeschoben wurde, da im Zusammenhang mit der umfassenden Verwaltungsreform innerhalb des Landes die Gemeindeordnung und die Landkreisordnung grundlegend neu zu regeln waren, wurde ein neuer Erhebungsbogen konzipiert und die Staffelung des Erhebungsumfangs nach der Größe der Gemeinden aufgegeben. Dieses Erhebungsprogramm basiert auf dem obligatorischen Gliederungs- und Gruppierungsplan, wie er durch die Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 17. Juli 1974 für verbindlich erklärt wurde.

Um die Erfassung der Daten zu rationalisieren und die Berichtsstellen von der Ausfüllung der Erhebungsbogen zu entlasten, wurde ab der Haushaltsrechnungsstatistik 1972 ein zweiter Erhebungsweg vereinbart. Danach lie-

ferten anfangs mehr als die Hälfte aller Gemeinden ihre Abschlußübersichten an zentrale Erfassungsstellen, wo die Angaben auf Datenträger übernommen und anschließend bei der Kommunalen Datenzentrale Mainz maschinell entsprechend dem Erhebungsprogramm aufbereitet wurden. Mit der Haushaltsreform 1975 sind zahlreiche Verwaltungen dazu übergegangen, ihre Haushaltsrechnungen mit Hilfe des maschinell arbeitenden Systems „FIN-KOM RP“ zu erstellen, so daß eine Datenerfassung für Zwecke der Statistik entfiel. Auch sie liefern ihre Unterlagen an die Kommunale Datenzentrale Mainz, welche die Magnetbänder an das Statistische Landesamt sendet, wo sie unmittelbar weiterverarbeitet werden können. In jüngster Zeit gehen immer mehr Gemeinden dazu über, ihr Haushaltswesen mit Anlagen der mittleren Datentechnik zu führen. Die dabei verwendeten Programme sehen vor, auch die Angaben für die Statistik entsprechend dem Erhebungsbogen auszudrucken, so daß das Ausfüllen entfällt.

Vierteljährliche Gemeindefinanzstatistik

Da die Jahresrechnungsstatistik der Gemeindefinanzen erst zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt vorgelegt werden kann, wird sie durch eine Vierteljahresstatistik ergänzt, die Aufschluß über die kurzfristige Entwicklung der wichtigsten finanzstatistischen Größen liefern soll. Bis 1960 erfaßte sie vierteljährlich für alle Gebietskörperschaften die kassenmäßigen Steuereinnahmen, die allgemeinen Finanzaufweisungen und die Umlagen, außerdem für die Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern die Schuldenbewegung sowie für die Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände die Investitionen und die Personalausgaben. Mit dem Gesetz über die Finanzstatistik von 1960 wurde der Erhebungsumfang insofern eingeschränkt, als nur noch die Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände vierteljährlich ihre Meldungen abgeben mußten, während für die Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern ein halbjährlicher Turnus vorgesehen war. Gleichzeitig sind die Angaben über die Schulden und Investitionen auf Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und die Gemeindeverbände beschränkt worden.

Zur Verbesserung des finanzstatistischen Instrumentariums für konjunktur- und wirtschaftspolitische Zwecke erfolgte mit dem Gesetz zur Reform der Finanzstatistik von 1973 eine Erweiterung des Berichtskreises und des Programms der Vierteljahresstatistik. Für die Jahre 1974 und 1975 wurden bei den Gemeinden mit mindestens 3 000 Einwohnern alle wichtigen Ist-einnahmen und -ausgaben nach Arten und die Schulden erfragt, bei den kleineren Gemeinden die vereinnahmten und verausgabten Beträge nur nach einem stark eingeschränkten Katalog. Durch die Umstellung auf die neue kommunale Haushaltssystematik wurde ab 1975 der Umfang des Erhebungskatalogs nochmals erweitert. Mit dem Jahre 1976 sind in Rheinland-Pfalz die Differenzierungen des Erhebungsprogramms nach der Gemeindegröße aufgegeben worden, weil bei den kleineren Gemeinden kein wesentlicher Mehraufwand entstand und der Informationsgehalt der Daten eine erhebliche Verbesserung erfuhr. Der Nachweis der Ausgaben und Einnahmen entsprach bis zum Jahre 1982 der haus-

haltsmäßigen Gruppierung. Aufgrund einer Erweiterung des Erhebungskatalogs war es möglich, ab 1983 auf die gesamtwirtschaftliche Gruppierung umzustellen, so daß seither die Stellung der Kommunen im Gesamtsystem der Volkswirtschaft sowie die Verbindung zwischen den Gemeinden als Teil der öffentlichen Haushalte und den übrigen Wirtschaftsbereichen aufgezeigt werden kann.

Haushaltsansatz- und Finanzplanungsstatistik

Um frühzeitig einen Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und die Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften zu gewinnen, wurde seit 1960 eine Haushaltsansatzstatistik durchgeführt, und zwar für die Ausgaben und die Einnahmen nach Arten und Aufgabengebieten sowohl der staatlichen als auch der kommunalen Haushalte, bei letzteren für die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände. Die zeitnahe Haushaltsansatzstatistik hatte gegenüber der historischen Haushaltsrechnungsstatistik, vor allem der Gemeinden, den Vorzug, daß sie sehr frühzeitig vorlag und damit interessante Informationen zur Beurteilung der Haushaltslage lieferte. Die kommunale Haushaltsansatzstatistik wurde 1979 eingestellt, da ihre Ergebnisse in die Finanzplanungsstatistik Eingang fanden.

Die durch das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 vorgelegenden Jahreswirtschaftsberichte (§ 2), fünfjährigen Finanzplanungen (§ 9) sowie die Bildung eines Konjunkturrates für die öffentliche Hand (§ 18) und eines Finanzplanungsrates (§ 51 des Haushaltsgrundsätzgesetzes) hatten beträchtliche Auswirkungen auf das statistische Instrumentarium, das als Orientierungs- und Entscheidungshilfe in besonderer Weise benötigt wurde. Die neue Haushaltssystematik ließ erstmals die umfassende Auswertung der öffentlichen Haushalte nach ökonomischen Kriterien und, durch ein gemeinsames Schema, die Darstellung und Zusammenfassung der neu entwickelten Finanzplanungen aller Gebietskörperschaften zu.

Die Finanzplanungsstatistik – 1970 durch Runderlaß des Ministeriums des Innern für die Kommunen angeordnet und im Reformgesetz zur Finanzstatistik von 1973 bundeseinheitlich geregelt – erfaßt für einen fünfjährigen Planungszeitraum, wobei das erste Jahr das laufende Haushaltsjahr ist, die geplanten Ausgaben und Einnahmen nach Arten sowie die investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen. Bis 1973 wurden die Angaben der Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern nach einem eingeschränkten Erhebungskatalog erfragt, seit 1974 alle Erhebungsmerkmale für den fünfjährigen Planungszeitraum. Mit dem Ersten Statistikbereinigungsgesetz ist ab 1980 die Untergliederung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen auf das zweite Planungsjahr beschränkt worden, weil mit zunehmendem Abstand vom Planungszeitpunkt die Sollwerte sich immer stärker vom später realisierten Ist entfernten. Abweichend hiervon werden die investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen in Rheinland-Pfalz für die ersten drei Jahre der Planungsperiode erhoben, um ausreichende Voraussetzungen für eine Einschätzung der Gebietskörper-

schaften zu schaffen, deren Erhebungsbogen nicht rechtzeitig eingehen. Dieses Schätzverfahren macht es möglich, schon zu einem früheren Zeitpunkt erste Ergebnisse bereitzustellen, wie sie für die Projektionen des Finanzplanungsrates benötigt werden.

Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen

Ein umfassendes Bild über die wirtschaftliche Betätigung der Gebietskörperschaften vermitteln die Haushaltsrechnungsstatistiken nicht, da nur die Regiebetriebe mit ihren gesamten Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten erscheinen. Um Informationen über den Umfang und die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit der nach dem Eigenbetriebsrecht geführten oder in rechtlich selbständiger Form betriebenen öffentlichen Unternehmen zu gewinnen, die in der Haushaltsrechnungsstatistik nur mit ihren Zuführungen bzw. Ablieferungen erscheinen, wurde die Haushaltsrechnungsstatistik um die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen ergänzt, und zwar auch um die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen, an denen die Gebietskörperschaften mit mehr als 50 % beteiligt sind. Den Ansatzpunkt dieser Statistik bilden die Bilanzen und Erfolgsrechnungen, aus denen sich alle wichtigen Angaben über die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen entnehmen lassen. In das Erhebungsprogramm ist außerdem der Anlagennachweis aufgenommen worden, der einen Überblick über die einzelnen Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte und ihre Veränderung im abgelaufenen Rechnungsjahr gibt. Die Erhebung beschränkte sich von 1953 bis 1955 auf die Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie der Gemeindeverbände. Seither werden unabhängig von der Größe der Gemeinde die Daten aller Versorgungs- und Verkehrsunternehmen erfragt. Damit die wirtschaftliche Betätigung möglichst umfassend dargestellt werden kann, werden die Unternehmen unabhängig von ihrer Größe statistisch berücksichtigt.

Neben diesen Wirtschaftsunternehmen im engeren Sinne wurden erstmals für das Jahr 1976 auch die als Eigenbetriebe geführten öffentlichen Einrichtungen in die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen einbezogen, da etwa seit der Mitte der 70er Jahre die deutliche Tendenz zu beobachten ist, öffentliche Einrichtungen – und das gilt besonders für die Abwasserbeseitigung – aus den kommunalen Haushalten auszugliedern und das Rechnungswesen nach den Gesichtspunkten der kaufmännischen Buchführung zu organisieren, wofür die Eigenbetriebsverordnung den geeigneten Rahmen bietet.

Nach der Erweiterung des Berichtskreises der Finanzstatistik sind seit 1974 auch die Zweckverbände zu erfassen. Ansatzpunkt der Erhebung sind die in der Haushaltsrechnung verbuchten Istausgaben und Isteinnahmen in der durch die Haushaltssystematik vorgegebenen Gliederung nach Arten. Bedeutung haben die Zweckverbände vor allem in den Bereichen Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie bei den land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen.

Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Krankenanstalten

Mit dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze vom 19. Juni 1972 wurden die Krankenanstalten verpflichtet, ihr Rechnungswesen auf die kaufmännische Buchführung umzustellen. Damit wurden sie aus dem kameralistischen Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte ausgegliedert, was bedeutet, daß ein wesentlicher Teil des öffentlichen Ausgabevolumens aus dem finanzstatistischen Nachweis der Haushaltsrechnung ausschied. Die Haushalte der Träger enthalten danach nur noch die Zuweisungen an die Krankenanstalten bzw. deren Abführungen an den Träger. Darüber hinaus werden bei den staatlichen Krankenanstalten die Baumaßnahmen und die dafür bereitgestellten Finanzierungsmittel noch weitgehend im Haushalt des Landes nachgewiesen. Dies gilt auch teilweise noch für die sonstigen Sachinvestitionen der Universitätskliniken. Im kommunalen Bereich werden dagegen die Investitionen und die dafür bereitgestellten Finanzierungsmittel nur noch in Ausnahmefällen im Haushalt des Trägers veranschlagt.

Die meisten kommunalen Krankenhäuser stellten zum 1. Januar 1976 bzw. 1977 auf die kaufmännische Buchführung um. Der Umstellungsprozeß war mit Beginn des Jahres 1979 abgeschlossen. Die Ausgliederung der staatlichen Krankenanstalten aus dem Haushalt des Landes vollzog sich in zwei Schritten: 1978 wurden das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität und die Landesnervenklinik Alzey sowie 1979 die Landesnervenklinik Andernach und das Neurologische Landeskrankenhaus Meisenheim als Sondervermögen verselbstständigt. Seit 1979 werden die staatlichen und kommunalen Krankenanstalten im Rahmen der Finanzstatistik als besondere Körperschaftsgruppe dargestellt. Um für sie Angaben in der gleichen systematischen Darstellung wie in der Haushaltsrechnungsstatistik vorlegen zu können, muß die Erhebung der Ausgaben und Einnahmen bei den einzelnen Konten der kaufmännischen Buchführung ansetzen, wobei die zu erfassenden Ausgangsdaten so abzugrenzen sind, daß sie in das Schema des Gruppierungsplanes der Haushaltssystematik übernommen werden können.

Schuldenstatistik

Ergänzt und vervollständigt werden die Statistiken der Staats- und Gemeindefinanzen durch die Statistik der Schulden und durch die Statistiken des Personals. Der Schuldenstand des Landes und der Gemeinden wird seit 1946 zum 31. März eines jeden Jahres und seit 1960 zum 31. Dezember eines jeden Jahres festgestellt. Während die Schulden des Landes vom Statistischen Bundesamt erfaßt werden, sind die Angaben für die Gemeinden und Gemeindeverbände vom Statistischen Landesamt zu erfragen, und zwar gegliedert nach der Art der Schulden (Kreditgeber), nach Verwendungszwecken, Laufzeit, Zinsbedingungen und Fälligkeit. Mit dem Gesetz über die Finanzstatistik von 1960 wurde der Erhebungskatalog insofern geändert, als die innere Verschuldung und die Bürgschaften zusätzlich einzubeziehen waren, während auf den Nachweis der Zinsbedin-

gungen verzichtet wurde. Bis 1973 sind die Angaben bei den kleineren Gemeinden nach einem eingeschränkten Programm erfragt worden. Durch die Reform der Finanzstatistik von 1973 erfolgten zahlreiche Änderungen der Schuldenstatistik. Seit 1974 sind die Schulden in der Gliederung nach Arten und Fälligkeiten nachzuweisen und daneben die Schuldenaufnahmen nach Arten und Laufzeiten sowie die Tilgungen nach Arten. Im kommunalen Bereich ging diese Umstellung parallel mit einer Neuabgrenzung des Schuldenbegriffs, da nach dem in Rheinland-Pfalz ab 1975 gültigen neuen kommunalen Haushaltsrecht die von den Gemeinden für ihre Eigenbetriebe aufgenommenen Kredite nicht mehr den Schulden der Gemeinden selbst zuzurechnen sind. Getrennt nachgewiesen werden außerdem seit 1978 die kommunalen Krankenanstalten. Aufgegeben werden mußte die Untergliederung der Schulden nach dem Verwendungszweck, da nach dem neuen Haushaltsrecht für die Darlehensaufnahme keine Zweckbindung mehr vorgeschrieben ist.

Die Ergebnisse der Jahresstatistik werden durch eine kurzfristige Statistik über die Gesamtentwicklung der Verschuldung ergänzt, die den Zusammenhang mit der Kassenlage aufzeigt. Die vierteljährlichen Übersichten über die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften sind aus erhebungstechnischen Gründen mit der Statistik über die Einnahmen und Ausgaben gekoppelt.

Personalstatistiken

Das Personal der öffentlichen Verwaltung wurde seit 1948 jährlich jeweils zum Stichtag 2. Oktober registriert, und zwar nach der Art des Anstellungsverhältnisses und der Laufbahn, nach wichtigen Aufgabenbereichen, dem Geschlecht und der Eigenschaft als Schwerbeschädigter oder Heimkehrer. Durch das Gesetz über die Finanzstatistik von 1960 ist das Erhebungsprogramm eingeschränkt worden. Nur noch in jedem dritten Jahr war das Personal in der vollen Tiefe zu untergliedern, während in den dazwischenliegenden Jahren ausschließlich das Dienstverhältnis erfragt wurde. Um die Erhebungskosten zu senken, wurde von 1960 bis 1972 bei den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern – abgesehen von der zusätzlichen Ausgliederung des weiblichen Personals – auf das umfangreichere Erhebungsprogramm in jedem dritten Jahr verzichtet. Die Erhebung des Personals des Landes ging seit 1971 erheblich über den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkatalog hinaus: Um detaillierte Unterlagen für die Personalplanung zu gewinnen, sah der von jeder Dienststelle auszufüllende Erhebungsbogen eine Gliederung des Personals nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen und dem Geschlecht vor. Schon für 1950 und 1968 hatte der Gesetzgeber Personalstrukturserhebungen angeordnet. Sie lieferten auf der Grundlage von Individualzählblättern umfassende Daten über die Zusammensetzung des Personals, die als Unterlagen für personalwirtschaftliche Planungen dienten.

Aufgrund der Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik im Jahre 1973 wurden die Statistiken über das Personal wesentlich ausgeweitet und gleichzeitig der Erhebungsstichtag auf den 30. Juni vorverlegt,

damit die Ergebnisse rechtzeitig für die Tarifverhandlungen zur Verfügung stehen. Ein Teil der Programmerweiterung ist durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz von 1980 wieder rückgängig gemacht worden. Nach diesen Änderungen ist das Personal wie folgt zu erfassen: jährlich nach Dienstverhältnissen, in jedem dritten Jahr zusätzlich nach Aufgabenbereichen, Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen sowie dem Geschlecht und in jedem neunten Jahr zusätzlich nach Altersgruppen. Mit dem Zweiten Statistikbereinigungsgesetz von 1986 wurde diese Periodizität für den Fall aufgegeben, daß die Angaben aus automatisierten Personal- bzw. Besoldungsdateien mittels Magnetbändern bereitgestellt werden können. Die Daten der staatlichen Bediensteten werden seit 1977 von der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle des Landes im Datenträgeraustausch übernommen, die der Forstarbeiter seit 1983 auf Datenträger. Für die staatlichen Bediensteten liegen damit seit den genannten Jahren auch alle die Ergebnisse vor, die an sich nur alle neun Jahre zu erheben wären.

Die Personalstandstatistik wird durch eine Personalwechselstatistik ergänzt. Sie weist die Personalzu- und -abgänge beim Land, den Gemeinden mit 3000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden nach Geschlecht, Dienstverhältnis und Laufbahngruppen sowie den Gründen der Fluktuation nach, und zwar jeweils für das vor dem 30. Juni liegende Jahr. Diese Erhebung wurde erstmals für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 30. Juni 1976 durchgeführt und dann für 1979 und 1985 wiederholt.

Da die Versorgungsleistungen in den öffentlichen Haushalten zum Teil ein beträchtliches Gewicht besitzen, sind Informationen über die Struktur der Versorgungsempfänger von besonderem Interesse, so daß seit 1974 eine Statistik über die Empfänger von Versorgungsbezügen erstellt wird. Die Versorgungsempfänger des staatlichen Bereichs werden jährlich nach Empfängern von Ruhegehalt, Witwen-/Witwergeld und Waisengeld sowie in jedem dritten Jahr zusätzlich nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppen erfaßt. Für den kommunalen Bereich gilt dies für jedes sechste Jahr.

2. Steuerstatistiken

Rechtsgrundlage und Gegenstand der Steuerstatistiken

Steuerstatistiken werden seit 1950 wieder durchgeführt. Sie sind gemäß § 6 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 entweder durch Gesetz oder, unter bestimmten Voraussetzungen, durch Rechtsverordnung der Bundesregierung angeordnet worden. Eine Ausnahme bilden die Einheitswert- und Vermögensteuerstatistiken 1953, 1957 und 1960 sowie die Einkommensteuerstatistiken 1961, die aufgrund von Koordinierungsvereinbarungen der Länder durchgeführt wurden. Mit dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 wurde das Gesamtsystem der Steuerstatistiken neu geregelt und für die verschiedenen Erhebungen ein fester Erhebungsturnus eingeführt.

Den Steuerstatistiken fällt im Gesamtsystem der amtlichen Statistik eine doppelte Aufgabe zu. Sie sind einerseits Orientierungshilfe für steuerpolitische Zwecke und bilden andererseits die Grunddaten für gesamtwirtschaftliche Analysen. Im Vordergrund steht das Interesse an der Kenntnis der Zusammensetzung der Bemessungsgrundlagen und der Wirkungen der Besteuerung. Maßgebend für die Gestaltung der Steuerstatistiken sind daher primär finanzwissenschaftliche und steuerrechtliche Überlegungen. Daneben bilden die Steuerstatistiken aber eine der wichtigsten Materialquellen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und andere gesamtwirtschaftliche Analysen. Keine andere statistische Erhebung liefert, was die Abgrenzung des Erhebungsbereichs und die Gliederung des Merkmalskatalogs betrifft, so umfassende und detaillierte Ergebnisse über das Einkommen, das Vermögen und den Umsatz wie die Steuerstatistiken.

Statistiken über die Steuern vom Einkommen

Einen Überblick über das gesamte Einkommen, soweit es steuerlich erfaßt wird, liefern Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistiken. Sie sind in erster Linie auf die Darstellung struktureller Zusammenhänge und ihrer Veränderungen ausgerichtet, so daß eine Erhebung in mehrjährigen Abständen ausreicht. Mit einer ersten Erhebung für das Jahr 1950 wurden die Statistiken über die Steuern vom Einkommen wieder aufgenommen und mit der Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik für das Jahr 1954 und der Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1955 fortgesetzt. Danach folgten wieder gemeinsame Erhebungen für die Jahre 1957 und 1961, bis mit dem steuerstatistischen Gesetz ab 1965 ein dreijähriger Erhebungsturnus eingeführt wurde.

Der Lohnsteuerstatistik dienten bis 1965 die Lohnsteuerkarten als Erhebungsunterlagen. Die Aufbereitung erfolgte nach einem geschichteten Stichprobenverfahren. Die Verwendung und Nutzung der im Rahmen des maschinellen Lohnsteuerjahresausgleichs anfallenden Daten für die Lohnsteuerstatistik wurde erstmals bei der Erhebung des Jahres 1968 praktiziert und bedeutete eine beträchtliche Rationalisierung der Aufbereitungsarbeiten. Ab 1977 dienten auch bei den maschinell veranlagten Arbeitnehmern nicht mehr deren Lohnsteuerkarten, sondern Datenbänder als Erhebungsunterlagen der Statistik. Die Einkommensteuerstatistik wurde von 1950 bis 1965, mit Ausnahme des Jahres 1957, wo bei der Aufbereitung ein geschichtetes Stichprobenverfahren angewendet wurde, als Totalerhebung anhand der Durchschriften der Steuerbescheide durchgeführt, auf denen aus Gründen des Datenschutzes nur die Steuernummer des Steuerpflichtigen, nicht aber dessen Name angegeben war. Seit der Einkommensteuerstatistik 1968 werden die bei maschineller Veranlagung anfallenden Datenträger für die Statistik herangezogen. Bis 1974 wurden auch noch die im manuellen Verfahren bearbeiteten Steuerfestsetzungen über statistische Blätter erfaßt, seither werden sie nicht mehr in die Statistik einbezogen. Um einen Gesamtüberblick über Anzahl und Einkünfte der natürlichen

Personen in Form einer einheitlichen Schichtung zu gewinnen, werden seit 1968 die Daten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zusätzlich entsprechend aufbereitet. Damit wird die Einkommensverteilung aller steuerlich erfaßten natürlichen Personen transparent gemacht.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Lohnsteuerzerlegung

Nach der Ergänzung des Steuerstatistischen Gesetzes durch das Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 und durch das Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970 haben die Statistiken der Steuern vom Einkommen insofern eine zusätzliche fiskalische Bedeutung erhalten, als im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken die Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf die einzelnen Gemeinden sowie die nicht von den Wohnsitzländern vereinnahmten Lohnsteuerbeträge zu ermitteln sind. Die Schlüsselzahl wird errechnet, indem das durch die Statistik festgestellte Lohn- und Einkommensteueraufkommen der jeweiligen Gemeinde in Beziehung gesetzt wird zu dem des Landes, wobei nur die Steuerbeträge berücksichtigt werden, die auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu bestimmten Höchstbeträgen entfallen. Da die Lohnsteuer dem Land zufließen soll, in dem der Lohnsteuerpflichtige seinen Wohnsitz hat, wird in einem zusätzlichen Aufbereitungsgang anhand der Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten festgestellt, ob die Lohnsteuer von einem Betrieb abgeführt wurde, der nicht in Rheinland-Pfalz belegen ist.

Umsatzsteuerstatistik

Umsatzsteuerstatistiken wurden 1950 und von 1954 bis 1962 jährlich, seither in Abständen von zwei Jahren durchgeführt. Als Erhebungsunterlagen dienten 1950 die Durchschriften der Steuerbescheide. Bei diesem Verfahren mußte der Abschluß der Veranlagung aller Steuerpflichtigen abgewartet werden, so daß Ergebnisse erst zu einem sehr späten Zeitpunkt vorgelegt werden konnten. Ab 1954 wurde daher der Umsatzsteuerüberwachungsbogen zugrunde gelegt, dessen Angaben zunächst auf statistische Blätter übertragen wurden. Später wurden dessen Durchschriften verwandt. Da die rheinland-pfälzische Finanzverwaltung bereits 1970 auf die maschinelle Umsatzsteuerüberwachung übergegangen ist, werden seit diesem Zeitpunkt für die Umsatzsteuerstatistik Magnetbänder mit den Angaben aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen bereitgestellt. Erfaßt werden die steuerfreien und steuerpflichtigen Umsätze, die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, die zulässigen Kürzungen, die abzugsfähigen Vorsteuern einschließlich Einfuhrumsatzsteuer, die Steuer für den Selbstverbrauch sowie die Umsatzsteuervorauszahlungen. Zusätzlich werden speziell für die Statistik die Kennziffern für die Wirtschaftszweige und Rechtsformen sowie die Gemeindeschlüsselnummern aus dem Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung übernommen, die eine entsprechende Gliederung der Unternehmen ermöglichen.

Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik

Aufschluß über die Vermögensstruktur liefert die Vermögensteuerstatistik, ergänzt um die Einheitswertstatistiken, die jeweils im Zusammenhang mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer und der Hauptfeststellung der Einheitswerte durchzuführen sind. Das bedeutet, daß die Statistik der Einheitswerte des Betriebsvermögens ebenso wie die Vermögensteuerstatistik normalerweise in einem zeitlichen Abstand von drei Jahren stattfindet. Nachdem diese Statistiken nach dem Kriege mit einer ersten Erhebung zum 1. Januar 1953 wieder aufgenommen worden waren, fand die nächste Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens und die damit verbundene Hauptveranlagung zur Vermögensteuer erst zum 1. Januar 1957 statt. Die an sich zum 1. Januar 1975 notwendige Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens und die Hauptveranlagung zur Vermögensteuer wurden um ein Jahr auf den 1. Januar 1974 vorgezogen, da aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 für den Grundbesitz erstmals nach der Hauptfeststellung des Jahres 1935 eine neue Hauptfeststellung zum 1. Januar 1964 durchgeführt worden war und der Zeitpunkt für die erstmalige Anwendung der auf den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1964 beruhenden Einheitswerte des Grundbesitzes dann durch das Bewertungsänderungsgesetz vom 27. Juli 1971 auf den 1. Januar 1974 festgelegt wurde. Anhand der Durchschriften der Feststellungs- und Steuerbescheide wird das Vermögen aller natürlichen und juristischen Personen in der Gliederung, wie sie sich aus dem steuerlichen Berechnungsgang ergibt, ermittelt und, ergänzt um zusätzliche Merkmale wie Art der Beteiligung am Erwerbsleben, Rechtsform und Wirtschaftszweig, aufbereitet. In die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens fließen neben den bei den jeweiligen Hauptfeststellungen festgesetzten Einheitswerten des Betriebsvermögens auch die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens mit ein.

Gleichzeitig mit der Feststellung der Einheitswerte für den Grundbesitz für das Jahr 1964 war eine Statistik über das land- und forstwirtschaftliche Vermögen sowie das Grundvermögen zu erstellen. Der große Umfang und die daraus resultierende lange Dauer der Bewertungsarbeiten führten dazu, daß der Schlußtermin für die Ablieferung der als Erhebungsunterlagen dienenden Durchschriften der Einheitswertbescheide an das Statistische Landesamt mehrfach hinausgeschoben und schließlich für das Grundvermögen auf den 31. Oktober 1972 und für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen auf den 16. Juli 1973 festgesetzt wurde. Erfaßt wurden die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit ihrem Wirtschaftsteil und ihrem Wohnanteil sowie die Grundstücke nach Grundstücksarten, bei denen durch verschiedene Bewertungsverfahren ein Einheitswert festgestellt wurde. Ausgehend von den Erhebungsmerkmalen wurden die Daten aufbereitet und die Ergebnisse durchgängig nach Größenklassen des Einheitswerts und der Fläche sowie der Rechtsnatur des Eigentümers dargestellt.

Die Hauptfeststellung der Einheitswerte für die Mineralgewinnungsrechte wurde erstmals nach 1935 zum 1. Januar 1972 durchgeführt. Anders als bei den Einheitswerten für den Grundbesitz fanden für die Mineralgewinnungsrechte, wie gesetzlich vorgesehen, zum 1. Januar 1977 und zum 1. Januar 1983 neue Hauptfeststellungen der Einheitswerte statt. Als Erhebungsunterlagen der Statistik dienten Durchschriften der Einheitswertbescheide, auf denen durch Ankreuzen die Art des Bodenschatzes, die Rechtsform des Eigentümers, die Vermögensart und die bergrechtlichen Verhältnisse kenntlich gemacht waren. Die geringe Zahl der Fälle und die wenigen Erhebungsmerkmale wurden manuell aufbereitet.

Gewerbesteuerstatistik

Gewerbesteuerstatistiken sind für die Jahre 1958, 1966 und 1970 vorgelegt worden. Für die Statistik des Jahres 1958 übersandten die Finanzämter anonymisierte Durchschriften der Steuermeßbescheide und der Zerlegungsbescheide, für die folgenden auf Magnetbändern gespeicherte Unterlagen. Die Statistik der Lohnsummensteuer erfolgte an Hand von Anschreibungen der Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden, da keine einheitlichen Steuerbescheide benutzt wurden, deren Durchschriften den statistischen Erfordernissen genügt hätten. Wegen der vergleichsweise geringen Zahl und der relativ wenigen Erhebungsmerkmale erfolgte die Aufbereitung manuell, bei der Gewerbesteuerstatistik wegen des großen Umfangs des Datenummaterials jedoch maschinell. Die recht aufwendige Ermittlung der Zerlegungsanteile, die für 1958 und 1966 noch durchgeführt wurde, mußte für 1970 unterbleiben, weil die hierfür von den anderen Ländern im Austausch zu liefernden Ausgangsdaten aus aufbereitungstechnischen Gründen zu einem erheblichen Teil nicht bereitgestellt werden konnten. Der entsprechende regionale Datenbedarf kann weitgehend aus der Finanzstatistik (Realsteuervergleich) gedeckt werden.

Erbschaftsteuerstatistik

Die Erbschaftsteuerstatistik wurde von 1953 bis 1962 jährlich durchgeführt, dann eingestellt, da die steuerlich zu erfassenden Vermögensübergänge durch Erbschaft oder Schenkung nur langfristig größere Veränderungen zeigten, so daß eine laufende Bereitstellung entsprechender Informationen nicht mehr für erforderlich gehalten wurde. Durch das steuerstatistische Gesetz erfolgte ihre Weiterführung mit der Maßgabe, die Aufbereitung für einen Zeitabstand von sechs Jahren, und zwar getrennt für die einzelnen Jahre vorzunehmen. Da in die Untersuchungen zur Reform des Steuersystems 1970 auch die Erbschaftsteuer einbezogen wurde, erfolgte zunächst für die Jahre 1967 bis 1969 eine Vorwegaufbereitung. Nach dem Ersten Statistikbereinigungsgesetz war die Erbschaftsteuerstatistik letztmalig 1978, zugleich für die vorhergegangenen fünf Jahre, durchzuführen. Dadurch konnten die Auswirkungen der Erbschaftsteuerreform von 1974 hinreichend festgestellt werden, so daß auf weitere Erhebungen vorerst verzichtet wurde.

Q. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, gesamtwirtschaftliche Analysen, Prognosen

Das traditionelle Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik, die Erhebung von Daten und ihre Aufbereitung zu statistischen Ergebnissen, wurde in den vergangenen Jahrzehnten in zunehmendem Maße durch weiterführende Berechnungen und Auswertungen dieser Ergebnisse als neuer Aufgabe ergänzt. Neben dem Bedarf für derartige analytische Arbeiten, der seitens der Konsumenten der Statistik geltend gemacht wurde, hat hierzu die Entwicklung der technischen Möglichkeiten, insbesondere die Einrichtung statistischer Informationssysteme, entscheidend beigetragen. In Anbetracht der vielfältigen Informationen, die in den Statistischen Ämtern verfügbar sind, lag es nahe, derartige Analysen nicht nur ad hoc für genau spezifizierte Aufgabenstellungen vorzunehmen, sondern durch Kombination der zu einem Gesamtkomplex vorhandenen Daten ein umfassendes Auswertungssystem zu entwickeln. Das erste und für gesamtwirtschaftliche Analysen bis heute wichtigste System dieser Art stellen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar, die in der Bundesrepublik Deutschland seit der ersten Hälfte der 50er Jahre aufgebaut worden sind. Seither wurden und werden auch auf anderen Gebieten derartige Auswertungssysteme entwickelt, so etwa für die Landwirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Umweltsektor. In mancherlei Hinsicht dienen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dabei als Vorbild, was unter anderem in dem Terminus „Gesamtrechnung“ zum Ausdruck kommt, der auch für diese Systeme häufig verwendet wird.

Entscheidungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung sind in die Zukunft gerichtet. Es war daher folgerichtig, die vorhandenen statistischen Ergebnisse nicht nur zur Analyse der Vergangenheit, sondern auch als Basis für Vorausschätzungen zu nutzen. Prognosen und Zielprojektionen, insbesondere auf demographischem Gebiet, sind zu einem festen Bestandteil der Aufgaben in den Statistischen Ämtern geworden. Auch hier besteht die Tendenz, anstelle isolierter Teilprognosen für einzelne Tatbestände ein integriertes System zu schaffen, in dem Basisprognosen und Folgeprognosen eng miteinander verzahnt sind.

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Mit der Entstehung der modernen Industriegesellschaften ist die politische Bedeutung wirtschaftlicher Fragen erheblich gewachsen. Entsprechend nahm auch der Bedarf an globalen Kennzahlen für die Entwicklung einer Volkswirtschaft zu. Ansätze zur systematisierten Schätzung des Volkseinkommens wurden schon in den 20er Jahren, vor allem in den Vereinigten Staaten, entwickelt. In den 30er Jahren lagen bereits für zahlreiche Länder, so auch für das Deutsche Reich, derartige Berechnungen vor, eine Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im heutigen Sinne existierte allerdings noch nicht.

Das theoretische Fundament für ein solches konsistentes Rechenwerk lieferte die Analyse des Wirtschaftskreislaufs, wie sie aus den Ansätzen der moder-

nen makroökonomischen Theorie entwickelt wurde, die auf die Arbeiten von J. M. Keynes, insbesondere sein Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, zurückgeht. Praktische Anstöße kamen von den Erfordernissen der Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges und des Wiederaufbaus nach Kriegsende. Bereits 1941 wurde die erste Gesamtrechnung für Großbritannien aufgestellt. Einen Meilenstein der Entwicklung stellte das Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC von 1952 dar. Von Beginn an maßgeblich beteiligt an diesen Arbeiten war der Engländer R. Stone, dem 1984 für seine bahnbrechenden Leistungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen wurde.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes

In der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland konnten zunächst nur die Ergebnisse der Volkseinkommensberechnungen aus der Vorkriegszeit mit Hilfe von Mengen- und Preisindizes fortgeschrieben werden. Da zunächst keine Daten aus den Einkommensteuerstatistiken vorlagen, ging die Schätzung des Sozialprodukts von der Entstehungsseite aus und stützte sich auf die Produktionsstatistiken. Nachdem die Ergebnisse der um das Jahr 1950 durchgeführten großen Zählungen vorlagen, konnte das Statistische Bundesamt die originäre Berechnung des Sozialprodukts nach seiner Entstehung, Verwendung und Verteilung in Angriff nehmen. Die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen für Bundeszwecke ist seit 1953 im Bundesstatistikgesetz (§ 3 Abs. 1 Nr. 7) als Aufgabe des Statistischen Bundesamtes verankert. Ausgehend von dem Standardsystem der OEEC wurde ein Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland entwickelt, für das 1960 erstmals Ergebnisse veröffentlicht wurden. Die Aufstellung dieses Systems kann als eine der herausragenden wissenschaftlichen Leistungen der amtlichen Statistik in der Nachkriegszeit gelten. Parallel zu den methodischen Arbeiten lief der konsequente Ausbau des statistischen Programms mit dem Ziel, bessere Ausgangsdaten für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu gewinnen.

Auf dieser Grundlage konzentrierten sich die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes in der Folgezeit auf den weiteren Ausbau des Kontensystems, insbesondere die Erweiterung der Sektorengliederung, die Aufstellung von Input-Output-Tabellen und Vermögensrechnungen sowie die Berechnung halbjährlicher bzw. vierteljährlicher Ergebnisse, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Heute können für die Bundesrepublik Deutschland die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, die Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen, die Vermögensveränderungen, die güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft (Input-Output-Tabellen), der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung und die Bestände an reproduzierbarem Sachvermögen (Kapitalstockberechnungen) nachgewiesen werden. Ergänzt werden diese Daten durch die Finanzierungsrech-

nung der Deutschen Bundesbank, die Angaben über die Bestände an Geldvermögen und Verpflichtungen sowie die Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen bereitstellt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

In Anbetracht der föderativen Struktur der neugegründeten Bundesrepublik, in der den Ländern weitreichende Kompetenzen insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung zugewiesen wurden, war es fast zwangsläufig, daß sich auch in den Ländern ein starker Bedarf an gesamtwirtschaftlichen Daten geltend machte. Bereits Anfang der 50er Jahre nahmen einige Statistische Landesämter, zunächst unabhängig voneinander, die Berechnung einzelner gesamtwirtschaftlicher Aggregatgrößen in Angriff. Es zeigte sich aber bald, daß die besonderen methodischen und praktischen Probleme einer regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur in enger wechselseitiger Abstimmung der Länder unter Einbeziehung des Statistischen Bundesamtes gelöst werden konnten. Nachdem diese grundsätzlichen Fragen bereits im April 1953 erörtert und geklärt worden waren, richteten die Statistischen Landesämter den Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnungen der Länder“ ein, der im Juni 1954 zum ersten Mal zusammentrat. Diesem Gremium gehörten neben Vertretern aller Statistischen Landesämter das Statistische Bundesamt sowie das Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter der Kommunalstatistik an; diese Zusammensetzung wurde bis heute beibehalten.

Die Arbeiten konzentrierten sich zunächst auf die Einkommensentstehungsrechnung nach dem Inlandskonzept bis zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Erste Ergebnisse für die Jahre 1950 bis 1955 konnten im November 1957 vorgelegt werden. Die weitere Entwicklung des Arbeitsprogramms wird markiert durch die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für kreisfreie Städte und Landkreise, die erstmals für das Jahr 1957 vorgenommen wurde, die Erstellung preisbereinigter Ergebnisse und die Ermittlung von Erwerbstätigenzahlen als Bezugsgrößen bei der Berechnung von Kennziffern wie Produktivität und Durchschnittseinkommen (seit 1967). Nachdem mit dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bereits 1956 ein Aggregat der Verteilungsrechnung in das Programm aufgenommen worden war, wurde in den Jahren nach 1964 die Verteilungs- und Verwendungsrechnung aufgebaut, so daß 1974 erstmals Ergebnisse der vollständigen sogenannten Drei-Seiten-Rechnung vorgelegt werden konnten. In Anbetracht der Ausweitung des Aufgabenbereichs wurde der Arbeitskreis im Jahre 1970 in „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ umbenannt. In der Folgezeit stand der weitere Ausbau der Drei-Seiten-Rechnung, insbesondere durch stärkere sachliche und wirtschaftssystematische Untergliederung der Aggregate, im Vordergrund. Ein neues Arbeitsgebiet stellt die Vermögensrechnung dar, die Mitte der 80er Jahre mit der Schätzung des reproduzierbaren Anlagevermögens in Angriff genommen wurde; erste Ergebnisse liegen seit 1986 für die Jahre 1970 bis 1984 vor.

Eine der Regelungen des Bundesstatistikgesetzes vergleichbare eindeutige Rechtsgrundlage für die Durchführung regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen liegt in den meisten Bundesländern noch nicht vor. Die Tätigkeit des Arbeitskreises basiert im wesentlichen auf Beschlüssen der Konferenz der Leiter der Statistischen Landesämter (1952), der Konferenz der Länderfinanzminister (1966 und 1970) und der Konferenz der Länderwirtschaftsminister (1980). In Rheinland-Pfalz wurde die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Landesstatistikgesetzes vom 27. März 1987 als Aufgabe des Statistischen Landesamtes gesetzlich verankert.

Sonderprobleme der Länderrechnung

Obwohl die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder grundsätzlich ein eigenes Rechenwerk darstellen, muß ihre Aufstellung doch in engem Bezug zu den Berechnungen für das Bundesgebiet erfolgen. Soweit möglich wird daher eine methodische Übereinstimmung mit der nationalen Rechnung angestrebt. Die besonderen Probleme der Länderrechnung betreffen zunächst die Datenbasis. Das Statistische Bundesamt kann seine Berechnungen auf eine breitere Grundlage stützen. Da die Bundesländer keine abgeschlossenen Wirtschaftsräume darstellen, fehlen statistische Daten zum Warenverkehr über die Ländergrenzen (eine Ausnahme bildet das Land Berlin). Ein geschlossenes Kreislaufschema, vergleichbar dem Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes, läßt sich daher auf Länderebene nicht realisieren. Weiterhin gibt es spezifische methodische Probleme, die aus dem Übergang auf kleinere räumliche Einheiten und der damit zwangsläufig verbundenen Zunahme grenzüberschreitender Aktivitäten resultieren. Das wichtigste Problem dieser Art stellen die sogenannten Mehrländerunternehmen dar, das sind Unternehmen mit mehreren Betrieben, die in verschiedenen Bundesländern liegen, was bei Großunternehmen fast die Regel ist. Die Bundesrechnung, die von dem Unternehmen als kleinster selbständig bilanzierender Einheit ausgeht, kann auf eine Reihe detaillierter Unternehmensstatistiken zurückgreifen. Die Länderrechnung dagegen muß zunächst die vorhandenen Betriebsstatistiken zugrunde legen und im übrigen versuchen, die nur für die Unternehmensebene vorliegenden Werte auf die Betriebe aufzuschlüsseln. Obwohl bereits erhebliche methodische Fortschritte erzielt werden konnten, ist anzunehmen, daß dieses Problem den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder noch länger beschäftigen wird, zumal die Berechnungsergebnisse hiervon teilweise erheblich tangiert werden.

Arbeitsteilung der Statistischen Landesämter und Abstimmung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes

Die praktische Arbeit an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wurde von Beginn an in Arbeitsteilung der Statistischen Landesämter durchgeführt. Jedes Amt übernimmt als sogenannte Koordinierungsaufgabe bestimmte Teilgebiete. Das sogenannte Koordinierungsland ist vorrangig für die Entwicklung und Verbesserung der methodischen Grundlagen in

seinem Aufgabenbereich zuständig. Es führt außerdem die praktischen Vorarbeiten (Zusammenstellung der Ausgangsdaten) und die Berechnungen auf seinem Teilgebiet auch für alle anderen Länder durch. So ist das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz im Rahmen der Originärberechnungen zuständig für die Ermittlung des Produktionswerts im Weinbau sowie des Produktionswerts und der Bruttowertschöpfung in den Bereichen Baugewerbe und Wohnungsvermietung. Aufgabe des Amtes sind außerdem die Berechnungen von Bezugswerten (Erwerbstätige und Arbeitnehmer). Außerhalb dieser arbeitsteiligen Organisation steht das Statistische Landesamt Berlin, das traditionell alle Berechnungen für Berlin selbst vornimmt. Diese Sonderstellung ist auf die teilweise umfassendere und genauere Datenbasis zurückzuführen, die aufgrund der besonderen Lage Berlins zur Verfügung steht. Insbesondere liegen Angaben über den Warenverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet vor, während in den anderen Ländern, wie erwähnt, vergleichbare Daten nicht verfügbar sind.

Vorteile dieser Arbeitsteilung sind vor allem darin zu sehen, daß das jeweilige Koordinierungsland sich auf seinem Aufgabengebiet spezialisieren kann. Die vertiefte fachliche Kenntnis ist eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche methodische Arbeit. Die Ermittlung der Ergebnisse für alle Länder an einer zentralen Stelle gewährleistet darüber hinaus die einheitliche Anwendung der Methoden wesentlich besser als entsprechende Absprachen zwischen den Beteiligten.

Die spezifischen Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder hinsichtlich Datenbasis und Methodik haben Abweichungen von der Bundesrechnung zur Folge, die sich zwangsläufig auch in divergierenden Ergebnissen niederschlagen müssen. Zwar werden in einigen Fällen die Länderwerte unmittelbar aus dem Bundesergebnis abgeleitet, indem der Bundeswert mit Hilfe eines geeigneten Schlüssels auf die Länder aufgeteilt wird, in der Regel werden die Länderwerte jedoch zunächst autonom berechnet. Die Summe der so ermittelten Länderwerte weicht daher im allgemeinen von dem zugehörigen Bundeswert ab, so daß nachträglich eine rechnerische Abstimmung vorgenommen werden muß. Dieses als „Koordinierung“ bezeichnete Korrekturverfahren sieht vor, daß für jedes berechnete Aggregat ein Faktor ermittelt wird, indem der Bundeswert zur Summe der autonom bestimmten Länderwerte in Beziehung gesetzt wird; die Eigenberechnung Berlins bleibt dabei ausgeklammert. Mit diesem sogenannten Koordinierungsfaktor werden die einzelnen Länderwerte multipliziert, so daß im Ergebnis eine rechnerische Übereinstimmung mit dem Bundeswert erreicht ist.

Dieses pauschale Abstimmungsverfahren ist sicher nicht unproblematisch, jedoch sind die zu vermutenden Schwachstellen nicht operational zu belegen, so daß es bisher bei dieser Lösung geblieben ist. In methodischer Hinsicht bedeutsam ist schließlich, daß durch die Koordinierung auch konzeptionelle Unschärfen beseitigt werden. Die vorwiegend auf betriebswirtschaftlichen Konzepten beruhende Schätzung der Länderwerte wird

auf die in der Bundesrechnung realisierten volkswirtschaftlichen Konzepte entsprechend dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umgestellt.

Berechnungsphasen und Ergebnisse

In die sehr differenzierten Berechnungen, die schließlich zur Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate führen, gehen Ergebnisse aus einer Vielzahl von Einzelstatistiken aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik ein. Da diese Daten, insbesondere bei umfangreicheren Erhebungen mit entsprechend längerer Aufbereitungsdauer, relativ spät vorliegen, können auch die auf dieser umfassenden Datengrundlage basierenden sogenannten Originärberechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung abgeschlossen werden. Die Ergebnisse der Entstehungsrechnung liegen etwa 20 Monate nach dem Ende des Berichtsjahres, die Aggregate der Verteilungs- und Verwendungsrechnung noch später vor. Andererseits besteht bei allen mit Fragen der Wirtschaftspolitik befaßten Institutionen ein dringender Bedarf an aktuellen Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Um diesen Anforderungen Rechnung zu tragen, werden für die wichtigsten Aggregate Schätzungen vorgenommen, die nach dem dabei angewandten Verfahren als „Fort-schreibung“ bezeichnet werden: Aus dem Vorjahr vorliegende Basiswerte werden mit Hilfe von Meßzahlenreihen für Tatbestände fortgeschrieben, deren Entwicklung als repräsentativ angesehen wird. Auf diese Weise kann bereits wenige Wochen nach dem Ende des Berichtsjahres eine erste Schätzung für das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen vorgelegt werden. In der Entstehungsrechnung werden diese Schätzungen bis zum Vorliegen der Originärberechnung noch zweimal auf jeweils verbesserter Datengrundlage wiederholt.

In unregelmäßigen, mehrjährigen Abständen werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl des Bundes als auch der Länder einer Revision unterzogen. Anlaß hierzu können grundlegende Verbesserungen der Datenbasis, insbesondere durch die Großzählungen, methodische Fortschritte größeren Ausmaßes oder die Anpassung der Konzepte an geänderte internationale Konventionen sein. Da diese Änderungen in der Regel einen deutlichen Bruch in den Zeitreihen verursachen, ist mit einer Revision stets eine Neuberechnung der Aggregate für einen längeren Zeitraum in der Vergangenheit verbunden. Obwohl dies bei den Konsumenten gelegentlich auf Unverständnis stößt und zudem einen erheblichen Arbeitsaufwand in den Statistischen Ämtern erfordert, sind derartige Umstellungen nicht zu vermeiden.

Die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Aggregate, die die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder heute bereitstellen, lassen sich kurz wie folgt skizzieren:

– Entstehungsrechnung:

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, der Wert aller innerhalb eines bestimmten Gebietes erzeugten Güter und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen), ist der wichtigste Maßstab der wirtschaftlichen Leistungs-

kraft. Die nach Wirtschaftsbereichen tief gegliederte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen gibt Aufschluß über die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes, da sie den Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Gesamtleistung aufzeigt. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten stellt die Summe aller innerhalb eines Gebiets entstandenen Einkommen dar. Die Aggregate der Entstehungsrechnung werden sowohl bewertet nach jeweiligen Preisen (nominal) als auch preisbereinigt (real) ermittelt.

– Verwendungsrechnung:

Zentrale Größe ist das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, das sich aus dem Bruttoinlandsprodukt herleiten läßt durch Addition der jenseits der Gebietsgrenzen entstandenen Faktorentgelte, die den in einem bestimmten Gebiet ansässigen Personen und Institutionen zugeflossen sind, und Subtraktion der im „Inland“ entstandenen Faktorentgelte, die Personen und Institutionen jenseits der Gebietsgrenzen zugeflossen sind. Das den „Inländern“ zur Verfügung stehende Bruttosozialprodukt wird für den privaten Verbrauch, den Staatsverbrauch, die Bruttoanlageinvestitionen und die Vorratsinvestitionen verwendet. Der Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) kann im Rahmen der Länderrechnung, wie erwähnt, aus statistischen Gründen nicht bestimmt werden. Auch in der Verwendungsrechnung werden nominale und reale Größen ermittelt.

– Verteilungs- und Umverteilungsrechnung:

Ausgangspunkt der Verteilungsrechnung ist das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder Volkseinkommen, die Summe der Faktorentgelte (Einkommen), die den in einem bestimmten Gebiet ansässigen Personen und Institutionen („Inländer“) zugeflossen sind. Die Einkommensverteilung kann funktional (Einkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) oder sektoral (Einkommen der privaten Haushalte bzw. der Unternehmen und des Staates) dargestellt werden. Für die privaten Haushalte wird das nach der Einkommensumverteilung verfügbare Einkommen ermittelt, das sich aus der primären Einkommensverteilung durch Addition der empfangenen laufenden Übertragungen (insbesondere Transferzahlungen des Staates wie Renten, Kindergeld und dergleichen) und Subtraktion der geleisteten laufenden Übertragungen (insbesondere direkte Steuern) ergibt. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann schließlich nach seiner Verwendung in privaten Verbrauch und Ersparnis aufgeteilt werden.

Kreisberechnung

Die regionale Wirtschaftsförderungspolitik wie die Landes- und Regionalplanung benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Informationen über Niveau und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft in kleineren Teilräumen. Obwohl hierfür noch andere Indikatoren zur Verfügung stehen, etwa die Zahl der Industriebeschäftigten oder die Realsteueraufbringungskraft, lag es nahe, auch Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für diesen Zweck heranzuziehen. Daher wurden schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts für

Landkreise und kreisfreie Städte aufgenommen. Wegen der erheblichen methodischen Probleme sind die statistischen Landesämter in den letzten Jahren mehr und mehr dazu übergegangen, auf die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu verzichten und stattdessen ausschließlich die Bruttowertschöpfung auf Kreisebene zu ermitteln. Auch für Rheinland-Pfalz liegen aus der letzten Kreisberechnung für 1984 nur noch Angaben über die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (nach vier Sektoren) und zu Faktorkosten als Indikator der wirtschaftlichen Gesamtleistung bzw. der entstandenen Einkommen vor.

Muß schon die Länderrechnung mit einer weniger umfassenden Datenbasis auskommen als die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes, so gilt dies erst recht für den Übergang auf die Kreisebene. Eine Originärberechnung, wie sie für die Länderwerte noch mit einem gewissen Anspruch auf Exaktheit vorgenommen werden kann, ist auf dieser regionalen Stufe nicht mehr möglich. Das Schätzverfahren der Kreisberechnung sieht daher vor, die für das Land ermittelte Bruttowertschöpfung – in möglichst tiefer Gliederung nach Wirtschaftsbereichen – mit Hilfe geeigneter und auf Kreisebene verfügbarer Schlüsselgrößen, z. B. Umsätze, Lohn- und Gehaltssumme oder Beschäftigte, auf die Kreise zu verteilen. Die methodische Aufgabe besteht darin, als Schlüsselgröße geeignete Merkmale zu finden, deren regionale Verteilung mit der vermuteten Verteilung der Wertschöpfung möglichst hoch korreliert. Da ein Merkmal zudem nicht für jeden Kreis gleichermaßen geeignet sein muß, sind Kompromißlösungen unumgänglich.

Die Arbeiten an dieser Regionalisierung sind recht aufwendig und wurden, trotz maschineller Unterstützung, bisher noch mit erheblichem manuellem Einsatz durchgeführt. Dies war einer der Gründe dafür, daß in Rheinland-Pfalz, wie auch in den meisten anderen Bundesländern, eine Kreisberechnung nur in zweijährigem Abstand vorgenommen wurde. Da die Regionalisierung auf der Originärberechnung der Landeswerte basiert, liegen die Ergebnisse der Kreisberechnung erst etwa zwei Jahre nach Ende des Berichtsjahres vor und bilden dann nochmals zwei Jahre lang die alleinige Informationsquelle, ein Umstand, der von den Konsumenten häufig beklagt wurde. Um die Arbeiten zu rationalisieren und zu einer etwas besseren Aktualität zu gelangen, wird daher zur Zeit eine VGR-Datei im Landesinformationssystem aufgebaut, in der alle für die Kreisberechnung relevanten Daten zusammengestellt und gespeichert werden. Erleichtert wird dies dadurch, daß viele der als Schlüsselgrößen benötigten Regionaldaten ohnehin schon in der Gemeindedatei des Landesinformationssystems gespeichert sind. Auf dieser Grundlage kann die Kreisberechnung künftig maschinell abgewickelt werden. Da die Daten für alle Jahre gespeichert werden, ist der Übergang auf einen jährlichen Berechnungsturnus möglich. Darüber hinaus besteht durch die Speicherung verschiedener Merkmale, die prinzipiell als Schlüsselgrößen in Betracht kommen, die Möglichkeit, Alternativrechnungen vorzunehmen, um das am besten geeignete Merkmal zu identifizieren. Die VGR-Datei wird daher auch die methodischen Arbeiten erleichtern und zum Teil überhaupt erst ermöglichen.

2. Gesamtwirtschaftliche und demographische Analysen

Das Statistische Landesamt verfügt über einen umfassenden Fundus von Daten aus den Wirtschafts-, Finanz- und Bevölkerungsstatistiken, die weit überwiegend aus den hier durchgeführten Erhebungen der amtlichen Statistik, teilweise auch aus dem Austausch von Ergebnissen mit anderen Stellen stammen. Es ist daher naheliegend, daß das Amt immer wieder mit größeren Untersuchungen beauftragt oder um Mitarbeit bei derartigen Projekten gebeten wird. Häufig spielen hierbei auch regionale Aspekte eine Rolle, so daß die Zusammenstellung und Analyse der Daten einen Umfang annimmt, der nur mit dem Instrumentarium des Landesinformationssystems bewältigt werden kann. Andererseits hat auch die Kenntnis der Möglichkeiten, die das Landesinformationssystem bietet, zweifellos die Nachfrage nach solchen übergreifenden Analysen stimuliert.

Neben vielfältigen Untersuchungen, die fallweise an das Statistische Landesamt herangetragen werden, handelt es sich hierbei auch um periodisch wiederkehrende Aufgaben. Erwähnt seien an dieser Stelle nur der Überblick zur konjunkturellen Lage, der regelmäßig zum Jahresende zusammengestellt und in den Statistischen Monatsheften veröffentlicht wird, und die Mitarbeit am Raumordnungsbericht der Landesregierung, der früher in zweijährigem Turnus vorzulegen war und heute alle vier Jahre zu erstellen ist.

Ein wesentlicher Anstoß für die Analysetätigkeit ging von dem Aufbau eines Systems regionaler Prognosen aus. Zwar wurden hierbei in der Regel bereits erprobte Konzepte verwendet, diese waren jedoch zunächst im Hinblick auf die hier vorliegenden Daten zu operationalisieren und an die spezifischen Erfordernisse einer regionalen Prognose auf kleinräumiger Ebene anzupassen. Auch zur späteren methodischen Verbesserung der Prognosen waren jeweils einschlägige Analysen notwendig. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa Untersuchungen zum generativen Verhalten, zu den regionalen Unterschieden in der Sterblichkeit, zum Wanderungsverhalten, zur Erwerbsbeteiligung und zur Entwicklung der Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden teilweise in den Statistischen Monatsheften vorgestellt.

3. Prognosen

Prognostische Daten sind eine unentbehrliche Entscheidungsgrundlage für die Planungen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Der dramatische Geburtenrückgang, der Mitte der 60er Jahre einsetzte und erst etwa ein Jahrzehnt später allmählich zum Stillstand kam, ließ das Interesse an demographischen Prognosen stark anwachsen. Nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Volkszählung 1970 und dem Aufbau einer breiten regionalisierten Datenbasis in Gestalt des Landesinformationssystems war es ein naheliegender Schritt, diese Daten auch zur Erstellung von regionalen Prognosen zu nutzen. Im Zuge der Einrichtung des Landesinformationssystems erteilte daher die Landesregierung im Januar 1974 dem Statistischen Landesamt einen entsprechenden Auftrag. In Zusammenarbeit mit

dem wichtigsten Interessenten, der Obersten Landesplanungsbehörde, wurde in den folgenden Jahren das Konzept der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktprognose entwickelt. Ergebnisse aus diesem Gesamtmodell konnten erstmals 1977 für den Prognosezeitraum 1975 bis 1990 vorgelegt werden. Seit Beginn der 80er Jahre wird dieses Modell einer grundlegenden Revision unterzogen, die bereits erhebliche Verbesserungen erbracht hat und in diesem Jahr abgeschlossen werden soll. Nachdem das Kultusministerium bereits 1973 Interesse an einer regionalen Schülerprognose bekundet hatte, wurde dieses Projekt 1978 nach dem vorläufigen Abschluß der konzeptionellen Arbeiten an der Bevölkerungsprognose in Angriff genommen. Erste Ergebnisse lagen 1981 für den Zeitraum 1978 bis 1993 vor. Auch dieses Modell wurde in der Folgezeit noch stetig verbessert. Die Erstellung von Prognosen ist inzwischen in § 2 Abs. 2 Nr. 4 des Landesstatistikgesetzes vom 27. März 1987 als Aufgabe des Statistischen Landesamtes gesetzlich fixiert.

Von Anfang an wurde der Aufbau eines integrierten Systems angestrebt, in dem die einzelnen Teilprognosen eng miteinander verzahnt sind. Für den Modellansatz aller Prognosen des Statistischen Landesamtes gilt dabei folgendes Grundschema:

- Der Rechengang ist vollständig programmiert, so daß die gesamte Prognoserechnung maschinell abgewickelt werden kann. Bei der Zusammenstellung der Ausgangsdaten wird soweit wie möglich auf maschinell geführte Dateien zurückgegriffen.
- Die Prognosen werden in jährlichem Turnus aktualisiert und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Auch bei der Ermittlung der Parameter kann so die jeweils jüngste Entwicklung berücksichtigt werden.
- Die Parameter können innerhalb eines gewissen Rahmens variiert werden, so daß Prognosevarianten berechnet werden können. Damit wird es möglich, nicht nur Punktprognosen vorzulegen, sondern auch die Bandbreite denkbarer Entwicklungen abzustekken.
- Der Zeithorizont der Prognosen umfaßt eine Periode von jeweils 15 Jahren. In diesem mittelfristigen Rahmen können noch einigermaßen zuverlässige Annahmen zur künftigen Entwicklung der Parameter getroffen werden.
- Räumliche Bezugseinheit ist der Kreis. In der Regel stehen die benötigten Ausgangsdaten nur auf Kreisebene in einem Umfang zur Verfügung, der statistisch gesicherte Aussagen bei der Ermittlung der Parameter zuläßt.

Von diesen Grundsätzen kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn besondere Problemstellungen dies erfordern; sie bilden jedoch gleichwohl das Gerüst des Gesamtsystems der Prognosen. Insbesondere hinsichtlich der räumlichen Gliederungstiefe wird immer wieder weitergehender Bedarf an kleinräumigen Prognosen geltend gemacht. Soweit dies von der Datengrundlage her möglich und methodisch vertretbar war, ist diesen Anforderungen Rechnung getragen worden.

Obwohl die Prognosemodelle bei entsprechender Festlegung der Parameter grundsätzlich auch für Zielprojektionen geeignet sind, wurden sie bisher nur für die Durchführung von Status-quo-Prognosen eingesetzt. Diese basieren auf der Grundannahme, daß die Determinanten der gegenwärtigen Entwicklung in der Zukunft in gleicher Weise wirksam bleiben, es sei denn, das künftige Eintreten einer Änderung, beispielsweise einer für die Entwicklung relevanten gesetzlichen Bestimmung, ist bereits bekannt. Zum Rahmen dieser Status-quo-Annahmen gehören auch die im Basiszeitpunkt der Prognose gegebenen politischen Konstellationen. Künftige Wendungen etwa der Wirtschafts- oder der Gesellschaftspolitik, die unter Umständen initiiert werden, um einer prognostizierten unerwünschten Entwicklung zu begegnen, können nicht antizipiert werden; insoweit sind die Ergebnisse politikneutral. Das Eintreten der prognostizierten Entwicklung ist daher nicht unbedingt ein Maßstab der Prognosequalität. Insbesondere für eine ungünstige Prognose gilt, daß sie gut war, wenn die prognostizierte Entwicklung nicht eintritt, weil die Prognose die verantwortlichen Entscheidungsträger zum Handeln veranlaßt und damit ihren wichtigsten Zweck erfüllt hat.

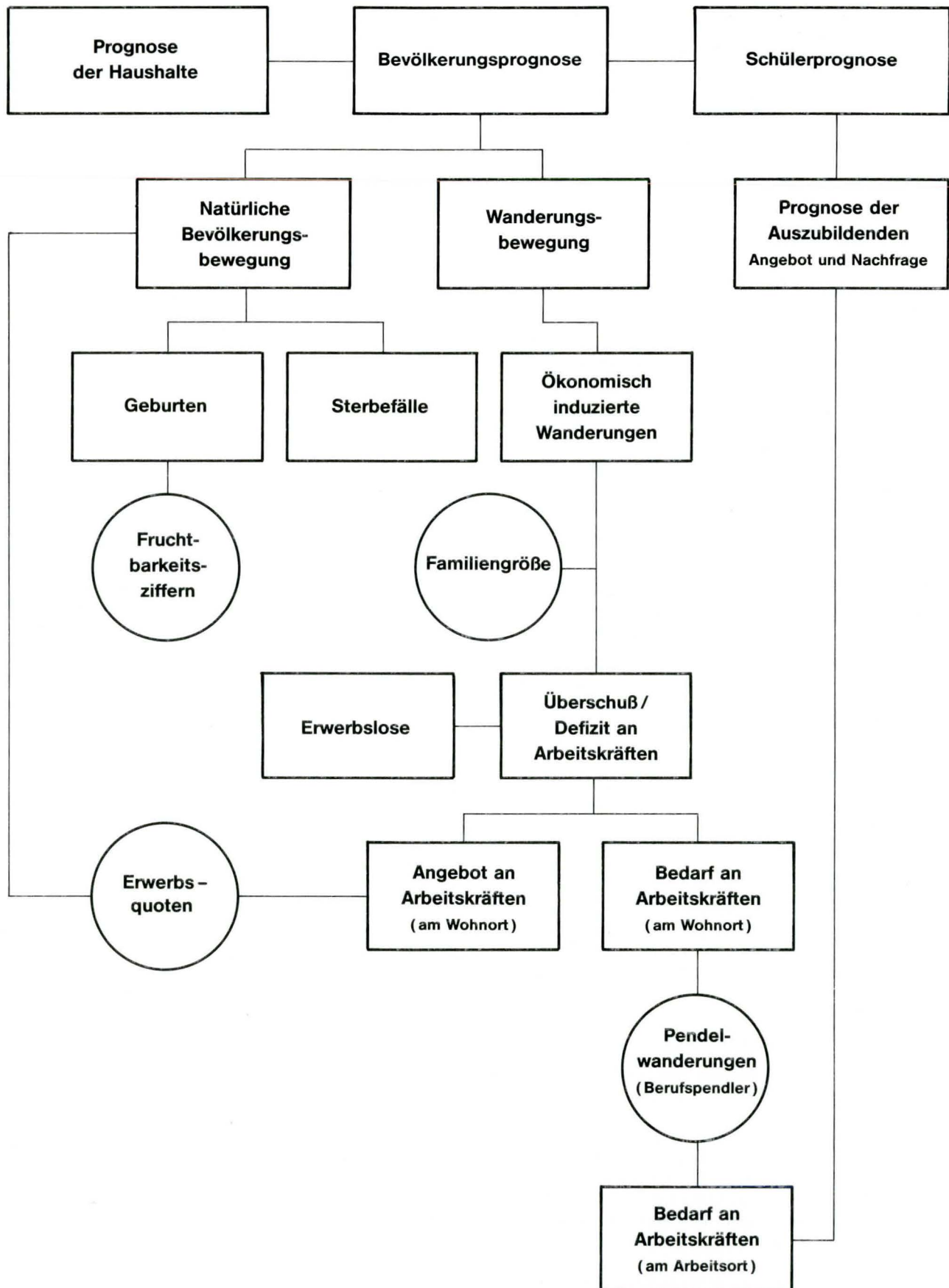
Bevölkerungsprognose

Umfang und Struktur der Bevölkerung sind zentrale Größen für zahlreiche Problemstellungen, insbesondere auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Zudem hat die Bevölkerungsvorausschätzung eine zentrale Stellung als Basisprognose, die Ausgangswerte für die verschiedensten Folgeprognosen bereitstellt. Aus diesen Gründen stand die Bevölkerungsprognose am Anfang der Prognosetätigkeit des Statistischen Landesamtes.

Das Prognosemodell läßt sich als Fortschreibungsansatz charakterisieren. Ausgehend von der Bevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht am Ende des Basisjahres wird durch Addition der Geburten und der Zuzüge sowie Subtraktion der Sterbefälle und der Fortzüge während des ersten Prognosejahres eine neue Ausgangsbevölkerung am Ende des ersten Prognosejahres ermittelt. Dieser Prozeß wird bis zum Ende des Prognosezeitraums wiederholt. Die prognostische Aufgabe besteht darin, diese vier Bewegungskomponenten vorzuschätzen. Das Prognosemodell ist so aufgebaut, daß Ergebnisse ohne bzw. mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegung ermittelt werden können. Die Vorausschätzung der Wanderungen ist zweifellos der problematischste Teil der Bevölkerungsprognose. Prognoseergebnisse, die nur die natürliche Bevölkerungsbewegung einbeziehen, geben dem Konsumenten die Möglichkeit, Annahmen zur Wanderungsbewegung nach eigenen Vorstellungen einzubringen, etwa aufgrund seiner besseren örtlichen Kenntnis, was insbesondere bei kleinräumigen Untersuchungen von Bedeutung ist.

Die Prognose der Geburten basiert auf einer Trendextrapolation altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern. Für die Vorausschätzung der Gestorbenen werden extrapolierte alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern zugrunde gelegt. Regionale Unterschiede des generativen Verhaltens und der Sterblichkeit werden bis zur

System der Regionalprognosen



Kreisebene berücksichtigt. Die Prognoserechnung selbst erfolgt auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, soweit Teile von Verbandsgemeinden zu verschiedenen Mittelbereichen gehören, auch für diese Verbandsgemeindeteile. Damit wird es möglich, durch entsprechende Zusammenfassungen völlig konsistente Ergebnisse für die Verwaltungskategorien Verbandsgemeinden/verbandsfreie Gemeinden und Landkreise/kreisfreie Städte sowie für die landesplanerischen Kategorien Mittelbereiche und Regionen zu erstellen. Die tiefere regionale Gliederung bis zur Verbandsgemeindeebene und die Ermittlung konsistenter Ergebnisse war neben der Berücksichtigung regionaler Sterblichkeitsunterschiede eine wesentliche Verbesserung durch die erwähnte Revision des Prognosemodells.

Teil der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbe-
wegung ist die sogenannte Sonderrechnung für Studie-
rende und Soldaten. Genau genommen handelt es sich
dabei um ein vereinfachtes Wanderungsmodell für diese
beiden Personengruppen, die dadurch gekennzeichnet
sind, daß sie nur vorübergehend an den Hochschul-
bzw. Garnisonsorten verweilen, dann abwandern und
über Zuwanderungen durch etwa gleichaltrige Perso-
nen ersetzt werden. Würde dies nicht berücksichtigt, so
hätte das Fortschreibungsverfahren für die betreffenden
Gebiete erhebliche Prognosefehler zur Folge, zumal es
sich, insbesondere in den Universitätsstädten und den
großen Garnisonen, um zahlenmäßig ins Gewicht fal-
lende Personengruppen handelt.

Zur Vorausschätzung der Wanderungen wurde ur-
sprünglich das sogenannte ökonomische Wanderungs-
modell verwendet, das die Wanderungen aus den mit
Hilfe der Arbeitsmarktprognose ermittelten Arbeits-
marktungleichgewichten ableitet. Ein Arbeitskräfte-
überschuß, der eine gewisse Schwelle überschreitet,
induziert Abwanderungen, während ein geringerer
Arbeitskräfteüberschuß oder ein Arbeitskräftedefizit
Zuwanderungen auslöst. Hinzuzuschätzen sind die mit-
wandernden Familienangehörigen. Ergänzt werden
diese arbeitsmarktinduzierten Wanderungen durch eine
Prognose der Ruhesitzwanderungen älterer Menschen.

Unbefriedigend an diesem Ansatz ist, daß er Wande-
rungen, deren Motive nicht ökonomischer Natur sind,
nur unzureichend berücksichtigt. Dies gilt vor allem für
die Stadt-Umland-Wanderungen, die für eine regionale
Prognose auf Kreisebene von besonderer Bedeutung
sind. Im Zuge der Modellrevision wurde daher das
demographische Wanderungsmodell konzipiert, das auf
den Daten der Wanderungsstatistik basiert. Die mit Hilfe
von Fortzugsziffern prognostizierten Abwanderungen
aus den einzelnen Kreisen werden über eine Verflech-
tungsmatrix auf die Zielkreise verteilt, so daß zugleich
die Zuwanderungen bekannt sind, soweit ihr Herkunftsort
in Rheinland-Pfalz liegt. Hinzuzuschätzen sind noch
die Zuwanderungen aus den anderen Bundesländern
und dem Ausland, dies erfolgt mit Hilfe von Zuzugsziffern
bzw. einer Trendextrapolation der Wanderungsströme.
Zwar ist dieser Ansatz insofern nicht theoretisch fun-
diert, als Hypothesen über die Wanderungsmotive und
ihre Auswirkungen nicht explizit eingeführt werden. Ent-
sprechend der Status-quo-Annahme sind jedoch alle
für das Wanderungsgeschehen im Stützzeitraum maß-

gebenden Einflüsse implizit berücksichtigt. Dies gilt
sowohl für die Faktoren, die für die Stadt-Umland-Wan-
derungen von Bedeutung sind, als auch für die wirt-
schaftliche Situation, die über den Arbeitsmarkt die öko-
nomisch induzierten Wanderungen bestimmt. Als
abschließender Schritt der Programmrevision ist ge-
plant, das Arbeitsmarktmodell in diesen Wanderungs-
ansatz zu integrieren, so daß die Auswirkungen der
künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie sich in
der Arbeitsmarktprognose niederschlagen, als zusätz-
liche Komponente berücksichtigt werden.

Etwas außerhalb des allgemeinen Prognoschemas
stehen die sogenannten langfristigen Modellrechnun-
gen, die nur auf Landesebene vorgenommen werden
und an die Ergebnisse für das letzte Prognosejahr aus
der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung
anknüpfen. Sie sollen die Konsequenzen verdeutlichen,
die eine Fortdauer der gegenwärtigen Tendenzen der
Determinanten der natürlichen Bevölkerungsbewe-
gung, insbesondere des generativen Verhaltens, auf
lange Sicht, etwa bis zur Mitte des nächsten Jahrhun-
derts, für die demographische Entwicklung haben kann.

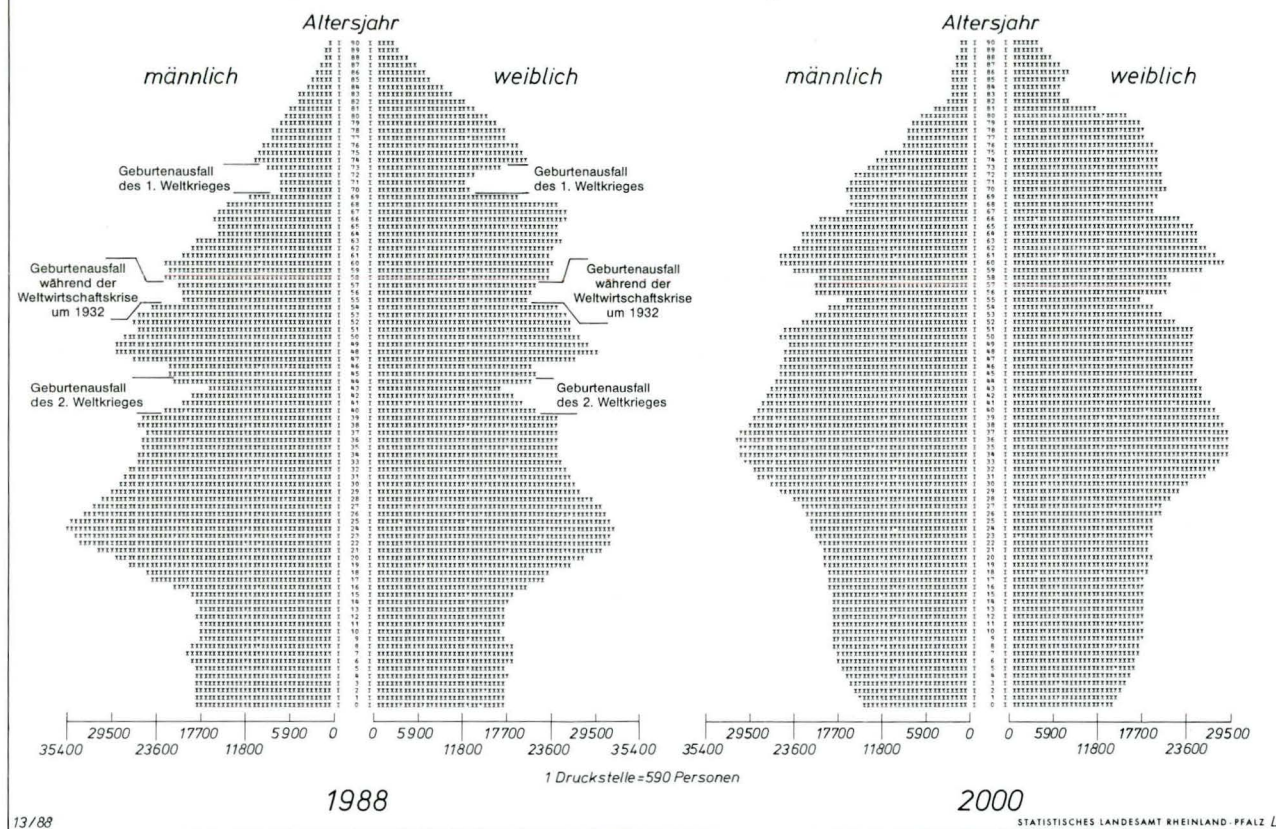
Arbeitsmarktprognose

Das Arbeitsmarktmodell diene als immanenter
Bestandteil der Bevölkerungsprognose ursprünglich
vor allem als Basis zur Vorausschätzung der ökonom-
isch induzierten Wanderungen. Mit der zunehmenden
Verschlechterung der Arbeitsmarktlage seit Mitte der
70er Jahre sind die Ergebnisse der Arbeitsmarktpro-
gnose zunehmend in das Zentrum des Interesses
gerückt. Die Arbeitsmarktprognose umfaßt eine Voraus-
schätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbsperso-
nen am Wohnort) und des Arbeitskräftebedarfs
(Erwerbstätige am Arbeitsort). Wegen der unterschied-
lichen räumlichen Zuordnung ist darüber hinaus eine
Vorausschätzung der Berufspendler erforderlich, um die
(auf den Wohnort bezogene) Arbeitsmarktbilanz aufstel-
len zu können.

Die Prognose der Erwerbspersonen basiert auf extra-
polierten altersgruppen- und geschlechtsspezifischen
Erwerbsquoten. Für die Vorausschätzung der Erwerbs-
tätigen wird im nichtlandwirtschaftlichen Bereich eine
Trendextrapolation der Beschäftigtenzahlen in tiefer
wirtschaftssystematischer Gliederung nach über 100
Wirtschaftszweigen zugrunde gelegt. Bei der Schätzung
der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft wird versucht,
den ausgeprägten Strukturwandel durch eine Trendex-
trapolation der Zahl der Betriebe in den einzelnen Grö-
ßenklassen zu berücksichtigen.

Die Regionalisierung der auf Landesebene ermittelten
Erwerbspersonen- und Erwerbstätigenzahlen beruht im
Grundsatz noch auf Ergebnissen der Volkszählung bzw.
Arbeitsstättenzählung von 1970. Dasselbe gilt für die
Pendlerquoten, die der Prognose der Berufspendler
zugrunde liegen. Zwar wurde versucht, diesen Mangel
durch mehr oder weniger fundierte Schätzungen zu
überbrücken, die zunehmende Unsicherheit der Daten-
basis führte jedoch schließlich dazu, daß Ergebnisse der
Arbeitsmarktprognose in den letzten Jahren nur noch
intern ermittelt und einer breiteren Öffentlichkeit nicht

Altersaufbau der Bevölkerung 1988 und 2000



Besonders anschaulich wird die demographische Struktur in der Darstellung als Bevölkerungspyramide. Während sich bei den vor 1950 Geborenen die geschichtlichen Ereignisse der ersten Jahrhunderthälfte widerspiegeln, werden an den jüngeren Jahrgängen die abrupten Änderungen des generativen Verhaltens in der Nachkriegszeit sichtbar.

mehr zugänglich gemacht wurden, weil dies angesichts des möglichen Prognosefehlers nicht mehr vertretbar erschien. Dies ist um so bedauerlicher, als diese Prognosezahlen in Anbetracht der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit von erheblichem Interesse sind. Wie kein anderer Teil des Prognosesystems ist die Arbeitsmarktprognose daher auf die Ergebnisse der Volkszählung 1987 angewiesen.

Schülerprognose

Wegen der besonderen Bedeutung des Bildungsbezirks für die Landespolitik wurde das Konzept einer regionalen Schülerprognose als erstes Anschlußmodell zur Bevölkerungsprognose realisiert. Die Schülerprognose deckt den Bereich der allgemeinbildenden Schulen nahezu vollständig ab und umfaßt Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte. Nicht einbezogen sind die übrigen Schulformen der Sonderschule, die Freien Waldorfschulen sowie der gesamte Bereich der berufsbildenden Schulen, der einer regionalen Prognose bei der gegebenen Datenlage praktisch nicht zugänglich ist. Da für Grundschulen und Sonder-

schulen feste Einzugsbereiche vorgeschrieben sind, die sich an den Verwaltungsgrenzen orientieren, und die Prognose bei diesen beiden Schularten mit der Bevölkerungsprognose verknüpft werden muß, bildet hier entsprechend dem allgemeinen Grundsatz der Kreis die kleinste regionale Einheit. Für Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen ist dagegen eine tiefere regionale Gliederung nach Schulorten und ihren Einzugsbereichen vorgesehen.

Auch zur Prognose des Schülerbestandes wird für die einzelnen Schularten mit Ausnahme der Sonderschulen ein Fortschreibungsverfahren verwendet, dessen Grundgedanke eine möglichst realitätsgetreue Abbildung der Modalitäten ist, nach denen die Schüler das Schulsystem durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand nach Klassenstufen zu Beginn des Basisschuljahres, der um die Schülerabgänge am Schuljahresende verringert wird. Die verbleibenden Schüler rücken, sofern sie die Klassenstufe nicht wiederholen, in die nächsthöhere Klassenstufe vor. Zusammen mit den übrigen Zugängen und den Wiederholern dieser Klassenstufe ergibt sich damit ein neuer Ausgangsbestand am Beginn des folgenden Schuljahres. Dieser Prozeß wiederholt sich bis zum Ende des Pro-

gnosezeitraums. Übergänge, Zugänge, Abgänge und Wiederholer werden mit Hilfe entsprechender Quoten prognostiziert, die in der Regel als Durchschnittswert der letzten drei Beobachtungsjahre ermittelt und im Prognosezeitraum konstant gehalten werden. Trendextrapolationen der Quoten sind nur in wenigen Ausnahmefällen vorgesehen.

Die Fortschreibung des vorhandenen Schülerbestandes muß in den Prognosejahren jeweils um die neu aufgenommenen Schüler der Eingangsstufe ergänzt werden. Bei den Grundschulen sind dies in der 1. Klassenstufe die Ersteinschulungen, bei den weiterführenden Schulen in der 5. Klassenstufe die Zugänge aus der 4. Klassenstufe der Grundschulen. Das Übergangsverhalten beim Wechsel in die Sekundarstufe I und die regionale Verteilung der Schüler auf deren Schulorte bilden eine entscheidende Schlüsselstelle des Modells. Eine unentbehrliche Datengrundlage ist dabei die Einzugsbereichsstatistik, die 1979 für die allgemeinbildenden Schulen eingeführt wurde und die Schüler nach Wohnorten erfaßt.

Bei den Schulen für Lernbehinderte ist dieses Fortschreibungsverfahren nicht anwendbar, da keine Angaben über die Wiederholer vorliegen. Die Sonderschüler werden mittels sogenannter Strukturquoten prognostiziert, die den Anteil der Schüler eines bestimmten Altersjahrgangs an der Gesamtbevölkerung gleichen Alters darstellen.

Wesentliches Ergebnis der Prognose sind neben den Schülerzahlen die Angaben über die Schulabgänger nach der Qualifikation (Art des Entlassungszeugnisses). Sie stellen wichtige Orientierungsdaten zur Beurteilung des regionalen Arbeitsmarktes dar und bilden darüber hinaus die Grundlage für Anschlußprognosen im tertiären Bildungsbereich.

Ausblick

Neben der Überprüfung der vorhandenen Modelle auf Verbesserungsmöglichkeiten als ständiger Aufgabe ist das Statistische Landesamt aufgefordert, Überlegungen zum weiteren Ausbau des Prognosesystems anzustellen. Erste Priorität hat hierbei eine Prognose der privaten Haushalte, deren Zahl und Struktur vor allem für ökonomische Analysen von großem Interesse ist. Als kleinste selbständige Entscheidungseinheit, die am Markt Güter nachfragt, spielen die Haushalte häufig eine wichtigere Rolle als die Einzelpersonen, insbesondere hinsichtlich des Bedarfs an langlebigen Gebrauchsgütern. Datengrundlage für diese Prognose werden vor allem die Ergebnisse der Volkszählung 1987 sein. Daran anschließen könnten sich Prognosen des Wohnungsbedarfs und des Flächenbedarfs.

Als Folgeprognosen auf dem Bildungssektor sind in erster Linie Vorausschätzungen für den Lehrstellenmarkt denkbar. Während das Angebot an Ausbildungsplätzen aus der Prognose des Arbeitskräftebedarfs abgeleitet werden kann, liefert die Prognose der Schulabgänger Ausgangsdaten zur Ermittlung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Eine theoretisch vorstellbare Prognose der Studenten auf der Grundlage der vorausgeschätzten Abiturientenzahlen dürfte wegen der starken überregionalen Verflechtungen weniger in Betracht kommen, sollte jedoch als Möglichkeit nicht völlig außer acht gelassen werden.

Den Konsequenzen der absehbaren demographischen Entwicklung für die staatlichen und kommunalen Aufgaben wird zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet. Das Konzept einer Bedarfsprognose für den öffentlichen Bereich, die versucht, die Auswirkungen in den verschiedenen hiervon tangierten Aufgabengebieten zu quantifizieren, liegt bereits vor. Konkrete Berechnungen werden voraussichtlich in Kürze aufgenommen.

VI. Entwicklung und Stand der nichtstatistischen Aufgaben

A. Durchführung von Wahlen einschließlich Wahlstatistik

Bereits 1948 hat die Landesregierung erstmals den Präsidenten des Statistischen Landesamtes zum Landeswahlleiter, den Leiter der Abteilung Bevölkerung und Kultur zu seinem Stellvertreter ernannt. Beide üben ihr Amt auf unbestimmte Zeit aus. Der Landeswahlleiter greift bei seiner Tätigkeit auf Personal und Einrichtungen des Amtes zurück. Er hat mit seinen Mitarbeitern bisher elf Bundestags-, zehn Landtags-, neun allgemeine Kommunal- und zwei Europawahlen vorbereitet und durchgeführt. Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament fand im Jahre 1979 statt.

Der reibungslose Ablauf der Wahlen und die bundesweit anerkannte schnelle Ermittlung der Wahlergeb-

nisse spricht für die gute Zusammenarbeit mit allen Wahlorganen und Wahlbehörden im Lande. Schon frühzeitig wurden insbesondere für die Ermittlung und die Bereitstellung der Wahlergebnisse moderne technische Hilfsmittel genutzt und ihr Einsatz ständig verbessert.

Dem Landeswahlleiter obliegen die in den Wahlgesetzen und Wahlordnungen festgelegten Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Er koordiniert im Rahmen seiner Aufsichtsbefugnis die Tätigkeit der übrigen Wahlleiter und unterhält einen ausgedehnten Auskunft- und Beratungsdienst für Wahlbehörden, Wahlorgane, Wahlvorschlagsträger und Wahlberechtigte. Im Rahmen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit gibt er in Presse, Rundfunk und Fernsehen Erklärungen zu wichtigen Wahlangelegenheiten ab, z. B. über die

zeitlich begrenzte Möglichkeit des Einspruchs gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses, zu Fragen der Stimmabgabe, über die Möglichkeit der Briefwahl sowie den Ablauf in der Wahlnacht.

Von Unterschieden, die in der Ausgestaltung der Wahlsysteme begründet sind, abgesehen, gleichen sich die Aufgaben des Landeswahlleiters bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen weitgehend.

Nachdem der Tag der Wahl bestimmt ist, fordert der Landeswahlleiter durch öffentliche Bekanntmachung zur möglichst frühzeitigen Einreichung der Wahlvorschläge auf und weist auf die Voraussetzungen für die Einreichung gültiger Wahlvorschläge hin. Er nimmt bei Bundestags- und Europawahlen die Landeslisten entgegen und unterzieht sie einer Vorprüfung. Stellt er Mängel fest, so benachrichtigt er sofort den Vertrauensmann und fordert ihn unter Hinweis auf die Mängelbeseitigungsfrist auf, die Mängel rechtzeitig zu beseitigen. Wird dem Landeswahlleiter bekannt, daß ein auf einer Landesliste vorgeschlagener Bewerber noch auf einer anderen Landesliste vorgeschlagen worden ist, so weist er den Landeswahlleiter des anderen Landes auf die Doppelbewerbung hin.

Der Landeswahlleiter fordert die im Land vertretenen Parteien und Wählergruppen auf, Wahlberechtigte als Beisitzer für den Landeswahlausschuß vorzuschlagen. Er beruft die Beisitzer und für jeden Beisitzer einen Stellvertreter, lädt zu den Sitzungen des Ausschusses ein und leitet die Verhandlungen als dessen Vorsitzender. Der Landeswahlausschuß entscheidet bei Bundestags- und Europawahlen über die Zulassung von Landeslisten, bei Bundes- und Landtagswahlen über Beschwerden gegen die Zurückweisung von Kreiswahlvorschlägen und stellt das Ergebnis der Wahlen aller politischen Ebenen im Lande fest.

Dem Landeswahlleiter steht das Recht der Beschwerde über Entscheidungen des Landeswahlausschusses bei der Zulassung von Landeslisten an den Bundeswahlausschuß zu. Bei Landtagswahlen kann er gegen die Zulassung und Zurückweisung von Kreiswahlvorschlägen durch die Kreiswahlausschüsse Beschwerde an den Landeswahlausschuß einlegen. Er setzt bei Bundestagswahlen die Reihenfolge der zugelassenen Landeslisten, bei Landtagswahlen die der Kreiswahlvorschläge fest und teilt den Wahlvorschlägen eine Nummer zu. Der Landeswahlleiter beschafft eine Vielzahl von Formblättern und Vordrucken zentral für die anderen Wahlorgane und die Wahlbehörden, legt den Meldeweg für die Übermittlung der Schnellmeldungen der Wahlergebnisse in der Wahlnacht fest und ermittelt anhand der Meldungen der kreisfreien Städte und Landkreise das vorläufige Wahlergebnis im Lande. Er verständigt sofort nach der Feststellung des endgültigen Ergebnisses die über die Landeslisten in den Deutschen Bundestag gewählten Bewerber und macht die Wahlergebnisse, gegliedert nach Wahlkreisen, und die Namen der gewählten Bewerber öffentlich bekannt. Falls erforderlich, setzt der Landeswahlleiter den Tag einer etwaigen Nach-, Wiederholungs- und Ersatzwahl fest. Schließlich ermittelt er die Wahlkosten und ordnet die Auszahlung der Entschädigung an die Gemeinden an.

Ihm obliegt auch die Feststellung und Berufung von Listennachfolgern für während der Legislaturperiode ausgeschiedene Abgeordnete des Europaparlaments, des Deutschen Bundestages und des Landtags Rheinland-Pfalz.

Bei den Kommunalwahlen sind dem Landeswahlleiter in erster Linie die Überwachung der Durchführung sowie die Feststellung des Gesamtergebnisses für das Land übertragen, während die Wahlen zu den Vertretungen der einzelnen Gebietskörperschaften von den Gemeinde-, Verbandsgemeinde- und Kreiswahlleitern, die Wahl des Bezirkstages des Bezirksverbandes Pfalz vom Bezirkswahlleiter geleitet werden. Die Wahrnehmung zahlreicher wichtiger Aufgaben auf örtlicher Ebene erfordert naturgemäß in weit höherem Maße Koordinierungs-, Beratungs- und Auskunftsdienste des Landeswahlleiters als die übrigen Wahlen.

Auch in den wenigen wahlfreien Jahren fallen zum Teil umfangreiche Arbeiten an, wie die Erstellung von Analysen und Modellrechnungen sowie Vorschläge zu Änderungen des Wahlrechts aufgrund der Erfahrungen der Praxis. Der Bericht der Landesregierung über die Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen für die Wahl zum Landtag wird vorbereitet. Es sind Formblätter und Vordrucke zu entwerfen, soweit diese nicht als Anlagen zu den Wahlordnungen festgelegt sind. Die Aufgaben nehmen einen beträchtlichen Teil der Arbeitskapazität der Abteilung Bevölkerung und Kultur sowie der technischen Einrichtungen des Amtes, der automatischen Datenverarbeitung und der Druckerei in Anspruch.

Die Wahrnehmung der Landeswahlleitung durch den Präsidenten des Statistischen Landesamtes erleichtert und beschleunigt die Aufbereitung und Veröffentlichung der Wahlstatistiken wesentlich.

Schon im Stadium der ersten Vorbereitungsarbeiten zu einer Wahl werden in einem Statistischen Bericht die rund 150 Merkmale zur sozioökonomischen Struktur der Wahlkreise, kreisfreien Städte und Landkreise sowie die Vergleichszahlen der vorangegangenen Wahlen veröffentlicht. Die Korrelation der Wahlergebnisse mit den demographischen, sozial- und wirtschaftsstatistischen Merkmalen ermöglicht der empirischen Wahlforschung weitgehende Analysen des Wahlverhaltens einzelner Bevölkerungsgruppen.

Noch in der Wahlnacht veröffentlicht der Landeswahlleiter in seinen Mitteilungen die vorläufigen Ergebnisse der Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung nach Wahlkreisen, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten und großen kreisangehörigen Städten mit Vergleichszahlen vorangegangener Wahlen. Das endgültige Ergebnis wird etwa zehn Tage später in gleicher Form als Statistischer Bericht veröffentlicht, schon kurz darauf ein Bericht mit den Verbandsgemeindeergebnissen. Der ausführlichen Kommentierung in den Statistischen Monatsheften folgt dann schließlich in der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ eine umfangreiche Veröffentlichung, die daneben auch alle Ergebnisse in regionaler Gliederung bis zur Ebene der Ortsgemeinden enthält.

Bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen stellt das Statistische Landesamt bereits vier Wochen nach der Wahl die Ergebnisse der gesetzlich angeordneten repräsentativen Wahlstatistik zur Verfügung. Im Rahmen dieser Statistik wird in ausgewählten Wahlbezirken, die für das Land repräsentativ sind, das Wahlverhalten, das heißt die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe bestimmter Bevölkerungsgruppen, untersucht. Während die Wahlbeteiligung anhand der Stimmabgabevermerke in den Wählerverzeichnissen, die Angaben über das Geschlecht und das Alter der Wahlberechtigten enthalten, ermittelt wird, ermöglichen Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsmerkmalen für Männer und Frauen nach Geburtsjahrgruppen die Feststellung der Stimmabgabe auf die einzelnen Parteien. Die Wahlbeteiligung wird nach Geschlecht und zehn Altersgruppen, die Stimmenanteile der Parteien werden nach Geschlecht und fünf Altersgruppen ausgezählt. Bei Bundestagswahlen fallen daneben aufschlußreiche Angaben über das Stimmensplitting an, das heißt über Wähler, die ihre Erst- und Zweitstimme nicht derselben Partei gegeben haben.

Der repräsentativen Wahlstatistik bringen insbesondere die Parteien großes Interesse entgegen. Sie erhalten Aufschluß über die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Zeitreihen mit Repräsentativergebnissen von Wahlen zeigen die Veränderung des Wahlverhaltens der Wähler nach Geburtsjahrgruppen im Laufe ihres Lebens.

Seit 1970 sind dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes als Hauptwahlleiter auch die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Landwirtschaftskammer übertragen. In dieser Eigenschaft obliegen ihm neben der Überwachung der Vorbereitung und Durchführung der Wahl insbesondere die Ermittlung der in den Wahlkreisen zu wählenden Vertreter, die Festlegung von Wahltag und Wahlzeit im Einvernehmen mit dem Vorstand der Kammer sowie deren Bekanntmachung. Er fordert zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf, bestimmt die Muster der Wahldrucksachen und stellt schließlich das Gesamtwahlergebnis fest und macht es öffentlich bekannt.

B. Aufgabenübertragungen der obersten Landesbehörden

1. Haushaltsrechnung des Landes

Im Rahmen der Automation von Verwaltungsaufgaben hat das Ministerium der Finanzen mit Runderlaß vom 10. Januar 1968 dem Statistischen Landesamt die Zusammenstellung der Titelergebnisse zu den Monatsabschlüssen übertragen.

Die im laufenden Jahr vereinnahmten und verausgabten Istbeträge (Januar bis einschl. Berichtsmonat) nach Kapiteln und innerhalb dieser nach Titeln des Haushalts sind nach jedem Monatsabschluß von den Kassen des Landes dem Statistischen Landesamt zuzuleiten. Die ursprüngliche Datenbereitstellung auf Belegen mit anschließender Erfassung und Plausibilitätsprüfung im Statistischen Landesamt wurde im Jahre 1985 ergänzt um die Möglichkeit einer Datenüberleitung im Wege des

maschinellen Datenträgeraustauschs. Seit dem Berichtsmonat August 1987 legen alle Landeskassen ihre Ergebnisse in der Form des Datenträgeraustausches vor.

Die maschinelle Aufbereitung der übernommenen Titelergebnisse erfolgt nach einem mit dem Ministerium der Finanzen abgestimmten Tabellenprogramm. Es sieht monatlich die Istergebnisse des laufenden Haushaltsjahres (Januar bis einschl. Berichtsmonat) nach haushaltsmäßigen und funktionalen Gesichtspunkten vor. Neben einem Gesamtergebnis werden eine Gruppierungsübersicht, eine Funktionenübersicht und eine detaillierte Titelübersicht angeschrieben. Das Monatsprogramm wird vierteljährlich um zwei weitere Tabellen ergänzt. Zusätzlich angeschrieben werden nach Kapiteln die vom Land im Verlauf des Haushaltsjahres geleisteten Bauausgaben (Hauptgruppe 7) und in einer weiteren Übersicht die Rechnungs-Istergebnisse in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten. Diese gegenüber der monatlichen Gruppierungsübersicht vereinfachte Darstellungsform der Einnahmen und Ausgaben dient u. a. auch der Erstellung der Vierteljahresstatistik über die Länderfinanzen, die das Ministerium der Finanzen ab dem Rechnungsjahr 1969 dem Statistischen Landesamt übertragen hat.

Bei der jährlich zu erstellenden Haushaltsrechnung des Landes sind vom Statistischen Landesamt dem Ministerium der Finanzen aus dem Ergebnis des abgelaufenen Jahres – durch Gegenüberstellung der Haushaltsansätze und der tatsächlich vereinnahmten bzw. verausgabten Beträge – Auflistungen über die in der Haushaltsrechnung nachzuweisenden Mehr- oder Minderbeträge zur Verfügung zu stellen. Ebenso anzulisten sind aus dem Jahresergebnis nach Kapiteln des Haushalts die Soll- und Istbeträge einiger Gruppen der Hauptgruppe 5. Nach den Abschlußarbeiten bei den dafür zuständigen Stellen obliegt dem Statistischen Landesamt die Erstellung und drucktechnische Verarbeitung der Veröffentlichung „Übersichten zur Haushaltsrechnung“ sowie die maschinelle Anschreibung der Reinschriften für den mehr als 800 Seiten umfassenden Teil II der Haushaltsrechnung des Landes Rheinland-Pfalz. Der Druck dieses Gesamtwerkes erfolgt ebenfalls im Statistischen Landesamt.

2. Grundvermögen des Landes

Mit Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 30. November 1982 war das bisher als Kartei geführte Grundbesitzverzeichnis zum 31. Dezember 1982 auf eine ADV-Datei (Grundvermögensdatei) umzustellen. Seit 1964 wurden von allen Dienststellen des Landes Bestandskarteikarten mit den das Grundstück kennzeichnenden Tatbeständen geführt, die jährlich mit den eingetretenen Bestandsveränderungen dem Statistischen Landesamt zur Fortschreibung des Grundbesitzverzeichnisses einzureichen waren.

Mit der Einführung der maschinellen Grundvermögensdatei wurde der Nachweis des landeseigenen Grundbesitzes und seiner Veränderung mittels Kartei aufgegeben und durch eine Neuordnung des Erfassungssystems ersetzt. Da die bis dahin geführte Kartei fortgeschriebene Angaben aus der letzten

Bestandsaufnahme zum 31. Dezember 1963 enthielt, die wegen der Länge des Fortschreibungszeitraums in einer Reihe von Fällen unvollständig und fehlerhaft gewesen sein dürften, war die Umstellung gleichzeitig mit einer Neuaufnahme des Grundvermögens verbunden. Die Angaben wurden auf Datenträger übernommen und maschinellen Plausibilitätskontrollen unterzogen. Durch die erfolgte Umstellung der Grundstückskartei auf eine ADV-Datei wurde nicht nur die Nachweisung der Ergebnisse vereinfacht, sondern darüber hinaus auch die Qualität der Angaben nicht unwesentlich verbessert, da in einer Datei Fehlerquellen durch bestimmte maschinelle Kontrollgänge leichter ausgeschaltet werden können.

Die vom Statistischen Landesamt geführte ADV-Datei enthält immer den fortgeschriebenen Stand des Grundvermögens des Landes zum 31. Dezember eines jeden Jahres. Den einzelnen Dienststellen werden für die von ihnen verwalteten Grundstücke Einzelnachweisungen ausgedruckt. Aus dem Datenbestand werden nach einem vereinbarten Aufbereitungsprogramm regelmäßige Tabellen angeschrieben. Das Tabellenprogramm besteht aus der Einzellistung, den Gesamtübersichten und der Regionaltabelle, aus denen unter anderem eine Übersicht erstellt wird, die als Gesamtnachweisung über das Grundvermögen und seine Veränderungen in der Haushaltsrechnung des Landes veröffentlicht wird. Die Grundvermögensdatei bietet darüber hinaus die Möglichkeit, kurzfristig Angaben über das Grundvermögen des Landes in der jeweils benötigten sachlichen, organisatorischen und regionalen Gliederung auf Anforderung bereitzustellen.

3. Kommunalen Finanzausgleich

Schlüsselzuweisungen

Neben eigenen Einnahmequellen (z. B. Realsteuern, sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen, Gebühren, Beiträge usw.) hat das Land den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Finanzausgleichs zu sichern. Insbesondere durch die Schlüsselzuweisungen, die das Kernstück des kommunalen Finanzausgleichs bilden, soll ein annähernder Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gebietskörperschaften erreicht werden, indem der durchschnittlichen Ausgabenbelastung (ermittelt aus der Höhe und der Zusammensetzung der Einwohnerzahl) die eigene Steuerkraft gegenübergestellt wird.

Geregelt ist dies im Finanzausgleichsgesetz, das im Laufe der Jahre mehrmals geändert bzw. neu gefaßt wurde. So mußte durch die Neufassung von 1958 ein von der Landesgesetzgebung zu bestimmender Hundertsatz von dem Länderanteil am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftssteuern, nämlich der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sowie dem Istaufkommen aus dem Länderfinanzausgleich, an die Gemeinden und Gemeindeverbände fließen. Durch den Steuerverbund entwickelte sich nunmehr die an die Gemeinden zur Ausschüttung gelangende Finanzausgleichsmasse proportional zu den wichtigsten allgemeinen Deckungsmitteln des Landes.

Die wichtigsten Änderungen in den 60er Jahren waren eine Verstärkung der Verbundmasse um die Vermögensteuer, die Umstellung der Berechnung der Gewerbesteuerkraft vom bis zum Jahre 1968 geltenden Meßbetragsverfahren auf das Istaufkommen und die Einführung eigener Schlüsselmassen für die Gebietskörperschaftsgruppen (sog. „Drei Säulen“). Die mit der Gemeindefinanzreform eingeführte qualitative und quantitative Verbesserung der Gemeindefinanzen machte auch eine Änderung des Finanzausgleichs insofern erforderlich, als die Beteiligung an der Einkommensteuer als zusätzliche Einnahme bei der gemeindlichen Steuerkraft ebenso berücksichtigt werden mußte wie die Reduzierung des Gewerbesteueraufkommens durch die Abführung einer Gewerbesteuerumlage. Zum 1. Januar 1975 vollzog sich der Übergang vom Meßbetrags- auf das Istbetragsverfahren bei der Steuerkraft für die Grundsteuern A und B. Ziel der Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes vom 28. Oktober 1977 war eine Anpassung des Finanzausgleichssystems an die gegenüber den ersten Nachkriegsjahren erheblich veränderten tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der kommunalen Selbstverwaltung, insbesondere durch die Entwicklung der Technik, der Wirtschaft, der sozialen und kulturellen Verhältnisse und damit der öffentlichen Aufgaben in den vergangenen Jahren sowie durch die Verwaltungsreformen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1968 bis 1975. Für eine Übergangszeit von drei Jahren wurde ein abgestufter Härteausgleich gezahlt.

Die bis heute geltende „Ur-Fassung“ des Finanzausgleichsgesetzes von 1977 erfuhr inzwischen neben einigen Änderungen von Berechnungsfaktoren folgende wesentliche Neuerungen:

- Es werden die nach den melderechtlichen Vorschriften unter Anwendung des landeseinheitlichen Verfahrens für das Meldewesen ermittelten Einwohnerzahlen nach der Hauptwohnung zugrunde gelegt.
- Auch bezüglich dieser Neuerung wurde ein Härteausgleich eingeführt.
- Eine Investitionsschlüsselzuweisung dient der Stärkung der Investitionstätigkeit.

Die Berechnung der Schlüsselzuweisungen wird seit 1951 vom Statistischen Landesamt vorgenommen. Die ursprünglich rein manuelle Berechnung sowie Bescheid- und Listenerstellung wird seit Mitte der 60er Jahre zunehmend durch maschinelle DV-Programme unterstützt. Das seit der Neufassung ab 1978 eingesetzte Datenverarbeitungsverfahren beinhaltet nunmehr soweit möglich die integrierte Gewinnung der Ausgangsdaten aus den Datenträgern der amtlichen Statistik bzw. des Landesinformationssystems (LIS), ansonsten eine eigene Datenerfassung, die Möglichkeit der Datenkorrektur durch die Fachabteilung, die volle maschinelle Berechnung der Schlüsselzuweisungen A und B einschließlich der verschiedenen Ansätze und Meßzahlen (Bedarfskraft-, Steuerkraft- und Finanzkraftmeßzahlen) sowie die Erstellung der Festsetzungsbescheide (Berechnungsbogen je Körperschaft), listenmäßigen Zusammenstellungen und Auswertung in Veröffentlichungstabellen. Die Arbeit der Fachabteilung kann sich damit im wesentlichen konzentrieren auf die

Überprüfung, Korrektur und Ergänzung der Ausgangsdaten sowie die Kontrolle der maschinellen Arbeitsergebnisse. Neben der schnellen und fehlerfreien Verarbeitung kann durch das DV-Programm in alternativen Berechnungen derjenige Grundbetrag ermittelt werden, der zur möglichst vollständigen Aufteilung der zur Verfügung stehenden Summe für die Schlüsselzuweisungen B2 führt. Durch alternative Angaben der für die Berechnung von Ansätzen, Maßzahlen und der Schlüsselzuweisungen benötigten Faktoren (wie z. B. v. H.-Werte der zu berücksichtigenden Einwohner- und Schülerzahlen, Mindestbeträge und -zahlen, v. H.-Werte von Grund- und Maßzahlen) können durch Veränderungen bei diesen Faktoren jederzeit Proberechnungen durchgeführt werden, um die Auswirkungen von Änderungen dieser Werte auf Höhe und Zusammensetzung der Schlüsselzuweisungen der einzelnen Gebietskörperschaften zu erkennen. Die Ermittlung des „optimalen“ Grundbetrages und die Möglichkeit umfassender Proberechnungen stellen einen wichtigen Rationalisierungserfolg des automatischen Datenverarbeitungseinsatzes dar.

Allgemeine Straßenzuweisungen

Bereits das erste Finanzausgleichsgesetz von 1951 enthielt eine Regelung bezüglich der Gewährung von Zuschüssen zu den Straßenbaulasten. Die Berechnung – bis 1977 vom Ministerium der Finanzen selbst vorgenommen – wurde mit Inkrafttreten der letzten Neufassung des Gesetzes als Aufgabe dem Statistischen Landesamt zugewiesen.

Schülerbeförderungskosten

1980 wurde im Finanzausgleichsgesetz ein Ausgleich der Kosten für die Schülerbeförderung und die Kindergartenfahrten an die kreisfreien Städte und Landkreise eingeführt. Die Berechnung – ursprünglich im Ministerium des Innern und für Sport bearbeitet – erfolgt seit 1985 durch das Statistische Landesamt.

Krankenhausumlage

Durch § 33 des Krankenhausreformgesetzes wurde im Finanzausgleichsgesetz eine Beteiligung der kreisfreien Städte und Landkreise an der Neuordnung der Krankenhausförderung in Form einer Krankenhausumlage vorgesehen. Die vom Statistischen Landesamt seit 1973 manuell vorgenommenen jährlichen Berechnungen werden ab 1978 mit einem ADV-Programm durchgeführt. Mit Landesgesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 18. Dezember 1985 wurde die Krankenhausumlage durch eine Finanzausgleichsumlage ersetzt.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage

Mit der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Abführung einer Gewerbesteuerumlage durch das Gemeindefinanzreformgesetz

wurde das Statistische Landesamt durch § 5 der Landesverordnung vom 5. März 1970 beauftragt, die auf die Gemeinden entfallenden Anteile zu errechnen. Diese Aufteilung nach besonderem Schlüssel wird maschinell errechnet, wobei insbesondere Berechnungen bei Gemeindeneugliederungen vorzunehmen sind. Gleichzeitig werden Ausgleichsbeträge zwischen den Gemeinden errechnet. Ferner wird die Gewerbesteuerumlage bei den Zahlungen der Gemeindeanteile mit verrechnet. Die Beträge werden vierteljährlich als Abschlagszahlungen im Datenträgeraustauschverfahren zahlbar gemacht bzw. am Jahresende abschließend abgerechnet.

4. Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung des Wohngeldes sowie des Härteausgleichs

Nachdem sich bereits seit 1968 eine größere Anzahl von Wohngeldbewilligungsbehörden der Datenverarbeitung des Statistischen Landesamtes bedient hatte, sind seit dem Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 1971 alle Wohngeldstellen des Landes dem einheitlichen Datenverarbeitungsverfahren zur Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung des Wohngeldes angeschlossen. Die von den Wohngeldberechtigten gestellten Anträge werden nach gewissen Vorermittlungen von den Bewilligungsbehörden im Statistischen Landesamt auf Datenträger übernommen und einer umfangreichen Plausibilität unterzogen. Es folgt die maschinelle Ermittlung des Familieneinkommens und der anrechenbaren Miete sowie die Berechnung des Wohngeldes. Anschließend werden die Bescheide geschrieben und die Wohngeldbeträge monatlich zahlbar gemacht. Dabei werden Zahlungslisten für die Bewilligungsbehörden, ein Datenträgerband für den beleglosen Zahlungsverkehr per Bank, Postüberweisungsträger mit Begleitlisten, Verrechnungslisten bei haushaltsinternen Umbuchungen ohne Zahlungen sowie Listungen der Sozialhilfeempfänger unter den Wohngeldempfängern erstellt. Bei auslaufender Bewilligungszeit werden Erinnerungskarten gedruckt. Für die Wohngeldstatistik werden die benötigten Daten ermittelt und auf Magnetband bereitgestellt. An das ADV-Verfahren sind alle 44 Bewilligungsbehörden des Landes angeschlossen.

Im Verfahren „Härteausgleich“ – eingeführt seit August 1986 – wird Inhabern von öffentlich geförderten Wohnungen, die Wohngeld erhalten und deren Wohnkosten die Höchstbeträge nach § 8 des Wohngeldgesetzes überschreiten, eine Ausgleichszahlung als Zuschuß zur Miete gewährt. Da die Härteausgleichsregelung auf den bereits verfügbaren Daten der Wohngeldanspruchsberechtigten aufbaut, ist keine gesonderte Antragstellung erforderlich, die benötigten Daten werden aus dem Datenbestand der Wohngeldberechnung übernommen. Das DV-Verfahren führt analog zum Wohngeld zweimal monatlich die Berechnung des Härteausgleichs, die Bescheiderstellung und die Zahlbarmachung (im Wege des beleglosen Datenträgeraustausches) durch.

5. Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung von Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft

Ausgleichszulagen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem EG-Bergbauernprogramm

Nach dem EG-Bergbauernprogramm erhalten landwirtschaftliche Betriebe in bestimmten durch Klima, Bodenqualität etc. benachteiligten Gebieten jährliche Ausgleichszahlungen. Seit 1975 erfolgt die maschinelle Durchführung im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten im Statistischen Landesamt. Die jährlich bei den Bezirksregierungen (Bewilligungsbehörden) zu stellenden Anträge werden nach der Datenerfassung im Rechenzentrum mittels eines Plausibilitätsprogrammes geprüft. Es folgt maschinell die Berechnung der Ausgleichszulage, die Bescheidschreibung und die Zahlbarmachung (durch Datenträgersaustausch). Die Ergebnisse werden für das Landwirtschaftsministerium statistisch ausgewertet.

Förderung einkommensschwacher landwirtschaftlicher Betriebe

Durch die Förderung einkommensschwacher landwirtschaftlicher Haupteinwerbsbetriebe zur Sicherung der Lebenshaltung gewährt das Land einkommensschwachen Landwirten, die aufgrund der ungünstigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen der letzten Jahre in eine soziale und wirtschaftlich schwierige Lage geraten sind, zeitlich befristete Beihilfen zur Vermeidung kurzfristiger Verbindlichkeiten, zur Überbrückung akuter Liquiditätsschwierigkeiten sowie zur Anpassung an und Ausrichtung der Art der Produktion und des Unternehmens auf die geänderten Rahmenbedingungen. Bewilligungsbehörden für die Antragstellung sind wiederum die Bezirksregierungen. Die maschinelle Durchführung umfaßt nach der Plausibilitätsprüfung der eingegebenen Daten die Berechnung des Standardbetriebseinkommens und davon abhängig die Ermittlung der Höhe der Beihilfe, die Erstellung der Bescheide sowie die Zahlbarmachung im Datenträgersaustausch.

Förderung der Produktionsanpassung im Weinbau

In diesem Verfahren erfolgt eine Förderung von Winzerbetrieben in bestimmten Anbaubetrieben. Das Land gewährt mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Steillagenweinbaus in den Anbaugebieten Mosel-Saar-Ruwer, Mittelrhein und Ahr Beihilfen an Winzer, um eine beschleunigte Anpassung der Produktion an die Absatzmöglichkeiten, eine Verbesserung der Qualität durch Begrenzung des Ertragsniveaus und eine sozial verträgliche Gestaltung des Strukturwandels durch den verstärkten Übergang von der haupt- zur nebenberuflichen Bewirtschaftung der Betriebe zu fördern. Die Durchführung verläuft analog der Förderung einkommensschwacher landwirtschaftlicher Betriebe.

6. Sonstige Auftragsarbeiten

Auswertung von Forsteinrichtungsergebnissen

Nach dem Landesforstgesetz sind die Waldbesitzer verpflichtet, periodische Forsteinrichtungswerke für einen Zeitraum von zehn Jahren zu erstellen, und zwar für den Gesamtbetrieb und für jede Unterabteilung mit ihren Beständen. Ein Forsteinrichtungswerk enthält Informationen über den Zustand des Betriebes und die Planung.

Die von den Forsteinrichtern vor Ort erstellten Waldaufnahmeblätter mit Zustands- und Planungsdaten werden im Statistischen Landesamt auf Datenträger erfaßt und einer umfangreichen Plausibilität unterzogen. Nach Korrektur erfolgen maschinell die Berechnungen des Holzbestandes und eine Bestandsfortschreibung. Die Ergebnisse werden zum einen im Betriebsplan und der Altersklassenübersicht, zum anderen in den Bestandsblättern, der Flächenlegende und dem Betriebsplanvollzugsnachweis ausgedruckt. Weiterhin sind Sonderauswertungen in über 40 verschiedenen Listen möglich, nämlich

- nach forstwirtschaftlichen Kriterien:

Zunächst werden die Daten aufbereitet und ausgedruckt für die Erstellung der Einrichtungswerke der einzelnen Forstbetriebe.

- nach Belegenheitskriterien:

Die Ergebnisse der Forsteinrichtung können auch nach der räumlichen Gliederung ausgewertet werden.

- nach Wuchsbezirken:

Die Auswertungen erfolgen des weiteren nach sogenannten Wuchsbezirken, das sind insbesondere Landschaftsbereiche, neben der geographischen Lage abgegrenzt durch Klima und Topographie.

Aus den Datenbeständen werden weitere Auswertungen vorgenommen wie:

- Kartographische Auswertungen:

Dieses Verfahren dient der Registrierung, dem Nachweis und der Auswertung aller kartographischen Unterlagen (Luftbildkarten, Forsteinrichtungskarten, usw.) in den Forstdirektionen.

- Inventur im Privatwald:

Forstliche Daten von kleinflächigem Privatwald, für den keine Einrichtungswerke zu erstellen sind, werden in Analogie zur Forsteinrichtung aufgenommen und aufbereitet.

- Auswertungen zum Stand der Arbeiten:

In Übersichten und Arbeitsberichten wird der Stand bei der Erstellung der einzelnen Einrichtungswerke nachgewiesen.

- Forsteinrichtungs-Informationssystem:

Für den Abruf von Einzelinformationen der Forsteinrichtungsdaten sowie die verschiedensten Datenkombinationen und Aggregationen wird ein Informationssystem für eine On-line-Nutzung aufgebaut.

Zuchtwertschätzung und Leistungsprüfung der Landesanstalt Neumühle

Für die Landesanstalt für Schweinemastleistungsprüfung und Zuchtwertschätzung Neumühle werden aufgrund von Kälber-Geburtsmeldungen umfangreiche Auswertungen zur Zuchtwertschätzung erstellt. Dabei handelt es sich um Auflistungen nach Leistungsprüfern und um Nachzuchtbewertungen (Kälber- und Färsen-nachkommenlisten). Weiterhin werden Tabellen erstellt über den Einfluß von Rasse, von Vater und Großvater, von Geburtsverlauf, -gewicht, -zeitpunkt jeweils auf den Kälberverlust bzw. zum Teil auf den Geburtsverlauf. Diese Auswertungen werden in der Regel vierteljährlich vorgenommen.

Jährlich aufbereitet werden die Ergebnisse der Milchleistungs- und Melkbarkeitsprüfung für die gleiche Landesanstalt. Hierbei werden aufgrund von Angaben über Milchmenge, Melkdauer und -zeit sowie allgemeine Daten je Kuh (Abstammung, Rasse, Betrieb usw.) Tabellen erstellt als Eigenleistungslisten, Färsen-Nachkommenlisten, über Standardabweichungen und über Regressionsfaktoren jeweils je Herdbuchmaterial und je Gesamtmaterial. Vor Erstellung der Tabellen sind umfangreiche und schwierige Berechnungen über Durchschnittswerte und Regressionsfaktoren vorzunehmen.

Weiter erfolgen Berechnungen und tabellarische Auswertungen für Daten aus der Mast- und Fleischleistungsprüfung von Schweinen und Schafen.

Fortschreibung landwirtschaftlicher Entwicklungsprogramme

Um Auskunft über die im Betrieb der hauptberuflichen Landbewirtschaftung eingetretenen strukturellen Veränderungen zu erhalten, werden für das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in bestimmten Zeitabständen agrarstrukturelle Bestandsaufnahmen durchgeführt. Bei der maschinellen Auswertung dieser Bestandsaufnahmen werden die gewonnenen Ergebnisse nach verschiedenen Kriterien aufbereitet und mit den Daten früherer Bestandsaufnahmen zusammengeführt. Schließlich erfolgen Kombinationen dieser Daten mit den Standardbetriebseinkommen.

Auswertungen der Kosten- und Leistungsnachweise der Krankenhäuser

Für externe Krankenhausbetriebsvergleiche werden maschinell Berechnungen durchgeführt und Übersichten erstellt. Aus den Kosten- und Leistungsnachweisen der Krankenhäuser werden im Ministerium für Gesundheit und Umwelt die benötigten Daten ausgewählt, im Rechenzentrum auf Datenträger übernommen und auf Plausibilität geprüft. Nach den Berechnungen erfolgt die Auswertung in verschiedenen Listen nach Krankenhausgruppen, Fachrichtungen, Bettenzahlen, Verweildauer, Ausnutzungsgrad und weiteren Strukturdaten.

Berechnung und Bescheidschreibung der Umlage des Gemeindeunfallversicherungsverbandes

Aufgrund der Bevölkerungszahlen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreie Städte, Landkreise) sowie eines jeweils unterschiedlichen Faktors werden die einzelnen Beitragsraten und -gesamtbeträge errechnet, in Bescheiden und in einer Beitragsliste angedruckt.

C. Krankenhausautomation

1. Entwicklung

Erste Anfänge

Der von der Landesregierung im Jahre 1966 gebildete Interministerielle Ausschuß „Automation in der Verwaltung“, der u. a. alle einer Bearbeitung durch Datenverarbeitungsanlagen zugänglichen Aufgaben der Landesverwaltung und des kommunalen Bereichs feststellen sollte, sah in der Leistungserfassung und Leistungsabrechnung der Krankenanstalten ein erstes Gebiet für einen sinnvollen Einsatz der Datenverarbeitung im Krankenhaus. Auf der Basis eines organisatorischen Konzeptes, das von einem Arbeitskreis aus Vertretern des Ministeriums des Innern und fünf Verwaltungsleitern von Krankenanstalten des Landes erarbeitet wurde, und auf bereits anderwärts gemachten Erfahrungen aufbaut, wurde für dieses Aufgabenfeld ab Anfang 1970 von einem Projektausschuß unter Federführung des Statistischen Landesamtes ein automatisches Datenverarbeitungsverfahren entwickelt und in drei Modellkrankenhäusern erprobt. Dieses Verfahren wurde am 28. Juni 1971 im Krankenhaus Idar-Oberstein vom damaligen Staatsminister Dr. Geißler vorgestellt. Damit konnte Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland den Krankenhäusern des Landes ein einheitliches EDV-Verfahren zur Abrechnung der stationären und ambulanten Leistungen anbieten.

Bund/Länder-Kooperation bei der Verfahrensentwicklung

Das EDV-Verfahren zur Leistungserfassung und -abrechnung war von vornherein lediglich als erste Stufe eines Krankenhausinformationssystems konzipiert worden, das nicht nur die gesamte Krankenhausverwaltung, sondern auch den medizinischen Bereich umfassen sollte. Im Hinblick auf die durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 und seine Folgeverordnungen (Bundespfllegesatz-, Abgrenzungs-, Krankenhausbuchführungsverordnung) vorgenommenen umwälzenden Neuregelungen für das Rechnungswesen der Krankenhäuser konzentrierte sich die Projektentwicklung in den 70er Jahren zunächst auf den administrativen Bereich und hier speziell auf die Bereitstellung von DV-Verfahren für ein kaufmännisches Rechnungswesen.

Da die hierbei zu lösenden Probleme bundesweit für alle Krankenhäuser gleich waren und eine Minimierung der Projektentwicklungskosten für das einzelne Krankenhaus nur durch ein kooperatives Vorgehen aller

Betroffenen erreichbar ist, suchte Rheinland-Pfalz für die anstehenden weiteren Projektstufen das Interesse des Bundes, der übrigen Länder, des kommunalen Bereichs und der Krankenhausgesellschaften zu gewinnen. So wurde Ende 1971 eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes damit beauftragt, Krankenhausverwaltung und medizinischen Bereich auf mögliche Gemeinschaftsprojekte hin zu untersuchen. Aus einer Vielzahl von Vorhaben gab die Arbeitsgruppe dem Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“ als erstem Baustein eines Gesamtkonzepts für ein integriertes Rechnungswesen im Krankenhaus den Vorrang. Die Durchführung dieses Projekts wurde dem Statistischen Landesamt übertragen.

Die Arbeiten zum ersten Projektabschnitt, die Entwicklung eines Verfahrens der „Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern“ (FINK), konnten nach einem bundesweit durchgeführten Piloteinsatz Ende 1975 abgeschlossen werden. Das zweite Teilprojekt, das Verfahren der „Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern“ (KOLK), stand Ende 1978 zum Breitereinsatz zur Verfügung.

Als inhaltlich und datenverarbeitungsmäßig eng mit diesen beiden Verfahren verflochtene weitere Elemente eines integrierten Rechnungswesens vergab die Bund/Länder-Arbeitsgruppe 1975 die Entwicklung einer „Maschinellen Anlagenbuchhaltung im Krankenhaus“ (MAIK) an die Kirchliche Gemeinschaftsstelle für EDV in Frankfurt und die Realisierung einer „Materialwirtschaft im Krankenhaus“ (MARK) an die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern sowie die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung. Vervollständigt wurde das maschinelle Rechnungswesen durch das Verfahren der „Kreditorenbuchhaltung im Krankenhaus“ (KREK), dessen Entwicklung wiederum durch das Statistische Landesamt erfolgte und 1981 abgeschlossen wurde.

Die Entwicklungsarbeiten wurden je zur Hälfte aus Mitteln des Datenverarbeitungsprogramms der Bundesregierung und aus Leistungen der beteiligten Länder und Institutionen finanziert. So hat der Bund für die genannten Projekte insgesamt knapp 5 Mill. DM zur Verfügung gestellt, wovon gut 3 Mill. DM dem Statistischen Landesamt zugeflossen sind.

Diese sogenannten Bund/Länder-Verfahren sind integriert einsetzbar. Durch eine flexible Verfahrenskonzeption können individuelle Anwenderwünsche berücksichtigt werden. Die Programme sind auf ADV-Anlagen unterschiedlicher Hersteller einsetzbar. Nach Abschluß der Entwicklung standen die Verfahren allen Krankenhäusern kostenfrei zur Verfügung. Sie haben in den Folgejahren in den Krankenhäusern eine außerordentlich hohe Verbreitung gefunden.

Zentrale Verfahrens- und Programmpflege (ZVP)

Die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern endete jedoch nicht mit der Entwicklung von Verfahren und deren Erprobung in einem bundesweiten Modell-

versuch. Vielmehr wurde auch für die Verfahrens- und Programmpflege ein gemeinsames Vorgehen vereinbart, um einerseits das einheitlich entwickelte Verfahren auch einheitlich zu erhalten und andererseits die Kosten für jeden Beteiligten zu minimieren.

Anfang 1976 hat die ZVP ihre Arbeit aufgenommen. Sie bezog sich zunächst nur auf das Verfahren FINK. Entsprechend dem Abschluß der jeweiligen Projektentwicklungen wurde die ZVP im Jahre 1978 auf die Verfahren KOLK und MAIK, im Jahre 1981 auf die Verfahren MARK und KREK ausgedehnt.

Die Pflegearbeiten wurden zunächst bei den jeweiligen verfahrensentwickelnden Stellen durchgeführt. Da die zentral gepflegten Verfahren jedoch Bausteine eines integrierten Gesamtsystems sind, wurde im Jahre 1980 den integrativen Verfahrensnötigkeiten in der ZVP-Organisation Rechnung getragen und die bisher dahin bestehenden Einzel-ZVPs zu einer „ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern“ zusammengefaßt. Seit 1984 sind auch die Arbeitsteams zentralisiert beim Statistischen Landesamt.

Neben einem regelmäßig stattfindenden bundesweiten Erfahrungsaustausch über die Anwendung der Verfahren ist es die Hauptaufgabe der ZVP, Anträge der einzelnen Beteiligten auf Modifikation und/oder Erweiterung der Verfahren und Programme, bedingt durch geänderte rechtliche Bestimmungen oder durch einen veränderten Bedarf der Krankenhäuser, zu beraten und zu entscheiden. Die Arbeitsausführung entsprechend den Beschlüssen der ZVP ist einem eigenen Arbeitsteam im Statistischen Landesamt übertragen. Auf diese Weise wurden seit 1976 rund 700 Änderungsanträge in der ZVP behandelt. Neben kleineren Verfahrensänderungen wurden aber auch größere Verfahrenserweiterungen und -umstellungen realisiert. So wurden zuletzt die zunächst als reine Stapelverarbeitungsverfahren eingesetzten Programme auf Datenbankform umgestellt und um eine vollständige Dialogisierung ergänzt.

Der „ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern“ gehören zur Zeit elf Beteiligte an, und zwar alle Bundesländer (außer Berlin) und die Kirchliche Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft für EDV. Diese Beteiligten finanzieren gemeinsam die mit der Durchführung der zentralen Pflege verbundenen Kosten. Entsprechend der gestiegenen Zahl der in die ZVP einbezogenen Verfahren und Programme werden sich die dem Statistischen Landesamt zum Zwecke der zentralen Pflege zufließenden Einnahmen von rd. 140 000 DM im Jahre 1976 auf etwa 1,3 Mill. DM im Jahre 1988 erhöhen.

EDV-technische Entwicklung

Das 1971 als erste Stufe eines Krankenhausinformationssystems vorgestellte Verfahren der Leistungserfassung und -abrechnung war, dem damaligen Stand der Technik gemäß, als rein zentrales Rechenzentrumsverfahren konzipiert. Im Krankenhaus wurden mit Hilfe von Abloch- und Markierungsbelegen alle notwendigen Patienten- und Leistungsdaten erfaßt, während im Rechenzentrum die gesamte maschinelle Verarbeitung

vorgenommen wurde. Die Verarbeitungsergebnisse wurden dem Krankenhaus in Form von Listen zur Verfügung gestellt.

Diese Grundkonzeption war charakteristisch für die in den 70er Jahren entstandenen Verfahren. Sie wurde jedoch sukzessive ergänzt mit dem Ziel, die Fehlerquote bei der Datenerfassung zu reduzieren und die Aktualität der Verarbeitungsergebnisse zu verbessern. So basierte ein ab 1974 eingesetztes, durch völlig geänderte Abrechnungsvorschriften notwendig geworden neues Abrechnungsverfahren auf der Datenerfassung mit Hilfe von Klerschriftbelegen. Neben der wesentlich niedrigeren Fehlerrate beim maschinellen Lesen dieser Belege waren hierbei bereits erste maschinelle Datenprüfungen (Prüfziffern, Nullkontrollen bei der Buchungserfassung) im Krankenhaus möglich.

Auf der Grundlage von Voruntersuchungen, Preis/Leistungsvergleichen und Probeinstallationen verschiedener Systeme wurden ab 1977 Terminalsysteme zunächst in den größeren Krankenhäusern ab 500 Betten eingesetzt. Mit Hilfe dieser Systeme konnten

- die Daten für die im Rechenzentrum eingesetzten DV-Verfahren am Bildschirm erfaßt werden,
- die erfaßten Daten umfangreichen Plausibilitätsprüfungen unterzogen werden,
- die erfaßten Daten per Wählleitung zum Rechenzentrum übertragen werden,
- zeitkritische Verarbeitungsergebnisse des Rechenzentrums per Leitung zum Krankenhaus übertragen und ausgedruckt werden,
- erste Dialoganwendungen für das Krankenhaus realisiert (z. B. Patientenaufnahme) und zeitkritische Auswertungen krankenhausintern erstellt werden (z. B. tägliche Mitternachtsbestandsliste).

Diese Rechner der mittleren Datentechnik brachten für die Krankenhäuser neben einer weitgehenden Vermeidung von Datenerfassungsfehlern eine wesentliche Verbesserung der Aktualität der Ergebnisse. Durch die eröffneten Dialogmöglichkeiten wurden erstmals Anwendungsgebiete erschlossen, die vorher dem Datenverarbeitungseinsatz verschlossen waren. Diese Vorteile veranlaßten in den folgenden Jahren immer mehr Krankenhäuser, darunter auch die kleineren mit weniger als 500 Betten, erstmals einen solchen Rechner zu installieren. Inzwischen verfügen alle dem Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes angeschlossenen Krankenhäuser über einen sogenannten Krankenhausrechner.

Das sukzessive immer weiter verbesserte Preis/Leistungsverhältnis dieser Rechner, die gestiegenen Speicher- und Anschlußmöglichkeiten für Bildschirme und Drucker, die erhöhte Verarbeitungsleistung sowie das Angebot eines leistungsfähigen Betriebs- und Datenbanksystems waren die Grundlage dafür, die Anwendungssoftware für die Krankenhausrechner in den vergangenen Jahren zügig auszubauen. So wurden neben dem Verfahren der Patientenaufnahme/Patientenverwaltung und den Datenerfassungen für die im Rechenzentrum eingesetzten Verfahren des Rechnungswesens

Programme bereitgestellt für die Erfassung von Eingangsrechnungen, den Materialbereich, die Patientengeldbuchhaltung, die Verwaltung medizinisch-technischer Geräte sowie die Dokumentation von Diagnosen und weiteren medizinischen Daten.

In jüngster Zeit werden die Krankenhausrechner verstärkt gekoppelt mit medizinischen Subsystemen (für das Labor, für die Radiologie) und technischen Einrichtungen zur Rationalisierung der Datenerfassung (Lesepistole, Markierungsbelegleser, spezielles Organisationssystem für die Apotheke). Dadurch wird ein automatischer Datentransfer ohne zusätzlichen Erfassungsaufwand erreicht.

Durch den verstärkten Einsatz und die Nutzung von Krankenhausrechnern, auf denen Dialogverfahren zum Einsatz kommen, hat sich in den letzten zehn Jahren in der Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz eine allmähliche Verschiebung von der batch- zur dialogorientierten Datenverarbeitung vollzogen. Auf Grund der Dialogisierung der Bund/Länder-Verfahren des Rechnungswesens werden seit etwa einem Jahr auch die im Rechenzentrum eingesetzten Verfahren für den Dialog geöffnet. Die Krankenhäuser haben damit die Möglichkeit, von dem Krankenhausrechner aus über das Landesdatenkommunikationsnetz im Wege der Datenfernverarbeitung auf die im Rechenzentrum in Bad Ems gespeicherten Daten des Rechnungswesens direkt zuzugreifen.

2. Gegenwärtiger Stand

Grundkonzeption

Das bis Ende 1986 gültige Krankenhausreformgesetz (KRG) vom 29. Juni 1973 sah in § 27 vor, daß sich die Krankenhäuser einem einheitlichen Verbundsystem der Datenverarbeitung anschließen mußten, wobei das Land ein geeignetes Datenverarbeitungsverfahren zur Verfügung stellt und dessen Durchführung in einem Rechenzentrum ermöglicht. Zur Ausfüllung dieser Vorschrift hat das Statistische Landesamt als das nach KRG zuständige Rechenzentrum im Laufe der Jahre ein umfassendes Angebot an Serviceleistungen entwickelt.

Dieses Serviceangebot basiert auf dem Verbundsystem, d. h. einer Kombination von Vorortdatenverarbeitung im Krankenhaus und zentraler Datenverarbeitung im Rechenzentrum in Bad Ems. Dabei wird die Aufgabenverteilung zwischen dezentraler und zentraler Datenverarbeitung im Einzelfall auf Grund sachlicher und wirtschaftlicher Gesichtspunkte festgelegt. So gibt es Anwendungen, die rein dezentral abgewickelt werden, andere werden nur zentral eingesetzt (im Krankenhaus werden dann nur die notwendigen Daten erfaßt), wieder andere besitzen dezentrale und zentrale Komponenten.

Konkret stellt sich das Verbundsystem so dar, daß

- Datenerfassung mit Plausibilitätsprüfungen, Dialogfunktionen, zeitkritische Auswertungen, Aufgaben, die nicht sinnvoll oder aus Datenschutzgründen nicht

in einem externen Rechenzentrum erledigt werden können, auf einem eigenen Datenverarbeitungssystem, dem Krankenhausrechner, vor Ort im Krankenhaus abgewickelt werden,

- die Massendatenverarbeitung im zentralen Rechenzentrum erfolgt,
- die Verbindung zwischen dezentralen Krankenhausrechnern und zentralem Rechenzentrum durch Datenfernübertragung hergestellt ist,
- die Vorortverfügbarkeit für das Krankenhaus mit dem Einsatz der Datenfernverarbeitung auch für die Rechenzentrumsanwendungen gegeben ist.

Verbundsystem bedeutet aber auch Programmierverbund, d. h. das Angebot landeseinheitlicher Softwarelösungen unter weitestgehender Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Stellen in der Bundesrepublik.

Realisierte Teilbereiche der Krankenhausautomation

(1) Patientenverwaltung

Das Dialogverfahren Patientenverwaltung unterstützt die Erfassung und Speicherung aller Daten eines Krankenhauspatienten, die für administrative Zwecke benötigt werden. Das Verfahren liefert neben allen abrechnungsrelevanten Informationen auch eine Reihe von betriebsinternen Statistiken (z. B. tägliche Belegungsübersichten).

(2) Patientenabrechnung

Auf der Grundlage der aus der Patientenverwaltung bereitgestellten Patientendaten, krankenhausspezifischer Festlegungen und zentral gepflegter Kataloge rechnet das Verfahren die im stationären und ambulanten Bereich des Krankenhauses erbrachten Leistungen ab. Die Verbindung zur Finanzbuchhaltung sowie zur Kosten- und Leistungsrechnung wird automatisch hergestellt.

(3) Betriebsstatistiken

Die im Patientenabrechnungsverfahren gespeicherten Patienten- und Leistungsdaten bilden die Grundlage für eine Reihe statistischer Auswertungen (Patienten-, Leistungsstatistiken). Sie sind „Abfallprodukt“ des Abrechnungsverfahrens und werden ohne zusätzlichen Aufwand für das Krankenhaus erstellt. Die Statistiken können für betriebsinterne Steuerungszwecke und als Grundlage für Pflegesatzverhandlungen herangezogen werden.

(4) Finanzbuchhaltung

Unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung werden die für eine Finanzbuchhaltung notwendigen Journale (Grundbuch) und Sachkonten (Hauptbuch) einschließlich der Abschlüsse in Form der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung maschinell geführt. Die hierfür geltenden krankenhausspezifischen Bestimmungen der Krankenhausbuchführungsverordnung sind abgedeckt.

(5) Debitorenbuchhaltung

Die einzelnen Forderungen des Krankenhauses werden im Rahmen einer eigenen Debitorenbuchhaltung als Offene-Posten-Buchhaltung geführt. Angeschlossen ist ein maschinelles Mahnwesen.

(6) Kreditorenbuchhaltung (KREK)

Analog der Debitorenbuchhaltung werden auch die Verbindlichkeiten des Krankenhauses in einer Nebenbuchhaltung verwaltet. Zusätzlich wird der Zahlungsverkehr des Krankenhauses maschinell abgewickelt, indem die Fälligkeiten der Rechnungen überwacht und entsprechende Zahlungsunterlagen (Überweisungsträger) erstellt werden.

(7) Anlagenbuchhaltung (MAIK)

In der Anlagenbuchhaltung wird das gesamte Anlagenvermögen des Krankenhauses erfaßt und fortgeschrieben. Abschreibungen werden maschinell ermittelt und gebucht. Die verbindlich geforderten Anlagennachweise werden auf Anforderung zur Verfügung gestellt.

(8) Materialwirtschaft (MARK)

Das Verfahren gliedert sich in einen betriebswirtschaftlichen und einen apothekenspezifischen Teil. Der betriebswirtschaftliche Teil ist ein Verfahren der Lagerbuchhaltung, in dem alle Lagerartikel eines Krankenhauses mengen- und wertmäßig fortgeschrieben werden können. Der apothekenspezifische Teil ist auf die besonderen Belange der Krankenhausapotheke abgestellt und unterstützt pharmazeutische Fragestellungen. Zum Verfahren MARK gehören außerdem ein maschinelles Bestellwesen und die Abwicklung einer Zentralapotheke (Belieferung anderer Krankenhäuser mit Medikamenten durch eine zentrale Apotheke).

(9) Patientengeldbuchhaltung

Dieses von den Landesnervenkliniken genutzte Verfahren wickelt die Bestandsführung und Verwaltung von Geldern, Wertgegenständen u. ä. ab, die von Patienten hinterlegt wurden bzw. den Patienten von anderer Seite her zustehen.

(10) Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK)

Das Verfahren KOLK kann wahlweise als Ist-, Normal- oder Plankostenrechnung eingesetzt werden. Es beinhaltet die Kostenartenrechnung, die Kostenstellenrechnung einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung und Umlagerechnung sowie die Kostenträgerrechnung als Divisionskalkulation. Die Kostenplanung kann maschinell unterstützt werden. Das Verfahren erstellt außerdem den Kosten- und Leistungsnachweis nach den Vorschriften der Bundespflegesatzverordnung.

(11) Dialogauskunft für das Rechnungswesen

Die Daten des betrieblichen Rechnungswesens können vom einzelnen Krankenhaus im Wege der Datenfernverarbeitung zu Auskunftszwecken aktuell abgerufen werden.

(12) Geräteverwaltung

Die Medizingeräteverordnung (MedGV) fordert von den Krankenhäusern für unterschiedliche medizinisch-technische Geräte bestimmte Aufzeichnungen. Das Verfahren wird eingesetzt zur Planung, Überwachung und Dokumentation der Wartungsarbeiten, Prüfungen und Reparaturen an den technischen Geräten und Einrichtungen des Krankenhauses.

(13) Diagnosendokumentation (DIDOK)

DIDOK ist ein Vor-Ort-Verfahren zur fachabteilungsbezogenen Dokumentation und statistischen Auswertung von Diagnosen und weiteren medizinischen Basisdaten stationär behandelter Patienten. Es erfüllt außerdem die Anforderungen der Bundespflegesatzverordnung hinsichtlich einer anonymisierten Diagnosenstatistik.

(14) Diagnosenstatistik gemäß Bundespflegesatzverordnung

Alternativ zu DIDOK kann die Diagnosenstatistik gemäß BpflV auch auf der Basis einer Minimaldokumentation erstellt werden. Diese beschränkt sich auf die für die Statistik relevanten Daten. Den Anforderungen des Datenschutzes ist bei diesem Verfahren ebenso wie bei DIDOK voll Genüge getan.

Serviceleistungen

Das Statistische Landesamt versteht sich als Full-Service-Partner der Krankenhäuser. Das bedeutet, die Krankenhäuser haben die Möglichkeit der Unterstützung und Beratung in allen Fragen, die unmittelbar und mittelbar mit der Datenverarbeitung zusammenhängen. Im einzelnen umfaßt dieses Gesamtangebot

- Entwicklung von Verfahren und Programmen im Rahmen bundesweiter Kooperation,
- Pflege und Weiterentwicklung von Verfahren und Programmen im Rahmen einer bundesweiten ZVP,
- Unterstützung bei der Einführung von Verfahren,
- Schulungen des Krankenhauspersonals,
- Produktionsdurchführung im Rechenzentrum,
- laufende Betreuung bei auftretenden Problemen,
- Unterstützung der Vor-Ort-Verarbeitung durch Softwareentwicklung, Softwarepflege, Systemgenerierungen, Softwareimplementierung, Schulung, Betreuung im laufenden Betrieb (aus Kapazitäts- und Kostengründen beschränkt sich die Unterstützung in diesem Bereich auf das in den Krankenhäusern am weitesten verbreitete System),
- krankenhausindividuelle Beratung zu Fragen der Hardware, der Gestaltung der krankenhausinternen Organisation im Zusammenhang mit dem Einsatz der Datenverarbeitung, der Nutzenanwendung der Verfahrensergebnisse.

Dieses umfassende Serviceangebot nutzen inzwischen alle kommunalen und staatlichen Akutkrankenhäuser in Rheinland-Pfalz bis auf eine Ausnahme.

3. Ausblick

Es ist davon auszugehen, daß der durch die Kostenexplosion im Krankenhauswesen verursachte Rationalisierungsdruck auf die Krankenhäuser auch in den kommenden Jahren kaum nachlassen wird. Daraus ergeben sich erhöhte Anforderungen an die Krankenhausbetriebsleitung.

Dieser Situation muß die Krankenhausautomation Rechnung tragen. Die DV-Entwicklung in den letzten Jahren war – initiiert durch die Krankenhausgesetzgebung – geprägt durch die Bereitstellung und Einführung von DV-Verfahren zur Unterstützung operativer Aufgaben im Krankenhaus. Diese Verfahren gilt es zu optimieren und noch vorhandene Lücken zu schließen (z. B. Personalverwaltung). Stärker in den Vordergrund rücken wird jedoch künftig die DV-Unterstützung dispositiver Krankenhausaufgaben. Entsprechende Verfahrensentwicklungen sind bereits angelaufen bzw. befinden sich in Vorbereitung.

So sollen durch ein maschinelles Controlling-System die in den einzelnen Verfahren bereits vorhandenen, für das Krankenhausmanagement wichtigen Daten gezielt zusammengestellt, miteinander kombiniert, Entwicklungen aufgezeigt und in sogenannten Führungsblättern dargestellt werden. Diese Informationen bilden ein Frühwarnsystem für eventuelle Fehlentwicklungen.

Durch ein maschinelles Verfahren der Personaldisposition soll der effektive Personaleinsatz im Krankenhaus unterstützt werden, um so den Hauptkostenfaktor im Krankenhaus besser steuern zu können. Der Ausbau der Kostenträgerrechnung wird durch die Verknüpfung von Kosten und Leistungen im Krankenhaus differenzierte Erkenntnisse über die Kostenverursachung ermöglichen und damit die Grundlage bilden für gezielte Entscheidungen des Krankenhausmanagements.

Nachdem das ab Anfang 1987 in Kraft getretene Landeskrankenhausesgesetz (LKG) einen Anschlußzwang der Krankenhäuser an ein landeseinheitliches Verbundsystem der Datenverarbeitung nicht mehr vorsieht und statt dessen nur noch das Angebot an die Krankenhäuser zur Erbringung von Datenverarbeitungsdienstleistungen – eine entsprechende Rechtsverordnung wird derzeit vorbereitet – enthält, werden sich die vom Statistischen Landesamt angebotenen Serviceleistungen künftig auch formal am Markt behaupten müssen (faktisch allerdings wurde die jetzige hohe Anschlußquote von weit über 90 % der kommunalen und staatlichen Krankenhäuser auch in der Vergangenheit bereits allein auf freiwilliger Grundlage erreicht). Gute Serviceleistungen des Statistischen Landesamtes und eine hohe Akzeptanz bei den Krankenhäusern werden aber auch künftig dazu beitragen, Rationalisierungsmöglichkeiten mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung in den Krankenhäusern auszuschöpfen und die damit verbundenen Kosten so gering wie möglich zu halten.

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| – = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.